



AIB

2V 7426 E

4,50 DM

Nov. - Dez.

11-12/1983

14. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

R. Reagan: „Die Ära der Skrupel ist vorbei!“



Inhalt

AIB-Aktuell: Reagans Feuerprobe auf Grenada	3
Frieden und Dritte Welt „Air Land Battle“. Auf zum atomar- chemischen Präventivkrieg! (1)	4
Nikaragua: Die US Truppen richten sich in Honduras ein	8
Sandinistenführer Borge zur Selbst- verteidigung	9
Libanon: Die Marines greifen ein	11
Nationale Versöhnung möglich	14
Vietnam: Testfall der US-Kriegs- führung	18
Auswirkungen des chemischen Kriegs	24
Wettrüsten und Entwicklung im Überblick	30
Reagans Superrüstungs-Programm	32
El Salvador Interview mit Comandante Antonia Maria (3)	40
Chile Der lange Atem der Protest- bewegung	42
Uruguay Das Volk geht auf die Straße	46
Brasilien Im Angesicht des Staatsbankrotts	49
Kolumbien Betancour im Kreuzfeuer	52
Afghanistan Ege-Report zur Intervention von außen	55
Obervolta Interview mit Revolutionsführer Sankara	58
Nigeria Wahlen als Augenwischerei	60
Weltwirtschaft Zur Jahrestagung von IMF und Weltbank	63
Friedensbewegung Herbstaktionen und Dritte Welt	66
Rückblick: Saigon 1963	67
Rezension: Chile-Reportagen	68
Infodienst	69
Kurzinformationen	70
Kommentar: Kohl auf Nahost-Trip	72



Libanon

Im Libanon bleibt die Lage explosiv. Nach dem Wiederaufflammen des Bürgerkriegs und dem Eingreifen der NATO-Truppen (USA, Frankreich) auf seiten der Regierung Gemayel vereinbarte man zwar eine Nationale Versöhnungskonferenz. Aber bietet sie die reale Chance für eine politische Lösung? Was will die Nationale Errettungsfront? Was wollen die USA, Israel und Syrien?



Den Vietnamkrieg verdrängen?

Die Reagan-Administration will die „Krankheits“zeichen (Syndrom) des Vietnamkrieges vergessen machen, um die Öffentlichkeit auf einen neuen Waffengang einzustimmen. Die „Testgelände“ der Stunde sind Nicaragua, El Salvador, der Libanon und das Stationierungsgebiet Europa. Die Enthüllung der „Air Land Battle“-Doktrin, der neuen Armee-Doktrin der USA, bestärkt angesichts der Raketenstationierung die Gefahr eines atomar-chemischen Präventivkriegs in Europa oder in den Krisenregionen der Dritten Welt. Wir gehen dem Vietnam-Syndrom, dem Superrüstungsprogramm Reagans und seiner Aufwertung des chemischen Krieges auf den Grund.



Chile

Auch am 6. nationalen Protesttag stellte die chilenische Volksbewegung ihren Stärkezuwachs unter Beweis. Ihr „Marsch für die Demokratie“ hat das Pinochet-Regime an den Abgrund gedrängt. Doch für seinen Sturz bedarf es eines noch stärkeren Drucks und eines langen Atems der Massenbewegung. Warum das so ist, schildert Katja Maurer nach ihrem mehrwöchigen Aufenthalt in Chile.

Impressum

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon (064 21) 2 46 72

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudoiphplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusage von zwei Belegexemplaren gestattet.

Redaktionskollektiv: Nico Biver, Wolfram Bröner (verantwortlich), Rainer Falk, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer.

Mitarbeiter dieser Ausgabe: H. Denk, R. Funk, P. García, P. Grund, V. Klose, K. Maurer, M. Kolter, N. Mina, J. Ostrowsky, U. Rupp, L. Schmitz, E. Schneider, I. Utz, B. Weng.

Redaktionsschluß: 21. Oktober 1983

Anzeigen: medico international, DVZ/die tat — Beiheter, Demokratisches Gesundheitswesen, Plambeck & Co., Freundschaftsgesellschaft BRD — SR Vietnam, Initiative gegen Giftgas, djp-jugendpressematerial
Titelgraphik: Stefan Siegert

AIB-Aktuell: Reagans Feuerprobe auf Grenada

„Die Ära der Skrupel ist vorbei.“ Das verkündete US-Präsident Ronald Reagan am 27.5.1981 vor Absolventen der Militärakademie West Point. Die „Skrupel“, die er beim Amtsantritt zu Störfaktoren erklärte, waren jene, die sich mit dem Desaster der Weltnation Nr. 1 im Vietnamkrieg festgesetzt hatten.

Sie bezeichneten das sog. Vietnam-Trauma oder Vietnam-Syndrom (Komplex von Krankheitszeichen), das es schnellstens zu verdrängen, abzustreifen galt. Die Reagan'schen Weltherrschaftsambitionen vertrugen sich eben nicht mit „Skrupeln“ gegenüber Atomkriegsplänen oder gegenüber vietnamgemäßen Interventionsakten in der Dritten Welt, wie wir sie im „heißen Herbst“ 1983 am Beispiel Grenada, Libanon oder Nicaragua/El Salvador erleben.

Bei einer Feierstunde im Weißen Haus im November 1981 hatte der US-Präsident die Veteranen des Vietnamkrieges (1964-73) gewürdigt, weil sie doch „in der besten Tradition des amerikanischen Militärs in einem Krieg gekämpft haben, den zu gewinnen ihnen nicht erlaubt wurde.“ Genau diese „Erlaubnis“ – um im Bilde zu bleiben – und das Bewußtsein „Der Sieg ist möglich“ (Colin S. Gray) sucht Ronald Reagan durch ein skrupelloses Zuschlagen in verschiedenen Weltgegenden in diesen Tagen seinen „Boys“ zurückzugeben.

Im September 1983 griffen erstmals seit dem Vietnamkrieg Kampftruppen der USA direkt in einen Bürgerkrieg ein, und zwar im Libanon. Und erstmals wieder nahmen US-Kriegsschiffe eine fremde Küste unter Dauerbeschuß. Ronald Reagan drohte ferner Syrien und seinen libanesischen Verbündeten noch mehr „Entschlossenheit“ an.

Im Oktober d.J. leiteten CIA-Kommandos und „Contras“ eine neue Offensive gegen das revolutionäre Nicaragua ein. Mehr als 5.000 Mann der US-Streitkräfte befinden sich seit Juli 1983 auf Manöver im Frontstaat Honduras. Sie bleiben dort, ebenso wie die in nikaraguanischer Küstennähe stationierte US-Kriegsflotte, auf dem Sprung, zum Generalangriff auf das Land Sandinos.

Ohne Skrupel gegen „linke Strolche“

Wie real diese Gefahr tatsächlich ist, stellte sodann die Reagan'sche Feuerprobe auf Grenada unter Beweis. Im Morgenrauen des 25. Oktober 1983 begannen rund 2.000 US-Fallschirmjäger und Marines unter Einsatz von Artillerie, Kampfhubschraubern und -Flugzeugen eine Invasion gegen die Insel. Bei der Besetzung des Landes assistierten ihnen 300 Soldaten anderer ostkaribischer Staaten, darunter aus Jamaika, Dominica und Barbados, sowie der US-Flugzeugträger „Independence“.

Obgleich der US-Präsident noch am gleichen Tag den „vollständigen Erfolg“ der Operation Grenada verkündete, leisteten die grenadinische Armee und Miliz (zusammen 2.800 Mann) sowie die kubanischen Entwicklungshelfer und Militärberater an verschiedenen Punkten starken, zur Stunde andauernden Widerstand. Laut Verteidigungsminister Caspar Weinberger entsandte man am 26. Oktober zusätzlich 800 US-Fallschirmjäger nach Grenada, um noch fortbestehende „Widerstandsnester“ zu beseitigen.

Die von Ronald Reagan aufgetischten Gründe für seinen Invasionsbefehl sind alles andere als hieb- und stichfest:

In Grenada hätte – so Grund 1 – eine „Gruppe von linken Strolchen“ die Macht ergriffen, womit das Leben der etwa 1.000 US-Bürger auf Grenada „auf dem Spiel“ gestanden



In Point Salines, Grenada, wurde ein neuer Flughafen eingeweiht, als Militärflughafen – nicht etwa von Kubanern, sondern von US-Streitkräften

habe. In Wahrheit war keinem von ihnen ein Haar gekrümmt, keiner bedroht worden.

Völkerrechtlich daneben ging auch die Berufung Reagans und der Premierministerin Dominicas, Eugenia Charles, auf den Vertragstext der Organisation ostkaribischer Staaten (gegr. 1981). Denn danach wäre ein Eingreifen gegen den Mitgliedsstaat Grenada nur rechtens gewesen, hätte er sich eine „Aggression“ gegen eines seiner Nachbarländer schuldig gemacht. Doch nicht Grenada hat sich schuldig gemacht, sondern die Nachbarn, die sich von Washington als Feigenblatt eines Kriegsabenteuers mißbrauchen ließen.

Schon gar nicht steht es Reagan zu – dies ist sein dritter offizieller Grund –, im Innern eines fremden Staates für „die Wiederherstellung von Recht und Ordnung“ zu sorgen, zumal ohne zweiseitige vertragliche Grundlage, zumal allerseits ungebeten.

Allein das Volk Grenadas habe das Recht, über die Regierungsform in seinem Land zu entscheiden, stellte Mexikos Delegierter Porfirio Munoz auf der Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats vom 26.10.1983 klar. Wie er verurteilte das Weltforum die Grenada-Invasion als „Aggressionsakt“ und forderte den unverzüglichen Abzug aller ausländischen Truppen von der Karibikinsel. So auch am 27.10.1983 der Rat der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS).

In Washington verhehlte man im übrigen nicht, daß ein erfolgreicher militärischer Schlag gegen Grenada auch als deutliches Warnsignal für die Sandinistaführung Nicaraguas, für Kuba und die Sowjetunion anzusehen sei. Sie müßten nun stärker in Rechnung stellen, daß die USA eine Neuaufgabe zur gewaltsamen Wahrung ihrer Vorherrschaftsansprüche in der Region nicht scheuten.

Interne Auseinandersetzungen innerhalb der regierenden New Jewel Bewegung, die zu dem tragischen Tod von Premierminister Maurice Bishop und seiner Ablösung durch einen Militärrat am 19. Oktober d.J. führten, boten der Reagan-Administration eine günstige Gelegenheit, ihre Entschlossenheit zur offenen Intervention, zum Präventivkrieg à la „Air Land Battle“ (siehe Beitrag von W. Brönnner) ohne Skrupel unter Beweis zu stellen.

Folgt man der Reagan'schen Wahlogik, dann sind nach der Feuerprobe von Grenada regierende „linke Strolche“ in aller Welt, von Nicaragua über Kuba, Libyen oder Syrien bis hin zur Sowjetunion, akut invasionsbedroht.

Wolfram Bröner

„Air Land Battle“ Auf zum atomar-chemischen Präventivkrieg! (1)



Spätestens die Enthüllung (zur Jahresmitte 1982) des „Leitlinien-Dokuments“ des Pentagon, das die Unterschrift des US-Verteidigungsministers Caspar Weinberger trägt, schuf Gewißheit darüber, wie die Reagan-Administration ihr Konzept der globalen Alleinherrschaft durchzusetzen gedenkt. Die Rückerlangung der militärischen Überlegenheit der USA gegenüber der Sowjetunion, der NATO gegenüber dem Warschauer Pakt soll durch ein Superrüstungs-Programm (siehe den Beitrag von M.T. Klare) und eine neue, offensive Atomkriegsstrategie wahrgemacht werden.

„Permanente Kubakrise“ durch Erstschlagswaffen

Als „Grundlage“ dieser neuen Konzeption war in dem Dokument des Pentagon „die sogenannte Enthauptung, d.h. Schläge gegen die politische und militärische Führung und gegen die Verbindungslinien der Sowjetunion“ benannt worden. Voll präpariert sein für die Entscheidungsschlacht will man etwa im Zeitraum 1986-88. Aber das heißt nicht, man wäre außerstande im günstigen Fall – „Gelegenheiten“ gilt es laut C. Weinberger immer zu nutzen (man denke an Grenada!) – schon zuvor halb oder ganz zuzuschlagen...

Die wesentlichste Voraussetzung: Um die Streitkräfte der USA schon ab der Jahreswende 1983/84 instandzusetzen, „die gesamte sowjetische (und mit der Sowjetunion verbündete) militärische und politische Machtstruktur auszuschal-

ten“,¹ braucht man als Kernstück die Stationierung entsprechender atomarer Erstschlagswaffen. Man braucht um jeden Preis die per NATO-Beschluß (Dezember 1979) zuerkannte Stationierung von 572 Mittelstreckenraketen Pershing II (108) und Cruise Missiles in Westeuropa, und damit in Reichweite jener gegnerischen Zentren.

Weitere bereits von Washington in Auftrag gegebene 385 Pershing II, 5.000 Cruise Missiles, Trident-II-U-Boot-Raketen und andere US-Erstschlagswaffen sollen noch in den 80er Jahren vor der Haustüre der Sowjetunion in Stellung gebracht werden, in Europa, Ostasien sowie dem Nahen und Mittleren Osten. Dann wäre die Erstschlagskapazität eine Rundherum-Angelegenheit.

Was macht sie so überaus gefährlich? Da wäre erstens die einmalige Punktzielgenauigkeit der Pershing II (sie ist mehr als zehnmals treffgenauer als die sowjetische SS-20) und Cruise Missiles. Da wäre zweitens ihre Untergrabung der Vorwarnzeiten, denn die Pershing II braucht 6-10 Minuten statt der etwa 30 Minuten von Interkontinentalraketen. Die langsameren Cruise Missiles können die gegnerische Luftabwehr unterfliegen.

Sollten diese neuartigen Waffensysteme trotz allen Widerstands stationiert werden, so destabilisieren sie das annäherungsweise strategische Gleichgewicht USA-UdSSR im Sinne einer „permanenten Kubakrise“ (so der Kongreßabgeordnete Ron Dellums), was ein Todlaufen der Genfer Verhand-

lungen², einen prekären weltpolitischen Krisen- bzw. Spannungszustand auf Dauer, das stete Risiko eines atomaren Schlagabtausches bedeutete.

Doch die Erstschlagswaffen sind auch als „Speerspitze eines präemptiven Angriffs“ (John Steinbruner, Direktoriumsmitglied der US-Denkfabrik Brookings Institut), d.h. eines vom Stationierungsland Bundesrepublik ausgehenden Präventiv- bzw. „Vorbeuge“krieges vorgesehen. Sie sind gewissermaßen als entwaffnende Auftaktwaffen in einem Blitzkrieg auf euroasiatischem Boden gedacht, der nach dem Konzept des Pentagon-Chefs Weinberger „Gegenoffensiven“³ in mehreren Regionen bzw. an den global gesehen wichtigsten Fronten (Nahe und Mittlerer Osten, Korea bzw. Ostasien, Kuba bzw. Karibik/Mittelamerika) einschließen soll. Dieser weltweit angelegte Krieg soll nur insofern „begrenzt“ gehalten werden, als das Territorium der USA – infolge der erstrebten blitzartigen Zerstörung der sowjetischen Gegenpotentiale (Interkontinentalraketen!) – weitgehend ungeschoren bleiben soll, wie schon im 1. und 2. Weltkrieg.

Die Verantwortlichen in Washington belieben es nicht bei neuen Kriegführungs-Ideen und gigantischen Aufrüstungsprogrammen. Schon das besagte „Leitlinien-Dokument“ des Pentagon wies „die Streitkräfte an, Pläne mit dem Ziel zu entwickeln, die Sowjetunion auf jedem Konfliktniveau – von Aufständen bis hin zum Atomkrieg – zu besiegen.“⁴ Inwieweit dieses Umformulieren der Militärplanung inzwischen gediehen und im Alltag der US-Streitkräfte verankert worden ist, hatte sich in der neuen Funktionsbestimmung



ALB-Macher C. Weinberger bei einer Panzereinheit der Schnellen Eingreiftruppe

und Umstrukturierung der Schnellen Eingreiftruppe (RDF) bereits angedeutet.⁵ Es wurde zur Gewißheit mit dem Bekanntwerden der neuen offiziellen Doktrin der US-Streitkräfte „Air Land Battle“ (Luft- und Feldschlacht), deren Kernaussagen im „Field Manual 100-5“, der neuen Dienstvorschrift des Heeres der USA vom 20.8.1982, enthalten sind.

Laut General G.K. Otis, dem Oberbefehlshaber der US-Landstreitkräfte in Europa, war die Doktrin im März 1981 in dem Dokument 525-5 „Operationelles Konzept für die Luft- und Feldschlacht- und Korps-Operationen 1986“ ausformuliert und im Jahr 1982 in Kraft gesetzt worden.

„Air Land Battle“ (ALB) bricht mit der geltenden NATO-Doktrin „Flexible Response“ (Flexible Reaktion), indem sie deren Schein einer defensiven Einstellung fallen läßt und offen das Konzept des überraschenden Angriffskrieges bzw. Präventivkrieges vertritt.

Zwar fußen auch „Flexible Response“ und die alte Doktrin der US-Armee (Dienstvorschrift von 1977) auf dem Prinzip



des Ersteinsatzes atomarer Waffen, doch liegt die Betonung der ALB-Doktrin gerade auf dem frühzeitigen Gebrauch von atomaren und chemischen Waffen. Sie liegt auf dem Abgehen von der vormals gesonderten Einsatzschwelle zwischen atomar-chemischen und konventionellen Waffen. Die integrierte Anwendung des gesamten Waffenspektrums („integriertes Schlachtfeld“) soll praktisch mit Kriegsbeginn erfolgen und zwei Kernaufgaben von „Air Land Battle“ lösen, die in der neuen Dienstvorschrift 100-5 so formuliert sind:

Einmal erklärt ALB die „Offensivaktion“ zur „entscheidenden Form des Krieges“ und stellt fest, daß „jede US-Streitmacht, ganz gleich wo auf der Welt sie operiert, sich die Initiative so früh wie möglich sichern und sie aggressiv nutzen muß. Sie wird jede Waffe, jeden Vorteil und jeden Zuwachs an Kampfkraft nutzen, um den Feind mit einem machtvollen Schlag aus der Balance zu bringen... Überraschung, Konzentration und Gewalteinsetz vermögen dem Angreifer den einzigen Vorteil von Bedeutung verschaffen – die Initiative.“

Früher Einsatz von A- und C-Waffen

Zum zweiten sollen „Luftangriffe in die Tiefe, auf Verstärkungs- und Verteidigungsstellungen des Feindes“ eröffnet werden. Man will das Schlachtfeld so unverzüglich weit in das gegnerische Territorium verlagern und den Großteil der Truppen des Warschauer Pakts oder eines anderen Gegners zerstören, noch bevor sie die Frontlinie des Schlachtfeldes erreichen. Für solche „Präventiv“schläge tief ins feindliche Hinterland ist der konzentrierte Einsatz von Trägersystemen, die mit atomaren und chemischen Waffen bestückt sind, vorgesehen.

Ihre besondere Eignung beschreibt der Field Manual 100-5 so: „Atomare und chemische Waffen erhöhen die Möglichkeiten für plötzliche Alternativen auf dem Schlachtfeld dramatisch, was man durch Angriffe ausschalten kann... Der Angreifer wird durch atomaren Beschuß beträchtlich an Schutz hinzugewinnen, indem er das Feuerschutzsystem der Verteidiger zerschlägt und ihn in kürzester Zeit konfus macht. Die taktische Planung des atomaren oder chemischen Flankenschutzes muß die schnelle Bewegung, eine geringe Massierung, alternative Wege betonen und bedarf der Pläne mit vollem Gewalteinsetz, selbst wenn die Verbindungen abgeschnitten sind. Atomarer oder chemischer Feuerschutz wird kleineren Einheiten die Erfüllung von Aufträgen ermöglichen, die ansonsten in einer konventionellen Schlacht massierte Streitkräfte erforderlich machen würde. Der ato-

„Air Land Battle 2000“

Das Hauptquartier des U.S. Army Training and Doctrine Command (TRADOC, Denkfabrik der US-Armee in Fort Monroe, Virginia; d. Red.) ist mit dem Auftrag betraut worden, Konzepte für die Kriegführung der Zukunft zu prüfen. Air Land Battle 2000 ist ein Zukunftskonzept, das darzustellen versucht, wie die Kriegführung des 21. Jahrhunderts aussehen wird. Es handelt sich hierbei nicht um das erste derartige Zukunftskonzept, aber um die bisher anspruchsvollste Studie. (...)

Einer der wichtigsten Trends seit den 50er Jahren besteht im Wandel in der wirtschaftlichen und politischen Vielfalt der Welt. Wir haben es nicht länger mit einer bipolaren Welt zu tun, in der zwei überragende Supermächte miteinander konkurrieren. Im Jahr 2000 werden Staaten aus der Dritten Welt, Industriekartelle und regionale Staatenblöcke eine noch größere Rolle spielen. Die Sowjets werden weiterhin Einfluß in bestimmten Gebieten suchen – sowohl politisch als auch ökonomisch, und die Gelegenheiten für Konflikte werden zunehmen. Die Unterschiedlichkeit der Konfliktebenen, mit denen zu rechnen ist, wird die Bereitstellung von Streitkräften für mehr als nur einen Kriegführungstyp erfordern.

Die Knappheit der Ressourcen macht sich über alle Staatsgrenzen hinweg einschränkend bemerkbar. Kobalt beispielsweise ist lebenswichtig für die Herstellung von Düsentriebwerken. Die USA importieren 93% ihres Kobalts. Wir sind auf viel mehr Gebieten als nur beim Öl erpreßbar. Wir nähern uns einer wahrhaft internationalen Wirtschafts- und Ressourcenwelt. Es ist kein Geheimnis, daß die schwerindustrielle Produktionskapazität der USA schwindet. (...) Wir müssen fähig sein, überall zu kämpfen, oder über spezialisierte Streitkräfte mit der Fähigkeit, auf jeder Art Gelände unter allen denkbaren Bedingungen zu kämpfen, verfügen. Alle Einheiten haben jetzt einen gewissen Grad an Winter-, Dschungel- und Wüsten-ausbildung, aber weder auf dem erforderlichen Niveau noch in der erforderlichen zahlenmäßigen Stärke. Wir müssen tatsächlich dafür gewappnet sein, den Krieg zu Lande zu gewinnen, um in die Lage zu kommen, einen vorteilhaften Frieden auszuhandeln. Die Betonung liegt auf: gewinnen – wir können es uns nicht leisten, lediglich die Niederlage zu vermeiden.

Die Parität (Gleichgewicht; d. Red.) der Waffen wird durch die Technologie erreicht werden. Wir können zahlenmäßig nicht mit unseren Feinden mithalten. Gefechtsvorteile müssen wir durch die Qualität, nicht die Quantität unserer Waffensysteme erzielen. Dies bedeutet präzisere Waffen, bessere Überwachungs- und Aufklärungsausrüstung sowie bessere und wirksamere Befehls- und Kontrollsysteme.

Ein anderer Aspekt des Krieges der Zukunft besteht in seiner Letalität (hohe Zahl von Todesfällen; d. Red.). Es wird mehr Verluste und vielfältigere Arten von Verletzungen geben. In den vergangenen Kriegen haben die USA stets anfängliche Rückschläge erlitten und dann begonnen zu siegen. Wir haben immer zu spät mobilisiert, aber dann überlegene Kampfkraft entwickelt. In künftigen Kriegen mit höherer Intensität und kürzerer Dauer wird sofort auf Sieg gesetzt werden müssen. Es wird möglicherweise nur eine einzige Schlacht geben und keine Gelegenheiten, seine Kräfte nach schweren Anfangsverlusten neu zu formieren. Unser erster Schlachtplan wird erfolgreich sein müssen.

Im Jahre 2000 wird es unumgänglich sein, unsere Macht im Ausland schneller geltend machen zu können. Die Gelegenheiten zur Führung von Kriegen in fast allen Teilen der Welt werden weiter wachsen und unsere Reaktionszeiten werden sich verringern. Gegenwärtig gibt es mehrere potentielle Konfliktgebiete, in die wir unsere Macht nicht ohne große Schwierigkeiten projizieren können. Die Streitkräfte der Zukunft werden leicht, selbstversorgend und für den schnellen Einsatz tauglich sein müssen.

Die charakteristischen Eigenschaften des Schlachtfeldes im Jahre 2000 sind: große Mengen hochentwickelter Kampfausrüstungen; komplizierte Befehls- und Kontrollsysteme; kein einzelnes Waffensystem wird dominieren; es wird keine signifikanten qualitativen Vorteile geben; Ausdehnung der Schlacht in den Luftraum und in die Tiefe der feindlichen Formationen (300 km und mehr); intensives Gefecht am entscheidenden Punkt. Von diesen Kennzeichen haben wir das grundlegende Operationskonzept abgeleitet.

Das Schlüsselement der Kampfweise, die im Jahr 2000 von uns verlangt werden wird, besteht darin, die Initiative zu behalten, und zwar nicht nur mit herkömmlichen Methoden, sondern durch massives Ausspielen der Beweglichkeit, einer Mischung von Feuerkraft und Bewegung plus Einsatz aller Kampfmittel in einer wirklich integrierten Kraftanstrengung. (...)

(Quelle: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Nr. 10/1983, S. 1377-1379)

mare oder chemische vorbereitende Beschuß kann auf diese Weise die Stärke des Feindes vermindern, so daß tiefe, vielfältige und gleichgewichtige Angriffe möglich sind.“⁶

Die benötigte militärische Kapazität, um dieses neue Einsatzkonzept voll realisieren zu können, glaubt die Armeespitze der USA spätestens bis zum Jahr 1986 geschaffen zu haben. Doch sollten schon zuvor herausragende ALB-Bestandteile verfügbar sein:

Auf atomaren Gebiet die landgestützten strategischen Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise Missiles, die ebenfalls Atomsprenköpfe tragenden taktischen Kurzstreckenraketen Pershing I-A und Lance, die see- und luftgestützten Atomwaffen (darunter zusätzliche Cruise Missiles) sowie die Neutronenwaffen, die in Form von Gefechtsköpfen für Lance-Raketen oder als Artilleriegranaten längst in Serie hergestellt werden.

Im Bereich der **chemischen Waffen** ist die Produktion der neuartigen Binärwaffen (siehe 2. Teil in AIB 1/1984) angefallen. Laut dem Umrüstungsprogramm der Reagan-Administration soll von 1983-85 die serienmäßige Herstellung von binären 155-mm-Artilleriegranaten, Haubitzengranaten und „Big eye“-Bomben durchgängig gewährleistet sein. In Washington sieht man neuerdings auch vor, die Erstschlagswaffe Cruise Missiles als Träger der chemischen Binärwaffen einzusetzen, deren Zielstellung – so T.S. Gold – gerade darin besteht, die Fähigkeiten der US-Streitkräfte für Schläge „in die Tiefe“ zu erhöhen.⁷

Auf dem Gebiet der **konventionellen Waffensysteme** werden neben dem neuen Kampfpanzer M-1 Abrams sowie elektronischen Aufklärungs- und Angriffskomplexe PLSS (Luft-) und Assault Braker (Panzerbekämpfung) weitere neuartige Waffensysteme eingeführt, welche für die atomar-chemischen Angriffe in die Tiefe als Ergänzung bzw. Flankenschutz geeignet erscheinen: die lasergesteuerten Copperhead-Geschosse für 155-mm-Haubitzen; der erste Allwetter-Kampfhubschrauber AH-64 Apache, der 16 lasergesteuerte Hellfire-Raketen aufnehmen kann; und der Raketenwerfer MLRS, der 12 Raketen von 30 km Reichweite in weniger als 1 Minute abfeuern kann.



„Lance“-Raketen fungieren u. a. als Träger von Neutronensprengköpfen



Selbstfahrende 203-mm-Haubitze, mit der gleichermaßen atomare, chemische und konventionelle Granaten verschossen werden können.

Die Nahziele der Doktrin „Air Land Battle 1986“ wurden im August 1982 mit dem Zukunftskonzept der US-Armee „Air Land Battle 2000“ (siehe Kasten) fortgeschrieben, das ab Mitte der 90er Jahre in Kraft treten soll. Auch ALB 2000 benennt als Schlüsselemente der US-Kriegführung die sofortige Initiative („Aufrechterhaltung eines offensiven Geistes“), den integrierten Einsatz aller Kampfmittel (d.h. der atomaren, chemischen und konventionellen) und die „Ausdehnung der Schlacht in den Luftraum und in die Tiefe der feindlichen Formationen (300 km und mehr)“. Hinzu kommt eine erhöhte Beweglichkeit.⁹

Die Ergänzung „Rogers-Plan“

Der im Dezember 1982 vom NATO-Ausschuß für Verteidigungsplanung gebilligte „Rogers-Plan“, der unter Federführung des NATO-Oberbefehlshabers Bernard Rogers zustandekam, legte anders als ALB den Hauptakzent auf die Modernisierung und den Offensivinsatz konventioneller Waffen.

Er wurde in der Öffentlichkeit so feilgeboten, als sei mit ihm eine „Konventionalisierung“ der NATO-Strategie und -Aufrüstung verbunden, als erhöhe er die Einsatzschwelle für Atomwaffen, als sei er eine Alternative zur atomaren Entauptungsstrategie der USA. General Rogers als Vorreiter der Friedensbewegung?

Bei näherem Hinsehen entpuppt sich der „Rogers-Plan“ eher als ALB-Ergänzung und als ein Weg, NATO-interne Widerstände, die im Falle einer Erhebung von ALB zur offiziellen NATO-Doktrin zu erwarten standen, zu vermeiden, die Friedensbewegung in den NATO-Staaten irrezuführen. General Rogers selbst steht in Wahrheit fest auf dem Boden von „Air Land Battle“.

So etwa, wenn er die Grenze zwischen atomaren und konventionellen Waffen verwischt, indem er die Neutronenwaffen als „konventionelle Waffen“ einstuft. So etwa, wenn er die Modernisierung der konventionellen Waffensysteme ausdrücklich nicht als Abkehr „von der Option eines atomaren Erstschlags“ verstanden haben will, sondern betont, daß „die Verbesserung eines Teils der Triade (sie bedeutet im Jargon der NATO die Einheit von strategisch-atomaren, taktisch-atomaren und konventionellen Waffensystemen; d. Red.) die Effektivität der anderen Teile ergänzt.“¹⁰

Die Stationierung und der Einsatz der Erstschlagwaffen Pershing II und Cruise Missile in Europa, des Kernstücks von „Air Land Battle“, ist ohnehin aufgrund des sog. NATO-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 Sache des Bündnisses, von diesem autorisiert. Die Entscheidungsbefugnis über die Anwendung der atomaren und chemischen Waffensysteme

aber bleibt in jedem Fall weitgehend in Händen der US-Streitkräfte. Und NATO-Befehlshaber wie die Generäle Rogers oder Otis, die in Personalunion eine gesonderte Befehlsgewalt über die US-Streitkräfte in Europa haben, sind letztlich nur an die Weisungen ihrer Regierung in Washington gebunden. Warum sonst beharrt ALB 2000: „Wo eine abgestimmte Reaktion des Bündnisses nicht möglich ist, bleibt die einseitige Aktion möglich.“¹¹

„Air Land Battle“ ist gewiß stark auf das „mitteleuropäische Schlachtfeld“ zugeschnitten, will aber zugleich den „weltweiten Herausforderungen“, vorab in der Ölregion Naher und Mittlerer Osten und Ostasien, begegnen. Die Umstrukturierung der Schnellen Eingreiftruppe (RDF) in kleinere, mobile Einheiten, die auch mit taktischen Atomwaffen und/oder chemischen Waffen ausgerüstet sind, soll gleichermaßen Voraussetzungen für die jederzeitige Anwendbarkeit der ALB-Kriegführung auch in Konfliktfällen der Dritten Welt schaffen.

Durch die Installierung eines Erstschlagpotentials auf westeuropäischem Boden und die Ausrüstung der US-Streitkräfte mit atomaren und chemischen Waffen wird das „Air Land Battle“-Konzept zum Damoklesschwert gegen den Weltfrieden. Aus ihr erwächst das ständige Risiko der Eskalation eines „kleinen“ Konfliktes zum umfassenden atomar-chemischen Krieg.

Dabei macht es kaum einen Unterschied, von wo das weltweite Inferno seinen Ausgang nimmt. Sicher ist nur eins, so meint der Reagan-Berater Colin S. Gray, nämlich „daß es die Vereinigten Staaten sein werden, von denen verlangt wird, das atomare Eskalationstempo zu beschleunigen, in Reaktion auf irgendeine sich entwickelnde lokale militärische Katastrophe am Persischen Golf oder in Westeuropa.“¹²

Die ALB-Konsequenzen für den künftigen Interventionismus Washingtons und für seine Einbeziehung der chemischen Kampfstoffe in die Kriegführung sollen im folgenden eingehender untersucht werden. Denn so manches erscheint unter den Vorzeichen von „Air Land Battle“ – gerade auch aus dem Blickwinkel des Stationierungslands Bundesrepublik (Pershing II, chemische Binärwaffen!) – in einem veränderten Licht.

Wird fortgesetzt

Anmerkungen:

- 1) New York Times (NYT), New York, 31.5.1982
- 2) Der Reagan-Berater und Vater des 1980 entworfenen Atomkriegskonzepts „Der Sieg ist möglich!“, Colin S. Gray, hat im übrigen bekannt, daß die Reagan-Administration in Genf überhaupt kein Verhandlungsergebnis wünsche: „Bei dem NATO-Plan, 108 Pershing II und 463 landgestützte Marschflugkörper (Cruise Missiles; d. Red.) zu stationieren, geht es nicht darum, ein Gleichgewicht oder ein Gegengewicht gegenüber der sowjetischen SS-20-Stationierung zu schaffen... Die NATO braucht eine beträchtliche Anzahl dieser 572 Systeme (oder ähnliches), gleichgültig, ob die sowjetische SS-20-Stationierung auf Null reduziert wird oder nicht.“
In: Air Force Magazine (AFM), Washington, Nr. 5/März 1982
- 3) Caspar Weinberger vor dem Außenpolitischen Ausschuß des US-Kongresses: „Wenn wir zum Krieg gezwungen werden, müssen wir bereit sein, Gegenoffensiven in anderen Regionen zu führen und zu versuchen, die Schwächen des Aggressors (besser: des Angegriffenen; d. Red.) auszunutzen, wo immer sie sich zeigen.“
Wireless Bulletin, Washington, 18.6.1981
- 4) NYT, 31.5.1982
- 5) Siehe die Studie von Ch. Paine in: AIB 7-8/1983, S. 9-15
- 6) Field Manual 100-5, Operations, Washington, 20.8.1982
- 7) Nach: K. Lohs (Hrsg.), Der kalte Tod, Köln 1982, S. 19 und NATO's Sixteen Nations (NSN), Brüssel, Nr. 1/1983, S.70
- 8) Vgl. MERIP Reports, Washington, Januar 1983, S. 15 und Le Monde Diplomatique, Paris, Februar 1983
- 9) Auszüge von ALB 2000 finden sich in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 10/1983, S. 1377 ff. und taz, 22.10.1983
- 10) Zit. nach: Le Monde, Paris, 6.1.1983 und NSN, a.a.O., S.16
- 11) taz, 22.10.1983
- 12) AFM, Nr. 5/März 1982



US-Luftlandtruppen beim Eintreffen an der honduranischen Küste; Begrüßungsszene zwischen Manöver-Offizieren der USA und Honduras

Nico Biver

Die US-Kampftruppen richten sich in Honduras ein

In Honduras beginnt man bereits von einer Besetzung des Landes durch die USA zu reden. Die Geschwader von C-130 und C-141-Transportflugzeugen und Chinook Hubschraubern, die im Norden des Landes, in San Pedro Sula, landen und tausende Soldaten der US-Eliteeinheiten „Marines“ und „Green Berets“ ausspucken, vermitteln in der Tat den Eindruck einer Invasion.

Von dort aus werden die 5.673 US-Soldaten zu ihren Einsatzorten in Trujillo und Puerto Castillo an der Nordküste sowie nach San Lorenzo und Chaluteca an der Grenze zu Nicaragua gebracht. Seit Mitte August d.J. üben sie zusammen mit der Hälfte der honduranischen Armee den Krieg gegen Nicaragua und gegen die Guerilleros in El Salvador und Honduras.

Auf dem Sprung gegen Nicaragua

Weshalb diese Manöver allerdings bis mindestens März 1984 andauern sollen, ist schwer einzusehen. Es stärkt die Befürchtung vieler Honduraner, daß sich die USA auf eine ständige Präsenz einrichten.

Erste Schritte in diese Richtung wurden bereits mit der Errichtung des Regionalen Ausbildungszentrums (CREM) in der Nähe von Puerto Castillo im Juni d.J. getan.

Es dient nicht nur der Schulung von bislang 1.600 salvadorianischen Soldaten, sondern auch von Militärs aus Guatemala, Peru, Venezuela und Honduras. Aller Voraussicht nach soll hierher das US-Ausbildungszentrum für lateinamerikanische Militärs, die in Panama gelegene „Escuela de los Americas“, verlegt werden, da die Panama-Kanal-Verträge ihre dortige Schließung vorsehen. Auf eine dauerhafte US-Präsenz deutet ferner die Errichtung einer zweiten Radaranlage, der Ausbau von Flugpisten und eines Hafens in Puerto Castillo hin.

Erste Hilfsdienste für die honduranische Armee leisteten die Einheiten der US-Streitkräfte zur Aufstandsbekämpfung bereits im September d.J. bei der Zerschlagung der ersten größeren Guerilla-Einheiten in Honduras, die den Volks-

streitkräften (FAP), dem bewaffneten Arm der Revolutionären Partei der Arbeiter Mittelamerikas (PRTC), angehören.

Mit der Truppenentsendung nach Honduras will die Reagan-Administration die Voraussetzungen dafür schaffen, nötigenfalls selbst massiv militärisch gegen das revolutionäre Nicaragua und die Befreiungsbewegung in El Salvador, und im Eventualfall auch in Guatemala und Honduras einzugreifen.

Gleichzeitig übernehmen die US-Kampftruppen die Rückenbedeckung für die Aktionen von „Contras“ und honduranischer Armee gegen Nicaragua, tragen sie durch ihre Ausbildungsaufgaben zur Stärkung der Armeen Honduras' und El Salvadors bei. „Die laufenden amerikanisch-honduranischen Manöver“, so der Oberkommandierende der US-Truppen in Honduras, General Schlossberg, „müssen dazu beitragen, Truppen auszubilden, die sich in jedes Landes begeben können, das sie darum bittet.“¹

Diesem Zweck dient auch die nunmehrige Reaktivierung des Mittelamerikanischen Verteidigungsrates (CONDECA). Das Bündnis war Ende 1963 unter Beteiligung von Honduras, Guatemala, El Salvador und Nicaragua gegründet worden und hatte mit dem sog. Fußballkrieg zwischen El Salvador und Honduras 1969 praktisch aufgehört zu existieren.

Die Reaktivierung der CONDECA

Am 8. August d.J. machte der Sturz von Efraim Rios Montt durch seinen Verteidigungsminister Mejia Victores, unter reger Mithilfe der USA, den Weg frei für die engere Einbeziehung auch Guatemalas in die regionale Kriegsplanung Washingtons.²

Anfang September d.J. hatte sich US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger eigens nach Mittelamerika begeben, um Vorbereitungsgespräche zur Wiederbelebung der CONDECA zu führen. Seine Marschrichtung lautete, es gehe darum, daß „alle gemeinsam energisch gegen den internationalen Kom-

munismus" kämpfen sollten.³

Am 1. Oktober d.J. trafen sich dann in Guatemala die Führer der Streitkräfte von Honduras, El Salvador, Guatemala und Panama sowie der Oberbefehlshaber des in Panama stationierten Kommandos Süd der US-Streitkräfte, General Paul Gorman. Sie beschloßen die Reaktivierung der CONDECA, um einer „außerkontinentalen Aggression marxistisch-leninistischen Charakters“ zu begegnen.⁴

Offenkundiges Erstziel dieses Bündnisses ist die Einbeziehung der Armeen El Salvadors und Guatemalas in einen Krieg gegen Nikaragua, der von Honduras oder den „Contras“ provoziert werden könnte. Ähnlich naheliegend ist auch eine denkbare vereinte Rettungsaktion in El Salvador. Trotz der sog. Befriedungsprogramme der US-Militärberater hat die salvadorianische Armee weiter an Boden verloren. Ein Fortdauern des Siegeszuges der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) könnte mit einem großangelegten Einmarsch von honduranischen, guatemaltekischen und nordamerikanischen Truppen gekontert werden.

Die Wiedergeburt der CONDECA kommt einer Torpedierung der Friedensbemühungen der Contadora-Staaten (Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Panama) gleich. Dies umso mehr, als auch in Gestalt von Manuel Antonio Noriega, dem Chef der Nationalgarde Panamas, ein Mitglied der Contadora-Gruppe an dem Treffen in Guatemala teilnahm. Unklar bleibt allerdings, ob der Status Panamas der eines Mitglieds oder nur Beobachters der CONDECA ist.

Dessen ungeachtet wird immer deutlicher, daß die Zustimmung der CONDECA-Staaten und der Reagan-Administration zum Friedensplan der Contadora nichts weiter ist als ein Rauch-Vorhang, hinter dem der Krieg gegen Nikaragua vorbereitet wird. Dies illustriert das absonderliche Verhalten der neuen Machthaber in Guatemala, die erst lauthals die Contadora-Initiative verurteilt hatten, um im Nachhinein deren Friedensplan doch noch zuzustimmen.

Der Plan war am 10. September d.J. auf einem Treffen der Außenminister der Contadora-Staaten sowie Nikaraguas, Honduras, El Salvadors, Guatemalas und Kostarikas in Panama-Stadt ausgearbeitet und anschließend von den einzelnen Regierungen gebilligt worden.

Der 21-Punkte-Plan beruht auf den Vorschlägen der Contadora vom 17. Juli d.J. und Nikaraguas vom 19. Juli d.J.⁵ Er sieht u.a. eine schrittweise Abrüstung, eine Reduzierung der Militärberater, ein Verbot jeglicher ausländischer Militärpräsenz in der Region sowie die Errichtung pluralistischer Systeme, die eine Volksbeteiligung garantieren, vor.

Die bereitwillige Zustimmung auch der Militärdiktaturen El Salvadors, Honduras und Guatemalas zu diesen Forderungen geht wohl darauf zurück, daß sie von den Contadora-Staaten keinen übermäßigen Druck zur Realisierung des Plans erwarten, und daß ihre Seite vollendete militärische Tatsachen zu schaffen vermag, welche den Friedensplan zu einem wertlosen Stück Papier machen dürften.

Die Reagan-Administration täuscht ihrerseits eine gewisse Verhandlungswilligkeit vor, um den Widerstand im eigenen Land abzuschwächen und die Weltöffentlichkeit zu beruhigen. Dem dient auch die Reise der Mittelamerika-Kommission unter Henry Kissinger, die am 9. September d.J. eine Reise durch die Krisenregion begann, angeblich um Informationen über die Lage in den einzelnen Ländern zu sammeln. Gleiches gilt auch für die Reise des Staatssekretärs für interamerikanische Angelegenheiten, Langhorne Motley, der am 13. Oktober d.J. in Managua eintraf. Er drohte der sandinistischen Führung mit der Anwendung des Interamerikanischen Vertrages für gegenseitigen Beistand (TIAR), sollten die nikaraguanischen Streitkräfte „Contras“ über die Grenzen hinweg verfolgen.

Der nikaraguanische Verteidigungsminister Humberto Ortega hatte nach einem Angriff von „Contras“ der Revolutionären Demokratischen Allianz (ARDE), den sie von Kostarika aus auf den Grenzort Penas Blanca geführt hatten, am 28. September d.J. erklärt, daß seine Truppen die „Contras“ künftig bis 500 m weit auf kostarikanisches und honduranisches Territorium verfolgen würden.

Diese Erklärung wurde angesichts einer neuen Offensive der „Contras“ abgegeben, die mit Beginn der US-Manöver in Honduras einsetzte. „Wahrscheinlich sind alle konterrevolutionären Pläne mit den Manövern koordiniert, die im wesentlichen eine Rückendeckung für die konterrevolutionäre Aktivität sind“, stellte der nikaraguanische Innenminister Tomas Borge fest.⁶

CIA-Nachhilfe für die „Contras“

Gleichzeitig mit dieser Offensive sind die „Contras“ zu einer neuen Strategie übergegangen, da sie bisher keine Erfolge erzielen konnten.

„Unser Bestreben, einfach einen Krieg auf dem Land zu führen, war ein Fehlschlag“, erklärte ein Sprecher der nikaraguanischen Demokratischen Kraft (FDN), die von Honduras aus operiert, „weil der Volksaufstand des nikaraguanischen Volkes, auf den wir ursprünglich gehofft hatten, nicht stattfand“.⁷ Seit 1981 wurden insgesamt 1.636 „Contras“ getötet, während auf nikaraguanischer Seite 717 Tote, zu einem großen Teil Zivilisten, zu beklagen sind.

Die Umorientierung kam vor allem auf Druck des CIA zustande, der befürchtet, daß keine weiteren Mittel mehr bereitgestellt werden, wenn die „Contras“ keine Erfolge vorweisen können. Eine Bewilligung weiterer 19 Mio Dollar für die „Contras“ bleibt ungewiß, da bisher lediglich der Senat bereit ist, dem zuzustimmen.

Die neue Strategie sieht vor, wichtige Wirtschaftsobjekte zu zerstören, um die ökonomischen Schwierigkeiten Nikaraguas zu verstärken. Zu diesen Objekten gehören vor allem Transportwege und Häfen. Daß sowohl die ARDE als auch die FDN gleichzeitig ihre Strategie geändert haben, bestätigt die enge Zusammenarbeit zwischen beiden Gruppen und dem CIA.

Um den Außenhandel zu stören, wurden die Zollgebäude an der wichtigsten Verbindungsstraße, der Panamericana, an der Grenze zu Honduras und Kostarika angegriffen. Größere Schäden richteten jedoch die Angriffe auf die Häfen Corinto und Sandino an der Pazifikküste und Benjamin Zeledon an der Atlantikküste an. Einige dieser Anschläge, die vor allem



Losung im verteidigungsbereiten Managua: „Unsere Gewehre, Panzer und Kanonen dienen dem Frieden“



Tomas Borge **Wir entwickeln** **unsere Verteidigung**

Im September/Oktober d.J. unternahm der nikaraguanische Innenminister Tomas Borge (53) eine Reise durch mehrere westeuropäische Länder, darunter Frankreich, Spanien und die Bundesrepublik.

Zu den Friedensbemühungen Nikaraguas

Nikaragua unternimmt Anstrengungen, um zu verhindern, daß die Lage in Mittelamerika noch komplizierter wird. Diese Anstrengungen konzentrieren sich auf die Gespräche der Contadora. Wir entwickeln ebenfalls nichtoffizielle bilaterale Beziehungen und Kontakte zu nordamerikanischen Kongreßmitgliedern, denen gegenüber Nicaragua seine Friedensbestrebungen, um ein friedliches Übereinkommen und eine Verhandlungslösung zu erreichen, betont.

Zu den Beziehungen Nicaragua-USA

Richard Stone (R. Reagans Sonderbeauftragter für Mittelamerika; d. Red.) war in Nicaragua, und wir haben ihn erneut eingeladen wiederzukehren. Henry Kissinger wird Nicaragua in den nächsten Tagen besuchen. Wir hoffen, daß diese Kontakte schrittweise dazu führen, den Kampf zu verhindern.

Unabhängig davon wissen wir, daß nur die nordamerikanische öffentliche Meinung das konkrete politische Vorhaben der Regierung Ronald Reagans, unsere Revolution zu zerstören, stoppen kann. Wir sind optimistisch. Wir sind sicher, daß unsere Revolution unumkehrbar ist und daß niemand sie zerstören kann. Wir sind bereit den Preis zu zahlen, der notwendig ist, um sie zu verteidigen.

Zum Einfluß der US-Manöver auf Nicaragua

(Die Manöver) wirken sich in dem Maße aus, daß sich unser Volk stärker zur Verteidigung des Vaterlandes zusammenschließt, die Volksmoral weiter gestärkt und die gegen die Revolution gerichtete politische Aktivität des Gegners neutralisiert wird.

Man hat über die Möglichkeit spekuliert, daß unsere kühnen Entscheidungen über den Frieden durch den äußeren militärischen Druck beeinflusst werden könnten. Dies ist falsch. Am 19. Juli (d.J., Wortlaut in AIB 9/1983, S.7; d. Red.) formulierten wir unsere Friedenspolitik, die nicht mehr ist, als die Fortsetzung unserer traditionellen Friedenspolitik, die während der 4 Jahre Revolution ausgearbeitet wurde.

Zur Verhinderung eines umfassenden Krieges

(Die Regionalisierung des Krieges in Mittelamerika) hängt ab vom Druck, den Ronald Reagan von seinem eigenen Volk, von den nordamerikanischen Kongreßmitgliedern und Senatoren, der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten, des Westens und der Welt erhält. Sie hängt auch von uns ab, weil man bei jedem Zeichen von Schwäche unsererseits eine Aggression neuen Typs gegen uns entfesseln könnte.

Die Schläge, die wir der bewaffneten Konterrevolution versetzt haben, könnten zu neuen Optionen führen. Beispielsweise könnten man beschließen, daß die honduranische Armee direkt in unserem Land interveniert. Wenn es nicht politisch gelingt, die Zerstörungsabsicht der Regierung Ronald Reagans gegen unsere Revolution zu neutralisieren, könnte die Aggression ein neues Ausmaß erreichen. Deshalb ergreifen wir Abschreckungsmaßnahmen, entwickeln wir unsere Verteidigung, bewaffnen wir uns und bereiten uns auf den Krieg vor.

(Quelle: El Pais, Madrid, 14.9.1983; Ausschnitte)

dazu dienten die Erdölaufuhr abzuschneiden, wurden durch Luftangriffe verübt. Der bisher schwerste Angriff auf den Hafen von Corinto, der am 10. Oktober d.J. von See aus erfolgte, löste einen Großbrand aus, der einen Schaden von 380 Mio Dollar verursachte.

Um weitere Öllieferungen durch Mexiko an Nicaragua zu verhindern und die Brennstoffknappheit weiter zu verschärfen hat die FDN erklärt, daß sie die Tanker angreifen werde und den Hafen von Corinto vermint habe.

Um die „Contras“ wieder in Schwung zu bringen, hat der CIA seine Einmischung weiter verstärkt. Piloten die über Nicaragua abgeschossen wurden, bestätigten, daß der CIA sowohl der FDN als auch der ARDE die Flugzeuge zur Verfügung gestellt habe. Regelmäßig überfliegen US-Spionageflugzeuge, darunter solche vom Typ RC-135, nikaraguanisches Territorium.

Die New York Times enthüllte, daß die Versorgungsflüge für die Kommandos der „Contras“ durch den CIA organisiert werden, und zwar vom salvadorianischen Militärflughafen Ilopango aus.⁸

Ohne diese Flüge wäre es den „Contras“ nicht möglich, tief in nikaraguanisches Territorium vorzustoßen, da sie von der Bevölkerung nicht unterstützt werden. Die geringe Unterstützung, die sie bislang im Norden vor allem aufgrund verwandtschaftlicher Bindungen genießen konnten, nimmt weiter ab, da die sandinistische Regierung besonders hier das Landreformprogramm beschleunigt und ihre Aufklärung vorangebracht hat.

Dies hat allein von Juli bis September d.J. zur Desertion von 200 „Contras“ geführt, die aus diesen Gebieten stammen. Gleichzeitig verstärkte Nicaragua seine Verteidigungsbereitschaft.

Am 9. August d.J. wurde dem Staatsrat der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, das die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht vorsieht. Von den rechten Parteien wurde das inzwischen vom Staatsrat beschlossene Projekt abgelehnt, weil es angeblich „den Geist der Friedensbemühungen der Contadora-Gruppe“ verletze und „die Eliminierung des versprochenen Pluralismus“ bedeute. Die Bischöfe, die über die Überfälle der „Contras“ noch kein Wort verloren, erklärten, daß das Projekt „einen parteilichen Charakter“ habe und „den allgemeinen Linien einer Gesetzgebung totalitären Typs“ entspreche.⁹

Eine Stärkung der Armee erhoffte sich die sandinistische Regierung auch durch den Aufbau von Luftstreitkräften. Sie hat sich deshalb an alle Länder gewandt, um Flugzeuge zu erwerben. Da die USA Druck auf ihre Verbündeten – z.B. Frankreich – ausüben, kommt vor allem die Sowjetunion für diese Lieferungen in Frage. Das US-Außenministerium bezeichnete die Absicht Nikaraguas, eine Luftwaffe zu gründen, als ein „destabilisierendes“ Ereignis. Und das, obwohl Honduras über die größte Luftwaffe Mittelamerikas verfügt.

Da die Friedensbemühungen bisher gescheitert sind, bleibt Nicaragua kein anderer Ausweg, als sich weiter zu bewaffnen. „Wir werden unsere Verteidigungsanstrengungen verstärken müssen“, so der nikaraguanische Staatschef Daniel Ortega, „und uns darauf vorbereiten, einer eventuellen nordamerikanischen Intervention entgegenzutreten.“¹⁰

Anmerkungen:

- 1) Le Monde (LM), Paris, 17.9.1983
- 2) Siehe ausführlich in: AIB 10/1983, S. 36-38
- 3) LM, 17.9.1983
- 4) El Pais, Madrid, 4.10.1983
- 5) Siehe: AIB 9/1983, S. 4-7
- 6) Barricada Internacional, Managua, 12.9.1983
- 7) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 30.9.1983
- 8) Vgl. IHT, 3.10.1983
- 9) Barricada Internacional, 12.9.1983
- 10) IHT, 29.9.1983



US-Marines auf dem Beiruter Flughafengelände beim Beschuß von Schuf-Stellungen mit einer 155-mm-Haubitze

Walid Burhani

Die Marines greifen ein — wird der Libanon Protektorat?

„Verstrickt euch nicht wieder in eine dumme Angelegenheit, mit der ihr in ein neues Vietnam hineingeraten würdet. Wir hätten nichts dagegen, wenn ihr hier bleiben würdet, um uns zu helfen. Aber wir haben etwas dagegen, wenn ihr uns Schläge versetzt, so daß wir dazu gezwungen werden, euch unter Feuer zu nehmen.“¹ Diese Warnung richtete Walid Djoumblatt, Führer des breiten Oppositionsbündnisses Nationale Errettungsfront, Mitte September d.J. an die Adresse der Regierung Reagan, als das aktive Eingreifen von US-Streitkräften in das Kampfgeschehen im Großraum Beirut offenkundig geworden war.

Die libanesische Opposition sah darin zurecht eine direkte Intervention in ein innerlibanesisches Konfliktgeschehen, bei dem sich der bewaffnete Widerstand im Schufgebirge und dem südlichen Randgebiet Beiruts soeben klare Vorteile gegen Regierungstruppen und Phalangemilizen erkämpft hatte (siehe nachstehenden Beitrag). US-Marineinfanteristen kämpften auf deren Seite mit Handfeuerwaffen, Hubschrauber- und Artillerieeinsatz in Suq-El-Gharb, um die Stadt und mit ihr die phalangistische Regierung Gemayel vor dem Fall zu retten.

Washington stationierte gleichzeitig 14 Kriegsschiffe der VI. Flotte (Mannschaftsstärke 14.000) in Küstennähe, die am 19. September d.J. Stellungen von Linksmilizen und Syrern mit massivem Artilleriebeschuß belegten. Von dem mit 90 Kampfflugzeugen ausgestatteten Flugzeugträger „Eisenhower“ und dem französischen Flugzeugträger „Foch“ aus startete man begleitende Aufklärungs- und Bombenflüge.

R. Reagan beließ es nicht bei diesem „Feuerschutz“ und logistischer Unterstützung für die Verteidiger von Suq-El-Gharb. Man hielt vor der libanesischen Küste auch amphibische Landungseinheiten mit 2.000 Marines in Reserve.

Vizeadmiral Edward H. Martin, Kommandierender der VI. Flotte, rechtfertigte den Einsatz seiner Kriegsmaschinerie damit, daß die erfolgreiche Verteidigung von Suq-El-Gharb „lebenswichtig für die Sicherheit des Personals der USA“ sei. Und Präsident Reagan antwortete auf die Frage, wie viele zusätzliche Kräfte er im Libanon noch einzusetzen gedenke: „Was immer erforderlich ist, um unsere Männer zu schützen.“² Es ist dies derselbe Vorwand wie bei der US-Invasion vom 25.10.1983 auf Grenada...

In Wirklichkeit feuerte die US-Kriegsmarine ihre Salven auf libanesischen Stellungen eben nicht ab, um zielgerichtete Angriffe gegen eigene Soldaten abzuwehren, sondern um Operationen der libanesischen Regierungstruppen mitzutragen bzw. zu flankieren. Das aktive Eingreifen jener Marines, die im Rahmen der westlichen multinationalen Streitmacht im Raum Beirut stationiert sind, aber läuft auf die einseitige Stützung der Zentralregierung hinaus, und das ist mit dem Mandat dieser gegenwärtig 5.400 Mann starken Truppe (1.200 US-Amerikaner, 2.000 Franzosen, 2.100 Italiener und 100 Briten) absolut unvereinbar.

Als diese Streitmacht im Anschluß an den israelischen Libanonkrieg vom Juni-August 1982 erstmals an Land ging, hatte sie ausschließlich den Auftrag, gemäß dem sog. Habib-Plan den Abzug der Einheiten der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zu überwachen und den Schutz der Zivilbevölkerung im evakuierten Westbeirut zu garantieren. Inzwischen ist das Kontingent der US-Marines jedoch vornehmlich damit beschäftigt, die Stellungen der regulären libanesischen Armee zu verstärken, die Regierungstruppen im Nahkampf zu drillen und in der Bedienung von Kampfhubschraubern auszubilden.³

Während der US-Präsident bei der Entsendung der Marines hoch und heilig versichert hatte, sie würden unter keinen Umständen länger als einige Wochen bleiben und in bewaffnete Auseinandersetzungen eingebunden werden, denkt man heute im Weißen Haus ungeniert über die Ausweitung des Kontingents, seine Stationierung auf Dauer und über seine Übernahme sog. Ordnungsfunktionen nach. Im Interesse der „Selbstverteidigung“ versteht sich – wie Außenminister G. Shultz versicherte.⁴

„Reagans Warnzeichen“ für die Syrer

Wie weit dieser Umdenkungsprozeß in Regierungs- und Militärkreisen der USA bereits verinnerlicht ist, demonstrierte gleichen Tags General Paul Kelly, der Oberkommandierende der US-Marines. Als er am 21. September d.J. gemeinsam mit George Shultz vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses erschien, um die Ziele der gegenwärtigen Mission seiner Marines im Libanonkonflikt zu erläutern, begann er mit der Freud'schen Fehlleistung: Unsere Mission „in Vietnam...“⁵ Wenn für Washington der Libanon Vietnam ist, ist dann Syrien nicht Kambodscha oder Laos?

Wiederholt beschuldigte Präsident Reagan im September/Oktober d.J. Syrien, wegen seiner Rückendeckung für den libanesischen Widerstand der eigentliche Schuldige am Wiederausbruch der bewaffneten Zusammenstöße zu sein.

Den Entscheid vom 5.9.1983, zusätzliche US-Kampftruppen (2.000) in Küstennähe des Libanon zu entsenden, bezeichnete er als „ein Warnzeichen für die Syrer“. Mitte Oktober d.J. klagte er Damaskus an, das Haupthindernis für einen Verhandlungsfrieden zu sein sowie die Einverleibung des Libanon bzw. Nahen Ostens in den sowjetischen Machtbereich zu betreiben: „Können die Vereinigten Staaten und die freie Welt beiseite stehen und zusehen, wie der Mittlere Osten in den Sowjetblock einbezogen wird?“⁶

Auf diese Weise zimmerte der US-Präsident eine nachträgliche Selbstrechtfertigung zurecht für den eigenen direkten Militärinterventionismus und für die selbtherrliche Verlängerung der Präsenz von tausenden US-Militärs für zumindestens weitere 18 Monate, die der US-Kongreß am 28. September d.J. guthieß. Im Juni 1982 hatte Washington die Libanoninvasion des verbündeten Israel allseitig unterstützt,⁷ weil man sich von ihr die Austreibung der syrisch-palästinensischen Truppenkontingente und eine „Neuordnung“ des Libanon versprach. Im Schatten der israelischen Panzer inthronisierte man damals das Minderheitsregime Ge-



Bergung Überlebender im gesprengten Hauptquartier der Marines am 23. 10. 83

mayel und dessen Bestreben, eine phalangistische Alleinherrschaft auf möglichst große Teile des Landes auszudehnen.

In den nichtsyrisch kontrollierten Gebieten nahmen dabei die israelischen Besatzer, die Marines und rund weitere 70 US-Offiziere, unter deren Regie die Ausbildung der neugeformierten regulären Armee steht, Sicherheits- bzw. Polizeifunktionen bei der Unterdrückung oppositioneller Kräfte wahr. Für das Jahr 1983 gewährte Washington der Regierung Gemayel offiziell 251 Mio Dollar an Militär- und Wirtschaftshilfe. U.a. lieferten die USA Artilleriegeschütze, Truppentransporter, mehr als 100 M-48-Panzer, 200 Panzerwagen (235 weitere folgen), Maschinengewehre und demnächst auch US-Kampfhubschrauber des Typs Huey, die in italienischer Lizenz produziert werden.

Quasi als Gegenleistung unterzeichnete das Phalangeregime im Mai 1983 – unter Aussperrung Syriens – die Vereinbarungen von Khalde,⁹ die Israel und den USA weitgehende Vorrechte im Libanon einräumte. Die Präsenz ihrer Truppen wurde faktisch legalisiert, da ihr Rückzug an den vorherigen Abzug der syrischen Kontingente angekoppelt wurde. Und das obgleich die Einheiten Syriens aufgrund eines Mandats der Arabischen Liga und der libanesischen Regierung aus dem Jahr 1976 im Lande stehen – im Unterschied zur ungebetenen Besatzungsmacht Israel und auch zu den



Marines beim Einsatz in Suq-El-Gharb



US-Marines, die für ihre Stützungsaktivitäten zugunsten der Phalange ebensowenig autorisiert sind.

Syriens Regierung Assad geriet spätestens auf die Abschußliste Washingtons, als sie dem Diktat von Khalde die Anerkennung versagte und die libanesische Opposition in ihrem Aufbegehren gegen Gemayels Ausverkauf nationaler Souveränitätsrechte unterstützte. Das Selbstbehauptungsvermögen des libanesischen Widerstands im Schuf in den Septemberkämpfen und die sowjetische Bereitstellung modernster Luftabwehrsysteme für Syrien stärkten schließlich den Widerstandswillen der Regierung Assad.

Für sie stehen im Ostlibanon fundamentale Sicherheitsinteressen mit auf dem Spiel. Falls die heute im Lande der Zedern stationierten Streitkräfte Israels und/oder der USA die Verbindung Beirut-Damaskus und das Bekaa-Tal an sich reißen würden, geriete Damaskus in ihre Reichweite. Damit wäre das Terrain bereitet für eine Blitzinvasion, wie sie R. Reagan und Israels Verteidigungsminister Arens angedroht haben, sollte Syrien keine Abzugsbereitschaft erkennen lassen.

So gesehen sind die Vereinbarungen eines Waffenstillstands am 25. September d.J. und das Projekt einer nationalen Aussöhnungskonferenz (siehe nachstehenden Beitrag) in Genf ein Achtungserfolg Syriens und seiner Verbündeten.



Entsetzter G. Shultz (l.) beim „Vietnam“-Versprecher General Kellys (r.)

Präsident Assad hatte eine Beteiligung der „Interventionsmacht USA“ an der innerlibanesischen Verhandlungsrunde und die von ihr beanspruchte Überwachungsrolle der westlichen Streitmacht strikt abgelehnt, und Nichteinbeziehung der USA und Israels durchgesetzt. Die Chancen für eine Endlösung à la Reagan sind durch das aktive Eingreifen der Marines kaum größer geworden.

Aus diesem Grund mehren sich innerhalb des Establishments in Washington Stimmen, die Reagans Libanonpolitik – so der ehemalige Botschafter der USA in Beirut, Dean Brown – als gescheitert und einer „dramatischen Änderung“ bedürftig kritisieren. Die US-Libanonpolitik könne nicht „davon ausgehen, daß die Sowjetunion und Syrien irgendwie hinter allen Schwierigkeiten stecken. Anstatt sich ausschließlich auf Staatspräsident Amin Gemayel zu stützen, müßten die USA ihre Energie auf die Schaffung eines neuen 'nationalen Konsensus' im Libanon konzentrieren.“¹⁰

„Entschlossenheit“ nach den Bombenanschlägen

Angenommen, die Reagan-Administration würde die isolierte Regierung Gemayel opfern und der Schaffung einer Regierung der nationalen Übereinkunft – unter Einschluß der Nationalen Errettungsfront – ihre Zustimmung geben, so müßte sie mit Gewißheit zwei ihrer 1982/83 erworbenen Trümpfe aus der Hand geben: Einmal müßte das von ihr durchgesetzte Abkommen von Khalde zurückgenommen und den israelischen Annexions- und Interventionsgelüsten ein Riegel vorgeschoben werden. Zum anderen müßten die USA auf ihre eigenen militärischen Ambitionen und Basen im Libanon verzichten. Und das hieße Verzicht auf die dauerhafte Stationierung von Einheiten der Schnellen Eingreiftruppe, die für die Behauptung ihrer Vorherrschaft in der Region wie für Feuerwehreinsetze zum Schutz der „lebenswichtigen Interessen des Westens“ am Persischen Golf bestimmt sind.

Die Reaktion der Reagan-Administration auf die spektakulären Bombenanschläge vom 23. Oktober d.J., bei denen in den Hauptquartieren der französischen und US-Streitmacht in Beirut rund 250 Soldaten den Tod fanden, läßt jedoch für Illusionen keinen Raum. Sie zog aus den hohen Verlusten erst einmal den Schluß, erst recht ihre Truppenpräsenz im Libanon aufrechtzuerhalten und entsandte Verstärkungseinheiten. Sie bekräftigte, die US-Marines in Beirut sollten ihre Mission unverändert fortsetzen.

Mehr noch, Ronald Reagan forderte eine „noch größere Entschlossenheit des Westens“ und kündigte „Vergeltungsmaßnahmen“ an,¹¹ deren Einzelheiten der Nationale Sicherheitsrat in Washington auf einer Sitzung am 24.10.1983 beraten haben soll.

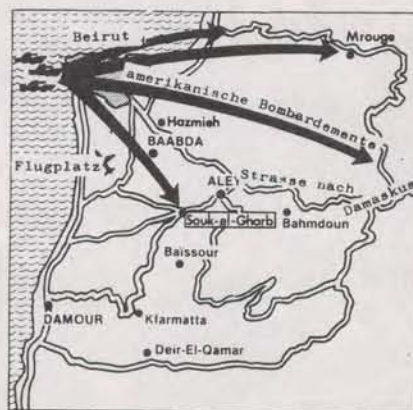
Vor Wiederholung des Invasionsabenteuers Grenada im Libanon oder Syrien muß dringend gewarnt werden.

Anmerkungen:

- 1) The Middle East, London, Oktober 1983
- 2) Zit. nach: International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 21.9.1983 und Newsweek (NW), New York, 26.9.1983
- 3) Daten nach: Time, New York, 3.10.1983
- 4) Shultz-Rede vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses, in: Amerikadienst, Dokumentation, Nr. 39/28.9.1983
- 5) Nach: Le Monde Diplomatique (LMD), Paris, Oktober 1983
- 6) Zit. nach: IHT, 6.9.1983 und Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 10.10.1983
- 7) Siehe ausführlich: AIB 11-12/1982, S. 5 ff. und LMD, Oktober 1983
- 8) Daten nach: Time, 12.9.1983; IHT, 21.4.1983 und NW, 10.10.1983
- 9) Siehe: AIB 7-8/1983, S. 30-34
- 10) IHT, 12.9.1983
- 11) Nach: Die Welt, 24.10.1983; FAZ, 25.10.1983; IHT, 24. und 25.10.1983

Ivesa Lübben-Pistofidis

Aussichten einer nationalen Versöhnung im Libanon?



29 Tage wiederaufgeflammter Bürgerkrieg im August/September 1983 haben die Kräfteverhältnisse im Libanon erheblich verändert. Die libanesische Regierung sah sich gezwungen, in einem – unter Vermittlung des saudischen Prinzen Bandar bin Sultan und des amerikanischen Nahostunterhändlers Mac Farlane ausgehandelten – Waffenstillstandsabkommen vom 25. September d.J. der Opposition bedeutende Zugeständnisse zu machen.

Das Waffenstillstandsabkommen sieht im einzelnen vor:

- die Bildung eines Sicherheitskomitees, das zu gleichen Teilen aus den Konfliktparteien bestehen soll;
- die Abhaltung eines „Kongresses der Nationalen Versöhnung“, an dem neben dem Staatspräsidenten Amin Gemayel und seinem Vater Pierre Gemayel (als Vertreter der Phalangepartei) Vertreter aller bedeutenden Oppositionsparteien, sowie Saudi Arabien und Syrien als Beobachter teilnehmen sollen;
- eine Truppenentflechtung, bei der sich die Phalangisten aus den größten Teilen des Schufgebirges, wohin sie vor einem Jahr unter dem Schutz der israelischen Armee eingedrungen waren, zurückziehen müssen;
- die Regierung unter Ministerpräsident Wazzan mußte ihren Rücktritt einreichen, um einer möglichen „Regierung der nationalen Versöhnung“ den Weg frei zu machen.

Auf dem für Oktober d.J. „Kongreß der Nationalen Versöhnung“ steht entsprechend den Forderungen der Opposition der zwischen Israel, den USA und der Regierung Gemayel am 17. Mai d.J. unterzeichnete Separatvertrag¹ zur Disposition und soll über eine grundsätzliche Neuverteilung der Macht im Lande beraten werden. Das Wiederaufflackern militärischer Zusammenstöße in Tripoli und Beirut Mitte Oktober d.J. stellte das Versöhnungsprojekt allerdings in Frage.

Israelische Frontbegradigung

Ohnehin umstritten ist die Entscheidungsbefugnis des Kongresses, auf dem die Oppositionspolitiker die Mehrheit darstellen werden. Während die Oppositionsparteien fordern, daß die Beschlüsse des Kongresses für alle am Konflikt beteiligten Parteien verbindlich sein sollen, will sich Staatspräsident Gemayel die Entscheidung über die Umsetzung der Beschlüsse vorbehalten. Kommentatoren des phalangistischen Senders „Stimme des freien Libanon“ lehnen das Ab-

kommen gar durchweg ab.

Die erneuten bürgerkriegsähnlichen Kämpfe waren ausgebrochen, nachdem sich die israelischen Besatzungstruppen vom 3.-5. September d.J. aus dem überwiegend von Drusen bewohnten Schuf-Gebirge auf eine neue Frontlinie zurückzogen, die entlang dem Awali-Fluß verläuft.

Schon am 8. Juni d.J. hatte die oppositionelle Arbeiterpartei Israels angesichts der relativ hohen Verluste der israelischen Truppen im Libanon (in der ersten Hälfte 1983 allein über 200 Tote) im Parlament den Antrag gestellt, die israelischen Truppen zunächst in eine „Sicherheitszone“ und innerhalb von 3 Monaten ganz aus dem Libanon abziehen. Zwar wurde dieser Antrag mit der Mehrheit der Regierungsparteien abgelehnt, doch bleibt auch die Regierung Shamir durch den zunehmenden Unmut der eigenen Bevölkerung über den Stellungskrieg Israels im Nachbarland unter Zugzwang.

Alle Fakten sprechen dafür, daß der Teilrückzug Israels eine bloße Neuformierung der Okkupationsarmee ist mit dem Ziel, die Besatzung des Südlibanon auszubauen (siehe auch: AIB 7-8/1983, S. 30-34).

Den Aufbau von neuen Befestigungsanlagen, Beobachtungs-



Israelische Einheiten auf dem Weg zur Frontbegradigung am Awali

posten und elektronischen Sensoren entlang dem Awali läßt sich die israelische Regierung 30 Mio Dollar kosten.²

Ein hochrangiger israelischer Offizier begründete diese Investition damit, daß sich Israel darauf vorzubereiten habe, seine Truppen für viele Jahre im Libanon zu behalten, falls Streitkräfte der PLO und Syriens im Lande bleiben sollten.³

Die syrische Regierung hat ihrerseits bekräftigt, daß sie den bedingungslosen Abzug israelischer Truppen aus dem Libanon als Voraussetzung für einen Abzug der eigenen Truppen erachtet. Zu Recht hat Präsident Assad darauf hingewiesen, daß nach dem libanesisch-israelischen Abkommen Israel eine „Sicherheitszone“ zugesprochen wird, die 24 km an die syrische Hauptstadt heranreicht. Syrien sehe somit seine eigenen Sicherheitsinteressen durch das Abkommen bedroht.⁴ Die neue Befestigungslinie entlang des Awali stellt schon jetzt eine Grenze mitten durch den Libanon dar, die ohne die Genehmigung der israelischen Militärverwaltung niemand überschreiten darf.

Die Ausweitung der israelischen Exporte nach Südlibanon (inzwischen 15-20 Mio Dollar monatlich)⁵ und die zunehmende Integration des Südlibanon in den israelischen Wirtschaftskreislauf hat zur wirtschaftlichen Desintegration des Libanon geführt und den Ruin vieler Bauern in der besetzten Zone zur Folge gehabt, die gegen die billigen israelischen Agrarprodukte nicht konkurrieren konnten. Außerdem ist der „Import“ verschiedener libanesischer Produkte in die Besatzungszone verboten. So darf beispielsweise ein Händler aus Beirut keinen Zement oder keine Apfelsinen mehr in Saida oder Tyrus verkaufen, da sie zur Konkurrenz für israelische Waren werden könnten.

Die libanesische Opposition weist auf noch andere beunruhigende Anzeichen hin, die eine Annexion des Südlibanon befürchten lassen: So „hat (die israelische Armee) im Libanon, zwischen dem Hermongebirge und dem Barukgebirge fast 30 zivile Siedlungspunkte errichtet... Abgesehen davon, daß viele der Siedlungen in der Westbank zunächst als solche Siedlungspunkte errichtet wurden, stellen sie für Israel ein ideales Mittel dar, das Gebiet zu kontrollieren, ohne auf die Lokalbevölkerung zurückgreifen zu müssen.

Andererseits hat die israelische archäologische Abteilung angekündigt, daß sie mit der Erforschung jüdischer Ruinen im besetzten Gebiet beginnen werde ... das Vorhandensein solcher Ruinen müßte in der Westbank immer zur Rechtfertigung des Baus von Siedlungen herhalten...“⁶

Um das durch den Teilrückzug Israels im Schuf entstandene

Machtvakuum auszufüllen, hatte Staatspräsident Gemayel angeordnet, die libanesischen Armee in den vormals israelischen Stellungen im Schuf zu stationieren. Dieses Ansinnen wurde von den im Schuf lebenden Drusen zurückgewiesen. Sie machten deutlich, daß sie ein Vordringen der libanesischen Armee in ihr Siedlungsgebiet solange nicht akzeptieren würden, wie nicht eine politische Übereinkunft für den gesamten Libanon gefunden sei, die eine Einbeziehung aller Teile der libanesischen Bevölkerung in die politischen Entscheidungsprozesse gewährleiste.

Sie befürchteten, daß im Schatten der libanesischen Armee die phalangistischen Milizen (Kataeb) ihre Stellungen im Schuf und ihre Herrschaft im Libanon weiter ausbauen könnten.

Gemayels Phalange-Staat

Große Teile der moslemischen Bourgeoisie hatten bei der Wahl Amin Gemayels zum Staatspräsidenten im September 1982⁷ in ihm einen möglichen Kompromißkandidaten gesehen. Sie hofften, er könnte Israel zum Rückzug zwingen, ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Fraktionen der libanesischen Bourgeoisie in Form einer „Aussöhnung zwischen Moslems und Christen“ wiederherstellen und den arabischen Charakter des Landes wahren – beruht doch die Machtbasis dieser moslemischen Bourgeoisie nicht zuletzt auf den Wirtschaftsbeziehungen mit den arabischen Nachbarländern.

Sie wurde schon bald eines besseren belehrt. Für die herrschende christlich-maronitische Finanz- und Kompradorenbourgeoisie war die Wahl ihres Kandidaten zum Staatspräsidenten nur der erste Schritt ihres Vorhabens, den Staatsapparat vollständig zu erobern und ihre Vorherrschaft über den ganzen Libanon auszuweiten.

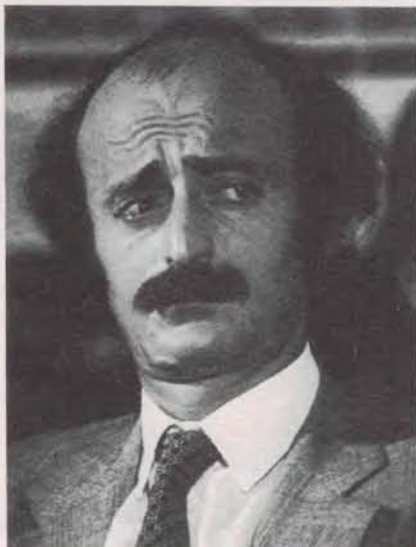
Die Regierungspolitik unter Gemayel war nach außen geprägt durch die Anlehnung an Israel und eine bedingungslose Unterwerfung unter die Interessen der NATO-Mächte, insbesondere des US-Imperialismus, von dessen Unterstützung er sich wiederum die Stärkung seiner eigenen Position versprach. Nach Innen bedeutete sie eine zunehmende Faschisierung und Unterdrückung nicht nur der Linken, sondern aller nicht-phalangistischen Kräfte.

So wurde der Aufbau der Sicherheitsorgane, vor allem der Armee, fast ausschließlich von Phalangisten betrieben. Zum neuen Oberkommandierenden der Armee wurde ein Offizier ernannt, der seit 1973 für die Ausbildung der phalangistischen Milizen, der Kataeb, verantwortlich war. 41 Offiziere, die im Dienstgrad über ihm standen, reichten aus Protest gegen diese Entscheidung ihren Rücktritt ein. Auf alle wichtigen Posten in Armee, Geheimdienst und Sicherheitsorganen wurden Phalangisten oder Kräfte, die den Kataeb nahestanden, berufen. Die Armee wurde so zum verlängerten Arm der Phalange-Milizen, die ihre Aufgabe nicht in der Wiederherstellung der Souveränität des Landes, sondern in der Unterdrückung der fortschrittlichen und patriotischen Kräfte des Libanon sahen.

Aufgrund eines Abkommens zwischen dem Staatspräsidenten und dem Parlamentspräsidenten Assaad wurde dem Staatspräsidenten das Recht übertragen, per Dekret zu regieren. Alle bedeutenden Entscheidungen werden vom Präsidenten und seinem Sicherheitsberater gefällt, nach vorheriger Beratung im Politbüro der Phalange-Partei. Die Sitzung des Ministerrats hat nur noch akklamatorischen Charakter. Selbst über das Abkommen mit Israel vom 17.5.1983 wurde im Parlament weder debattiert noch abgestimmt. Allein der Beifall zu dem Antrag des ehemaligen Ministerpräsidenten Saeb Salam, die Parlamentarier mögen die Regierung bei ihren Bemühungen zur Erlangung der vollen Souveränität



Phalange-Stellung in Suq El-Gharb



Front-Mitbegründer W. Djoumblatt

Gründungscharta der Nationalen Errettungsfront

Seit der israelischen Invasion des Libanon häuften sich gefährliche Entwicklungen und Ereignisse. Eine der ernstesten Entwicklungen, die eine Gefahr für die Zukunft Libanons darstellt, war die Unterzeichnung des libanesisch-israelischen Abkommens (vom 17.5.1983; d. Red.), welche ein neues Stadium der von den USA und Israel in die Wege geleiteten Beziehungen kennzeichnet.

Die gegenwärtigen Gefahren zwingen uns, die nationalen Potentiale zu mobilisieren, die benötigt werden, um jenen Herausforderungen entgegenzutreten, die uns mit Mitteln fortgesetzter Aggression, Unterdrückung und Hegemonie aufgezwungen wurden. Unsere aktive Konfrontation beruht auf der Ablehnung des Abkommens durch alle nationalen libanesischen Kräfte.

Bei ihren Versuchen, dieses Abkommen zu erfüllen, ignoriert das libanesische Regime die folgenden Tatsachen:

Erstens gefährdet das Abkommen die nationale Sicherheit des Libanon, und es ist eine klare Verletzung der Nationalen Übereinkunft des Landes aus dem Jahre 1943.

Zweitens ist das Abkommen darauf gerichtet, die Einheit der militärischen und administrativen Einrichtungen des Landes zu zerstören mittels der Verewigung der Präsenz Saad Haddads und seiner Milizen sowie mittels des gemeinsamen libanesisch-israelischen Komitees, dem freie Hand für die Verwaltung der Angelegenheiten des Libanon gegeben ist, während es (das Abkommen; d. Red.) das libanesische Volk einer Teilnahme an diesem Prozeß beraubt.

Drittens mißachtete das libanesische Regime die Verfassung des Landes, indem es den Südlibanon aufgab und die nationale Souveränität, die territoriale Integrität und die natürlichen Ressourcen des Landes, insbesondere im Süden, abtrat.

Viertens widerrief das Abkommen den demokratischen Aufbau des Landes und beraubte das libanesische Volk der Freiheiten der Meinungsäußerung und der Überdenkung seiner nationalen Wünsche und lebenswichtigen Probleme.

Fünftens öffnete das Abkommen den Libanon sperrangelweit für verschiedenste Investitionen Israels, welche voraussichtlich der Wirtschaft des Libanon Schaden zufügen und die Wirtschaft der gesamten arabischen Region in Mitleidenschaft ziehen werden.

Die Bestimmungen des libanesisch-israelischen Abkommens zwingen den Libanon, alle arabischen Bindungen, insbesondere seine Verpflichtungen gegenüber den Entschliebungen der Arabischen Liga und der arabischen Gipfeltreffen, aufzugeben.

Das Abkommen verwandelt den Libanon in eine Ausgangsbasis für Aggressionen gegen die östlichen arabischen Nachbarn im allgemeinen und insbesondere gegen Syrien.

Diese im Abkommen enthaltenen Tatsachen und Realitäten sind nichts anderes als vorbereitende Schritte des libanesischen Regimes, das Willens ist, einige Teile des Libanon aufzugeben zu dem Zweck, ein „Klein-Libanon“ zu errichten. Solch ein rassistischer Staat wird umfassend auf nationaler und arabischer Ebene abgelehnt.

Darüber hinaus wird dieses Gebilde ernsthafte Auswirkungen auf die Einheit der Region haben, weil es zu einer umfassenden Spaltung führen wird.

(Quelle: Syria Times, Damaskus, 24.7.1983)

des Libanon unterstützen, wurde später als Zustimmung zum Waffenstillstandsabkommen ausgelegt.

Per Dekret hob Gemayel die Unkündbarkeit von Beamten und Richtern auf – entgegen den Bestimmungen der libanesischen Verfassung – und leitete eine beispiellose Säuberungswelle ein. Über 2.000 Beamte, Lehrer, Präfekten und Richter wurden entlassen und durch Phalangisten ersetzt.

Durch diesen Katalog von Maßnahmen wurden Schritt für Schritt die Trennung zwischen phalangistischen Organisationen und Staatsapparat aufgehoben und eine faschistische Terrorkampagne eingeleitet. Presse und Medien wurden gleichgeschaltet, Versammlungen, Demonstrationen und Flugblätter verboten. Die Gewerkschaften sollten durch ein neues Gewerkschaftsgesetz zerschlagen werden. Bei den täglichen Razzien der libanesischen Armee in Westbeirut sind bisher über 1.500 Libanesen verhaftet worden und seitdem verschwunden, was von der Staatsmacht gelehnet wird.

Durch ihre Unterdrückungspolitik verschärfte die phalangistische Staatsmacht die sozialen Widersprüche und forderte den Widerstand der linken Opposition heraus. Durch die Usurpierung der politischen Macht⁸ zerstörte sie das ohnehin labile Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie.

Sie alle und die verschiedenen Religionsgemeinschaften haben aber aufgrund des Nationalpaktes von 1943 – den Walid Djoumblatt als konfessionellen Pakt zwischen sunnitischen Großbourgeoisie in Beirut und dem damaligen maronitischen Establishment bezeichnet – gemäß einem bestimmten Proporzsystem Anspruch auf eine bestimmte Anzahl von Parlamentssitzen und auf bestimmte Staatsfunktionen.

Die rasche Erholung des Widerstands

Hatten Phalangisten, Israelis und Amerikaner gehofft, daß nach dem Abzug der Palästinensischen Befreiungsorganisation im September 1982 aus Beirut und angesichts der militärisch-politischen Schwächung der Linken der Weg offen sei für die Einbeziehung des Libanon in eine Pax Americana, so konnte sich die Linke doch recht schnell erholen, und näherten sich gleichzeitig bedeutende Teile des Bürgertums der Linken an, die begann, sich neue Organisationsformen zu schaffen.

Die militärische Niederlage der libanesischen Linken und ihrer palästinensischen Verbündeten gegen die israelischen Invasoren im Sommer 1982 hatte eine Reihe organisatorischer und politischer Schwächen der Libanesischen Nationalbewegung offenbart, die unmittelbar nach der Schlacht um Beirut deren Auflösung zur Folge hatte. Dies bedeutete aber nicht das Ende des Widerstands gegen die israelischen Aggressoren und gegen die faschistischen Kräfte im eigenen Land.

Im Gegenteil, nachdem die israelische Armee am 17.9.1983 nach Westbeirut eingedrungen war mit dem erklärten Ziel, „Widerstandsnester auszuheben“, zeigte sich, daß der Widerstand nicht völlig zerschlagen werden konnte. Überfälle auf israelische Militärpatrouillen forderten in den folgenden Tagen 50 Opfer unter den israelischen Soldaten und trugen entscheidend dazu bei, daß sich die Besatzer nach 6 Tagen aus der libanesischen Hauptstadt wieder zurückziehen mußten.

Diese Operationen markieren den Beginn einer neuen Widerstandsbewegung, der Libanesischen Nationalen Widerstandsfront (FRNL). Entgegen der Libanesischen Nationalbewegung ist die FRNL kein fester organisatorischer Zusammenschluß von Organisationen. Sie hat den Charakter einer Widerstandsbewegung, die für jeden offensteht, der bereit

ist, gegen die zionistischen Besatzer und für die Souveränität und Unabhängigkeit seines Landes zu kämpfen. Und sie wird von allen relevanten Teilen der ehemaligen Libanesischen Nationalbewegung unterstützt, von den Kommunisten, von der Sozialistischen Fortschrittspartei Walid Djoumblatts, von den nasseristischen Mourabitoun und anderen.

Im Südlibanon häufen sich die Angriffe auf israelische Militäreinrichtungen, oft noch spontan und unkoordiniert, aber immer im Namen der Nationalen Widerstandsfront. Seit ihrer Gründung wurden in ihrem Namen über 300 Operationen durchgeführt, bei denen über 700 israelische Soldaten verletzt oder getötet wurden.

Die FRNL hat darüber hinaus aber auch eine politische Dimension: „Der bewaffnete Widerstand, den die FRNL führt, hat nicht nur rein militärische Auswirkungen. Sie stellt den wichtigsten Motor zur Remobilisierung des libanesischen Volkes gegenüber den Okkupanten dar. In dem Maße, wie die FRNL ihre Operationen verstärkt, entwickeln sich auch die Tage von Aufständen, Generalstreiks, Demonstrationen in der ganzen besetzten Zone.“⁹ Zugleich drückt sich in der FRNL aber auch die gesamt-nationale Dimension jeder Widerstandshandlung aus.



Stellung drusischer Linksmiliz im Schuf

Der Abschluß des Vertrages mit Israel, die immer offener vorgetragenen Hegemonialansprüche der Phalangisten und schließlich die Besuche israelischer Regierungsmitglieder in Beirut (Arens, Sharon), dies zusammengenommen bewirkte den Zusammenschluß von oppositionellen Parteien und Persönlichkeiten auf politischer Ebene.

Am 23. Juli 1983 kündigte Walid Djoumblatt, ehemaliger Präsident der Libanesischen Nationalbewegung und Führer der vor allem unter den Drusen des Schufgebirges verankerten Sozialistischen Fortschrittspartei, die Bildung der Nationalen Errettungsfront (FSN) an. Die FSN, der politische Organisationen (die Sozialistische Fortschrittspartei, die Kommunistische Partei, die Organisation der Kommunistischen Aktion, die Sozialistische Arabische Baath-Partei u.a.) sowie Führer der verschiedenen Religionsgemeinschaften – so der sunnitische ehemalige Ministerpräsident Karame und der maronitische ehemalige Staatspräsident Frangieh – angehören, stellt den breitesten Zusammenschluß demokratisch-nationaler Kräfte in der Geschichte des Libanon dar. Ihr Zustandekommen konterkariert die Behauptung Amin Gemayels, der den Oppositionskräften vorwirft, sie seien syrische Marionetten, wohingegen 99% aller Libanesen hinter ihm stünden.

Andere Organisationen und Persönlichkeiten haben der FSN, die zum Kristallisationspunkt des libanesischen Widerstandes geworden ist, ihre Unterstützung zugesagt, so Raymond Eddé, der Führer des Nationalen Blocks, der das anti-phalangistische maronitische Lager repräsentiert oder Nabih Berrih, Chef der vor allem in den südlichen Beiruter Armeniertel operierenden schiitischen Amal-Milizen.

Selbst die traditionellen moslemischen Führer fordern heute immer lauter grundlegende politische Reformen. So sprachen sich z.B. die religiösen Führer aller drei moslemischen Religionsgemeinschaften, der Sunniten, der Schiiten und der Drusen, in einer gemeinsamen Erklärung für die Zurücknahme des Vertrages mit Israel, für die Rückkehr zur Demokratie und für die Abschaffung des Konfessionalismus in allen staatlichen Institutionen aus.¹⁰

Als sich die Drusen im September d.J. im Schuf dem Vordringen von libanesischer Armee und Phalange-Milizen entgegenstellten und innerhalb von 2 Wochen fast die gesamten Schufberge unter ihre Kontrolle brachten, fand ihr Kampf die Unterstützung der gesamten Opposition. „Natürlich glauben wir nicht, daß dieser Kampf und seine Ziele auf die (Schuf-)berge beschränkt sind. Es ist der Kampf des ganzen Libanon“, erklärt Raschid Karameh, einer der drei Kopräsidenten der Nationalen Errettungsfront.¹¹

Die Drusenmilizen werden unterstützt von Einheiten der Kommunistischen Partei und der überwiegend griechisch-orthodoxen Syrischen Volkspartei.

Der Vormarsch der demokratisch-nationalen Kräfte konnte erst bei der vor den Toren Beiruts gelegenen Stadt Suq-El-Gharb gestoppt werden, und zwar durch Intervention der inzwischen vor der Küste der libanesischen Hauptstadt aufgelaufenen US-amerikanischen Kriegsarmada und den Einsatz französischer Etendard-Jäger. Tatsächlich hatte es so ausgesehen, als könne ein weiteres Vorrücken der Linksmilizen auf Beirut und ein koordiniertes Vorgehen mit den in den südlichen Vororten Beiruts operierenden Amal-Milizen die Macht Amin Gemayels ernsthaft infrage stellen. Die Amal-Milizen hatten bereits Ende August d.J. für 2 Tage große Teile Beiruts unter ihre Kontrolle gebracht, nachdem die Zentralregierung angeordnet hatte, die illegalen Armeniedlungen am Südrand der Stadt, die vor allem von schiitischen Flüchtlingen aus dem Südlibanon bewohnt sind, von der Armee räumen und dem Erdboden gleichmachen zu lassen. Dies hätte weitere Zehntausende von Libanesen obdachlos gemacht.

Amerikaner und Franzosen griffen genau in dem Moment in das Kampfgeschehen ein, als der libanesischen Armee die Munition ausgegangen war und sie sich anschickte, Suq-El-Gharb den Linksmilizen zu überlassen.

Auch wenn die Opposition aus den Kämpfen im September d.J. nicht als Sieger hervorgegangen ist, so hat sie doch Punktgewinne zu verzeichnen. Sie hat sich sowohl politisch wie auch militärisch als Kraft etabliert, die bei der künftigen Entwicklung des Libanon ein entscheidendes Wort mitzureden hat.

Anmerkungen:

- 1) Wortlaut in: AIB 7-8/1983, S. 31
- 2) Laut: Neue Berliner Illustrierte, Nr. 36/1983, S. 83
- 3) Arab News, Jiddah, 9.7.1983
- 4) Saudi Gazette, Jiddah, 25.6.1983
- 5) Zahlen nach: ebenda, 7.8.1983
- 6) Liban en Lutte, Beirut, September 1983, S.48
- 7) Siehe dazu: AIB 11-12/1982, S. 11-15
- 8) So meinte der 1982 ermordete Staatspräsident Bechir Gemayel: „Wir sollen die Macht nicht mit den Moslems teilen, sondern wir müssen uns die Macht alleine aneignen und sie (die Moslems) zwingen, sich uns anzupassen.“ Le Monde Diplomatique, Paris, Oktober 1983
- 9) Liban en Lutte, September 1983, S. 36
- 10) Le Monde, Paris, 23.9.1983
- 11) The Middle East, London, Oktober 1983, S.19

Günter Giesenfeld

Vietnam — Testfall der Kriegführung der USA

Die Taktik der US-amerikanischen Kriegführung in Vietnam, deren politische und geschichtliche Hintergründe hier nicht detailliert dargestellt werden sollen, kann grob in drei — zum Teil durch die amerikanische Militäradministration selbst definierte — Phasen eingeteilt werden. Wenn man die verschiedenen dabei zur Anwendung gekommenen politischen und militärischen Maßnahmen betrachtet, so ergibt sich allein aus ihnen und ihrer Abfolge schon der Unterdrückungs- und Aggressionscharakter dieses Krieges.

In der Rückschau aus der heutigen Situation, in der die Regierung Reagan klar erkennen läßt, daß sie nicht zögern würde, auch in anderen Gegenden der Welt wieder so zu handeln wie damals, wird der Blick gerade auf die militärische Seite des Vietnamkrieges eine realistische Einschätzung heutiger Gefahren besser ermöglichen.

Schon während des Krieges um die Befreiung Vietnams aus der Kolonialherrschaft (1940-45 gegen Japan, 1946-54 gegen Frankreich; d. Red.) hatten die USA, als für sie schon die globaleren Aspekte des Kampfes um Vietnam ins Spiel gekommen waren, Frankreich nicht nur politisch und diplomatisch unterstützt. Sie hatten auch einen großen Teil der Kriegskosten getragen und, als sich die Niederlage von Dien Bien Phu 1954 abzeichnete, auch ein direktes militärisches Eingreifen erwogen.

Das Genfer Abkommen (Juli 1954; d. Red.), das eigentlich zu einer unabhängigen und selbständigen Entwicklung ganz Vietnams unter einer aus freien Wahlen hervorgegangenen Regierung führen sollte, war von der amerikanischen Delegation nicht unterzeichnet worden. Eine interessante Begründung dafür kann man bei Douglas Pike, einem CIA-Agenten und regierungsnahen Vietnamspezialisten, nachlesen: „Überhaupt scheint die Idee von Wahlen für Vietnam etwas Fremdes (alien) zu sein, da sie unverkennbar westlichen Ursprungs ist; Wahlen waren kein vietnamesischer Weg für eine Lösung.“¹

Inthronisierung des Diem-Regimes

Immerhin argumentiert so der Fürsprecher einer Politik, die mit Aggressionskriegen und der gewaltsamen Einführung des Kapitalismus den vom „Kommunismus“ bedrohten Völkern die „Freiheit“ bringen will. Richtiger ist sicher die Erkenntnis, die damals Präsident Dwight Eisenhower öffentlich aussprach, daß nämlich im Falle freier Wahlen „mindestens 80%“ der Vietnamesen Ho Chi Minh (KP-Vorsitzender und Präsident der 1945 proklamierten Demokratischen Republik Vietnam; d. Red.) gewählt hätten.

Die Absicht der US-Regierung, als Nachfolgerin der französischen Kolonialmacht nun selbst direkt einzugreifen, wurde schon in dem Augenblick klar, als unter dem Druck ihrer militärischen Beauftragten in Südvietnam der in den USA lebende, dort entsprechend ausgebildete und nun nach Saigon geschickte Ngo Dinh Diem an die Macht gebracht wurde, wo er Kaiser Bao Dai, der noch einen Rest an vietname-

sischer imperialer Tradition repräsentierte, in kurzer Zeit völlig entmachtete.

Von Anfang an ließ Diem keinen Zweifel daran, daß er die Genfer Vereinbarungen als für ihn nicht bindend und die Teilung Vietnams als Dauerzustand betrachtete. Vor allem war nun nicht mehr daran zu denken, daß die für 1956 vorgesehenen Wahlen stattfinden würden.

Dies war der erste Versuch, den amerikanischen Einfluß durch eine bedingungslos ergebene Regierung in Saigon zu gewährleisten, um vom Süden her — zunächst mit politischen Mitteln — die Entwicklung im Norden zu destabilisieren und so auf lange Sicht den Aufbau des Sozialismus zu verhindern. Doch hatte Diem, als militanter Katholik und notorischer Vertreter amerikanischer Interessen, weder bei der buddhistisch und konfuzianisch geprägten Bevölkerung, noch in den städtischen patriotischen Politikerkreisen einen nennenswerten Rückhalt.

Zunächst nur durch die kleine vietnamesische Katholiken-Minderheit unterstützt, ging er sofort daran, durch Bürgerkriege und Terror seine Machtbasis zu erweitern, was ihm nur mit Hilfe des inzwischen in Südvietnam stationierten US-Personals gelang.

Aber der Widerstand gegen Diem und die amerikanische Präsenz war schon in den 50er Jahren erwacht und immer stärker geworden. Im weißen Terror gegen die noch eher lokalen und punktuellen Einzelaktionen wurden 1955-59 schon mehr Menschen getötet als im ganzen Krieg gegen die Franzosen. Diese Lage änderte sich, als mit der Gründung der Befreiungsfront im Jahre 1960 der Widerstand politisch und militärisch koordiniert werden konnte.

Schon vor diesem Zeitpunkt hatten die Berater und Ausbilder von Diems Polizei und Armee Anti-Guerilla-Taktiken zu entwickeln versucht, die für die Regierung in Washington — jetzt unter J.F. Kennedy — auch eine globale Bedeutung im Kampf gegen Befreiungsbewegungen in aller Welt haben sollte. Vor dem Hintergrund einer Entwicklung, die zum allmählichen Verlust von Einflußgebieten, Rohstoffquellen, Arbeitskräftereservoirs und Absatzmärkten zu führen drohte, weil in vielen Ländern der Dritten Welt sich die Emanzipationsbestrebungen der kleinen und abhängigen Völker in militanten Befreiungsbewegungen manifestierten, wurde auch Vietnam zum Testfall und Experimentierfeld der militärischen Bekämpfung solcher Tendenzen.

Spätestens seit Anfang der 60er Jahre hatten die Amerikaner und ihre südvietnamesischen Marionetten davon auszugehen, daß der Widerstand gegen sie von praktisch der gesamten Bevölkerung getragen wurde und daß die Guerillaaktionen nicht nur begrüßt, sondern auch aktiv von den Bauern unterstützt wurden.

Daß man sich dessen bis in die Regierungsspitzen der USA hinein durchaus bewußt war, beweisen viele Aussagen amerikanischer Politiker, so eine Rede des Senators John F. Kennedy vom 6. April 1954, in der schon vor der Eröffnung der Genfer Konferenz eine Erkenntnis formuliert wurde, die

eigentlich eine zwingende Absage an das später von ihm miteskalierte Engagement in Vietnam ist: „Die amerikanische Hilfe, so umfangreich sie auch sein mag, wird in Indochina nicht einen Feind besiegen können, der die Hilfe und Sympathie der Bevölkerung genießt.“²

Die auch in der Öffentlichkeit geführten Diskussionen gingen wie selbstverständlich davon aus, daß man, um die Guerilla zu beseitigen, praktisch einen Krieg gegen das Volk würde führen müssen. Die damals und heute noch gelegentlich vorgetragene Behauptung, es sei nur um den Kampf gegen den „Vietkong“, d.h. um den Schutz der Landbevölkerung vor ihm gegangen, bedarf noch nicht einmal einer empirischen Überprüfung, um widerlegt zu werden. Dafür reicht die Untersuchung der Voraussetzung und Ziele der damals für Vietnam von den Generälen Staley und Taylor entwickelten Strategie des Spezialkrieges („special war“) allein aus.

Das Kernstück des Staley-Taylor-Plans war das sog. „Wehrdörfer“-Programm, mit dem man die Landbevölkerung davon abzubringen suchte, die Befreiungsfront zu unterstützen.

Realistischerweise ging man davon aus, daß dazu eine totale militärische Kontrolle aller etwa 2.500 Dörfer der landwirtschaftlich genutzten Gebiete Südvietnams erforderlich sein würde. Selbst die Initiatoren dieser Pläne glaubten also nicht, die Bevölkerung durch Überzeugungsarbeit und das Angebot von materieller Hilfe und ideellen Alternativen von ihren Sympathien für die Befreiungsfront abbringen zu

können.

„Wenn erst einmal die Guerilla vom Volk physisch getrennt sein wird“, so D. Pike, „dann kann daran gegangen werden, beide durch verschiedene Maßnahmen der psychologischen Kriegführung auch sozial voneinander zu trennen, das heißt, den Guerillakämpfer zu einem sozialen Paria, zu einem Ausgestoßenen (outcast) zu machen. Da die Moral in einem Guerillakrieg eines der wichtigsten Motive ist, wird es, wenn dieser Ostrazismus sich zu verbreiten begonnen haben wird, nur eine Frage der Zeit sein, bis die Befreiungsfront auseinanderfallen wird.“³

Aber diese – übrigens von der britischen Kolonialmacht, die sie zum ersten Mal in Malaya angewendet hatte, übernommene – eher „psychologische“ Definition des Wehrdörferprogramms, war in den Augen der Saigoner US-Militärs und der Regierung Diem nur die Theorie, unter deren Deckmantel der offene Krieg gegen das Volk geplant und durchgeführt wurde.

„Pazifizierung“ durch Wehrdörfer

In der Praxis gingen die wenigen Elemente des britisch-amerikanischen Idealkonzepts, die eine Überzeugungsfunktion hätten haben können – wie die Ausrüstung der Dörfer mit Schulen, Krankenstationen, Werkzeugen und Maschinen für die Landwirtschaft und die Errichtung lokaler Selbstverwaltungsorgane, verbunden mit der Abschaffung staatlicher Korruption – völlig verloren, und es blieben nur die militärischen Aspekte übrig.

In einem offiziellen Kriterienkatalog der Diem-Regierung vom Juli 1962, wie ein „strategisches Dorf“ zu organisieren sei, ist von sozialer Hilfe nicht einmal mehr die Rede. Als wichtigste Bedingung wird in diesem Dokument genannt, daß „die Kommunisten aus dem Gebiet vertrieben und die Kontrollen der Bewohner in Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Dorfvorsteher gewährleistet sein“ müßten. Außerdem solle „die Kontrolle der Personen und aller Güter mit dem Geheimdienst der Regierung koordiniert“ und die Bevölkerung mit Erfolg „indoktriniert und organisiert“ werden.⁴

Was sich wirklich unter dem sog. „Pazifizierungsprogramm“ („Befriedung“; d. Red.) abspielte, war die Deportation großer Teile der Landbevölkerung aus ihren Heimatdörfern, ihre zwangsweise Unterbringung in militärisch befestigten und überwachten Lagern, die zur Feldarbeit nur unter Aufsicht verlassen werden durften. Es galten ein Reise- und Kommunikationsverbot, die Denunziationspflicht jeder oppositionellen Äußerung oder Handlung. Üblich waren die standrechtliche Ermordung im Falle des Verdachts der Sympathie für die Befreiungsfront und die Pflicht, an militärischen Vernichtungsaktionen gegen tatsächliche oder vermutete Stützpunkte der Befreiungsfront teilzunehmen.

Wenn man dazu noch bedenkt, daß gleichzeitig bereits großangelegte „search and destroy“ (Aufspüren und Vernichten; d. Red.)-Aktionen gegen die Befreiungsfront an der Tagesordnung waren und jegliche, auch die nicht mit der Befreiungsfront sympathisierende Opposition, in den Städten gnadenlos unterdrückt wurde, so bietet sich schon in dieser ersten Phase des Krieges ein Bild, welches die weiteren Eskalationen schon erkennen läßt.

Auch wenn noch nicht die allgemeinen militärischen Zerstörungstechniken eingesetzt wurden, so hatte dieser Krieg schon von Anfang an die klare Funktion, den als einheitlich und umfassend sehr wohl erkannten Willen eines ganzen Volkes, seinen eigenen und unabhängigen Weg in die Zukunft zu gehen, mit Gewalt zu brechen.

Die nun folgenden Phasen unterscheiden sich im wesentlichen nur noch durch die Anwendung immer modernerer



Die „humane Kriegsführung“: US-Militärs schleifen „Vietkong“ zu Tode

Zerstörungstechniken, verbunden mit der Verminderung des eigenen Risikos, voneinander.

Der Versuch, die Bevölkerung Südvietnams durch die Installation einer handlungsfähigen einheimischen Regierung von der Befreiungsfront zu entfremden, war etwa seit dem Jahre 1961 auch von den Amerikanern nicht mehr ernsthaft weitergeführt worden.

Mit der Ermordung Diems im November 1963 (siehe auch Rückblick in diesem Heft), an der US-Dienststellen mindestens indirekt beteiligt waren, geriet die Regierungsgewalt endgültig in die Hände der Saigoner Gangster- und Drogensyndikate unter der häufig wechselnden Führung korrupter Generäle mit faschistischem Einschlag. Die militärischen Aktionen gegen die Befreiungsfront, in die auch die Luftwaffe der USA eingeschaltet wurde, standen seit der Errichtung einer US-Kommandozentrale im Februar 1962 unter ausschließlicher amerikanischer Leitung und führten im Laufe des Jahres zu einer deutlichen Schwächung der Widerstandstätigkeit.

Aber schon im Januar 1963 konnten die erst 1961 geschaffenen Streitkräfte der Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams (FNL) bei Ap Bac einen spektakulären Sieg über die Regierungstruppen erringen, der die US-Militärs mit zwei Erkenntnissen konfrontierte. Einmal mußten sie feststellen, daß die Befreiungsfront nun in der Lage war, auch militärisch in Erscheinung zu treten und die mit Kanonen, Amphibienfahrzeugen und Hubschraubern ausgerüsteten Regierungstruppen in offener Schlacht zu schlagen. Zum anderen stellte sich die Kampfkraft der Regierungstruppen, trotz ihrer hervorragenden Ausrüstung, als überraschend schlecht heraus.

Luftkrieg und über 500.000 US-Soldaten...

Die Befreiungsfront hatte sich dem Krieg, den man ihr aufzwingen wollte, gestellt. Und obwohl seine Leitung immer mehr in amerikanische Hand überging, drohte er, verloren zu gehen. „Die Regierungstruppen verloren ein Bataillon pro Woche“ – stellte General Westmoreland fest –, und „dieser Trend wird, wenn es so weitergeht, in einem Desaster enden.“⁵ In der amerikanischen Führung wurden zwei Alternativen diskutiert, um aus dem Dilemma herauszukommen: entweder der massive Einsatz der Luftwaffe, d.h. die Bombardierung Süd- und auch Nordvietnams, oder die Entsendung von Bodentruppen und deren direkter Eingriff in die Kämpfe. Gegen beide Optionen gab es Warnungen von Seiten der US-Militärs. General Taylor, der die Entsendung von Truppen zunächst befürwortet hatte⁶, warnte vor den damit verbundenen Gefahren: „Ich persönlich war von der Unwünschbarkeit (eines Bodentruppen-Einsatzes; d. Verf.) überzeugt. Je länger ich in Vietnam war, umso mehr fühlte ich die Gefahr, die eine Übernahme des Krieges von den Vietnamesen durch uns mit sich brachte. Wenn wir erst einmal Truppen hingebracht haben würden, so war dies notwendigerweise nur ein Anfang (the nose of the camel). Es würde schwierig sein zu wissen, wo die Grenze ist.“⁷

Und Verteidigungsminister McNamara stellte in einem Memorandum für Präsident Johnson im Oktober 1966 fest: „Eine so weitgehende Bombardierung des Nordens, daß ein radikaler Einfluß auf Hanois politische, wirtschaftliche und soziale Struktur zu verzeichnen war, erforderte einen Aufwand, den wir zwar verkraften könnten, den aber weder unser eigenes Volk noch die Weltmeinung schlucken würden; außerdem wäre damit das größte Risiko eines offenen Konflikts mit China verbunden.“⁸

Die Risiken beider Möglichkeiten waren also bekannt, aber das Ergebnis der internen Beratungen war, daß man – beide in die Tat umsetzte. Die damit verbundene entscheidende

Eskalation des Krieges ist also als eine „Flucht nach vorn“⁹ aus einer aussichtslosen militärischen Lage anzusehen.

Zur Bombardierung des Südens, die von Jagdflugzeugen schon in den frühen 60er Jahren begonnen worden war, wurden ab 1965 die B-52 Bomber eingesetzt.

Der militärische Erfolg war, trotz der jetzt erzielten flächen-deckenden Zerstörung, gering, ganz abgesehen von der politischen Absurdität des Unternehmens: „Das Erstaunlichste (the most amazing) von allem war, daß der Hauptanteil der Tonnage auf das Territorium eines Alliierten abgeworfen wurde, den wir verteidigten“, heißt es dazu in einem Buch über die Geschichte der B-52.¹⁰

Ein Jahr zuvor war schon die direkte Bombardierung des



FNL-Guerillaeinheit aus Trung Dang, die beim Nachschubtransport unter Beschuß geriet

Nordens aufgenommen worden. In Hanoi hatte die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) sich lange Zeit darauf eingestellt, daß die für 1956 vorgesehenen Wahlen, eventuell auch verspätet, stattfinden und eine politische Lösung ermöglichen würden. Erst als die Befreiungsfront im Süden gegründet war und zugleich in Saigon die Propaganda für den schon von Diem geplanten „Marsch nach Norden“ so hemmungslos betrieben wurde, daß die USA sich gezwungen sahen, vorsichtig einzugreifen,¹¹ fand man sich in Hanoi mit der vorläufigen Teilung ab und begann, den Widerstand im Süden materiell zu unterstützen.

Gleichzeitig bereitete man sich durch Evakuierungspläne und die Verlegung von Industriebetrieben und anderen wichtigen Institutionen aufs Land und teilweise sogar unter die Erde auf eine zu befürchtende Bombardierung vor. Auch wurde, vor allem mit Hilfe der Sowjetunion, ein modernes

Luftabwehrsystem installiert.

Die ersten Angriffe der USA auf Küstengebiete des Südens der DRV erfolgten im August 1964, und daß sie nicht Reaktionen auf einen angeblichen „Zwischenfall“ im Golf von Tonking (2. und 4. August 1964; d. Red.) waren, ist nicht nur empirisch erwiesen, sondern geht auch aus der Funktion hervor, die man diesen Angriffen zuwies. Daniel Ellsberg hat sie so formuliert: „Johnson wollte die Drohungen, die er schon gegen Hanoi ausgesprochen hatte, durch Bomben, durch eine kleine Tötungsaktion (a little killing) mit Nachdruck versehen. Gleichzeitig wollte er aber nicht, daß dabei die Gefahr eines endlosen Krieges von größerem Ausmaß entstand. So gab ihm der (angebliche Angriff von Schiffen



der DRV auf den US-Zerstörer 'Maddox' im; d. Verf.) Golf von Tonking die willkommene Möglichkeit, eine kleine Bombenaktion durchzuführen, ohne daß vermutet werden mußte, sie sei Teil eines größeren Bombardierungsplans – was sie in Wirklichkeit aber war.“¹²

Im März 1965 landeten dann die ersten US-Marines in Da Nang, die zum direkten Einsatz kommen sollten. General Westmoreland hatte sie mit der Begründung angefordert, die kampfschwachen Saigoner Truppen seien nicht in der Lage, die Luftstützpunkte, von denen aus die Bomber eingesetzt wurden, ausreichend zu schützen. So sollten sie, gemäß der offiziellen Sprachregelung, „eine genau bestimmte Aufgabe bei der Lösung eines speziellen Sicherheitsproblems“ übernehmen. „Mit anderen Worten, Truppen waren nun nötig, um eine Luftoffensive zu sichern, die eigentlich unternommen worden war, um den Einsatz von Truppen zu ver-

meiden.“¹³

Aber trotz der von da an kontinuierlichen Vermehrung dieser Truppen bis auf eine Höchstzahl von 510.000 im Jahre 1968 trat der Luftkrieg gegen ganz Vietnam und seine beiden Nachbarländer Laos und Kampuchea immer mehr in den Vordergrund.

Als Reaktion auf die Erkenntnis unternommen, den Krieg nicht gewinnen zu können, hatten diese Zerstörungsaktionen immer größeren Ausmaßes selten einen militärischen Nutzen. Dabei konzentrierte man sich immer mehr auf den Versuch, in einem zwei Jahre währenden „Rund um die Uhr-Bombardement“¹⁴ die Waffen- und Versorgungslieferungen vom Norden in den Süden zu unterbinden. Hier, am sog. „Ho-Chi-Minh-Pfad“, glaubte man bis zuletzt, entscheidenden Einfluß auf die militärische Situation nehmen zu können, denn „Ende 1966 hatte das Pentagon schon festgestellt, daß die direkte Bombardierung des Nordens keine Abschreckungswirkung hatte.“¹⁵

...gegen eine „Schar von Nachtgespenstern“

Daß man nach eigenem Selbstverständnis schon lange nicht mehr für die Ideale des „Freien Westens“ in Vietnam kämpfte, geht zum Beispiel aus einer Studie hervor, die Verteidigungsminister McNamara 1965 vorgelegt worden war und in der die „Ziele der USA“ so definiert werden: „zu 70%, eine demütigende Niederlage zu vermeiden (für unseren Ruf als Garant), ...zu 10%, der Bevölkerung von SV (Südvietnam; d. Red.) ein besseres, freieres Leben zu ermöglichen.“¹⁶

Bei diesen und allen späteren Bombardements handelte es sich also vorwiegend um reine Demonstrationsakte einer Militärmaschinerie, deren Präsident und Oberbefehlshaber Johnson – wie Arthur Schlesinger es ausgedrückt hat – „nicht begreifen konnte, daß 'die größte Macht der Welt' mit einer Schar von Nachtgespenstern in schwarzen Pyjamas nicht fertig werden sollte.“¹⁷ Ohne Skrupel zog man aus der Situation den Schluß, allein die flächendeckende Zerstörung aus der Luft sei noch erfolversprechend.

Sie allein war das Ziel in dieser neuen Phase des Krieges, die „limited war“ (begrenzter Krieg; d. Red.) genannt wurde – auch hier bedarf das Adjektiv einer Erklärung. Schon die ersten Zerstörungsflüge gegen die Küstengebiete Mittelvietnams waren in den offiziellen Verlautbarungen als „chirurgische“ Operationen bezeichnet worden, und das bedeutete nach den Worten des Erfinders dieser Sprachregelung, George Bundy: „Ziel A wird ausgehoben (taken out); wenn dies keine Reaktion bringt, dann Ziel B, und so weiter in immer schnellerer Folge der Zerstörung.“¹⁸

Die spätere, lange geheimgehaltene Bombardierung von Kampuchea und Laos (1969) trug den Namen „Menu“: „Ein verdächtiges nordvietnamesisches Operationsgebiet wurde als 'breakfast' (Frühstück; d. Red.) bezeichnet und zunächst zerstört. Washington ließ dann eine Pause eintreten, um auf eine Reaktion aus Hanoi zu warten, ehe die Bomber zu den Zielen 'lunch', 'snack', 'dinner', 'dessert' und 'supper' geschickt wurden.“¹⁹

Schon an diesen beiden Beispielen wird deutlich, wie sehr dieser Krieg zunehmend auf dem in die Dimension des Völkermords erhobenen Prinzip der Folterung beruhte.

In der ersten Phase hatte man im Süden versucht, die Freiheitskämpfer von ihrer natürlichen Umgebung, der Bevölkerung, physisch zu trennen. Jetzt bestand für die stets mit furchtbaren Vereinfachungen arbeitende amerikanische Militärdoktrin das Problem darin, die Menschen, die man vernichten wollte, von der sie umgebenden und schützenden Natur zu trennen. Und da dies nicht möglich war, wurde die globale Zerstörung dieser Natur betrieben.



Bei den Flächenbombardements der B-52 wurden ganze Stadtviertel Hanoi und Hai-phong dem Erdboden gleichgemacht

Kriegsschäden des US-Vietnamkrieges

Als der Vietnamkrieg der USA im Jahre 1973 sein Ende nahm, waren – bei einer damaligen Gesamtbevölkerung von über 40 Mio immerhin 15 Mio Vietnamesen zu direkt Betroffenen geworden: Tote, Verwundete, Versehrte, Waisen, Witwen, Flüchtlinge, Obdachlose, Drogensüchtige, Prostituierte.

- Beim Luftkrieg und den Überfällen der US-Armee wurden zwischen 1965 und 1973 mindestens 1,5 Mio Zivilisten getötet oder verwundet. Im Süden gab es 430.000 Tote und 362.000 Kriegsversehrte. Hier zählte man 5,9 Mio Flüchtlinge, 1,8 Mio Waisenkinder und Witwen, im Norden 700.000 Waisen. Die in Südvietnam hinterlassenen Drogensüchtigen und Prostituierten werden auf je 500.000 beziffert.

- Im Süden wurden 9.000 der insgesamt 15.000 Ortschaften zerstört oder ernstlich beschädigt, rund die Hälfte der Waldfläche (10 Mio ha) und der landwirtschaftlichen Nutzfläche (Getreide, Reis!) vernichtet. Die rund 20 Mio Bombenkrater allein entsprechen einer unbrauchbar gemachten Fläche von 140.000 ha. In Nordvietnam wurden durch den US-Luftkrieg 60% der Städte und 70% der Dörfer, 12 Mio qm Wohnfläche von Steinhäusern und Hunderttausende von Hütten zerstört, 350 Krankenhäuser und 2.923 Schulen dem Erdboden gleichgemacht oder schwer beschädigt. Beschädigt wurden ferner alle Elektrizitätswerke, Eisenbahnlinien und Häfen sowie 1.000 wichtige Stellen des Deichsystems. Mehr oder weniger zerstört wurden 400 Fabrikanlagen und 68 der insgesamt 70 Staatsfarmen.

- Auf Nordvietnam allein warfen die USA mit einer Bombenlast von 2,5 Mio t mehr Explosivstoff ab, als während des gesamten 2. Weltkrieges (2,06 Mio t). In ganz Indochina brachte die US-Armee im Zeitraum 1965-71 rund 13 Mio t Munition zum Einsatz, was der Sprengkraft von 450 Hiroshima-Bomben und der doppelten Menge entspricht, die während des gesamten 2. Weltkrieges auf allen Kampfschauplätzen eingesetzt wurde. Von jenen 13 Mio t Munitionslast wurde das Gros, nämlich 10,5 Mio t, in Südvietnam gezündet, je zur Hälfte aus der Luft und vom Boden aus. Erstmals in der Geschichte kamen in diesem Krieg systematisch und in großem Umfang auch chemische Giftstoffe, in Form von Herbiziden und Entlaubungsmitteln, zum Einsatz, mit bislang ungeahnten Langzeitwirkungen auf die Umwelt (Ökozid) und menschliche Erbanlagen (siehe Beitrag von K.R. Fabig).

(Angaben nach: Vietnam-Kurier, Nr. 2/1983 und Vietnam. Destruction, War Damage, Hanoi 1977)

Dadurch erhielt der Krieg für die ihn betreibenden Politiker und Militärs, bis hin zu den Piloten, endlich auch tatsächlich den abstrakten Charakter, den er, als größte Erpressungsaktion der Geschichte, immer schon gehabt hatte. Die aus großer Höhe abgeworfenen Bomben trafen Ziele, die man nicht mehr sah, sondern vorher per Computer bestimmt hatte und nachher an Hand von Aufnahmen aus Aufklärungsflugzeugen auswertete. Politische Erwägungen spielten eine immer geringere Rolle, der Krieg wurde zum rein technischen Problem erklärt.

Im Sommer 1966 hatte die US-Regierung eine Gruppe von – wie es in den „Pentagon-Papieren“ heißt – „Amerikas angesehensten Wissenschaftlern, Männern, die der Regierung seit dem Zweiten Weltkrieg geholfen hatten, viele der höchstentwickelten technischen Waffensysteme zu produzieren, Männern, die nichts mit der lauten akademischen Kritik an der Vietnampolitik der Regierung zu tun hatten,“²⁰ damit beauftragt, neue Waffensysteme zu entwickeln. 1967 wurde diese Gruppe bedeutend verstärkt und tagte im Institute For Defense Analyses permanent bis zum Ende des Vietnamkrieges.

Von diesem hochkarätigen, mit unbegrenzten Steuermitteln ausgestatteten Gremium, das sich selbst die „Jason“-Gruppe nannte, stammten die meisten der Vorschläge für neue Suchgeräte und Zerstörungswaffen, die bis 1972 zum Einsatz kamen. Hier wurden nicht nur die bekannten Sensoren und Minen entwickelt, die jedes Leben im Dschungel identifizieren, vernichten und automatisch weitermelden sollten, um ein Bombardement der betreffenden Planquadrate auszulösen. Die „Jasons“ arbeiteten auch an der Verbesserung und Neuentwicklung von Vernichtungswaffen, vor allem der Kugelbombe und der verschiedenen Arten von Brandbomben mit Phosphor oder Napalm.²¹

Alle diese Waffen, die im Vietnamkrieg eingesetzt wurden, sind kaum geeignet für den Einsatz gegen militärische Einrichtungen und ausschließlich zur Tötung von Menschen bestimmt.

Der „begrenzte Krieg“ – ein totaler Krieg

Die meisten beteiligten US-Militärs hätten damals nicht gezögert, zumindest taktische Atomwaffen einzusetzen. General Westmoreland war höchst unzufrieden mit den „gadgets“ (Errungenschaften; d. Red.) der elektronischen Kriegführung und leitete aus den erlittenen Verlusten im Straßenkampf der Tet-Offensive (sie begann Anfang 1968; d. Red.) in Khe Sanh und Hue die Notwendigkeit ab, über taktische Atomwaffen nachzudenken. Washington lehnte solche Überlegungen ab, und Westmoreland „fühlte zur damaligen Zeit und heute noch mehr, daß es ein Fehler war, diese Alternative nicht einzubeziehen.“²²

So wurde über Khe Sanh „nur“ das Äquivalent von fünf Hiroshima-Bomben an konventionellen Sprengstoffen abgeworfen. Und es war sicher nicht die Besinnung auf das Völkerrecht, auf Prinzipien christlicher Moral oder abendländischer Vernunft, die die Regierung Johnson vor der Alternative Westmorelands zurückschrecken ließ, sondern die Existenz einer amerikanischen und weltweiten Antikriegsbewegung, einer kritischen Öffentlichkeit und die Angst vor einer Reaktion der sozialistischen Staaten.

Der „begrenzte Krieg“ war in Wirklichkeit ein ungehemmter totaler Zerstörungskrieg. Durch seine fast vollständige Automatisierung wurde das Problem, mit dem Bewußtsein der Illegitimität und Erfolglosigkeit gegen einen hochmotivierten Gegner bestehen zu müssen, ausgeschaltet.

Dies bewirkte eine Eskalation der Zerstörung von bisher ungekanntem Ausmaß: Verwüstung, Verbrennung und Vergiftung der Vegetation und des Bodens, Verseuchung der Nah-

rungsquellen auf Jahre hinaus, Auslösung von furchtbaren, langanhaltenden und unkontrollierbaren Erbschäden (siehe Beitrag von K.R. Fabig).

Die große Offensive der Befreiungsfront im Februar 1968 war sicher, gemessen an der Hoffnung, mit ihr den Kampf durch einen militärischen Sieg entscheiden zu können, und angesichts der hohen Verluste an Menschenleben, die die aktiven Kader des Widerstands stark dezimierte, ein Mißerfolg. Aber sie hat auch bewirkt, daß die Amerikaner endlich zur Verhandlungen bereit waren.

Die Gespräche begannen im Mai 1968 in Paris und hatten die Einstellung der Bombardements zum Gegenstand, welche schließlich im November 1968 – vorläufig – erfolgte. Die relativ schnelle Einigung in diesem Punkt hatte auch etwas mit dem Wahlkampf in den USA zu tun, den Richard Nixon eine Woche später mit dem Versprechen gewann, den Krieg zu beenden und die amerikanischen Soldaten wieder nach Hause zu holen.

Der Abzug der US-Truppen wurde nun zum Hauptgegenstand der Verhandlungen, denn die Öffentlichkeit und Wählerschaft reagierte inzwischen besonders empfindlich auf die steigende Zahl der gefallenen US-Soldaten. Und die Rücksicht darauf sowie die allgemeinen strategischen Konzepte des „begrenzten Krieges“ führten dazu, daß der neue Präsident, wenn er schon nicht den Krieg beenden wollte, so doch ein Interesse daran hatte, ohne allzu großen Prestigeverlust die Truppen abziehen zu können (von 1968 noch 543.000 wurden sie bis 1972 auf 78.000 vermindert; d. Red.). Damit wurde der Landkrieg zum Luftkrieg gemacht. Die „Vietnamisierung“, die Entscheidung also, die südvietnamesischen Truppen wieder allein kämpfen zu lassen, war somit nicht eine Phase, die auf den „begrenzten Krieg“ folgte, sondern eigentlich eine nur erst später vollzogene Konsequenz aus dessen Strategie. Sie ist kein eigenständiges Konzept, sondern nur die propagandistische Verarbeitung der Erkenntnis, daß der Landkrieg verloren war.

Wie man weiß, ist das Saigoner Regime zwei Jahre nach dem Pariser Abkommen (März 1973) trotz der gigantischen Aufrüstung seiner Armee militärisch und politisch wie ein Kartenhaus zusammengebrochen.

Im Zusammenhang einer ausführlichen Erörterung der Schuldfrage stellt Daniel Ellsberg Überlegungen darüber an, inwiefern die fünf Präsidenten der USA, die für den Vietnamkrieg verantwortlich waren, überhaupt eine Ahnung davon hatten, was dieser Krieg für Indochina und die USA bedeutete. Es ist bekannt, daß die vietnamesische Führung ein sehr ausgeprägtes Bewußtsein von der epochalen Bedeutung ihres Kampfes hatte.

Ellsberg kommt – sein Buch wurde 1972 veröffentlicht – zu folgender Antwort: „Jeder (der Präsidenten; d. Verf.) hat sich an jedem der kritischen Punkte dieses Vierteljahrhunderts dazu entschlossen, den Krieg fortzusetzen und ihn –

in den meisten Fällen – auszuweiten. Jeder hat den entsprechenden Preis bezahlt – mit den Leben und Mitteln anderer –, um weiter im Spiel zu bleiben; jeder hat sich vorbehalten, zu steigern und damit ein Aussteigen für sich und seine Nachfolger immer teurer und unwahrscheinlicher gemacht.“²³

Nehmen wir einmal an – was auch in kritischen amerikanischen Darstellungen immer wieder betont wird –, alle diese Präsidenten hätten unter Erfolgszwang gehandelt und immer wieder dem Druck rechter Politiker, der Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes und der Streitkräfte wider Willen nachgeben müssen, so ergibt sich daraus für die Gegenwart ein erschreckendes Bild.

Denn in einer Situation, in der in Mittelamerika ein ähnlicher Befreiungskampf wie in Vietnam entbrannt ist, übt mit Ronald Reagan ein direkter Repräsentant dieses kriegstreibenden Syndroms (Gruppe von zusammengehörigen Krankheitszeichen; d. Red.) die Macht aus, für den in noch gefährlicherem Maße das zutrifft, was Senator Fulbright einmal über Lyndon B. Johnson gesagt hat: Er sei nicht fähig gewesen, zu verstehen, daß er das unbegrenzte Machtpotential, über das er verfüge, nicht unbegrenzt einsetzen darf. „Dies war viel zu subtil für ihn.“²⁴

Anmerkungen:

- 1) D. Pike, Viet Kong. The Organization and Techniques of the National Liberation Front of South Vietnam, Cambridge/Massachusetts und London 1966, S. 53
- 2) Vgl. R. Scheer, How the United States Got Involved in Vietnam, Santa Barbara 1965, S. 11 ff.
- 3) D. Pike, Viet Kong..., a.a.O., S. 65
- 4) Ebenda, S. 67
- 5) Zit. nach: M. Maclear, Vietnam. The Ten Thousand Day War, London 1981, S. 123
- 6) Vgl. die Dokumente in: Die Pentagon-Papiere (deutsche Ausgabe), München/Zürich 1971, S. 142 ff.
- 7) M. Maclear, Vietnam..., a.a.O., S. 127
- 8) Die Pentagon-Papiere, a.a.O., S. 545
- 9) J. Chesneaux, Vietnam. Geschichte und Ideologie des Widerstandes, Frankfurt/Main 1968, S. 109
- 10) W. Boyne, Boeing B-52, a Documented History, London 1981, S. 91
- 11) Vgl. Die Pentagon-Papiere, a.a.O., S. 285 f.
- 12) Zit. nach: M. Maclear, Vietnam..., a.a.O., S. 113
- 13) Ebenda, S. 126
- 14) Ebenda, S. 173
- 15) Ebenda
- 16) Die Pentagon-Papiere, a.a.O., S. 431
- 17) In: New York Review of Books, 16.12.72, S. 41
- 18) M. Maclear, Vietnam..., a.a.O., S. 122
- 19) Ebenda
- 20) Die Pentagon-Papiere, a.a.O., S. 483 f.
- 21) Siehe auch deren Einsatz im Libanonkrieg 1982 in: AIB 10/1982, S. 28-31; d. Red.
- 22) M. Maclear, Vietnam..., a.a.O., S. 196
- 23) D. Ellsberg, Ich erkläre den Krieg, München 1973, S. 128
- 24) M. Maclear, Vietnam..., a.a.O., S. 115

djp-jugendpressematerialien Nr. 5/83 DM 5,-

Rüstungs- export

FÜR PROFIJOURNALISTEN UND SOLCHE, DIE
ES WERDEN WOLLEN, MEDIENINTERESSIERTE,
LEHRER UND THEMATISCH INTERESSIERTE



KLAUS FARIN UND
HANS JÜRGEN ZWINGMANN VERLAG
POSTFACH 10 07 41
4650 GELSENKIRCHEN



Die Zeitbombe: Mißgeburten der vergangenen Jahre, die unter Einfluß des Us-Einsatzes von „Agent Orange“ zustandekamen, bewahrt Dr. Nguyen Ngoc Phong auf

Karl-Rainer Fabig

Auswirkungen des chemischen Krieges in Vietnam

Eine der verheerendsten Seiten des US-Vernichtungskrieges in Vietnam ist die chemische Kriegführung, bei der es im Zeitraum 1961-71 zum systematischen Einsatz von chemischen Wirkstoffen, Herbiziden und Entlaubungsmitteln, im Süden des Landes kam.

Mit den Direkt- und Langzeitwirkungen des chemischen Krieges in Vietnam hat sich in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Wissenschaftlern Vietnams, der USA, Australiens und anderer Länder befaßt. Einer von ihnen, Dr. Karl-Rainer Fabig, Arzt in Hamburg und stellvertretender Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft BRD-SR Vietnam, trug seit 1979 bei fünf Aufenthalten in den entlaubten Gebieten Vietnams, in Krankenhäusern, in einem Waisenhaus für mißgebildete Kinder sowie in Kontakten zu Wissenschaftlern insbesondere Vietnams und der USA die Fakten zu den Folgen des chemischen Krieges zusammen.

Der Krieg in Vietnam oder – besser gesagt – der zweite Indochinakrieg, muß wegen seines totalen Charakters als der verheerendste seit dem 2. Weltkrieg angesehen werden. Zwischen 1961 und 1975 wurden 1,5 Mio Vietnamesen (4% der Bevölkerung) getötet. Von den insgesamt in Vietnam eingesetzten 2,8 Mio US-Soldaten blieben fast 58.000 auf den Schlachtfeldern.

Charakteristisch für die US-Kriegführung waren eine computerhafte Tötungstechnologie und die Erprobung neuester Waffen in riesigen Feldversuchen. Fast 8 Jahre nach Kriegsende sterben noch täglich Menschen in den Reisfeldern an Blindgängern und Splitterbomben.

Ein weiteres Charakteristikum war der massive Einsatz von chemischen Kampfstoffen gegen Land und Leute. Nach US-eigenen Angaben versprühten die USA von 1961 bis 1971

72 Mio Liter (l) oder 90.000 Tonnen (t) chemische Kampfstoffe über dem Süden Vietnams. Die Vietnamesen sprechen von 100.000 t.

Um sich eine erste Vorstellung zu verschaffen, muß man davon ausgehen, daß die USA über etwa 60% des Gebietes von Südvietnam einmal oder mehrmals chemische Kampfstoffe abgeworfen oder versprüht haben. Da das Außenministerium der USA 1969 – von 1969 bis 1971 war der Höhepunkt des Giftkrieges – auf dem Standpunkt stand, das Genfer Protokoll verbiete nicht den militärischen Einsatz von Mitteln gegen Zusammenrottungen und von Herbiziden, setzte das US-Militär Unmengen solcher chemischer Mittel mit angeblich „nur“ pflanzenvernichtender Wirkung ein.

370 mal Seveso

Dafür verwandten die USA vorwiegend das Mittel „Agent Blue“, einen arsenhaltigen Stoff. Daneben setzten sie noch „Agent White“ ein – benannt nach der Kanisterfarbe – und den berüchtigsten dieser Stoffe, das „Agent Orange“ ein. Letzterer Stoff wurde erstmalig 1941 in Fort Detrick im US-Bundesstaat Maryland, in einem Forschungszentrum für biologische Waffen, produziert. Die britische Kolonialarmee setzte dieses Mittel gegen die Befreiungsbewegung von Malaysia ein. Die USA verwandten es selbst in geringeren Mengen südlich der entmilitarisierten Zone von Korea, um ein freies Kontrollfeld an der Grenze zu Nordkorea zu bekommen.

Es ist hier unumgänglich, einiges zur Chemie von Agent Orange zu sagen. Dies erstens, weil dann die schrecklichen



Der Bauer Dung aus Ben Tre wurde bei der Feldarbeit vergiftet und von FLN-Sanitäterinnen versorgt

Folgen erklärlicher werden, und zweitens, weil vor dem Vietnamkrieg die Wirkungen bekannt waren. Agent Orange ist eine Mischung der beiden Unkrautvertilgungsmittel, die man abgekürzt 2,4-D und 2,4,5-T nennt.

Viele Wissenschaftler, darunter Professor Epstein (USA) halten diese beiden Stoffe für so aggressiv, daß sie die normalen Körperzellen zur Entartung und Wucherung, also Krebs, verändern. Die australische Wissenschaftlerin Barbara Field hat den begründeten Verdacht geäußert, daß der „Bestandteil 1,4,5-T Erbschäden hervorruft“, weil sich ein eindeutiges Ansteigen der Mißbildung „offenes Rückenmark“ mit dem Ansteigen des landwirtschaftlich eingesetzten 2,4,5-T gezeigt hat.

In den USA selbst ist dieser Stoff verboten worden. Im Vietnamkrieg hat man ihn aber konzentriert eingesetzt, und zwar so konzentriert, daß bis zu 4% des Supergiftes Dioxin (oder abgekürzt TCDD) in der Mischung enthalten war. Das auch als „Seveso-Gift“ bekannt gewordene TCDD ist 67.000 mal giftiger als die gleiche Menge Zyankali.

Es ist chemisch gesehen der reaktionsfreudigste bekannte Stoff, aggressiv und gleichzeitig so stabil, daß es nur bei Temperaturen über 800 Grad Celsius verbrannt werden kann, wobei als Verbrennungsprodukte es selbst und andere hochgiftige Stoffe entstehen. Die Erbanlagen von Menschen, Tieren und Pflanzen werden von TCDD je nach Dosis, Kontaktmenge und Kontaktform unwiderruflich verändert. Alle Arten von Mißbildungen durch TCDD sind möglich.

In Seveso in Oberitalien entwichen 1976 etwa 700 Gramm TCDD durch die Explosion in einer chemischen Fabrik. Ein ganzer Landstrich wurde unbewohnbar, Fehlgeburten häuften sich, vorwiegend die Kinder bekamen eine lebenslange

Hauterkrankung, die Chlorakne, mißgebildete Kinder wurden geboren.

Im Süden Vietnams haben die USA etwa 370 mal die Menge Seveso-Gift abgeworfen oder versprüht. In Vietnam konnte nicht wie in Seveso alles Laub eingesammelt und die verseuchte Erde in einen riesenhaften Trichter versenkt werden.

In Vietnam tobte ein gnadenloser Krieg. Die Parole vom „sauberen Krieg“ war ständig im Munde der US-Offiziere, wenn sie von den Vorteilen des chemischen Krieges wie von der Ungeziefervernichtung redeten.

Welche Sofortfolgen und welche Spätfolgen hat aber dieser Krieg gehabt? Dabei ist zu bedenken, daß so ein armes, ständig Verteidigungskriege führendes Land, erst gegen die faschistischen Japaner, gegen Tschiang-Kai-Tschek-Truppen, gegen die französische Legionärsarmee und dann gegen den US-Imperialismus, wenig Möglichkeiten zur wissenschaftlichen Dokumentation der Kriegsfolgen hatte. Aber das, was bekannt und sicher ist, reicht aus, um den Vietnamkrieg der USA insgesamt und seine chemische Kriegführung im besonderen als eines der schmutzigsten Kapitel der Weltgeschichte zu kennzeichnen.

Sofortfolgen in ökologischer Hinsicht waren die Vernichtung von 60% der Kautschukplantagen, 70% der Kokospflanzungen und die Zerstörung von 110.000 ha Sandkiefer – ökonomisch ein gravierender Verlust für Land- und Forstwirtschaft Vietnams. Mit 8 Mio l Agent Blue wurden 400.000 ha Agrarland, vor allem Reis, besprüht. Der Süden Vietnams, der vor dem Krieg jährlich 200.000 t Reis exportiert hatte, mußte nach den Besprühungen (die natürlich nicht die einzige Ursache dafür waren) jährlich 600.000 t Reis aus den USA importieren.

Durch Entlaubung wurden weiterhin 150.000 ha Mangrovenwald zerstört – für ein tropisches Land wie Vietnam ein Verlust, der erst in Jahrhunderten auszugleichen ist. Die Mangrove regelt den Wasserhaushalt und stoppt die Boden-erosion an den zahlreichen großen und kleinen Flüssen und an der Meeresküste. In Küstengebieten Vietnams kommt es jetzt durch die Zerstörung von Mangrovenwäldern zu Landverlusten von bis zu 150 m pro Jahr.

Erbveränderungen in besprühten Gebieten

Noch schlimmer ist die Entlaubung von 44% des tropischen Regenwaldes. Die Bodenerosion hat schon während des Vietnamkrieges durch die Kraterisierung des Landes im Zuge des US-Bombenkrieges rapide Schädigungen des Ökosystems zur Folge gehabt. Durch die teilweise Vernichtung des Regenwaldes ist dieses Problem noch enorm verschärft worden. Die Überschwemmungen nach dem Krieg waren größer als vorher, Trockenzeiten erschütterten das frühere ökologische Gleichgewicht des Landes.

US-Wissenschaftler, die nicht im Auftrag des Pentagon arbeiteten, prägten damals das Wort „Ökozid“,¹ um auszudrücken, daß dieser Krieg neben oder in seinem völkermörderischen Wesen noch ein weiteres, ein neues, bisher unbekanntes Element enthielt, die systematische Zerstörung der Lebensumwelt eines anderen Volkes.

Von den verheerenden **ökologischen Langzeitwirkungen** konnte ich mich bei meinem letzten Vietnam-Aufenthalt im Januar d.J., anlässlich eines Internationalen Symposiums „Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden“ in Ho-Chi-Minh-Stadt, einmal mehr überzeugen. Die Zerstörungen der Pflanzen und besonders des tropischen Regenwaldes haben zu einer teilweisen Versteppung geführt. In den besprühten Gebieten überwiegt das bis zu 3 m hohe Imperata-Gras.

Eine Gruppe von Wissenschaftlern machte am 16. Januar 1983 einen ganztägigen Ausflug über 100 km Straße, stau-

Vo Quy Ökozid in Südvietsnam

Im jüngsten Indochinakrieg wurden zum erstenmal in der Geschichte systematisch und in großem Umfang verschiedene, als Herbizide oder Entlaubungsmittel bezeichnete chemische Giftstoffe eingesetzt.

Die in hoher Konzentration eingesetzten Herbizide zerstörten nicht nur die Vegetation, also das Grundelement des Ökosystems der Wälder, sondern auch die heterotrophen Elemente (Organismen, die auf organische Nahrung angewiesen sind, nämlich Tiere, Bakterien, Pilze und fleischfressende Pflanzen; d. Red.), und führten zur Verarmung des Bodens. Man kann sagen, daß sich die Wälder unter tropischen Monsun-Bedingungen, wie sie in Südvietsnam gegeben sind, in den verseuchten Gebieten nur sehr schwer auf natürliche Weise regenerieren können. Die Herbizide haben das gesamte Ökosystem einer ausgedehnten Region in der Weise verändert, daß sie eine ernste Regression (allmählicher Rückgang; d. Red.) bewirkten, reiche in erschöpfte Ökosysteme verwandelten und schließlich auch schwerwiegende Folgen für den Menschen hatten.

Lassen Sie mich als Beispiel das Tal A Luoi anführen, das im Westteil der Provinz Binh Tri Thien, nahe der laotisch-vietnamesischen Grenze, liegt. Dieses Tal ist etwa 30 km lang, 2-6 km breit und zwischen zwei Bergketten eingeschlossen, die zum Truong-Son-Gebirge gehören.

Vor 1965 war A Luoi ein Gebiet von dichten immergrünen tropischen Regenwäldern, die sich durch eine ganze Reihe stattlicher, in Schichten angeordneter Bäume auszeichneten. Die meisten Bäume hatten mehr als 1 m Durchmesser. Die Fauna war außerordentlich reich und typisch für die tropischen Regenwälder Indochinas. Es gab etwa 150 Vogelarten. Daneben gab es etwa 40 Säugetierarten, u.a. viele große und seltene Säugetiere (u.a. Elefanten und Tiger; d. Red.). Die Fische in den Flüssen stellten ebenfalls eine wichtige Nahrungsquelle für die einheimische Bevölkerung dar.

Mit der Bombardierung und dem Einsatz von Herbiziden zwischen 1965 und 1970, besonders 1966 und 1969, verfolgte man das Ziel, alles Leben in dieser Region auszulöschen.

Mehr als 10 Jahre sind seither vergangen, aber das Gebiet ist nach wie vor verwüstet. Das Ökosystem der tropischen Regenwälder ist völlig verschwunden. Die Orte, die einst mit vielen dichten Wäldern bewachsen waren, sind heute mit Unkrautarten bedeckt.

Nur die vertrockneten Stümpfe hoher Bäume, die wie ein Wald von Säulen aufragen, verraten den Menschen noch, daß diese Orte einst grüne Wälder waren. Diese Stümpfe sind die Überreste von Hartholzbäumen, während die meisten Bäume aus weicherem Holz dem Waldbrand oder der Fäulnis zum Opfer gefallen sind. Gegenwärtig kann sich keine einzige Baumart regenerieren.

Wie bereits erwähnt, wurden nach dem wiederholten Einsatz von Herbiziden etwa 100.000 ha Wald im Tal A Luoi vollständig zerstört. So sind die für das Leben und Wachstum der Bäume günstigen Bedingungen in bezug auf Feuchtigkeit, Lichtverhältnisse, Temperatur und Boden verschwunden.


A Luoi – das „Tal des Todes“

In der Trockenzeit verbrennen viele junge Bäume durch die Waldbrände, die sich bis hierher ausbreiten. Dies geschieht häufig, weil fast alle mit Herbiziden besprühten Landschaften gleichzeitig mit Bomben und Artilleriefeuer belegt wurden. Wenn dann die Regenzeit kommt, fällt der Boden der Erosion zum Opfer und verschlechtert sich allmählich, bis andere Pflanzenarten sich hier ausbreiten und den Erdboden überziehen.

Wenn die feuchten Tropenwälder, vor allem die jungen Wälder, zerstört sind, ist ihre Wiedergesundung schwierig. Der Anblick der Waldgebiete um das Tal A Luoi am Ca-Paß, am An-Khe-Paß, auf dem Berg Ba Den und in anderen Gegenden, die ein- oder zweimal mit Herbiziden besprüht wurden, beweist dies.

Die Fauna in A Luoi ist heute ebenfalls sehr verarmt. Nach der Versprühung von Herbiziden wurden die Bäume entlaubt und starben. Die pflanzenfressenden Tiere verloren ihre Nahrungsquelle und selbst ihre Lebensräume. Viele, vor allem große Säugetiere, müssen in andere Gebiete abgewandert sein, aber viele sind wahrscheinlich auch verhungert oder starben durch verseuchte Nahrung und Wasser. Die fleischfressenden Tiere sahen sich ebenfalls ihrer Nahrungsquellen beraubt und erlitten das gleiche Schicksal.

Die Bevölkerung des Dorfes A Ngo berichtet, daß sie 1966, etwa zwei oder drei Tage nach dem Einsatz von Herbiziden, häufig die Kadaver von *Cervus unicolor*, *Munitiacus muntjack*, *Tragulus java-*



Zum Massensterben aller Vogelarten kam es in der mit „Agent Orange“ intensiv besprühten Provinz Tay Ninh

bige Wege, eine Flußfähre, mit forstwirtschaftlichen Fahrzeugen durch Bäche und zu Fuß über eine Baumstammbrücke. Wir waren im Ma-Da-Wald in der Dong-Nai-Provinz, in der früheren Militärzone III, die am heftigsten besprüht worden war.

Vor uns in einer Breite von 1 km beiderseits eines Weges ein Streifen von 50 km Länge: entlaubter Wald. Es ist unheimlich: keine Blüte, keine summende Biene, keine Ameise, kein Vogelgesang. Fast tot.

Eine Arbeitsgruppe Ökologie der Tiere hat sich unter Leitung von Prof. Vo Quy besonders mit den Veränderungen im Tal A Luoi nach den mehrmaligen Besprühungen befaßt. Kontrollwälder – A Luoi vor 1961 vergleichbar – wurden in die Untersuchungen einbezogen (siehe seinen nebenstehenden Beitrag). Im Tal A Luoi gibt es jetzt noch 24 Tierarten, in den unbesprühten Vergleichswäldern aber 145 und 170 Tierarten. Nur fünf Säugetierarten haben in diesem „Tal des Todes“ überlebt. In den Vergleichswäldern gibt es 30 bzw. 55 Säugetierarten. Die Menschen im Tal leiden unmenschlich an allen Krankheiten, die der chemische Krieg hinterließ.

Die Ökosysteme der Küste und des Wasserhaushaltes sind in diesem Land der Tropen besonders angegriffen. Man schätzt, daß es über 100 Jahre dauern dürfte, bis die Mangrovenwälder wieder Fuß gefaßt haben.

Ähnlich gravierend sind die Direkt- und Spätfolgen des chemischen Krieges auf die Menschen. Sie zeigen sich in einer erschreckenden Zunahme von Mißbildungen, Fehlgeburten und Leberkrebs bei der Bevölkerung in den besprühten Gebieten.

3.500 Menschen wurden in Vietnam direkt durch akute Vergiftung mit chemischen Kampfstoffen getötet, aber – so schlimm das klingt – ihre Langzeitwirkung ist noch wichtiger.



nicus und Mungos sowie viele tote Vögel fanden. Besonders in Flüssen und Teichen starben Frösche, und zahlreiche Fischarten trieben auf der Wasseroberfläche.

Obwohl seitdem über 10 Jahre vergangen sind, ist die Fauna hier immer noch extrem verarmt. Es gibt keinerlei Spuren von Säugetieren. Mungos sind selten, die Ratten dagegen werden immer zahlreicher.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß nach dem Einsatz von Entlaubungsmitteln die alte Flora und Fauna in A Luoi völlig vernichtet wurde. Gegenwärtig befindet sie sich in einem allerdings sehr langsamen Prozeß der Regeneration; und an Stelle der Flora und Fauna, wie wir sie aus dem reichen Ökosystem der tropischen Regenwälder kennen, haben wir es heute mit der einer verarmten Region zu tun.

Neben den außerordentlich hohen Verlusten an natürlichen Rohstoffen für das ganze Land, deren Umfang wir noch gar nicht voll ermessen können, sind die Verluste, die die Menschen in den mit Herbiziden besprühten Regionen zu erleiden hatten, ebenfalls überaus schwerwiegend. Das folgende Beispiel soll dies verdeutlichen.

In A Luoi leben etwa 7.500 Einwohner, die den beiden Nationalitäten Ca Tu und Ta Oi angehören. Während des Krieges starben ungefähr 2.000 Menschen, unter ihnen auch direkte oder indirekte Opfer des Herbizideinsatzes (1967 starben 600 Menschen, 1970 waren es 1.000).

Die meisten von ihnen verhungerten, nachdem die Herbizide ihre gesamten Lebensquellen vernichtet hatten: die Ernten, das Obst, Wurzelstücke, dazu wilde Tiere, die Fische, Krebse und Mulluske in den Flüssen und selbst das Trinkwasser sind seither verseucht.

Sie müssen nicht nur alle diese Verluste erleiden, was schlimmer ist, ihre Kinder und Enkel werden noch über viele Jahre hinaus unter den angeborenen, durch chemische Giftstoffe verursachten Mißbildungen zu leiden haben. Allein in den beiden Gemeinden A Ngo und Huong Lam litten von 2.973 Einwohnern aus 313 Familien 58 an angeborenen Mißbildungen, und zwar meistens Kinder unter 15 Jahren, die nach dem Einsatz von Herbiziden geboren wurden. Unter den hier beobachteten angeborenen Mißbildungen macht die Poliomyelitis (Erkrankung des Rückenmarks bzw. Kinderlähmung; d. Red.) 60,8% der Fälle aus, dann folgen Stummheit, Hasenscharten, Deformationen des Skeletts, Blindheit, Taubheit, das Fehlen von Fingern oder Zehen, Deformationen der Haut usw., ganz zu schweigen von monströsen Kindern und solchen, die unmittelbar nach der Geburt sterben.

In keinem anderen Dorf außerhalb der besprühten Region ist der Prozentsatz an angeborenen Mißbildungen so hoch und ihr Erscheinungsbild so typisch.

Was die Umwelt anbelangt, so wurden Mio ha von Urwald und Mangroven vernichtet. Das bedeutet nicht nur einen hohen Verlust an natürlichen Rohstoffen, sondern auch – was noch schwerwiegender ist – einen dauerhaften Verlust durch die Reduzierung des Waldanteils. Die Zerstörung der Wälder hat zum Anstieg der Wasserläufe während der Regenzeit, zu Bodenerosion und Überschwemmungen geführt. In der Trockenzeit bewirkt sie eine anhaltende Dürre, weil der Wasserspiegel der Flüsse und selbst das Grundwasser sinkt.

In A Luoi sind diese Veränderungen besonders offenkundig. Nach schweren Regenfällen steigt der Wasserspiegel in den Flüssen um 60 bis 100 cm.

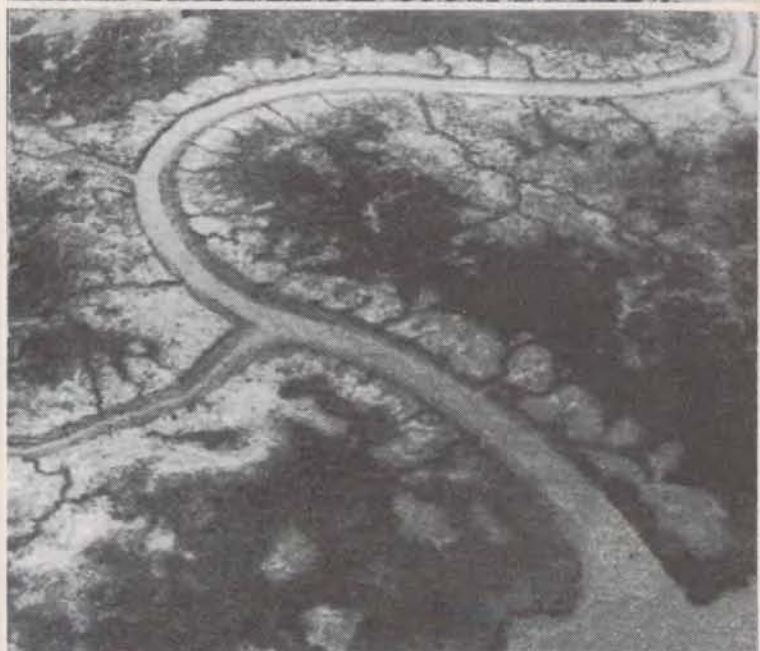
(Quelle: Vietnam-Kurier, Nr. 2/1983, S. 5-9, Ausschnitte)

Chemiker und Toxikologen stellten im Januar 1983 in Ho-Chi-Minh-Stadt fest, daß die Herbizide in der Lage sind, bei Lebewesen allgemein und insbesondere beim Menschen, folgende genetische Defekte auszulösen: Chromosomenbrüche, Translokationen, Ringchromosomenbildung und alle Arten von Fehlern bei der identischen Reduplikation. Die Erbveränderungen in Vietnam haben Ähnlichkeit mit denen in Japan, die durch die Strahlenkrankheiten der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki bewirkt wurden.

Hierzu gab es auf dem Symposium vom Januar 1983 bekannte und neue schreckliche Ergebnisse. Beispielsweise sah ich dort Fotos von 9 Monate ausgetragenen Fleischklumpen oder eine Geburt von zwei normalen Beinen mit Unterleib, aber sonst nichts. Und: Alle Arten unerhörter und noch nie dagewesener Mißbildungen beim Menschen sind möglich.

Ausgedehnte Untersuchungen vietnamesischer Wissenschaftler zeigen: Die Mißbildungsrate bei Neugeborenen, deren Väter von den US-Giften besprüht worden sind oder die später in besprühten Gebieten gearbeitet haben, liegt um ein Fünffaches höher als die Mißbildungen von Kindern, deren Väter nie Dioxin-Kontakt hatten.

Unzweifelhaft sind auch die Statistiken zum Anstieg der



Regenwald vor und nach der Entlaubung

Giftstoffgeschädigte Kriegsveteranen sagen aus

Als nach ihrer Rückkehr aus dem Vietnamkrieg Zehntausende von US-Soldaten an Chlorakne und anderen üblen Hautkrankheiten, an Krebs oder Nervenleiden erkrankten und über 1.000 Kinder von Kriegsveteranen mit Mißbildungen zur Welt kamen, lehnten die zuständigen Behörden in Washington ihre Versorgungsansprüche rundweg ab.

Das Pentagon (Verteidigungsministerium) hatte zwar im Jahr 1971 den Einsatz von chemischen Kampfstoffen im Vietnamkrieg gestoppt, doch ohne Gründe dafür anzugeben. Bis heute blieben die Administrationen in Washington die Aufklärung über die Folgewirkungen ihres Dioxin-Einsatzes in Vietnam und die Hilfe für ihre Opfer schuldig.

Als erster Betroffener klagte 1978 Paul Reutershan, der 1968 an „Agent Orange“-Operationen in Vietnam beteiligt und schwerkrank in die USA zurückgekehrt war, gegen den bekanntesten Giftstoff-Hersteller, den Chemiekonzern Dow Chemical. Doch 3 Monate nachdem Reutershan einen Schadenersatz von 10 Mio Dollar eingeklagt hatte, starb er, im Alter von 28 Jahren, an Unterleibskrebs. Der New Yorker Jurist Victor Yanaconne, der mit dem Fall Reutershan befaßt war und das Verbot des Schädlingsbekämpfungsmittels DDT in der Landwirtschaft der USA durchgesetzt hatte – verfolgte den Fall weiter. Seit Juni d.J. vertritt er 12.000 US-Kriegsveteranen in einem Grundsatzprozeß, in dem 40 Mrd Dollar als Entschädigungssumme von Dow Chemical und vier anderen US-Chemiekonzernen gefordert sind.

Einer der rund 70.000 betroffenen US-Kriegsveteranen, der New Yorker John Woods (39-jährig), war als Sanitäter in Vietnam schon einmal erblindet, nachdem er mit „Agent Orange“ in Kontakt gekommen war. Doch mehr als seine eigenen Leiden – Ausschläge, Kopfschmerzen und Lähmungen in den Händen – schmerzt ihn das Schicksal seines achtjährigen Sohnes Jeffrey. Der Junge wurde mit einem Tumor im Gesicht geboren und ist „immer krank“. Der Vater: „Ich hätte auf dem Schlachtfeld sterben sollen, denn ein Toter hat keine Sorgen mehr. Jetzt schaue ich dem Tod jeden Tag ins Auge.“

Frank Rogalla, wohnhaft in Pennsylvania nahe Pittsburg und von Beruf Flugzeugmechaniker, war 1966 bei der US-Luftwaffe in Vietnam stationiert. „Ich habe mit dazu beigetragen, die Defolianten und Herbizide über vietnamesischem Gebiet zu zerstäuben, denn ich habe die Flugzeuge damit beladen“, stellte er mit Bedauern fest. „Man hatte uns gesagt, sie seien absolut unschädlich für Menschen und die Pflanzen würden schnell wieder nachwachsen. Heute ist ganz klar, daß man uns betrogen hat. Das Dioxin, das sie enthalten, vernichtet – sofort oder allmählich – alles Leben. Natürlich verstehe ich sehr wohl, daß ungeheuer viele Vietnamesen unter den Auswirkungen der chemischen Kampfstoffe aus den USA zu leiden hatten. Doch sie hatten auch einen Bumerangeffekt – sie schädeten auch den US-Militärangehörigen.“

F. Rogalla berichtete weiter, daß 70.000 US-Soldaten ebenfalls der chemischen Kriegführung des Pentagon zum Opfer fielen. Unter den Betroffenen ist auch er selbst. Er zog sich eine Hautkrankheit zu, gegen die die Ärzte machtlos sind. Das größte Unglück traf jedoch die Familie Rogalla, als ihre jüngste Tochter mit mißgestalteten Füßen zur Welt kam.

Zu den Betroffenen gehören auch Tausende von im Vietnamkrieg eingesetzten Australiern, Neuseeländern und Südkoreanern. Der 40-jährige Australier Brian Day war praktisch sein ganzes Leben Berufssoldat in den Luftlandtruppen. Er war zweimal 1 Jahr lang in Vietnam, wo er durch „Agent Orange“ und andere von den US-Truppen eingesetzte Giftstoffe geschädigt wurde.

„Mein Gesundheitszustand verschlechterte sich erst nach mehreren Jahren“, erklärt er. „Ich bin linksseitig teilweise gelähmt, mein Seh- und Hörvermögen ließen nach. Zwei Tumore mußten mir entfernt werden, und Hautkrankheiten stellten sich ein. Viele meiner Kameraden aus der Armeezeit, noch junge Männer, starben an Krebs, Gehirntumoren oder aus ungeklärten Ursachen. Die Selbstmordrate ist unter den australischen Veteranen des Vietnamkrieges 180mal so hoch wie im Landesdurchschnitt. Jetzt habe ich mit eigenen Augen gesehen, welch immensen, unermesslichen Schaden der Krieg den Vietnamesen und der Natur in Vietnam zugefügt hat... Der einzige Nutzen, den man aus diesem schrecklichen Krieg ziehen kann, ist die Warnung, daß es nie wieder einen chemischen Krieg geben darf.“



Viet Duc (l.) untrennbar verwachsener Zwilling mit 1 Darmausgang, 1 Penis, 3 Beinen; Kind im „Waisenhaus Nr. 6“ in Ho-Chi-Minh-Stadt mit angeborenem Riesenkopf (r.)

Fehlgeburten infolge der chemischen Kriegführung. Sie wurden von Dr. Hung, dem ärztlichen Direktor der größten Entbindungsstation im Süden Vietnams, dem Tu-Du-Krankenhaus in Ho-Chi-Minh-Stadt, und seiner Stellvertreterin Dr. Chung geführt und ausgewertet. Das Krankenhaus führt seit 1952 eine umfangreiche Statistik.

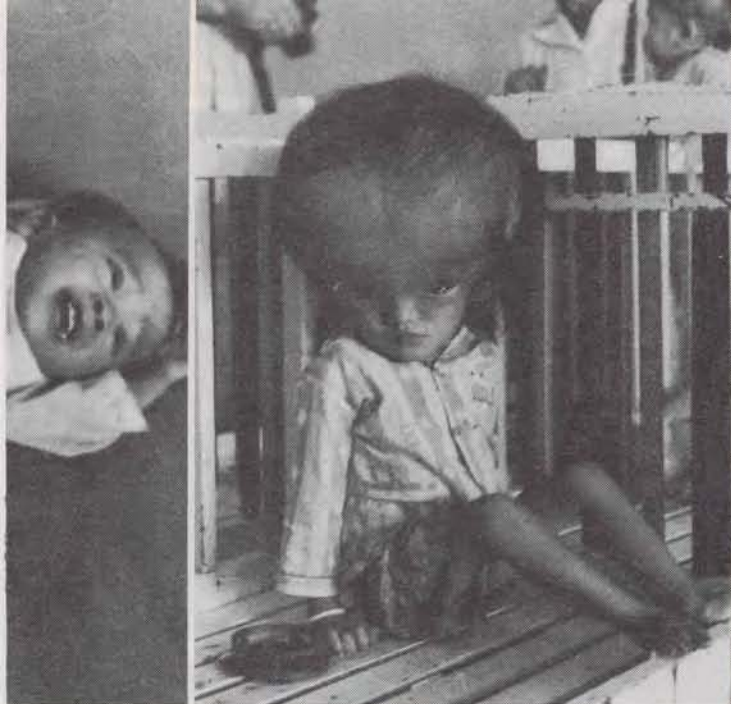
1967, ein Jahr nach Beginn der massiveren Besprühung, stieg die Zahl der Fehlgeburten sprunghaft an, um das dreieinhalbfache. Den höchsten Stand erreichte die Fehlgeburtenzahl 1978, also drei Jahre nach Ende des Vietnamkrieges, mit einer viereinhalbmal höheren Zahl als 1965. Die Zahl der Eileiterschwangerschaften und des Chorioncarcinoms (einer Art von Gebärmutterkrebs der Schwangeren) stieg von 1,13% im Jahre 1960 auf 4,19% im Jahre 1981. Den höchsten Stand erreichten diese Mißbildungen im Jahr 1970 mit über 4,5%.

„Meerschweinchen“ der US-Generäle

Die Häufung des Leberkrebses bei jugendlichen Soldaten, die im Süden besprüht worden waren, führte besonders in Viet-Duc-Krankenhaus von Hanoi zu ausführlichen Untersuchungen. Im Januar 1983 traf ich zum fünftenmal Dr. Lang, den engsten Mitarbeiter des Leberchirurgen Professor Tung (der leider im Mai 1982 verstorben ist) sowie Dr. Van, einen weiteren Leberspezialisten. Ihren neuesten Forschungsergebnissen zufolge ist der Zusammenhang von Leber-Tumoren mit Dioxin-Kontakt eindeutig.

Die Häufigkeit von Leberkrebs in Vietnam unterschied sich vor dem Einsatz chemischer Kampfstoffe nicht von der Häufigkeit dieser Erkrankung in den anderen Ländern Südostasiens. Leberkrebs nahm damals in all diesen Ländern die fünfte Stelle aller Krebserkrankungen ein. Schon 1973 war der Leberkrebs in Vietnam aber die zweithäufigste Krebserkrankung. Das Alter der Leberkrebskranken rückt immer mehr zur Jugend. 1982 wurde bei einem dreimonatigen Baby Leberkrebs festgestellt.

Über die Spätfolgen des chemischen Krieges in Vietnam geben freilich noch andere Beteiligte Aufschluß, die Kriegsveteranen aus den USA, Australien usw. Heute ist vielen der US-Veteranen, die in Vietnam für eine verlorene Sache kämpften, klar, daß sie nicht nur Soldaten waren, sondern auch „Meerschweinchen, ...menschliche Versuchs-tiere, an denen Chemiker und Generäle den Krieg von morgen ausprobierten“ (Ex-Sergeant Tom Parson).



Denn die Militärwissenschaftler der USA wußten, welche Wirkung die Stoffe 1,4-D und 2,4,5-T haben, die zu gleichen Teilen als Mischung Agent Orange hieß. 2,4,5-T gibt es nicht chemisch rein. Die als Seveso-Gift bekannte Dioxin oder TCDD ist immer ein notwendiger Bestandteil von 2,4,5-T (Prof. Epstein, USA). Chemische Unreinheit war geradezu ein militärisches Erfordernis, um die Toxizität (Giftigkeit) von Agent Orange zu maximalisieren.

Dieses 1941 in Fort Detrick entwickelte chemische Kampfmittel 2,4,5-T machte zivile Karriere als „Pflanzenschutzmittel“. Viele Unfälle² in chemischen Fabriken mit der Produktion von 2,4,5-T führten zu ernsthaften Erkrankungen: Chlorakne und – oft erst nach 20 Jahren – zu Neura-
sthenien.

Über letztere Erkrankung (Nervenschwäche, Abgeschlagenheit, auch Depression) kann es in Vietnam bisher nur Hypothesen geben. Epidemiologische Untersuchungen an australischen US-Vietnamkriegsveteranen verweisen auf dieses Problem (siehe Kasten).

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß sich die USA im Vietnamkrieg ungeheurer Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben. Unter ökologischen und medizinischen Aspekten kann eindeutig behauptet werden, daß die USA mit ihrem speziellen chemischen Krieg nicht nur Krieg von 1961 bis 1975, sondern daß sie auch eine Vernichtungsstrategie gegen künftige Generationen geführt haben. Der US-Senator G. Nelson sagte im August 1970: „Noch nie in der Geschichte hat ein Land der Lebensumwelt des Volkes eines anderen Landes den Krieg erklärt, die USA stürzen sich jedoch auf ein ökologisches Experiment, das bisher niemand gewagt hat.“

Die Vernichtung der Lebensumwelt, der Ökozid, durch chemische Kampfstoffe, hatte nicht nur einen engen Zusammenhang mit dem Genozid (Völkermord), sondern erweist sich als Genozid an den Nachgeborenen. Die unumstößlichen Fakten über die Wirklichkeit und die Nachwirkungen des chemischen Krieges der USA in Vietnam lassen es nicht zu, Vertrauen in die US-Regierung zu haben, deren Präsident den Vietnamkrieg für „eine edle Sache“ hält. Die aktiven Offiziere und Befehlshaber der US-Armee haben fast alle Vietnamkriegserfahrung, ob sie General Kroesen oder General Rogers heißen.

Sie sind Verantwortliche der chemischen Kriegsverbrechen und Verantwortliche der chemischen Aufrüstung der NATO. Sie untergraben die Souveränität unseres Landes und die Wahrscheinlichkeit des chemischen und atomaren Selbst-

mordes Europas. Die US-Regierung und ihre Bonner Zöglinge können nur gestoppt werden, wenn unsere Völker die Stationierung neuer Atomraketen und Marschflugkörper verhindern, die chemische und atomare Waffen tragen sollen. Die binären Nervengase müssen vom Territorium der Bundesrepublik Deutschland verschwinden.

Die Leiden Vietnams unter den chemischen Kampfstoffen müssen uns eine Lehre sein, keine Wiederholungen eines chemischen oder atomar-chemischen Krieges zuzulassen.

Anmerkungen:

1) Der New Yorker Völkerrechtler John H.E. Fried wies im Juni 1972 auf einer Tagung der Internationalen Kommission zur Untersuchung der US-Kriegsverbrechen in Indochina darauf hin, daß der Begriff „Ökozid“ zu neu und einzigartig sei, um bereits in den Kodifizierungen des Kriegsrechts habe Eingang finden zu können. Die Situation sei vergleichbar mit der Entwicklung des Begriffs „Völkermord“ (Genozid), auf den man sich nach einer langwierigen Prozedur erst im Jahr 1949, also 4 Jahre nach der Beseitigung des Hitler-Regimes, einigen konnte. In den Nürnberger Prozessen (1946-69) waren die deutschen Kriegsverbrecher noch nicht des „Völkermordes“ angeklagt worden.

John H.E. Fried meint, dem Ökozid dürfte eine vergleichbar langwierige Aufnahme-prozedur ins Völkerrecht beschieden sein. Seine Definition des Ökozids lautet: „Alle Lebewesen sind voneinander und von ihrer Umgebung abhängig. Das wird mit dem Ausdruck 'ökologisches Gleichgewicht' bezeichnet. Das ökologische Gleichgewicht hängt insbesondere von den ökologischen Komponenten der Natur ab, die nur 'karge Quellen' sind. Wenn die Umwelt stark gestört oder vernichtet wird, kann das ökologische Gleichgewicht nicht länger aufrechterhalten werden und die untereinander abhängige Existenz von Lebewesen – Menschen, Tieren und Pflanzen – ist direkt gefährdet (Ökozid).“

Der Begriff 'Ökozid' bedeutet also bewußte, in großem Maßstab angewandte Maßnahmen zur Störung oder Vernichtung des ökologischen Gleichgewichts.

2) Große Unfälle und Erkrankungen an 2,4-D und 2,4,5-T hatte es gegeben bei: Monsanto 1949, BASF 1953, Boehringer-Ingelheim 1954 und 1956, Philips-Duphar 1963 und Dow Chemical 1964.

Materialien zum chemischen Krieg in Vietnam

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-SR Vietnam und das Bremer Übersee-Museum haben zum Thema chemischer Krieg und Wiederaufbau in Vietnam einige Materialien erstellt, die für Veranstaltungen, Informationsstände oder andere Aktivitäten empfehlenswert sind.

● Die **Sonderausstellung** „Ökologische Folgen eines Krieges – zum Beispiel Vietnam“, die im Bremer Übersee-Museum vom Februar bis Mai 1983 mit großen Erfolg gezeigt wurde, kann nunmehr ausgeliehen werden zu einem Nettopreis von 4.000 DM pro 4 Wochen. Die Ausstellung umfaßt 63 Tafeln, 9 Großfotos, Grafiken und verschiedene Objekte, darunter Modelle von Tigerkäfigen und eines Wehrdorfes sowie Vitrinen mit Kunsthandwerk und Waffen.

Eine **kleinere Ausstellung** wird nichtinstitutionellen Gruppen angeboten (Preis VB). Außerdem steht eine **Dia-Serie** zum Originalaufbau zur Verfügung.

Anfragen an: Übersee-Museum, Dr. Herbert Ganslmayr, Bahnhofplatz 13, 2800 Bremen 1.

● Eine **Fotoausstellung** zum Giftkrieg der USA in Vietnam, die 8 schwarz-weiß Bilder im DIN-A4-Format umfaßt, kann bei der Freundschaftsgesellschaft BRD-SRV bezogen werden. Preis 8 DM. Sie hält ferner eine **Dia-Vortragsreihe** „Chemischer Krieg – Vietnam – Friedensbewegung“ sowie den **Vietnam-Kurier Nr. 2/1983** (Verkaufspreis 2 DM, Umfang 20 S.), der die Langzeitwirkungen des chemischen Krieges bilanziert, bereit.

Wer Materialien anfordern, Veranstaltungen zum Thema Vietnam organisieren oder Referenten besorgen will, wende sich an: Freundschaftsgesellschaft BRD-SR Vietnam, Duisburgerstr. 46, 4000 Düsseldorf 30.

● Welche Folgen die chemische Kriegführung zeitigte und vor welche fast unlösbaren Probleme ihre Bewältigung Vietnam heute stellt, macht ein neuer Film auf erschütternde Weise deutlich:

Das späte Erbe. Dokumentarfilm, 16 mm, Farbe, Vietnam 1983, Magnetton, deutsch übersprochen, 20 Minuten, Leihgebühr 50 DM. Der Film ist auch als Videokassette (VHS) ausleihbar.

Filmdienst Vietnam, c/o Prof. G. Giesenfeld, Frankfurter Str. 55, 3550 Marburg, Tel. 06421 - 12170

Der Widerspruch zwischen den weltweiten Aufwendungen für Rüstung und dem Ausmaß des Hungers in der Dritten Welt ist offenkundig. Auf mehr als 1 Mrd schätzt man die Zahl der Fehlernährten in der Dritten Welt, auf 500 Mio die Zahl der akut Hungernden. Eigentlich sollte man meinen, es sei eine Frage des „gesunden Menschenverstandes“, durch Umschichtungsmaßnahmen Finanzmittel aus dem Rüstungsbereich abzuziehen und die Mittel für den Entwicklungsprozess spürbar aufzustocken. Das Gegenteil aber ist der Fall: Während die Rüstungsausgaben weltweit eine ungebrochene Steigerung aufweisen, deutet die Tendenz bei der internationalen Entwicklungshilfe seit Anfang der 80er Jahre in die umgekehrte Richtung.

Allein das Hochrüstungprogramm der Reagan-Administration ist geeignet, eine neue Runde des Wettrüstens in Gang zu setzen und auf diese Weise Mittel zu binden, die für Entwicklungsaufgaben in der Dritten Welt dringend gebraucht würden. Dieses umfangreichste Aufrüstungsprogramm, das die Menschheit je in Friedenszeiten gesehen hat, sieht eine jährliche Steigerungsrate der US-Militärausgaben von 8% zwischen 1983 und 1987 vor. In diesem Zeitraum wollen die USA insgesamt 1,6 Bio Dollar für Rüstungszwecke ausgeben. Mit 356 Mrd Dollar lägen die Rüstungsausgaben der USA dann im Jahre 1987 um 272% über denen des Jahres 1977.

Weltmilitärausgaben seit 1945: über 6 Bio Dollar

Dabei hatten die Weltmilitärausgaben bereits 1982 schätzungsweise 650 Mrd Dollar erreicht – mehr als 1,7 Mrd am Tag, 74 Mio in der Stunde und 1 Mio in der Minute. Die direkten Kosten des Wettrüstens seit dem 2. Weltkrieg überstiegen die astronomische Summe von 6 Bio Dollar – etwa so viel wie das Brutto sozialprodukt der ganzen Welt im Jahre 1975. Nach Angaben der UNO waren die weltweiten Militärausgaben im Jahre 1980 etwa genau so hoch wie das Bruttoinlandprodukt von Afrika und Lateinamerika zusammengekommen.

Eine Expertenkommission der Vereinten Nationen hat zur 2. UN-Sondervollversammlung über Abrüstung im Jahre 1982 die vielfältigen Zusammenhänge zwischen Rüstung und Unterentwicklung bzw. zwischen Abrüstung und Entwicklung näher untersucht. Sie legte vor allem Zahlen und Berechnungen zum gegenwärtigen Ressourcenverbrauch für militärische Zwecke und zu den wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Wettrüstens vor. Und sie zeigte Möglichkeiten für Abrüstungsmaßnahmen und zur Umverteilung der bislang militärisch genutzten Ressourcen auf.

Die im folgenden aufgelisteten Ergebnisse illustrieren die einmalige Chance, die in einer Neuverteilung der Ausgaben in diesem Bereich läge:

- Etwa 6% der weltweit produzierten Güter und Dienstleistungen gehen in den Militärbereich.
- Ungefähr 50 Mio Menschen arbeiten im Rüstungssektor: 25 Mio als Soldaten, 10 Mio in paramilitärischen Einheiten, 4 Mio als Zivilangestellte, 500.000 als Wissenschaftler und Ingenieure; weitere 4-6 Mio arbeiten direkt in der Rüstungsproduktion, nochmals 3-6 Mio sind indirekt von der Rüstungsproduktion abhängig.
- Historische und aktuelle Analysen zeigen, daß durch alternative Produktion per Saldo nicht weniger, sondern mehr Arbeitsplätze geschaffen würden.
- Jeder fünfte in Forschung und Entwicklung (F&E) Tätige arbeitet für die Rüstung. Ein Viertel der weltweit aufgewendeten F&E-Mittel floß 1980 in den Rüstungssektor.
- Ein Rüstungsprodukt erfordert durchschnittlich 20mal mehr F&E-Mittel als ein ziviles Produkt.
- Schon ein Bruchteil dieser Finanzmittel würde ausreichen, um dringend notwendige Veränderungen in der Rohstoffgewinnung und -verarbeitung herbeizuführen, neue Entwicklungskonzepte zu verwirklichen und die Grundbedürfnisse der Menschen in der Dritten Welt besser zu befriedigen.
- In den Entwicklungsländern selbst wurden z.B. im Jahre 1980 73 Mrd Dollar für Rüstung aufgewendet. Abrüstungsschritte würden die heute bestehenden finanziellen Schranken bei der Realisierung von Entwicklungsplänen erheblich senken. Militärpersonal und Beschäftigte in der Rüstungsproduktion könnten zu einem Reservoir für die Lösung ziviler Entwicklungsaufgaben werden.
- Bei kontinuierlicher Beibehaltung des heutigen Rüstungstempos kommt es bis zum Jahr 2000 zu einer weltweiten Verringerung des Kapitalstocks um 12%, zu einem Rückgang des Handels um 4% und zu einer Abnahme industrieller Arbeitsplätze von rund 11 Mio allein in den ärmsten Regionen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.
- Würden die Militärausgaben in den 80er Jahren um 25% (in den USA und der Sowjetunion um 22%), in den 90er Jahren um weitere 15% (in den USA und der Sowjetunion um weitere 22%) gekürzt, könnte sich der Pro-Kopf-Verbrauch in Asien um 47%, in



Hungernde Kinder in Uganda

Wettüsten und

Lateinamerika um 21% und in den Dürregebieten Afrikas sogar um 166% erhöhen.

• Um die in den Plänen der UNO vorgesehenen 25%-Anteil der Entwicklungsländer an der Weltindustrieproduktion bis zum Jahr 2000 zu erreichen, sind Investitionen in Höhe von 400-500 Mrd Dollar erforderlich – weniger also als die gegenwärtigen jährlichen Weltmilitärausgaben.

• Der Verbrauch zahlreicher Rohstoffe für militärische Zwecke ist größer als der Verbrauch Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zusammengenommen.

• Würde der Plan zur Stationierung von 200 MX-Interkontinentalraketen in den USA verwirklicht werden, so müßten dafür etwa 10.000 t Aluminium, 2.500 t Chrom, 150 t Titan, 24 t Berillium, 890.000 t Stahl und 2,4 Mio t Zement bereitgestellt werden.

• Die Verschuldung der Entwicklungsländer ist teils auf Waffenimporte zurückzuführen. 1967-76 hatten nur 23 von 71 Entwicklungsländern, die Waffen importieren, eine positive Handelsbilanz.

• Satellitentechnologien, die heute weitgehend für militärische Zwecke eingesetzt werden, könnten für die geologische und geophysikalische Erforschung neuer Energiequellen eingesetzt werden.

• Das beim Militär vorhandene Wissen über den möglichen Einsatz biologischer Waffen ist potentiell von großer Bedeutung für die Verbesserung des Gesundheitswesens in Entwicklungsländern.

Ein besonders alarmierendes Problem des allgemeinen Wettüstens ist das Wachstum der Militärausgaben auch in den Entwicklungsländern.

Bis 1981 waren die Rüstungsausgaben der Entwicklungsländer auf 81,3 Mrd Dollar angewachsen und hatten sich damit etwa verzweieinhalbfacht. Ihr Anteil an den weltweiten Militärausgaben betrug Anfang der 80er Jahre fast 16% (gegenüber noch 7,9% im Jahre 1972).

Die Ursache für diese Tendenz ist vor allem in dem stark expandierenden internationalen Waffenhandel zu suchen, der 1980 nahezu



Diese negativen wirtschaftlich-sozialen Folgen der Militarisierung der Dritten Welt können auch nicht dadurch abgefangen werden, daß immer mehr Entwicklungsländer zum Aufbau einer heimischen Rüstungsindustrie übergehen. Insgesamt verfügten zu Beginn der 80er Jahre bereits 32 Entwicklungsländer über Rüstungsproduktionskapazitäten oder hatten den Aufbau solcher in Angriff genommen. Die meisten dieser Produktionspotentiale konnten nur auf der Basis von Technologieimporten (als Lizenzproduktion) aufgenommen werden. Als die größten Lizenzgeber traten die USA, Frankreich, Großbritannien und die Bundesrepublik hervor.

Die Entwicklungsländer mit den umfangreichsten und vielfältigsten Rüstungsproduktionsprogrammen waren Anfang der 80er Jahre mit weitem Abstand Israel, Indien, Brasilien und Jugoslawien, gefolgt von Südafrika, Argentinien, Taiwan und Südkorea. Gegenwärtig noch relativ kleine militärische Produktionskapazitäten besitzen die Philippinen, die Türkei, Indonesien, Ägypten, Pakistan und Singapur, wobei allerdings in allen diesen zuletzt genannten Ländern weitreichende Produktionsausweitungen für die nächsten Jahre geplant sind. Verschiedene Länder der Dritten Welt, vor allem Israel und Brasilien, konnten in der Vergangenheit bereits auch beträchtliche Erfolge beim Rüstungsexport erzielen.

Der Aufbau einer heimischen Rüstungsindustrie verringert allerdings nicht notwendigerweise die Nachfrage nach Rüstungsimporten. Im Gegenteil: Die großen waffenproduzierenden Entwicklungsländer gehören auch zur Gruppe der größten Rüstungsimporteure. Hinzu kommt, daß die Importabhängigkeit der betreffenden Länder wegen der hohen Zulieferleistungen im Rüstungsbereich in aller Regel verschärft wird. Eine kurz- oder mittelfristige Beseitigung der Abhängigkeit in der Rüstungsproduktion, so lautet das Urteil international anerkannter Experten, ist unwahrscheinlich. Das Ziel der Eigenversorgung im Rüstungsbereich bleibt auf absehbare Zeit eine Illusion.

(Quellenhinweis: Die statistischen Angaben dieser Faktenübersicht wurden zum großen Teil den beiden Publikationen entnommen: H. Wulf (Hrsg.), Aufrüstung und Unterentwicklung. Aus den Berichten der Vereinten Nationen, Reimbek 1983; F. Castro, The World Economic and Social Crisis, Havanna 1983)

Entwicklungsländer

26 Mrd Dollar, nach anderen Schätzungen bis zu 45 Mrd Dollar, erreichte. Nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI beziffert sich der im weltweiten Waffenhandel zwischen 1978 und 1982 erreichte Umsatz auf 74,2 Mrd Dollar – 70% mehr als in den fünf davorliegenden Jahren. Seit 1970 hat sich der Handel mit Waffen mehr als verfünffacht.

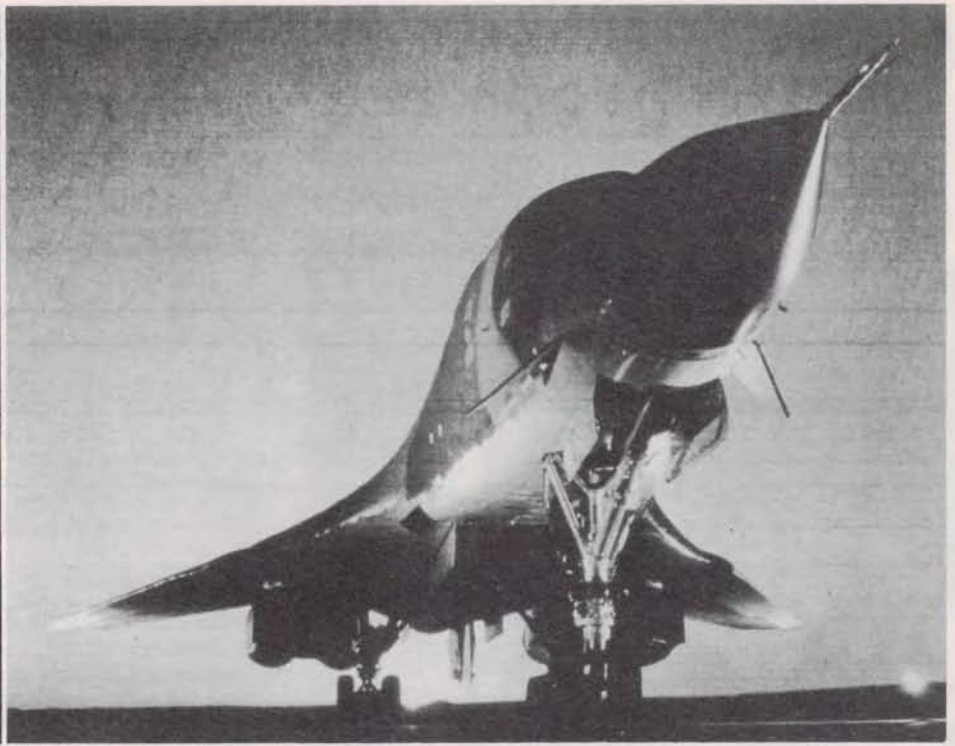
Die von SIPRI auf der Basis von US-Geheimdienstquellen ermittelte Rangfolge der internationalen Waffenexportländer nimmt sich für den Zeitraum 1978-82 so aus: USA 36,4%, UdSSR, 34,3%, Frankreich 9,7%, Großbritannien 3,9%, Italien 3,5% und BRD 2,6%.

Während der 70er Jahre gingen etwa 75% aller weltweit getätigten Waffenexporte in die Entwicklungsländer. 1980 importierte die Dritte Welt Waffen im Wert von 19,5 Mrd Dollar – das ist zweimal mehr als im gleichen Jahr von den Ländern mit niedrigstem Einkommen für den Import von Getreide aufgewendet wurde. Eindeutiger Schwerpunkt des internationalen Waffenhandels war Ende der 70er Jahre der Nahe und Mittlere Osten, der allein 39,4% der transferierten Waffen auf sich vereinigte. Danach folgten Europa mit 25,3%, Afrika mit 16,6%, Ostasien mit 6,4%, Lateinamerika mit 5,8% und Südasien mit 4,2%.

Die Folgen dieser Waffenimporte für die betreffenden Länder sind beträchtlich. So wurde errechnet, daß für jeden Dollar, der in unterentwickelten Ländern für Waffen ausgegeben wird, 25 Cents weniger in heimische Investitionen gehen. Waffenimporte waren 1978 für fast 50% aller Zahlungsbilanzdefizite der Dritten Welt verantwortlich. 5,9% des Bruttosozialprodukts, die in den Entwicklungsländern für Militärausgaben aufgewendet wurden, standen 1% für die öffentliche Gesundheitsversorgung und 2,8% für Bildungszwecke gegenüber. Die durchschnittlichen Militärausgaben in den ärmsten Ländern sind nahezu genauso hoch wie ihre gesamten Investitionen in der Landwirtschaft.



Brasilien's Rüstungsexportschlager „Avilbras“-Raketen



Strategischer Atombomber B-1

Michael T. Klare

Reagans weltweites Superrüstungs-Programm

In einer Gesamtübersicht wird deutlich, daß es sich bei der Militärpolitik Reagans um eine totale Umorientierung handelt. Während unter seinen drei Vorgängern im Amt die Bindung zur NATO Vorrang hatte gegenüber dem militärischen Engagement in Konflikten der Dritten Welt, hat Reagan dieses Verhältnis umgekehrt, um die Rolle der USA als „Weltgendarm“ stärker hervorzuheben als ihr Engagement in Europa.¹

Die Ende Juli d.J. angekündigten Manöver in Mittelamerika stellen die größte Machtdemonstration in der Region seit der Kuba-Raketenkrise im Jahr 1962 dar. Diese unter der Bezeichnung „Big Pine II“ bekannte Operation umfaßt Flottenmanöver mit Kampfseinheiten an der atlantischen und pazifischen Küste Mittelamerikas sowie Manöver an Land, an welchen über 5.000 Infanteristen des Heeres und der Marine in Honduras teilnehmen.

Das erklärte Ziel dieser Übung ist es, die Verbündeten der USA in der Region von der Ernsthaftigkeit des US-Engagements zu überzeugen. Aber in Wirklichkeit besteht das Hauptziel darin, die Guerilleros El Salvadors zu isolieren und das sandinistische Regime von Nicaragua einzuschüchtern. (...)

Während die „Big-Pine“-Manöver in Mittelamerika fortgesetzt wurden, drohte Reagan mit der Politik der Stärke in Afrika. (...) Obwohl Präsident Reagan bis jetzt die Möglich-

keit einer direkten militärischen Intervention der USA im Tschad-Konflikt² ausgeschlossen hat, läßt die schnelle Konzentrierung amerikanischer Kräfte in der Region (Nordafrika bis hin zum Libanon; d. Red.) vermuten, daß er diese Hypothese jedoch in Betracht zieht. Die US-Regierung hat im übrigen das Prinzip einer solchen Intervention (Zielpunkte: Libyen, Libanon, Golfregion, Nicaragua u.a.; d. Red.) im Dokument „defence guidance“ (dem sog. Leitlinien-Dokument; d. Red.)³, das die großen Linien der amerikanischen Militärpolitik für die Jahre 1984-88 festlegt, und das von Verteidigungsminister Caspar Weinberger im März d.J. gebilligt wurde, anerkannt. (...)

Größerer Rüstungsschub als im Vietnamkrieg

Für einige US-amerikanische Politiker beweisen die Aktionen in Mittelamerika und in Afrika, daß das „Vietnam-Syndrom“ (Gruppe von Krankheitszeichen; d. Red.), das seit 1972 die Ausübung der US-Militärmacht lähmte, nunmehr glücklicherweise überwunden ist. In den Augen zahlreicher Amerikaner sind sie jedoch in der Hauptsache eine Rückkehr zur Interventionspolitik, die dazu führte, daß die USA in den Vietnamkrieg verwickelt wurden.

Der ehemalige Chefredakteur der New York Times, John B.

Cakes, z.B. warnte Anfang August d.J. im Zusammenhang mit den Manövern in Mittelamerika: „Wenn der Kongreß ihn (Reagan) nicht zurückhält, riskiert er, die USA in den unerwünschtesten, sinnlosesten und überflüssigsten Krieg mit den geringsten Siegeschancen in ihrer Geschichte zu stürzen.“⁴

„Es handelt sich nicht um ein 1-Jahres-Programm für Freiheitsoldaten“, hatte Verteidigungsminister Weinberger erklärt, als er für die Verstärkung der amerikanischen Militärmacht 1,6 Bio Dollar forderte, „sondern um ein sehr langfristiges Unternehmen“.

Zweieinhalb Jahre später kann man die Genauigkeit der Planung Weinbergers feststellen: Die Regierung Reagan hat in der Tat die ehrgeizigste und systematischste Entwicklung des amerikanischen Militärpotentials seit dem Ende des 2. Weltkrieges in Angriff genommen.

Trotz der schwersten Krise seit einem halben Jahrhundert wurden die Rüstungsausgaben um 57% erhöht. Sie stiegen von 133 Mrd Dollar im Jahr 1980 auf 209 Mrd Dollar im Jahr 1983, während die Produktion einer ganzen Serie von Raketenwaffen, Flugzeugen und Kriegsschiffen genehmigt wurde.

Die Erhöhung des Militärhaushalts und die ehrgeizigen Anstrengungen zur Modernisierung der atomaren Waffen sind die herausragendsten Aspekte im Programm Reagans. So wurden die Rüstungskosten 1981 um 23 Mrd Dollar, dann 1982 um 27 Mrd und 1983 um 26 Mrd Dollar erhöht. Eine weitere Erhöhung um 30 Mrd Dollar plant die Regierung für den Haushalt 1984.

Obwohl der Kongreß diesen Erhöhungen 1981 und 1982 zustimmte, haben die Führer der beiden Parteien (regierende Republikanische und oppositionelle Demokratische Partei; d. Red.) Reagan und Weinberger aufgefordert, die Ausgaben für das Pentagon zu mäßigen, nachdem die Verschuldung die Grenze von 200 Mrd Dollar überschritten hat. (...)

Diesbezügliche Warnungen zeitigten jedoch kaum Wirkung auf die Regierung. Nachdem er einem Stopp der Soldterhöhung in der Armee zugestimmt hatte, versicherte Weinberger: „Es war ganz einfach unmöglich, die Ausgaben für das Militär noch weiter zu senken, ohne die Sicherheit der USA zu gefährden.“

Es scheint momentan, daß der Kongreß den Pentagon-Haushalt für 1984 nicht um 10%, wie es Präsident Reagan gefordert hat, sondern um real 6-7% erhöhen wird. Trotz dieser Verlangsamung hat Weinberger bereits seine Absicht verkündet, für 1985 und für die folgenden Jahre weitere ebenso umfangreiche Erhöhungen zu fordern.

3 Pfeiler der atomaren Überlegenheit

Den gleichen Geist der Entschlossenheit zeigt die Regierung Reagan auf dem Gebiet der atomaren Rüstung. Bei seinem Amtsantritt 1981 hat der Präsident ein 222-Mrd-Dollar-Programm gebilligt, das, verteilt auf 6 Jahre, die amerikanische atomare „Überlegenheit“ wiederherstellen soll.

Der Plan sieht ebenfalls vor, die drei Pfeiler der atomaren „Triade“ gleichzeitig zu modernisieren: die Interkontinentalraketen (ICBM), die U-Boot-gestützten ballistischen Raketen (SLBM) und die strategischen Bomber – und mehrere tausend Luft-Boden-, Meer-Boden- und Boden-Boden-Raketen zu erwerben sowie das strategische System der „3 C“ (Kommando, Kontrolle und Kommunikation) zu verbessern.

Seit Präsident J.F. Kennedy (1960-63; d. Red.) beabsichtigte keine amerikanische Regierung mehr den Erwerb so vieler atomarer Systeme gleichzeitig. Es ist außerdem das erste Mal, daß Programme dieser Art im Kongreß zu so heftigen Auseinandersetzungen führen.

Die umstrittenste Entscheidung ist selbstverständlich die Herstellung eines ICBM mit Mehrfachsprengkopf, die MX-Rakete. Nachdem der Kongreß sich geweigert hatte, die Mittel für den Erwerb der MX Ende 1982 zu bewilligen, wurde einer begrenzten Produktion der Riesenrakete zugestimmt in der Hoffnung, daß diese Geste die Regierung zu Fortschritten bei den START-Verhandlungen in Genf bewegen könnte. (Anlässlich des Luftzwischenfalls über Sachalin vom September d.J. stimmte der Kongreß dem MX-Programm zu; d. Red.)

Es ist wahrscheinlich, daß auch andere im Programm vorgesehene Waffen weiterhin auf den Widerstand der Opposition im Kongreß stoßen werden. So geht es z.B. dem von Rockwell International hergestellten B1B-Bomber, der im Haushalt 1981 vorgesehen war, dessen Zukunft jedoch aufgrund seiner enorm hohen Kosten ungewiß ist. Bei einem Preis von 563 Mio Dollar pro Stück ist es das bei weitem teuerste Flugzeug, das jemals hergestellt wurde.

Derart maßlose Ausgaben sind schwierig zu rechtfertigen, wenn selbst seine eifrigsten Verteidiger übereinstimmend zugeben, daß der B1B in den 90er Jahren wahrscheinlich nicht mehr in der Lage sein wird, die sowjetische Luftabwehr zu überwinden.

Auf noch größere Hindernisse stößt das Atomprogramm Reagans jedoch aufgrund der strategischen Ziele, die damit verfolgt werden. Es wird auf die „reine Abschreckung“ verzichtet, die das Ziel der früheren Strategien war. Die Regierung preist ausdrücklich den Erwerb eines Militärpotentials, das es den USA erlaubt, einen „längeren“ Atomkrieg zu „gewinnen“.

Im Leitlinien-Dokument, das vom Pentagon für die Jahre 1984-88 erarbeitet und breit in der amerikanischen Presse zitiert wurde, verkündet Weinberger, daß die amerikanischen strategischen Streitkräfte im Falle eines atomaren Konfliktes „gewinnen und in der Lage sein müssen, die Sowjetunion zu zwingen, so schnell wie möglich ein Ende der Kampfhandlungen herbeizuführen, zu Bedingungen, die günstig sind für die USA“.

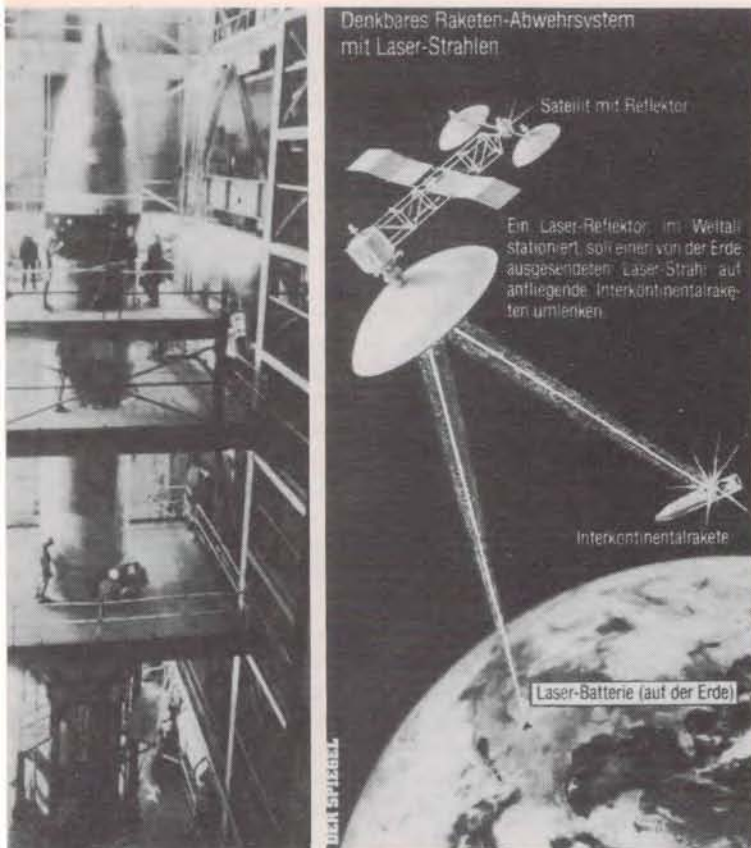
Weltall-Waffen, RDF, Green Berets...

Mit der Begründung, daß „die Leitsysteme unserer strategischen Waffen“ nicht nur fähig sein müssen, einen atomaren Angriff unbeschadet zu überstehen, sondern auch im Falle eines längeren atomaren Konfliktes „in der Lage sein müssen, ihre wesentlichen Aufgaben zu erfüllen“, forderte Weinberger 6,9 Mrd Dollar Haushaltsmittel für die Jahre 1982-85, für die „Verstärkung“ der Widerstandsfähigkeit der „3 C“ gegen einen Atomangriff.

Gerade zu diesem Zweck sieht die Regierung auch vor, im Weltall Laser-„Kampfposten“ einzurichten und eine neue Generation von Raketenabwehrwaffen zu entwickeln. In seiner sog. „Krieg der Sterne“-Rede vom 24. März d.J. hat Reagan dieses Projekt zum ersten Mal vorgestellt.

Zwei andere wichtige Aspekte dieses Programms fanden bisher weniger Beachtung: die Entwicklung neuer konventioneller Waffen und die Modernisierung der Doktrin der amerikanischen Armee. Diese beiden Aspekte werden jedoch zweifelsohne einen mindestens ebenso großen Einfluß auf die Verteidigungspolitik der nächsten Jahre haben.

In der Tat sind die Programme für nichtatomare Waffen die Hauptnutznießer der von Reagan beschlossenen Haushaltserhöhungen. 1984 z.B. sind für die Programme für strategische Waffen 28 Mrd Dollar vorgesehen, d.h. ca. 10% der vom Kongreß für das Pentagon freigegebenen Haushaltsmittel. Die verbleibenden 274 Mrd Dollar sind für die „vielseitigen“ Streitkräfte (genannt „General Purpose Forces“) der amerikanischen Armee eingeplant: Heer, Marineinfanterie, Flotte



MX-Interkontinentalrakete (L); Weltall-Laserwaffen

und taktisches Kommando der Luftwaffe (TAC).

Bis jetzt erhielten die Schnelle Eingreiftruppe (RDF) und die Marine einen Hauptanteil dieser Mittel. 1980 von der Regierung Carter gegründet, war die RDF ursprünglich eine eher magere mobile Infanterietruppe mit ca. 200.000 Soldaten. Heute wird sie jedoch mit schweren Waffen ausgerüstet⁵ und über 400.000 Mann verfügen. Seit ihrer Gründung wurden neue Basen in Somalia, Kenia, Ägypten und im Sultanat Oman erworben. Für den Nahen Osten wurde ein neuer Befehlsposten, das Zentrale Kommando (CENTCOM), geschaffen.

Zugleich hat die US-Regierung, bezugnehmend auf andere Kriegsschauplätze (insbesondere Mittelamerika), zum ersten Mal seit Ende des Vietnamkrieges beschlossen, die amerikanischen Spezialstreitkräfte „Green Berets“ auszubauen.

Parallel zu dieser Anstrengung beschloß Washington eine massive Verstärkung der Kriegsmarine, die im Laufe der nächsten 10 Jahre drei neue Kampfeinheiten erhalten soll. (...)

In der ersten Reihe der sich vollziehenden technischen Revolution erscheint eine neue Generation supermoderner Waffen, die „ET“ genannt werden, d.h. Waffen mit neuer Technik (emerging technologies). Eines der wichtigsten Ziele, die das Pentagon mit dem ET-Programm verfolgt, ist die Entwicklung von Waffen, die zum Angriff gegen Streitkräfte und Einrichtungen des Feindes tief im Landesinneren der Länder des Warschauer Paktes geeignet sind. Im angenommenen Falle einer sowjetischen Aggression gegen Westeuropa könnten diese Waffen „für weitreichende Angriffe“ im Prinzip die sowjetischen Streitkräfte im zweiten und dritten Glied neutralisieren, während die NATO-Truppen an der Front die Angreifer überwälzten. (...)

Die Verteidiger der neuen ET-Systeme behaupten, daß diese es den Streitkräften der NATO ermöglichen, einem konventionellen Angriff des Warschauer Paktes zu widerstehen, ohne zumindest zu Beginn taktische Atomwaffen einzusetzen.

Um dieses Ziel zu erreichen, müßten die neuen weitreichen-

den Angriffswaffen jedoch eine Zerstörungskapazität erreichen, die der der taktischen Atomwaffen vergleichbar ist. So beträgt der sichere Zerstörungsradius der in Entwicklung befindlichen „Angriffsbrecher“-Rakete ca. 400 m, was in etwa vergleichbar ist mit einer Neutronenbombe von einer Kilotonne. Die Gegner dieser konventionellen Waffen sprachen in diesem Zusammenhang von „quasi-atomaren“ Waffen und sie erklären, daß die Schwelle zwischen konventionellen und atomaren Waffen dadurch verschwindet.⁶

...und eine neue Kampfdoctrin

Man kann sich darüber wundern, daß das amerikanische Heer sich an der Spitze dieser doktrinen Umwälzung befindet, wenn man weiß, daß es traditionell die konservativste der vier Waffengattungen ist. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten hat das Heer in der Tat letzten Sommer eine absolut neue Kampfdoctrin angenommen, die unter dem Namen „Air-Land-Battle-Konzept“⁷ bekannt ist.

Diese neue Doktrin (siehe auch nachstehenden Beitrag von W. Brönnner; d. Red.) empfiehlt den amerikanischen Truppen, dem Vormarsch der feindlichen Streitkräfte durch konzentriertes Feuer zu begegnen und gleichzeitig die Truppen im Hinterland anzugreifen.

Auch wenn eine große Anzahl amerikanischer Politiker diese Anstrengungen für eine industrielle Erneuerung begrüßt haben, gab es jedoch auch Stimmen, die an einigen Aspekten der „Air Land“-Strategie Anstoß nahmen. Einige Parlamentarier zeigten sich insbesondere besorgt über die Bedeutung, die den offensiven Angriffen mit „gemischten“ Waffensystemen („dual capable“) gegeben wird, die sowohl mit konventionellen als auch mit atomaren Sprengköpfen bestückt werden können.

Das grundlegende Dokument, das die „Air Land Battle“-Strategie erklärt, spricht sich eindeutig für solche Angriffe aus. „Die Systeme, die entworfen wurden, um feindliche Sturmangriffstruppen zu besiegen (und) die nachrückenden Verstärkungskräfte zu zerstreuen“, heißt es in dem Text, „müssen in der Lage sein, konventionelle und/oder atomare Waffen in jedem Stadium des Kampfes (und) in der ganzen Tiefe des Kampffeldes einzusetzen.“

Wie einige Kritiker bemerken, könnte diese Doktrin sich ausdrücken in atomaren Angriffen auf lebensnotwendige sowjetische Einrichtungen in Osteuropa und so die Vorwarnsysteme und die „3 C“ (Kommunikations- und Kommandozentralen; d. Red.) der UdSSR bedrohen.

Als Ganzes betrachtet stellen alle diese Aspekte eine Umwälzung ohne Beispiel des Militärpotentials und der Verteidigungspolitik der USA dar. Man versucht, alle diese Programme als Antwort auf das Streben der Sowjets nach Überlegenheit darzustellen. Es scheint jedoch eher, daß sie den autonomen Willen der USA ausdrücken, ihre militärische Vorherrschaft in der Welt beizubehalten und zu verstärken. Die Bedeutung, die den seegestützten Kampftruppen und der Schnellen Eingreiftruppe – Interventionsmittel, die bei weitem den augenblicklichen oder geplanten Kapazitäten der UdSSR überlegen sind – beigemessen wird, enthüllt diesen Aspekt in besonderem Maße.

Anmerkungen:

- 1) Siehe: M.T. Klare, Une stratégie de défense globale pour l'Amérique forte, in: Le Monde Diplomatique (LMD), Paris, September 1981
- 2) Siehe: AIB 10/1983, S. 14-21; d. Red.
- 3) Siehe: Ebenda, S. 7/8; d. Red.
- 4) New York Times (NYT), New York, 3.8.1983
- 5) Siehe zur Doppelrolle der RDF die Studie von Ch. Paine in: AIB 7-8/1983, S. 9-15; d. Red.
- 6) Zu den quasi-atomaren Waffen siehe: LMD, April 1982
- 7) Siehe: LMD, Februar 1983

Für Abos und Einzelbestellungen

Ich abonniere das AIB ab Nr. _____/ab sofort.*

Ich bestelle AIB-Sonderheft Nr. _____

(Thema: _____)

Ich bestelle AIB, Nr. _____

Vorname, Name

Straße Beruf

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto Nr. 312093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/M. oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).

Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.

Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei _____

in _____

Kto.-Nr. _____ BLZ _____

*Jahresabo (inkl. Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM; Luftpost: Europa 35,— DM, übrige Länder 50, DM; Förderabo (50,— DM oder mehr): _____ DM. Kündigungen frühestens nach 1 Jahr; Kündigungsfrist 1 Monat.

Achtung AIB-Abonnenten!

Zum Jahreswechsel 1983/84 wird die Betreuung unserer Abonnementkartei auf elektronische Datenverarbeitung umgestellt. In diesem Zusammenhang bedeutet es eine zusätzliche Kostenersparnis, wenn möglichst viele Abonnenten ihren jährlichen Rechnungsbetrag durch uns abbuchen lassen. Dieses Verfahren bietet Ihnen und uns Vorteile:

- Sie ersparen sich das Ausstellen eines Überweisungsabschnittes bei Ihrer Bank oder der Post sowie die damit verbundenen Gebühren.

- Wir ersparen uns das Versenden von Rechnungen und haben eine Kostenerleichterung. Wir werden so eher in der Lage sein, den Abopreis auch künftig niedrig zu halten.

Wer uns also noch keine Abbuchungsvollmacht ausgestellt hat, den bitten wir darum, uns diese Karte vollständig ausgefüllt zurückzusenden.

Abbuchungsvollmacht

Mit der Abbuchung des AIB-Abonnementpreises von meinem Konto bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abos erlischt diese Einzugsermächtigung.

Vorname, Name

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

Mein Bank-/Postscheckkonto bei _____

in _____

Kto.-Nr. _____ BLZ _____

Zur Weiterempfehlung des AIB

Folgende Leute sollten das AIB auch einmal kennenlernen. Schicken Sie unverbindliche Probeexemplare an:

1. _____
 (Name)

 (Straße/Hausnummer)

 (Ort)

2. _____
 (Name)

 (Straße/Hausnummer)

 (Ort)

3. _____
 (Name)

 (Straße/Hausnummer)

 (Ort)

Zu Weihnachten:

Verschenken Sie ein AIB-Abo

Wir sind sicher, daß nur wenige Ihrer Freunde und Verwandten das AIB so verbissen sehen wie dieser Herr. Deshalb — und weil auch sie wissen sollten, was los ist in der Welt — schenken Sie ihnen diesmal das AIB



als Jahresabonnement zu Weihnachten (oder zu einem anderen Anlaß)! Bei den so Beschenkten werden Sie dann ein Jahr lang in guter Erinnerung bleiben.

Was Sie dafür tun müssen? Einfach diese Postkarte ausfüllen, und die von Ihnen genannte Person erhält von uns rechtzeitig zu den Festtagen eine Nachricht, daß sie das nächste Jahr auf Ihre Kosten in den Genuß unserer Zeitschrift kommt. Für DM 25,—.

Schicken Sie bitte auf meine Rechnung
(25,- DM) ein Geschenkabon '84 an:

(Name)

(Straße und Hausnummer)

(PLZ, Wohnort)

(Mein Name)

(Meine Adresse)

(Datum, Unterschrift)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

4. _____
(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

5. _____
(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

6. _____
(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

Mein Name: _____
Meine Adresse: _____

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde
von mir geworben:

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

... die
neue
Wochenzeitung,
keine
alltägliche
Lektüre

**Diskutieren,
informiert sein.
Jede Woche neu.**

75 Prozent aller Bürger sind gegen die neuen Atomraketen. Für sie machen wir die „Deutsche Volkszeitung/die tat“. Mit Argumenten, Analysen, aktuellen Informationen aus allen gesellschaftlichen Bereichen, Politik, Kultur, Wissenschaft.

„Traditionelle Linke“ ist bei uns kein Schimpfwort. Die neue Wochenzeitung fördert das Einigende, ist unduldsam gegen alles Inhumane und gegenüber dem Antikommunismus, beharrlich im Bemühen um Diskussion und Verständigung. Die verschiedenen politischen Strömungen haben die Möglichkeit zu diskutieren, sich kennenzulernen und einander ernst zu nehmen.

Bitte
freimachen

POSTKARTE

An
Solidaritätsshop
Dritte Welt
Mainzer Landstraße 15

6000 Frankfurt/Main 1

Absender:



15 Plakate aus dem freien Nicaragua

Plakatmappe „Nicaragua Libre!“ mit 15 Plakaten aus dem freien Nicaragua, DIN A3, alle Plakate mehrfarbig, Sonderpreis 12,— DM



Graphikmappe des salvadorianischen Künstlers Rafael Cabrera, 5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Gedichten von Neruda, Cardenal, Vega, DIN A4 Überformat, s/w, Stück 10,— DM, ab 10 Ex. 8,— DM



Anhänger ASK-Taube aus Silber, Stück 14,— DM



Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Kettchen mit Stecker, Paar 27,50 DM

Anhänger ASK-Taube aus Ton, braun oder blau, Stück 5,— DM

Deutsche Volkszeitung/die tat

Wir fangen nicht bei Null an. Krieg ist kein Naturereignis. Hitler kein Betriebsunfall. Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus – Grundkonsens der demokratischen Kräfte. Ihn gilt es zu verteidigen.

Rechtsentwicklungen nicht hinnehmen. Aufstehn für den Frieden. Solidarisch sein

Über die Bedrohungen des Friedens. Und Möglichkeiten, ihn zu erreichen. Über die massenhafte Arbeitslosigkeit. Und wie sie den Einzelnen zerstört. Über die Ausplünderung der Erde. Und die Fähigkeit der Menschen, weltweit den Hunger zu besiegen. Über die düsteren Perspektiven der Jugend. Und die Möglichkeit, ein Leben mit Sinn zu erfüllen.

Ursachen dingfest machen. Demokratische Gegenstrategien gemeinsam entwickeln. Konsequenzen ziehen.

Deutsche Volkszeitung/die tat

Sie sollten diese Wochenzeitung kennenlernen. Mitteilung Ihrer Anschrift auf dieser Karte genügt!

Bitte senden Sie mir unverbindlich und kostenlos einige Ausgaben

Deutsche Volkszeitung die tat

Vor- und Zuname

Beruf

Straße / Nr.

Postleitzahl / Wohnort

ai

Bitte mit
Postkarten-
porto
freimachen

Werbeantwort

An

Deutsche Volkszeitung
die tat

Oststraße 154 — Postfach 2726

4000 Düsseldorf



Solidaritätsshop Dritte Welt
Produktions · Verlags · Vertriebs GmbH

Bestellliste

Stück	Artikel	Einzel-Preis	Gesamt-Preis
	Kaffee aus Nicaragua		
	1 Pfund	12,00	
	Plakatmappe Nicaragua	12,00	
	Sonderpreis		
	Graphikmappe, Rafael Cabrera, (ab 10 Ex. 8,00 DM)	10,00	
	Schallplatte „Por la Paz“ der Salvadorianischen Gruppe Banda Tepevani	16,50	
	Broschüre „Eine neue interameri- kanische Politik für die 80er Jahre“, Geheimdokument des Komitees von Santa Fe für den jetzigen US-Präsidenten Reagan, DIN A5, 48 Seiten	3,00	
	(ab 10 Exemplare 2,70 DM)		
	T-Shirt, weiß mit Aufdruck „FMLN-EI Salvador vencera“ und einem FMLN-Kämpfer	15,00	
	Größen 4, 5 und 6	14,00	
	Anhänger ASK-Taube aus Silber	9,00	
	Anhänger ASK-Mimitaube aus Silber	7,00	
	Silberkettchen, dazu passend	27,50	
	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Kettchen m. Stecker, Paar	19,80	
	Ohrstecker ASK-Taube aus Silber, Paar	23,00	
	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Silberbügel, Paar	19,00	
	Anstecker ASK-Taube aus Silber	5,00	
	Anhänger ASK-Taube aus Ton, braun oder blau		



Solidaritätsshop Dritte Welt
Produktions · Verlags · Vertriebs GmbH

Hände weg
von Nicaragua!

den Aufbau
unterstützen...

...Kaffee

aus
Nicaragua
trinken!
1
Pfund
12,-DM

Unser aktuelles Buchgeschenk

Warum Bücher kaufen, wenn sie als Geschenk ins Haus kommen? Für AIB-Abonnenten halten wir jeweils aktuelle Buchtitel als Geschenk bereit. Bücher, die für Dritte-Welt-Interessierte unentbehrlich sind. Unser Angebot wird alle zwei bis drei Monate aktualisiert. Jeder AIB-Leser kann in den Genuß unseres Buchgeschenks kommen, wenn er

- das AIB bereits selbst abonniert hat,
- einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, und
- der neue Abonnent das Jahresabo bezahlt bzw. uns auf der Bestellkarte (siehe Heftmitte) eine Abbuchungsvollmacht erteilt hat.



Wolfram Brönnner/Horst-Eckart Gross Hg.
EL SALVADOR
die unsichtbare Front

W. Brönnner/H.E. Gross
El Salvador
Die unsichtbare Front
Weltkreis 1983

W. Huismann
Dieser Augenblick rückt näher
Reportagen aus Chile
Pahl-Rugenstein 1983

W. Huismann
Dieser Augenblick rückt näher
Reportagen aus Chile
Pahl-Rugenstein 1983

Kleine Bibliothek
Pahl-Rugenstein

Dritte-Welt-Kalender '84
Lamuv 1983

Dritte-Welt-Kalender '84

Weitere Buchprämien sind aus unserem Gesamtverzeichnis zu entnehmen. Gesamtverzeichnis anfordern bei:
AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

Achtung:
Bestellkarte in der Heftmitte benutzen!

Für's AIB werben lohnt sich!



Interview mit Comandante Maria Antonia

Die FMLN schuf sich Vorteile (3)

AIB: Wie steht es mit der Einheit der FMLN? Sieht sie mittlerweile so aus, daß die verschiedenen Mitgliedsorganisationen der FMLN in der Regel in gemeinsamen Einheiten kämpfen oder agieren sie noch immer nach Mitgliedsorganisationen getrennt?

MARIA ANTONIA: Einer der Fortschritte der FMLN besteht darin, daß die FMLN jetzt viel geschlossener und viel vereinter kämpft. Dies ist insbesondere ein Ergebnis bzw. Erfolg der Kampagne „Comandante Ana María – Wir versprechen, daß wir siegen werden!“, der im April d.J. eröffneten Militärkampagne.

Ein Beweis dafür ist, daß mehr als 70% der Militäraktionen von den verschiedenen FMLN-Organisationen in dieser bis Juni 1983 vorgetragenen Offensive gemeinsam durchgeführt wurden. Ein anderer Beweis ist der, daß an allen diesen Aktionen die Befreiungskräfte des Volkes (FAL, bewaffneter Arm der Kommunistischen Partei – PCS; d. Red.) teilgenommen haben.

AIB: Trifft dies auch für Morazan oder Chalatenango zu, die als Bastionen der größten Organisationen Revolutionäres Volksheer (ERP) bzw. der Volksbefreiungskräfte (FPL) gelten?

MARIA ANTONIA: Ja, für alle Regionen.

AIB: Als auch für Chalatenango?

MARIA ANTONIA: Ja. Ein Beispiel dafür ist die Besetzung von Potonica und von San José, die in Chalatenango liegen. Das waren gemeinsame militärische Aktionen von FPL- und FAL-Einheiten.

Wir wollen aber damit nicht hervorkehren, daß die FAL und FPL diese Aktionen durchgeführt haben. Sondern wir betonen, es war eine gemeinsame Aktion der FMLN, an der sich auch die FAL beteiligt hat.

AIB: War die Erschießung des US-Militärberaters Alfred Schaufelberger im Mai d.J. auch eine solche gemeinsame Aktion der FMLN? In den westlichen Medien wurde sie als isolierte Aktion der FPL dargestellt...

MARIA ANTONIA: Nein, es gibt keine isolierten Aktionen. Gegenwärtig ist die Generalkommandantur der FMLN (5 Oberkommandierende, mit Salvador Guerra als Nachfolger des im April 1983 verstorbenen Salvador Cayetano Carpio; d. Red.) über alle diese militärischen Aktionen informiert. Und diese Aktionen sind Teil des militärischen Plans der FMLN. Es kann sein, daß eine dieser Aktionen von FPL-Einheiten durchgeführt wurde, aber sie ist Bestandteil der gemeinsamen Aktionen.

Es gibt innerhalb der FMLN verschiedene Organisationen, und um die Hinrichtung eines US-Militärberaters durchzuführen, ist es nicht nötig, daß zwei Mitglieder der FAL, zwei der FPL, zwei vom Nationalen Widerstand (RN) usw. mit-

gehen, damit man sagen kann, es sei eine gemeinsame Aktion.

Dafür braucht man keine große Kraftaufwendung, sondern das sind Operationen, die im allgemeinen von städtischen Spezialeinheiten durchgeführt werden, die mit einer kleineren, begrenzten Zahl von Mitgliedern arbeiten.

AIB: Spricht die FMLN dabei von einer Stadtguerilla oder von städtischen Milizen?

MARIA ANTONIA: Das sind Spezialeinheiten innerhalb des Guerillaheeres, die Aktionen innerhalb der Stadt ausführen.

AIB: Das müssen auch, um ein Beispiel zu nehmen, in San Salvador nicht unbedingt Truppen sein, die vom kontrollierten Gebiet um Guazapa kommen?

MARIA ANTONIA: Nein. Es gibt eigenständige Stadt- und Stadtteilgruppen in San Salvador, der Hauptstadt. Sie sind ebenfalls Teil der Truppen der FMLN und sie bilden die städtische Front.

Die Truppen in Guazapa (siehe ausführlich in: AIB-Sonderheft 2/1982, S. 49ff. und AIB 3/1983, S. 16) sind ein anderer Truppentyp, deren Struktur der der städtischen Truppen nicht unbedingt entspricht.

Frauen als Guerillas

AIB: Was für eine Einheit ist das Frauenbataillon „Silvia“, dessen Leitung Sie angehören?

MARIA ANTONIA: Die Einheiten „Silvia“ sind den verschiedenen Fronten der FMLN im Land zugeordnet. Sie sind in die lokalen Militäreinheiten integriert und auch in die mobilen Truppen der FMLN.

AIB: Das heißt, sie kämpfen praktisch in allen Landesteilen?

MARIA ANTONIA: Ja, natürlich. Die bedeutendsten Aktionen haben die Einheiten „Silvia“ in den Bergen von Guazapa durchgeführt (rund 25 km nördlich von San Salvador; d. Red.), wo sie eine überaus wichtige Rolle bei der Verteidigung der Region und beim Angriff auf gegnerische Posten gespielt haben.

Jetzt sind sie auch in den strategischen mobilen Einheiten aktiv, wobei die Ziele, die sie angreifen sollen, noch wichtigere Ziele sind. Denn dies sind Truppen, die dazu bestimmt sind, die entscheidenden Schlachten zu führen. Und an diesen werden auch die Frauen beteiligt sein.

AIB: Seit wann besteht das Frauenbataillon „Silvia“ und welchen Umfang hat es?

MARIA ANTONIA: Die Einheiten „Silvia“ wurden im Dezember 1981 gegründet. Sie zählen mehrere hundert Guerillas.

Allerdings kann man die Beteiligung der Frauen nicht nur auf die Mitgliedschaft in diesen Einheiten beschränken. Es gibt auch Frauen, die in gemischten Einheiten kämpfen. Aber die Militäreinheiten „Silvia“, die Teil der bewaffneten Befreiungskräfte des Volkes (FAL) sind, bestehen aus Frauen, die sehr stark am militärischen Befreiungskampf beteiligt sind.

Sie bilden die einzigen reinen Frauentruppen und sind Teil der FMLN-Einheiten an den verschiedenen Fronten. Und heute kann man feststellen, daß die Frauen zu einem sehr wichtigen Faktor im bewaffneten Kampf für die Befreiung unseres Volkes geworden sind. Sie haben eine sehr breite soziale Zusammensetzung. In ihren Reihen gibt es Studentinnen, Berufstätige, Hausfrauen, Bäuerinnen und Arbeiterinnen.

Die Tatsache, daß sie jetzt in der Brigade „Rafael Arce Zablah“, in einer der neugeschaffenen strategischen mobilen Einheiten der FMLN, mitkämpfen, zeigt, welche großen militärischen Fähigkeiten und hohe Kampfmoral die Frauen der Einheiten „Silvia“ inzwischen erreicht haben.

AIB: Gab es in den gemischten Einheiten Probleme, oder was sind die Gründe, die sie zur Bildung eines gesonderten Frauenbataillons bewogen haben? Sind dies etwa spezielle Forderungen zur Frauenemanzipation?

MARIA ANTONIA: Die revolutionären Einheiten bestehen aus Leuten mit unterschiedlichem ideologischem Niveau und politischem Bewußtsein. In diesem Sinne wird die Bildung spezieller Fraueneinheiten und ihre selbsttätige Einbeziehung in die Aktion zu einem sehr wichtigen Lernprozeß der Frauen.

Die Frauenbataillone wurden gebildet, damit die Beteiligung der Frauen einen echten Stellenwert im Befreiungsprozeß erhält, damit die Frauen sich weiterentwickeln und einbringen können, damit die Frauen dem Mythos der Unterschätzung und Selbstunterschätzung ein Ende machen.

Sie wurden formiert, damit auf der anderen Seite auch die Männer in den Frauen gleichwertige Mitkämpfer im Befreiungskampf sehen, in welchem ihre Beteiligung ebenso wichtig ist wie die der Männer.

Dies ist nicht ein Kampf nur von Männern oder nur von Frauen, sondern des ganzen Volkes. Die Frauenbataillone werden nicht gebildet, um gegen die Männer zu kämpfen, d.h. um damit zum Ausdruck zu bringen, daß die Frauen besser als die Männer seien, sondern um gegen einen gemeinsamen Gegner zu kämpfen...

AIB: Das heißt aber nicht, daß Sie auf gesonderte emanzipatorische Forderungen der Frauen verzichten?

MARIA ANTONIA: Natürlich nicht. Wir stellen lediglich einerseits fest, daß Frauen und Männer vereint kämpfen, weil sie beide von einem System unterdrückt, ausgebeutet und zur Not verdammt sind. Andererseits betonen wir, daß es für die Frau unausweichlich ist, gegen ihre doppelte Ausbeutung und Unterdrückung anzukämpfen.

Diese Forderungen sind im übrigen Bestandteil der allgemeinen Forderungen unseres Volkes, die im Programm der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR)/FMLN zusammengefaßt sind. Dort, wo für verbesserte Lebensbedingungen gekämpft wird, z.B. im Erziehungs-, Gesundheitswesen oder am Arbeitsplatz, ringen wir zugleich auch für die Rechte der Frau. Wenn für höhere Löhne der Arbeiter gekämpft wird, fordern wir gleichzeitig gleiche Löhne für die Frauen. Und wir treten dafür ein, daß die Frauen an allen politischen Entscheidungen im Lande beteiligt werden.

Aber wir sehen unser Eintreten für die Rechte der Frau nie getrennt vom allgemeinen Kampf, der für Frauen wie Männer gegen den Yankee-Imperialismus und das kapitalistische System, für eine wirkliche Demokratie geführt werden muß.

Schluß

Die FMLN durchkreuzt den „Plan Conara“

Mit ihrem spektakulären Angriff auf die Provinzhauptstadt San Miguel am 4. September d.J. eröffnete die salvadorianische Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) eine neue Offensive. Unter den darauffolgenden Besetzungsaktionen von Orten in verschiedenen Landesteilen ragt die FMLN-Einnahme der Stadt Tenancingo, in der Provinz Cuscutlan, am 25. September d.J. heraus. Auch der massive Einsatz von A-37-Dragonfly-Kampfflugzeugen vermochte die Guerilla nicht aufzuhalten.

Joaquin Villalobos, Mitglied des FMLN-Generalkommandos, bezeichnete den Angriff auf San Miguel als „Anfang eines Abnutzungskrieges gegen die Armee“. Die Zunahme solcher Aktionen wie in Tenancingo sei die Antwort der Aufständischen auf das im Juni 1983 angelaufene sog. Befriedungsprogramm („Aufstandsbekämpfung“ bzw. Counter-Insurgency) der Regierungstruppen in San Vicente und Usulután. Dort „durchkämmen“ gemäß dem „Plan Conara“, unter Leitung vietnamischer US-Offiziere, 6.000-7.000 Soldaten die Landschaft, um sie von der Guerilla zu „säubern“, die Bevölkerung in Wehrdörfer und sog. Einheiten zur Zivilverteidigung zu pressen sowie ihnen sog. Jägerbataillone (Mannschaftsstärke je 250 Mann) der Armee beizustellen.

In San Vicente scheiterte die Armee beim Versuch, der Guerilla – mit Luft- und Artillerieunterstützung – ihre Bastion um den Chichontepec-Vulkan zu entreißen. In Usulután demonstrierte die FMLN Mitte September d.J. mit der Einnahme der Stadt Villa el Triunfo, danach mit ausgedehnten Operationen im Osten Usulutans und im Süden von San Vicente, daß der „Plan Conara“ durchkreuzt worden ist. Den Guerilla-Aktivitäten konnte nicht „vorgebeugt“ werden.

Es erwies sich, daß es sich beim Rückgang der Guerilla-Aktivitäten im Juli/August d.J. eher um einen taktischen Rückzug bzw. eine Atempause handelte, die man nutzte, um neuartige, mobile Elitebataillone der FMLN zusammenzustellen. Ihre erste Gruppierung, die Brigade „Rafael Arce Zablah“ bestand ihre Feuerproben mit den Angriffen auf San Miguel und Tenancingo. Bei ihrem überraschenden Sturm auf die Garnison von San Miguel überrumpelten sie rund 2.000 Mann der 3. Infanteriebrigade, das Hauptquartier der Armee und Zentrum der US-Militärberater. Sie zerstörte u.a. die Militäranlagen, drei wichtige Brücken, die Fernmelde- und Elektrizitätszentrale und fügten der Armee 300 Verluste (Tote und Verwundete) bei.

Der Kommandant der San-Miguel-Garnison, Oberst Jaime Ernesto Flores, hatte sich wohl etwas zu weit vorgewagt, als er kurz zuvor erklärte, daß 70% der Guerilla-Streitkräfte im Osten El Salvadors bereits zerschlagen worden seien.

Die neue FMLN-Offensive „Unabhängigkeit, Demokratie und Freiheit für El Salvador“ löste in San Salvador erst einmal Ermüchtung aus. Kein Wunder, daß sich nun auch in Regierungskreisen die Stimmen dafür mehren, die die – auf Geheiß Ronald Reagans ursprünglich auf Dezember 1983 vorgezogenen – Präsidentschaftswahlen auf das Jahr 1984 oder gar 1985 hinausgeschoben haben möchten.



Regierungssoldaten bergen einen Verwundeten aus den Kämpfen um Tenancingo (Cuscutlan)

Katja Maurer

Der lange Atem der Protestbewegung



Bei der Beisetzung M. Zavalas fliehen Trauernde vor Tränengas. Der Sarg eines Ermordeten unter dem Plakat „Wie lange wirst du morden, faschistische Bestie!“

Von einem „vorrevolutionärem Stadium“¹ sprach der ehemalige christdemokratische Senator und Vorsitzende des rechtsbürgerlichen Oppositionsbündnisses Projekt der Nationalen Entwicklung (PRODEN), Jorge Lavandero, nach den landesweiten Protesten vom 8.-12. September 1983 in Chile. Tatsächlich zeigten die Protestaktionen im September/Oktober d.J. neue Charakterzüge, legten sie die Grundlage für die Weiterentwicklung der Oppositionsbewegung gegen die Diktatur.

Im Gegensatz zu den vorhergehenden Protesttagen² erwies sich die Opposition als weitaus hartnäckiger und ausdauernder in den Auseinandersetzungen mit den Repressionskräften der Diktatur.

„Lieber im Kampf als vor Hunger sterben!“

Vier Tage Proteste vom 8.-12. September d.J. war die Losung der Basisorganisationen und der linken Parteien in den Armenvierteln (Poblaciones) der Großstädte, die auf breitestes Echo in diesen Bevölkerungsschichten stieß. Beispielgebend sind dafür nicht allein die Kämpfe in den Poblaciones Santiagos wie La Victoria wo vier Tage lang die Barrikaden brannten. Das gilt auch für die Kämpfe in anderen Großstädten Chiles wie Valparaiso und Concepcion. Der landesweite Maßstab dieser Auseinandersetzungen ist aber nur ein Kennzeichen.

Dazu kommt, daß allerorts sichtbar wurde, daß die Chilenen sich in ihrer Mehrzahl nicht mehr von dem noch so massiven Einsatz der Repressionskräfte einschüchtern lassen. Die Antwort auf die Ermordung von Miguel Zavala aus La Victoria war eine Demonstration von 30.000 Pobladores. Der Einsatz von Tränengasbomben auf dem Friedhof – selbst das Grab des Ermordeten blieb nicht davon verschont – führte nicht etwa zur Flucht der Protestierenden, sondern zu stundenlangen Schlachten beider Seiten, wenn auch die Pobladores nichts weiter besaßen als Steine, um sich gegen die bewaff-

nete Gegenmacht des Regimes zur Wehr zu setzen.

Ähnliche Erscheinungen können bei allen Aktionen, seien es die Studentendemonstrationen während des Streiks der Universitäten am 7. September oder die Landbesetzung durch 20.000 Pobladores am 23. September d.J. in Santiago, beobachtet werden. Die Grenze des Erträglichen ist vor allem für die Pobladores, die mit oder ohne Arbeit unter dem Existenzminimum leben, erreicht. Sie haben sich die Losung zu eigen gemacht: „Lieber im Kampf als vor Hunger sterben.“

Wie weit diese Kampfbereitschaft geht, erlebte die Psychologin Fanny Polarollo. Als sie am 11. September 1983 im Santiagoer Stadtteil Pudahuel eintraf, forderten die Pobladores sie auf, mit der Schwester eines am 8. September Ermordeten zu reden. Sie stünde unter einem Schock, denn sie habe bisher nicht über den Tod ihres Bruders geweint.

Zum Erstaunen der Psychologin erklärte die Schwester den Grund: Ihr Bruder sei im Kampf gefallen, er habe von vornherein gewußt, daß die Beteiligung an den Protestaktionen gefährlich sei. Sie sei stolz darauf, daß er so umgekommen ist. Und sie werde jetzt erst recht weiterkämpfen.

Während im Vorfeld der Proteste vor allem das von der Christdemokratischen Partei geführte Bündnis Demokratische Allianz durch seine Beteiligung am „Dialog“ mit dem Regime und durch eine unentschiedene Haltung, ob nun der Protesttag am 8. September d.J. stattfinden sollte oder nicht, von sich reden machte, trat während der Proteste erstmals die chilenische Linke in verschiedensten Formen massiv an die Öffentlichkeit.

Der 10. Jahrestag des faschistischen Militärputsches war nicht allein Ausdruck des Protestes gegen die Diktatur, sondern der Forderung nach einer gerechteren Gesellschaftsordnung, wie sie 10 Jahre zuvor unter Präsident Salvador Allende in Ansätzen verwirklicht wurde.

Allende selbst war Symbol dieser Protesttage. Sein Bild begleitete die Demonstrationen und Barrikaden in den Armenvierteln, seine Persönlichkeit und die Regierung, für

die sein Name steht, waren Gegenstand einer Demonstration der linken Jugendverbände in Viña del Mar, an der 20.000 Menschen teilnahmen. „Allende presente“ (Allende ist unter uns), „Victor Jara presente“, mit diesen Rufen wurden die beim Putsch 1973 Ermordeten während aller Protestkundgebungen geehrt.

Getragen von dieser Stimmung fanden Pressekonferenzen linker Parteien, darunter der Kommunisten, der Bewegung der Einheitlichen Volksaktion (MAPU), der Sozialisten statt. Es entwickelte sich eine breite Diskussion um die Haltung der chilenischen Linken zur Demokratischen Allianz, zur weiteren Entwicklung der Protestbewegung, zu der im Entstehen begriffenen **Volksdemokratischen Bewegung (MDP)** als Alternative der Arbeiter-, Studenten- und Pobladores-Bewegung zum herrschenden System. Der Diskussionsprozeß innerhalb der chilenischen Linken darüber ist nicht abgeschlossen, deutlich aber wurden im September d.J. zwei unterschiedliche Positionen.

„Dialog“-Spiel der Demokratischen Allianz

Unter dem Bildnis Allendes formierte sich am 7.9.1983 offiziell der **Sozialistische Block**, ein Zusammenschluß großer Teile der Sozialistischen Partei, der MAPU, der MAPU-Arbeiter und Bauern (MOC), der Christlichen Linken und der Gruppe für die Sozialistische Konvergenz. Damit legten zumindest die Spitzen dieser Parteien eine gemeinsame Position hinsichtlich der **Demokratischen Allianz (AD)** fest.

Ricardo Nuñez erklärte als Vertreter der Politischen Komitees der Einheit der Sozialistischen Partei: „Wir verstehen die Demokratische Allianz als im Aufbau begriffen, ein Prozeß, der sich vertiefen, ausbreiten und verfestigen muß. Wir sind bereit, all unsere Kraft, die wir vertreten, als Ausdruck der Arbeiterklasse und anderer Bevölkerungsschichten – ohne den Anspruch zu haben, die einzigen zu sein – einzubringen und innerhalb der Demokratischen Allianz ihre grundlegenden Interessen zu vertreten.“

Dieser eindeutigen Hinwendung zur Demokratischen Allianz gingen widersprüchliche Diskussionen u.a. innerhalb der Christlichen Linken voraus. Die Christliche Linke hatte Anfang September d.J. noch ihre Beteiligung an der Volksdemokratischen Bewegung bekanntgegeben. Wenige Tage darauf trat sie der AD bei und legte alle ihre Vorbedingungen – darunter die Einbeziehung der Kommunistischen Partei in die AD – vorläufig auf Eis.

Die widersprüchliche Haltung von Teilen der chilenischen Linken zeigt sich auch an der Haltung der Sozialistischen Partei innerhalb der Demokratischen Allianz gegenüber dem „Dialog“ mit dem Regime. Ihn hat die AD zwar mehrmals suspendiert, aber nicht aufgegeben. Bisher beteiligen sich die Sozialisten aus „ethischen Gründen“ nicht an den Gesprächen mit Innenminister Jara. Sie erklärten, daß dies aber zu keinem Bruch mit der Demokratischen Allianz führe.

Dahinter steckt aber wohl eher die Erkenntnis, daß dieser „Dialog“ in der Arbeiterbewegung und unter den Pobladores abgelehnt wird, da er bisher nur der Regierung Vorteile verschafft hat bei ihren Versuchen, einen Teil der Opposition so weit wie möglich zu integrieren und die linken Kräfte im gleichen Maße wie in den Jahren zuvor zu verfolgen.

Dieses Ziel sprach Innenminister Jara kürzlich auch öffentlich aus: Er forderte die AD auf, sich endlich von den Kommunisten zu distanzieren. Diese Aufforderung dürfte letztlich der Grund dafür gewesen sein, weshalb sich die AD nicht an den 6. Protesttagen vom 12.-14. Oktober d.J. beteiligte.³

Trotz der Unterstützung des Sozialistischen Blockes für die AD bleibt dies eine Kraft, die nur einen gewissen Teil des

Protestpotentials repräsentiert. Das wurde deutlich gerade während der September- und Oktoberproteste. Während die Allianz bis zum 7. September d.J. zögerte, ob sie bei ihrem Aufruf zum 5. Protesttag bleiben sollte, war bereits klar, „daß dieser Protest vor ihr entstanden ist, aus dem Volk kommt und nicht von mehr oder weniger starken Aufrufen abhängt“.⁴

Ohne die Demokratische Allianz fand am 11. Oktober 1983 in Santiago mit 100.000 Teilnehmern die größte Demonstration in der zehnjährigen Geschichte der Militärdiktatur statt. Daß am 11. September trotzdem – wie wenige Tage zuvor bei der Demonstration der Jugendverbände (dazu aufgerufen hatten u.a. die christdemokratische, die kommunistische und sozialistische Jugend) – die Fahnen aller chilenischen Oppositionsparteien wehten, unterstreicht das Dilemma der in der AD vertretenen Parteispitzen mit ihrer eigenen Basis. Immer mehr nämlich fühlen sich selbst ihre Parteigänger repräsentiert durch die Volksdemokratische Bewegung. Sie ist weniger als Einheit der Linksparteien denn als ein Zusammenschluß der aktivsten Protestträger, der Komitees der Pobladores, Gewerkschaften, Studentengruppen, in denen sowieso Mitglieder verschiedenster Parteien mitarbeiten, zu verstehen.

„Ein höheres Niveau der Abstimmung über die gemeinsamen Aktionen ist notwendig, um mit den existierenden Kräften koordiniert das gemeinsame Ziel zu erreichen. Die breite, pluralistische und repräsentative Beteiligungsbasis, die sich in der sozialen Bewegung entwickelt und sich in vielen Komitees und Zusammenschlüssen auf regionaler Ebene und an der Basis ausdrückt, muß sich ausweiten und schnell überall dort entstehen, wo sie bisher noch nicht existiert. Dies muß auch eine Entsprechung in einer öffentlichen nationalen Instanz“ finden.⁵ Eben diese Aufgabe hat sich die Volksdemokratische Bewegung, die von der Kommunistischen Partei (PCC), der Revolutionären Bewegung der Linken (MIR) und von Teilen der Sozialistischen Partei, insbesondere aber von Persönlichkeiten und Gruppen der Arbeiter- und Pobladores-Bewegung getragen wird, gestellt.

Aktivposten Volksdemokratische Bewegung

Die Forderungen der Volksdemokratischen Bewegung gehen deshalb über den Kampf gegen das Pinochet-Regime hinaus und schlagen für ein zukünftiges Regierungsprogramm eine Kombination aus „einer repräsentativen Regierungsform und einer Entwicklung der verschiedensten Formen der direkten Demokratie der sozialen Basis, eine Demokratisierung aller staatlichen Strukturen, insbesondere der Streitkräfte und des Justizsystems“⁶ vor.

Die Volksdemokratische Bewegung versteht sich nicht als Gegensatz zur Demokratischen Allianz und strebt ein Bündnis mit ihr an. Innerhalb der AD, insbesondere aber unter den Christdemokraten sind dazu aber die Meinungen geteilt. Daß der Christdemokrat Lavadero am 11. Oktober d.J. diesen Einheitsvorschlägen Rechnung trug, indem er die Kundgebungsteilnehmer mit „compañeros und cameradas“ (mit cameradas reden sich die Kommunisten an) und in seiner Rede auf die Einheit aller Oppositionskräfte drängte, läßt hoffen, daß sich auch diese Forderung des chilenischen Volkes entgegen allen politischen Kalküls durchsetzen wird.

Anmerkungen:

- 1) Analisis, Santiago, 13.-27.9.1983
- 2) Siehe ausführlich in: AIB 7-8/1983, S. 56-59 und AIB-Sonderheft 2/1983, S. 19 ff.
- 3) Laut: Frankfurter Rundschau, 13.10.1983
- 4) Analisis, 13.-27.9.1983
- 5) Propuesta democratico popular, hrsg. von der Volksdemokratischen Bewegung Chiles, Santiago, September 1983
- 6) Ebenda

Helsinki-Tagung der Internationalen Chile-Kommission Abschlußerklärung zur Menschenrechtsslage in Chile

Die Internationale Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile hielt, anlässlich des 10. Jahrestages des Militärputsches vom 11. September 1973, in Helsinki, Finnland, eine öffentliche Anhörung ab.

Die Kommission, die im finnischen Parlament zusammentrat, prüfte die gegenwärtige Lage der Menschenrechte in Chile. Die Kommission hörte Zeugen und Experten, unter ihnen Ole Espersen, Mitglied des Parlaments und ehemaliger Justizminister Dänemarks, der kurz vor der Anhörung Chile als Sonderbeobachter der Kommission besucht hatte. (...)

Seit dem vorhergegangenen Treffen der Kommission in Athen am 24.-26. September 1982 sind die Entwicklungen in Chile mit dem Ansteigen der aktiven Opposition gegen das Militärregime in eine neue Phase getreten. Es gibt neue Hoffnungen für einen demokratischen Wechsel in Chile. Aber gleichzeitig ist die Situation äußerst kritisch und gespannt, was es umso wichtiger macht, die Situation der Menschenrechte in Chile äußerst sorgfältig zu beobachten.

Nach dem Militärputsch vom 11. September 1973 wurde auf einem internationalen Solidaritätsmeeting in Helsinki beschlossen, eine internationale Untersuchungskommission zu bilden. Die Kommission tagte seither an verschiedenen Orten in der Welt, wobei Experten und Persönlichkeiten zusammenkamen, die unterschiedliche politische Meinungen und Gesellschaftsschichten repräsentieren.

Durch die Befragung von Zeugen, das Entsenden von Beobachtern nach Chile, durch Aussagen von Experten und Dokumentationen von Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen hat die Kommission die Verbrechen der Militärjunta und den Charakter der Diktatur, die sie errichtete und aufrechtgehalten hat, untersucht. Es war die Aufgabe der Kommission, mit großer Sorgfalt eines der brutalsten Regimes unserer Zeit sehr sorgfältig zu beobachten. (...)

Auf ihrem letzten Treffen im September 1982 hat die Kommission festgestellt, daß sich die Situation der Menschenrechte in Chile in der ersten Hälfte des Jahres 1982 nicht verbessert, sondern in mancher Beziehung sogar verschlechtert hatte. Diese Tendenz hat sich in der zweiten Jahreshälfte fortgesetzt, wie z.B. der letzte Bericht des UN-Sonderberichterstatters und die letzten Resolutionen der UN-Vollversammlung und der UN-Menschenrechtskommission zeigen.

So stieg z.B. die Anzahl der bekannt gewordenen Fälle von Folter 1982 im Vergleich zum vorangegangenen Jahr. Im Verlauf des Jahres 1983 gab es sogar noch mehr Hinweise auf Folterungen, deren Zahl sich auf über 100 beläuft.

Die Tatsachen, die Regierungen und nichtstaatliche Organisationen herausgefunden haben, einschließlich Untersuchungen in Chile, haben den unwiderlegbaren Beweis geliefert, daß das Militärregime systematisch Folter gegen Gefangene angewendet hat. Es gab im großen Umfang die Anwendung von Elektroschocks und anderer raffinierter Methoden. Die Folterungen wurden gewöhnlich von Agenten der Geheimpolizei, der Central Nacional de Informaciones (CNI), oft mit der Unterstützung von medizinischem Personal durchgeführt. Es ist ein ermutigendes Zeichen, daß die chilenische Ärztekammer nun beschlossen hat, ein nationales Komitee gegen die Folter zu bilden.

Anstieg von Folter und Inhaftierungen

Die Zahl der Inhaftierten stieg 1982 an und betrug zuletzt 1.700. 1983 gab es durch die große Welle des offenen politischen Widerstands und die Organisation von Massendemonstrationen und Nationalen Protesttagen einen dramatischen Anstieg. Tausende von Menschen wurden inhaftiert oder zeitweise von der Polizei festgenommen, die Gesamtzahl für die Periode von Januar bis August belief sich auf mindestens über 20.000. (...)

Ein Aspekt der Repression in Chile ist das Versagen der Justiz bei der Kontrolle der Aktivitäten der Regierung und Sicherheitsorgane gewesen. Das Haftfeststellungsverfahren gemäß habeas corpus (sog. recurso de amparo) ist rein formal und ohne tatsächliche Wirkung gewesen; den Gerichten waren Zweifel am Strafmaß nach der 24. Übergangsregelung der Verfassung verboten. 1983 gab es einige Anzeichen für eine aktivere Rolle der Gerichte. Im Juli hat z.B. der Oberste Gerichtshof die Freilassung von fünf politischen Funktionären und Gewerkschaftsführern angeordnet, mit der Begründung, daß es für deren Haft keine Gründe gegeben hätte. Es gibt jedoch noch immer keine Garantien für den Beginn einer ordnungsgemäßen Funktionsweise des Justizsystems. (...)

Im Frühjahr und Sommer 1983 gab es einen Ausbruch heftiger, offener Opposition gegen General Pinochet und das Militärregime. Massendemonstrationen gegen die Regierung fanden am 24. März statt. Mit der Organisation von aufeinanderfolgenden Nationalen Protesttagen am 11. Mai, 14. Juli und 11. August mit Massendemonstrationen und Kundgebungen, gefolgt von Massenverhaftungen und extremer Brutalität von Seiten der Polizei und der Militärs, ist eine neue Phase eingetreten.

Während dieser Ereignisse gab es mindestens 34 Tote. Der brutalste Vorfall ereignete sich im Zusammenhang mit dem 4. Protesttag am 11. August, als 26 Personen – einschließlich Kinder – getötet wurden. Einige von ihnen wurden in ihren Wohnungen erschossen. Allein in Santiago waren 18.000 Milizen eingesetzt, um die Demonstrationen zu zerschlagen. (...)

Der „Ausnahmestand aufgrund einer Bedrohung des inneren Friedens“ nach Artikel 24 der Übergangsbestimmungen der Verfassung (von 1980; d. Red.) bleibt bestehen. In Übereinstimmung mit dieser Fassung hat der Präsident des Landes die Macht, Personen für eine Dauer von bis zu 20 Tagen zu inhaftieren, das Recht auf Versammlung- und Informationsfreiheit einzuschränken, Menschen die Rückkehr nach Chile zu verbieten und sie aus dem Land zu vertreiben, ebenso wie sie für eine Dauer von bis zu 3 Monaten zu verbannen. Der Termin für die nochmalige Überprüfung dieses Ausnahmestandes ist der 10. September. Außerdem bleibt bei weiterer Anwendung der Verfassung nach Artikel 40 der Verfassung von 1981 die Möglichkeit, vier verschiedene Typen von Ausnahmeständen zu erklären.

Die Kommission stellt mit Bedauern fest, daß die Militärregierung vor kurzem ihre Ablehnung erneuert hat, dem UN-Sonderberichterstatter für Chile zu erlauben, Nachforschungen im Land durchzuführen. (...)

Pinochet muß zurücktreten

Mehr denn je braucht Chile die umfassende Unterstützung internationaler Solidarität.

Die Internationale Untersuchungskommission macht folgende Vorschläge und stellt folgende Forderungen:

- Es muß eine unverzügliche Rückkehr zu demokratischen Normen und zur Rechtsstaatlichkeit geben, einschließlich der vollkommener Beendigung des Ausnahmezustandes und der Rücknahme aller außergewöhnlichen Vollmachten, mit denen die Exekutive bisher ausgestattet war. Mißhandlungen, Folter und willkürliche Verhaftungen müssen aufhören, Wahlen sollten so bald wie möglich abgehalten werden, wobei umfassende Garantien für ihren freien und demokratischen Charakter vorhanden sein müssen. (...)
 - General Pinochet muß zurücktreten und die Verantwortung für die Verbrechen übernehmen, die unter seiner Führung gegen das chilenische Volk begangen wurden. Vorbereitungen sollten auch getroffen werden für die Anklage und Verfolgung anderer Vertreter des Militärregimes, die sich schwerer Verbrechen schuldig gemacht haben.
 - Allen chilenischen Flüchtlingen und Asylanten muß es erlaubt werden, ohne Bedingungen in ihr Land zurückzukehren und ohne Einschränkung am öffentlichen Leben teilnehmen zu können. (...)
 - Es müssen umfassende Nachforschungen über das Schicksal der verschwundenen Personen durchgeführt werden. Den Opfern der Repression sollte humanitäre, juristische und finanzielle Hilfe gewährt werden. Regierungen sollten in dieser Hinsicht Unterstützung gewähren, einschließlich der Hilfe an den UN-Fonds für Chile. (...)
 - Regierungen, internationale Organisationen und die internationalen Gewerkschaften sollten Druck auf die chilenischen Behörden ausüben, damit sie die Demokratie wiederherstellen und die Menschenrechte und Grundfreiheiten respektieren. Solange endgültige Ergebnisse in dieser Frage ausbleiben, sollten Regierungen Abstand davon nehmen, Waffen, militärische Technologie oder andere Formen von Hilfe an das Militärregime zu geben. Die Politik der gegenwärtigen Administration in den Vereinigten Staaten ruft in dieser Hinsicht besondere Besorgnis bei der Kommission hervor.
 - Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen und ihr Sonderberichterstatter sollten weiterhin sehr wachsam die Situation der Menschenrechte in Chile beobachten.
- (Quelle: Public Hearing on Chile, Concluding Statement, Dokument XX.1, hrsg. vom Permanenten Sekretariat der Internationalen Untersuchungskommission zu Chile, Helsinki, 4.9.1983)

Umweltschutzkalender 1984

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V. (BBU) · Bund für Umwelt und Naturschutz e. V. (BUND) · Deutscher Bund für Vogelschutz e. V., Verband für Natur- und Umweltschutz · Deutscher Naturschutzring e. V., Bundesverband für Umweltschutz · Deutscher Tier-
 schutzbund e. V. · Greenpeace e. V. · Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e. V. · Touristen-
 verein „Die Naturfreunde“, Verband für Touristik und Kultur e. V. · Vereinigung Deutscher Ge-
 wässerschutz e. V. · Umweltstiftung WWF – Deutschland · Zoologische Gesellschaft von 1858 e. V.

Mit einem
 Vorwort von
 Prof. Dr. Dr. B. Grzimek.

RETTET DEN WALD!

Verantwortungslosigkeit hat unserer „grünen Lunge“ das Atmen versauert. Raubbau hat unsere einst so reichen Mischwälder zu pflegeleichten Fichten-Monokulturen werden lassen.

Und mit dem Wald sterben unwiederbringlich seine Bewohner. Die Liste der vom Aussterben bedrohten Tiere und Pflanzen wächst ständig. Ist das Ökosystem Wald noch zu retten? Unser

Umweltschutzkalender

gibt einen Einblick in den Lebensraum Wald.

- Er zeigt (noch) intakte Waldlandschaften und ihre Schönheit.
- Er zeigt, wie man einen Wald „umbaut“ – aus lebensfeindlichen Monokulturen gesunde, artenreiche Wälder macht.
- Er sagt, wie wichtig „Nachhaltigkeit“ für den gesunden Waldbau ist.
- Er zeigt den vom Aussterben bedrohten Sper-

lingskauz, den immer seltener werden-
 den Frauenschuh. ● Er sagt, was saurer
 Regen ist und wie man ihn wirksam
 bekämpft. In Zusammenarbeit mit den führenden
 Umweltschutzorganisationen und
 qualifizierten Fachleuten entstand
 dieser Umweltschutzkalender.



Das engagierte Weihnachtsgeschenk

Der Umweltschutzkalender im Großformat, 42 mal 50 Zentimeter, 15 Blätter (inklusive einem Einleitungsblatt und acht Umweltschutzpostkarten zum Ausschneiden und Verschicken). Über dreißig Farbphotografien. Ausführliche Texte. Ein schöner und lehrreicher Wandschmuck.

29.⁸⁰

Umweltschutz postkarten



Zwölf Umweltschutzpostkarten zeigen die gravierendsten Gefahren, Unmißverständlich und in Farbe. Adressen aktiver Umweltschutzorganisationen werden gleich mitgeliefert. **Umweltschutz tut not!**

Jeder Satz kostet

5.^{DM}



Aus der gleichen Reihe sind außerdem folgende Postkartensätze zu haben:

**RETTET DIE NORDSEE
 SCHÜTZT DAS WATTENMEER**



Engagierte Naturfotografen lieferten uns erstklassige Bilder. Qualifizierte Fachleute schrieben die Texte dazu. In Zusammenarbeit mit den führenden Umweltschutzorganisationen entstand dieser

Umweltschutzkalender, der einen interessanten Einblick in den Lebensraum Wald gewährt.

EDITION  für Umweltschutz PLAMBECK
 Im Verlag Plambeck & Co · Postfach 920 · D-4040 Neuss 13

**Erhältlich in
 Ihrer Buchhandlung!**

Alfonso Gonzales

Das Volk geht auf die Straße



Präsident General a. D. Alvarez und Frau

Betretenes Schweigen herrschte unter den sechs Delegierten der drei zugelassenen Parteien (Colorados 2, Nationalpartei bzw. Blancos 3, Unión Cívica 1), als am 13. Mai 1983 bei der ersten Zusammenkunft Konteradmiral Laborde im Namen der Offiziersjunta die 24 Punkte ihres neuen Verfassungsprojektes verlas. Nicht nur der Geist, auch die einzelnen juristischen Neuerungen waren fast die gleichen jenes Verfassungsprojektes, das 30 Monate zuvor die Streitkräfte zur Volksabstimmung gestellt hatten. Und die überwiegende Mehrheit der Wähler (58%) hatte es damals abgelehnt.

„Um das Land vor dem Chaos der Subversion zu schützen“, werden zur „nationalen Sicherheit“ sowohl die individuellen wie die politischen Freiheiten teils beschnitten, teils ganz aufgehoben.

So bedeuten Punkt 2 und 3 faktisch Freibriefe für eine verlängerte Tortur (Aufschub des habeas corpus), Punkt 4 Pressezensur, die Punkte 5 und 6 Suspendierung der bürgerlichen und gewerkschaftlichen Rechte, 16 und 18 die Aufhebung der Unabhängigkeit der Richter und die Unterstellung von Zivilisten, die wegen politischer Delikte angeklagt sind, unter die Militärgerichtsbarkeit.

Mit dem Initiativpunkt 11 entziehen sich die Militärs jeder politischen Kontrolle und bewahren ihre Unabhängigkeit von allen gewählten Regierungsorganen, als ein Staat im Staate. Mit Punkt 12 soll – wenn auch jetzt nominell nur als beratendes Organ – der COSENA, der gegenwärtig allmächtige Sicherheitsrat der Oberkommandierenden der Armee, in die neue Verfassung eingehen. Mit dem Damoklesschwert des Punktes 11 über den Köpfen der gewählten Organe, behielt er jedoch stets das letzte Wort in allen Fragen der „nationalen Sicherheit“.

Zusammengefaßt: So wie es jetzt ist, soll es bleiben, nur von jetzt an mit Zustimmung der tolerierten politischen Parteien. Eine Militärdiktatur mit ziviler Dekoration würde legitimiert und zugleich verewigt.

Im Grund haben die Militärs ihr Konzept, „das letzte Bollwerk der abendländischen Zivilisation gegen den marxistischen Umsturz zu sein“, nicht geändert. Als ob im Plebiszit vom November 1980 nicht drei von fünf Bürgern und in der

Partei Vorstandswahl vom November 1982 sogar vier von fünf Bürgern eindeutig gegen die Diktatur gestimmt hätten. Ja, die erklärten sogar eine Woche, nachdem der „Dialog“ gescheitert und abgebrochen war – es war die siebte Sitzung –, sie würden trotz alledem ihr „Chronogramm“, mit Wahlen also im November 1984, einhalten. Und das nötigenfalls unter einer von ihnen allein ausgearbeiteten neuen Verfassung. Auch ohne die Parteien.

Wahlen ohne die Parteien? Das scheint reiner Irrsinn. Denn die kollaborationistischen Sektoren innerhalb der beiden „traditionellen“ Parteien erwiesen sich bei den internen Wahlen (November 1982) als eine unbedeutende Minderheit (in der Coloradopartei 27,5%, in der der Blancos 8%).

Und der Präsident, General a.D. Gregorio Alvarez, der, um bis 1989 an der Macht zu bleiben, den Abbruch des „Dialogs“ provoziert hat, könnte allenfalls mit den Stimmen seiner Familie und Freunde rechnen.

Dabei waren die Oppositionsparteien, auch wenn sie die Rückkehr zum Grundgesetz von 1967 und ungeschmälernte Freiheiten postulierten, anfangs verhältnismäßig flexibel eingestellt und zu gewissen Konzessionen bereit. Die sture Haltung der Militärs machte jedoch jeder Kompromißmöglichkeit ein Ende.

Die Opposition verliert die Furcht

Was dem „Dialog“ dann endgültig den Garaus machte, waren die Massenmobilisierungen und die Verschärfung der Repression.

Am 23. Juni d.J. gab die Polizei die Verhaftung von 25 Studenten, die angeblich dem Kommunistischen Jugendverband angehörten, wegen „umstürzlerischer Aktivitäten“ bekannt. Familienangehörige enthüllten, daß man die Verhafteten während 15 Tagen schwer gefoltert, eine Studentin vergewaltigt hatte. Ein Student, Washington Traverso, mußte der Folgen der Folter wegen im Militärhospital interniert und operiert werden.

Am Abend des 10. Jahrestages des Staatsstrechs, am 27. Juni, demonstrierten an die 5.000 Jugendliche auf beiden Gehsteigen der Hauptstraße Montevideos, der „18 de Julio“, unter den Rufen: „Sie ist am Ende, die Militärdiktatur“ und „Freund Seregni,¹ das Volk ist mit dir.“ Die Leute strömten aus den Kaufhäusern und Cafés und machten mit den Fingern das V-Zeichen, während die Autos sie mit Hupkonzerten begleiteten. Etwa 100 Personen wurden festgenommen.

Am 29. Juni d.J. wurde ebenfalls Carminillo Mederos, Vorstandsmitglied der Nationalpartei, verhaftet.

Nun war es für jedermann offenbar, daß es schon nicht mehr allein die Politiker der drei zugelassenen Parteien waren, die hinter verschlossenen Türen gegen die Diktatur agierten. Das Volk hatte die Furcht verloren und direkt auf Straßen und Plätzen die Sache der Freiheit in seine Hände genommen. Nun zeigte sich, daß die 1. Mai-Kundgebung, die erste

öffentliche seit 10 Jahren, die sogleich 150.000 Menschen auf die Beine gebracht hatte, kein einmaliger Akt gegen die ruinöse Wirtschaftspolitik² und Unterdrückung des Militärregimes gewesen war. Sie erwies sich als Auftakt zur offenen Konfrontation.

Am 5. Juli d.J., nach der siebten ergebnislosen Zusammenkunft mit den Militärs im Parque Hotel, zogen sich die Delegierten der drei Parteien von den Verhandlungen zurück.

Es ist bezeichnend für die neue Situation, daß Themen, die vordem aus Rücksicht auf den „Dialog“ tabu gewesen waren, nun auch bei den traditionellen Parteien angeschnitten wurden. War vordem höchstens die Forderung aufgestellt worden, die Christdemokraten, die der Frente Amplio angehören, zu legalisieren, so spricht man jetzt offen von der Zulassung auch der Kommunistischen und Sozialistischen Partei. Der Colorado-Ex-Senator Luis Hierro Gambardella redet diesbezüglich von „einer Immoralität, Bürgern zu verbieten, die Kandidaten zu wählen, denen sie den Vorzug geben“.³

Ohne Zweifel hat der Abbruch der Verhandlungen zu einer Radikalisierung auch der eher gemäßigten Fraktionen der Opposition geführt, in dem Maße wie die Alternative einer Rückkehr zur Demokratie über Gespräche mit den Militärs zu schwinden scheint.

Für den 6. August d.J. hatten die Parteien noch um Erlaubnis für eine Kundgebung gebeten, bei der ihre Delegierten vor dem Volk Rechenschaft über ihr Verhalten und die Motive der Suspendierung des „Dialogs“ ablegen sollten.

Doch am 2. August d.J. erließ die Militärregierung einen neuen sog. „Verfassungsakt“, der jede politische Aktivität auch der „zugelassenen“ Parteien, bis auf intern administrative Angelegenheiten, verbot. Ein weiteres Dekret bestimmte die Aberkennung aller politischen Rechte jeden Bürgers, der „Ruhe und Ordnung stört“.

Nach dieser Rückkehr zu den totalitären Zeiten von vor 1980, wurde die gemeinsame Veranstaltung der drei Parteien natürlich verboten. Trotzdem demonstrierten einige tausend Arbeiter und Studenten bis nahe an das Polizeipräsidium von Montevideo heran. Ein starkes Aufgebot von Polizei und Antiaufstands-Truppen löste die Demonstration gewaltsam auf. Laut Polizeibericht wurden 83 Personen verhaftet und zwei verletzt, eine Frau mit Schußwunde.

Eine ähnliche Kundgebung fand, von der Nationalpartei ein-

berufen, in Rivera an der Nordgrenze statt, wo die Armee die Stadt faktisch besetzte und viele Demonstranten verhaftete. Andere flüchteten über die Grenze nach Brasilien.

Am 11. August d.J. traten Luis Pérez Aguirre und Jorge Osorio, zwei katholische Pfarrer, die die Menschenrechtsorganisation Friedens- und Gerechtigkeitsdienst (SERPAJ) gegründet hatten, für 14 Tage in einen Hungerstreik. Er sollte in einen „Tag der nationalen Reflexion“ am 25. August, dem Unabhängigkeitstag Uruguays, ausklingen.

Zu diesem Tag waren alle Uruguayer aufgerufen, von 18 bis 20 Uhr in ihren Wohnungen zu bleiben, um so ihren Willen zu einer friedlichen Rückkehr zur Demokratie zu bekunden. Alle Parteien, die „zugelassenen“ wie die verbotenen der Frente Amplio, schlossen sich dem Aufruf an und bereiteten mit Flugblättern und Telefonaten die Aktion vor.

Von der „nationalen Reflexion“...

Am 16. August d.J. fand in den meisten Fakultäten ein Studentenstreik statt, am 24. August eine Demonstration vor dem Kloster, bei der wiederum 173 Personen arrestiert und geschlagen wurden, Nonnen, Priester, Studenten.

Am selben Abend gab der Innenminister, General Hugo Linares, eine Pressekonferenz, bei der er SERPAJ und die drei Geistlichen beschuldigte, „das Klima des Friedens und der bestehenden Sicherheit, das angesichts des Zustands der übrigen Welt beneidenswert ist, zu untergraben“. Mit seinen Attacken gab er so allen Uruguayern, die es noch nicht mitbekommen hatten, bekannt, was die Diktatur bisher zu verschweigen gesucht hatte, und was am 25. August zu tun war.

Und tatsächlich leerten sich diesen Tag um 18 Uhr die Straßen, fast alle Geschäfte schlossen. Um 20 Uhr löschten die Uruguayer das Licht für 15 Minuten aus und in allen Stadtteilen – in den vornehmen wie Pocitos und Punta Gorda und in den Arbeitervierteln wie La Teja bis zum Cerro – ertönte ein ohrenbetäubender Lärm von rasselnden Kochtöpfen und Pfannen. Und auch in den anderen größeren Städten des Landes.

Nach 20.30 Uhr füllte sich der „18 de Julio“ wieder mit einer Menschenmenge, die Losungen gegen die Diktatur ausrief. Die Polizei schlug wieder scharf zu und nahm viele



Demonstrationen gibt es am 25. jeden Monats; hier die Studentendemonstration am 25. 9. 1983

Verhaftungen vor. Man schätzt etwa 3.700 nur in den letzten zwei Monaten.

Doch die Protestaktionen reißen seitdem nicht mehr ab. Vorbereitet von „Arbeitsgruppen“, der Vertreter der „zugelassenen“ und der verbotenen Parteien, der Gewerkschaften, der Kirche und der Studentenorganisation angehören, hat die Einheit an der Basis auch einen Niederschlag an der Spitze gefunden.

Persönlichkeiten aller Richtungen der Opposition, der Parteien (offiziell natürlich nur der „zugelassenen), des Innergewerkschaftlichen Plenums der Arbeiter (PIT) und der jetzt verbotenen SERPAJ haben ein Zwischensektoriales Parlament für Freiheit Jetzt (AIDA) gebildet, das der Übereinstimmung aller Uruguayer im Kampf gegen die Diktatur Ausdruck verleiht und den Widerstand überparteilich koordinieren soll.

...zum nationalen Proteststreik

Gewissermaßen eine Parallele zu der Demokratischen Konvergenz Uruguays⁴ im Exil, der allerdings die Frente Amplio auch offiziell angehört.

Am 16. September d.J. hatte trotz scharfer Zensur ein zehnmütiger allgemeiner Proteststreik um 10 Uhr vormittags und um 16 Uhr stattgefunden, inszeniert – ebenso wie die große 1. Mai-Kundgebung – vom PIT, dem offiziell nicht anerkannten Dachverband der legalen Betriebsgewerkschaften.

Nach der Resonanz des 25. August d.J., ist jetzt der 25. eines jeden Monats als ein Tag des nationalen Protestes vorgesehen. So waren am 25. September d.J. von 18-20 Uhr wiederum die Straßen leer. Danach ging das Licht aus. Doch diesmal paukten die Uruguayer nicht nur anonym hinter den Fenstern ihrer Wohnungen auf die Töpfe, sondern gingen damit auf die Straße.

80.000 Menschen marschierten dann durch Montevideo und forderten die Rückkehr zur Demokratie, eine radikale Änderung der Wirtschaftspolitik und Freiheit für alle politischen Gefangenen. Ein Teil der Demonstranten besuchte die Familie des Generals Liber Seregni, der bei den letzten Wahlen 1971 als Präsidentschaftskandidat der Frente Amplio in Montevideo der meistgewählte Kandidat war.

Ursprünglich war von der Polizei nur ein Studentenmarsch zum „Tag der Studenten“ genehmigt. Doch sofort rief der PIT die Arbeiter zum Mitmarschieren auf, und ebenfalls die „Mütter der politischen Gefangenen“ und der „Verschwundenen“, Was ausländischen Journalisten und Diplomaten besonders auffiel, war einerseits der völlige Verlust der Furcht, auf die sich dank dem Terror das Regime bisher hatte stützen können, und andererseits das ausgewogene Verhalten und die politische Reife der Demonstranten.

Das Konzept der Frente Amplio in der gegenwärtigen Epoche ist eindeutig: Kampf bis zum Sturz der Diktatur und Einheit mit allen antidiktatorischen Kräften.

Ohne ernsthafte Verhandlungen auszuschließen – denn auch unter den Offizieren stehen einige dem Volke näher, denken zumindest realistischer –, sieht sie den Weg zum Sieg der demokratischen Kräfte in erster Linie in der Mobilisierung und im Kampf der Massen. Dieser hat ja auch Rückwirkungen auf das Kräfteverhältnis der „Falken“ zu den „Tauben“ innerhalb der Armee. Und sollte es z.B. erneut zu Verhandlungen kommen, so fänden sie jetzt, mit dem Volk auf der Straße, unter ganz anderen Bedingungen als vordem statt.

Den Schwerpunkt der bis dato illegalen Arbeit hatten die Parteien der Frente Amplio auf die Organisation der Arbeiterklasse und in zweiter Linie auf die der Studentenschaft. Es ist wohl mehr als ein Zufall, daß sowohl auf Gewerk-

schaftsebene wie in der Studentenschaft sich heutzutage legale, gewissermaßen unter Aufsicht stehende Vereinigungen, wie mit unterirdischen Kabeln verbunden mit den verbotenen der marxistischen Linken kombinieren; so die in das restriktive Gesetz des Regimes eingezwängten Betriebsgewerkschaften mit der alten Einheitsgewerkschaftszentrale PIT, und dahinter die verteuflte und verfolgte CNT.

Heute zeigt es sich, daß die schmerzlichen Opfer an Gefangenen, Gefolterten, Toten und Verschwundenen, die die Parteien der Frente Amplio, die Gewerkschafter der CNT und die illegalen Jugendorganisationen in 10 Jahren des Kampfes gebracht haben, nicht umsonst waren. Ihre Saat geht auf. Wenn jetzt auch noch nicht unter den alten vertrauten Namen. Aber was tut der Name? Der Sohn muß ja nicht so wie der Vater heißen, auch wenn er in seine Spuren tritt.

Natürlich gibt es auch innerhalb der Frente Amplio und der CNT die verschiedensten Tendenzen. Im Exil gewiß mehr als in Uruguay. Aus verschiedener Einschätzung der komplexen Lage ergeben sich unterschiedliche Taktiken im Kampf. Die reale Situation im Lande läßt jedoch nicht viele Optionen zu, und das trägt zur Einheit bei.

Vor der letzten Novemberwahl gab es Diskussionen, ob ein leeres Kuvert in die Urne zu werfen und so die Identität der nicht zugelassenen Frente Amplio herzustellen, oder für eine der antidiktatorischen Listen der Colorados oder Blancos die Stimme abzugeben, sei. Man einigte sich auf die erste Option. 6,7% der Wähler (in Montevideo 12%) kamen diesem Aufruf der Frente Amplio nach. Das waren allerdings nur 1/3 ihrer einstigen Wähler.



Ohrenbetäubender Lärm bei jeder Demonstration

Aber so oder so: Jene Proteststimmen plus der 72,5% der Colorado-Opposition und der 82% der Blanco-Opposition wertet jedermann in Uruguay als eine Summe des Volkswillens gegen die Diktatur. Zusammen feierten sie alle am 28. November 1982 den Sieg.

Heute gehen sie gemeinsam auf die Straße und legen die Arbeit nieder. Die Verzweiflung der Einzelnen ist in den gemeinsamen Kampf gegen die Diktatur der Generäle und der Finanzelite umgeschlagen. Schwere Konfrontationen stehen noch bevor... Je nach dem Realitätsverständnis der Militärs werden sie mehr oder weniger Opfer erfordern. Aber über den Ausgang bestehen kaum noch Zweifel.

Anmerkungen:

- 1) General a.D. Liber Seregni war Präsidentschaftskandidat der Linkseinheitsfront Frente Amplio (Breite Front) im Jahr 1971 und ist seit 10 Jahren in Haft.
- 2) Siehe ausführlich: AIB 11-12/1982, S. 58-61
- 3) Opinar, Montevideo, 26.5.1983
- 4) Wortlaut der Grundsatzklärung der Demokratischen Konvergenz siehe in: AIB 9/1980, S.16

Ende September d.J. war es endlich so weit: Ein neues Umschuldungsprogramm zwischen Brasilien und seinen wichtigsten Gläubigern – Privatbanken, Internationaler Währungsfonds (IMF) und westliche Regierungen – wurde präsentiert. Damit demonstrierte die internationale Finanzwelt kurz vor der Eröffnung der Jahrestagung von IMF und Weltbank die „Funktionsfähigkeit“ des Weltkreditsystems. Ein neues Kreditpaket von 11 Mrd Dollar soll den brasilianischen Finanzbedarf für 1983/84 sicherstellen. Kurz zuvor hatte die Regierung Figueiredo dem IMF in einem dritten „Absichtsbrief“ zugesichert, die Inflation bis Ende des Jahres auf monatlich 5% zu senken, den Handelsbilanzüberschuß auf 9 Mrd Dollar zu steigern, das Defizit im Staatshaushalt zu verringern und alles, was die Rückführung von Gewinnen transnationaler Konzerne (Kapitaltransfer) beschränkte, fallen zu lassen.

Doch der Finanzhandel, der der Bankenwelt Erträge sichert, die um 3% über den international üblichen Sätzen liegen werden, muß noch etliche Klippen umschiffen: Nicht nur bedarf er der Zustimmung von etwa 800, vornehmlich kleineren Privatbanken, die im Brasiliengeschäft engagiert sind. Auch kann der brasilianische Kongreß (zu den Kongreßwahlen 1982 siehe: AIB 1/1983, S. 15-17) in einer 60-Tage-Frist noch Widerspruch gegen das mit den neuen Krediten verknüpfte „Anpassungsprogramm“ einlegen. Eben dieses Parlament bereitete der Regierung Figueiredo in der vorletzten Septemberwoche die erste große Abstimmungsniederlage ihrer Amtszeit. Es votierte mehrheitlich gegen ein – ebenfalls auf IMF-Forderungen zurückgehendes – Regierungskret, nach dem die Löhne künftig nur noch zu 80% an die laufende Geldentwertungsrate angeglichen werden sollen.

Jorge Kühnert schildert die Vorgeschichte des neuesten Umschuldungsakts, seine brasilianischen Hintergründe und die Widersprüche des IMF-Sanierungskonzepts.

Jorge Kühnert

Im Angesicht des Staatsbankrotts



Im Juni 1983 war es fast soweit: Brasilien konnte nicht mehr zahlen. Die ausländischen Banken, Reedereien, Fluggesellschaften und Ölkonzerne warteten vergeblich auf fällige Beträge in Höhe von insgesamt 1 Mrd Dollar.

Schuld an dieser Lage war der Internationale Währungsfonds (IMF). Einen Monat zuvor hatte der IMF die Gewährung eines Kreditpakets von 5,4 Mrd Dollar an Brasilien zurückgestellt. Als Begründung waren unzureichende Maßnahmen zur Beschneidung der öffentlichen Ausgaben und der Inflationsrate genannt worden.

Brasiliens Minister für Soziales, Hélio Beltrão, kommentierte: „Wir haben so schwerwiegende soziale Probleme, daß wir nicht mit der Rezession spielen können.“

In Panik gekommen, zogen die ausländischen Banken kurz- und mittelfristige Anlagen im Tempo von monatlich 300 Mio Dollar aus Brasilien ab. Die Situation war so kritisch, daß der Vorsitzende der US-Federal Reserve Bank, Paul Volcker, die Topmanager der sechs größten New Yorker Banken zur Vereinbarung von Notmaßnahmen zusammenrief.

Da die USA noch immer das Sagen im IMF haben, wurde

Brasilien kurzfristig die Umschuldung von 4,6 Mrd Dollar genehmigt. Dieser im Jahre 1983 fällige Betrag wurde auf 5 Jahre verteilt, wobei die erste Rate 1986 rückzahlbar ist und die letzte 1991. Die nächsten 3 Jahre sind also tilgungsfrei. Dafür wurde der Risikozuschlag (spread) auf die ohnehin schon hohen Interbank-Zinsen weiter angehoben. Mit 2,5% ist das der höchste Risikozuschlag der Welt – womit die Banken demonstrieren, daß sie erstens bereit sind, Brasiliens Notlage für den eigenen Vorteil auszunutzen, und daß sie zweitens wenig Vertrauen in Brasiliens zukünftige Zahlungsfähigkeit haben.¹

Solche Zweifel an Brasiliens Bonität sind nicht unbegründet. Schon im Juli 1983 belief sich die gesamte Auslandsverschuldung des Landes auf ca. 89 Mrd Dollar. Das sind fast 37% des voraussichtlichen Bruttoinlandprodukts (1969 noch 14,4%). Genau genommen dürfte Brasilien nichts mehr importieren, um wenigstens eine Chance auf die Ablösung dieser Riesensumme zu haben. 1982 waren 82,2% sämtlicher Exporterlöse für die Rückzahlung der Auslandskredite und der Zinsen aufzuwenden. Der Rest wurde vom Transfer der Gewinne brasilianischer Konzerntöchter ins Ausland geschluckt.

Höchster Risikozuschlag der Welt

1983 wird sich diese Situation noch verschlechtern, obwohl Brasilien im Juni und Juli d.J. nach drastischer Reduzierung der Importe die höchsten Außenhandelsüberschüsse seiner Geschichte erzielte: 834 und 707 Mio Dollar. Bereits 1982 konnte das Land einen Exportüberschuß von 1,2 Mrd Dollar verbuchen. Trotzdem zeigte Brasiliens Zahlungsbilanz rote Zahlen. Die Exporterlöse reichten nicht aus, um die hohen Zahlungen im Dienstleistungssektor abzudecken: offener und versteckter Gewinntransfer der transnationalen Konzerne, Frachtkosten, Versicherungsprämien usw.

Insgesamt belief sich das brasilianische Zahlungsdefizit 1982

auf 3,8 Mrd Dollar (1981: 4 Mrd). Auch das für 1983 zu erwartende Rekord-Außenhandelsergebnis von 6 Mrd Dollar wird die Zahlungsbilanz kaum ausgleichen. Die Auslandsinvestitionen können das Defizit ebenfalls nicht kompensieren. Sie zeigen seit Jahren eine rückläufige Tendenz: 1978 noch fast 3 Mrd Dollar, 1981 1,8 Mrd und 1982 1,2 Mrd.² Im Ansteigen sowohl der Auslandsinvestitionen als auch der Exporte sieht die brasilianische Regierung langfristig die Lösung für die Zahlungsprobleme. Im Juni 1983 wurde eine Verordnung über die Erleichterung des Transfers von Gewinnen ins Ausland erlassen, um weiteres ausländisches Kapital anzulocken. Ebenso wird beabsichtigt, die Ausbeutung der Carajás-Bodenschätze bald in Angriff zu nehmen. Daß die ausländischen Investitionen in Form von Gewinnen das Land bald wieder verlassen, stört Finanzminister Galveas anscheinend nicht. Selbst dann nicht, wenn im Zeitraum von 10 Jahren zweieinhalbmal so viele Gewinne, Royalties, Patentgebühren usw. aus Brasilien herausfließen, wie an Anlagekapital hereinkam.

Auch das Carajás-Projekt ist wenig geeignet, Brasiliens Zukunft in rosigerem Licht erscheinen zu lassen. Zwar liegt um Carajás die größte Konzentration an Bodenschätzen, die in Brasilien je entdeckt wurde. Es gibt dort Erze, Buntmetalle, Minerale und Edelsteine.

Der Nachteil aber ist das Fehlen jeglicher Infrastruktur in diesem Gebiet, das weit von der Küste entfernt, mitten im Urwald liegt. Es wären deshalb Investitionen in Höhe von ca. 60 Mrd Dollar nötig, um die Vorkommen auszubeuten. Nach optimistischen Schätzen soll dann ein Rohstoffexport im Wert von jährlich 6-10 Mrd Dollar möglich sein.

Exportsteigerung – eine Sackgasse

Da der größte Teil der Finanzmittel für Investitionen dieses Ausmaßes aus dem Ausland kommen müßte, würde Brasilien erst einmal bis zu 15 Jahre lang die Kredite nebst Zinsen zurückzahlen müssen, bevor dem Land Erlöse zufließen. Und das alles im günstigsten Fall, d.h. wenn die Rohstoffpreise nicht weiter sinken und die brasilianischen Exporte nicht weiter durch Handelsbarrieren eingeschränkt werden.³

Durch Carajás würden also die Exporterlöse in absehbarer Zeit kaum steigen. Aber auch in anderer Hinsicht wird der



Erzförderung in Carajás

Export problematischer. Viele brasilianische Produkte sind für den wichtigen US-Markt kontingentiert. Dazu gehören Stahl, Zucker, Schuhe, Textilien und andere Erzeugnisse. 1982 verfügten die USA Exportrestriktionen für brasilianische Produkte erstmals auch für Drittmärkte: Auf Druck der US-Regierung wurde der Export von Hähnchen in den Mittleren Osten verhindert.⁴

Natürlich haben die Verantwortlichen des IMF und der Gläubigerbanken ähnliche Überlegungen angestellt. Nach Managerlogik wurde gefolgert: Wenn die Erlöse nicht ausreichen, müssen die Kosten gesenkt werden. So wurde im Juni 1983 von der brasilianischen Regierung ein Maßnahmenplan zur Verringerung der Staatsausgaben erpreßt, ohne den es die Umschuldung der 4,6 Mrd Dollar nicht gegeben hätte. Insgesamt wurden sechs vom Staatspräsidenten eigenhändig unterschriebene Gesetzesdekrete, zehn Resolutionen des nationalen Währungsrats, zwei Verordnungen des Finanzministeriums und drei Anweisungskataloge der Zentralbank verabschiedet. Auf einen kurzen Nenner gebracht, kann man sagen, daß diese Maßnahmen sowohl die Preissteigerungs- als auch die Arbeitslosenrate in die Höhe treiben werden.

U.a. ist vorgesehen, im Zeitraum von 3 Jahren die meisten der zinsbegünstigten Kredite für Klein- und Mittelbetriebe exportorientierte Industrien und für die Landwirtschaft abzubauen. Ohne diese Zinsbegünstigung betragen z.B. die Zinssätze für Kredite aus Inlandsmitteln mit einer Laufzeit von 180 Tagen im Juli 1983 5-6% pro Monat. Ließen sich diese höheren Zinskosten nicht über die Warenpreise weitergeben, wurden Arbeitsplätze geopfert.

Gleichzeitig wurden verschiedene Steuern für juristische Personen zur Verringerung des Staatsdefizits eingeführt, die ebenfalls ihren Niederschlag in gestiegenen Preisen fanden. Eine Steuer wurde allerdings von 4,6% auf 1,5% gesenkt: die auf Finanzoperationen. Außerdem wurden den Kapitaleignern die Möglichkeit eingeräumt, finanzielle Verluste aus der ständigen Cruzeiro-Abwertung durch Abschreibung auszugleichen.

Noch unmittelbarer betroffen ist die lohnabhängige Bevölkerung Brasiliens von einer anderen Maßnahme: der Abschaffung der Subventionen für Erdöl und Erdölprodukte. Dadurch verteuerten sich Benzin, Diesel und Haushaltsgas durchschnittlich um 45%. Da 80% aller Konsumgüter auf der Straße befördert werden, stiegen allerdings nicht nur die Transportkosten, sondern anteilmäßig auch die Warenpreise. Die Subventionen für Weizen sollen ebenfalls in Kürze gestri-



Staudammbau in Tucuruí

chen werden (1983 wird Brasilien für etwa 1,5 Mrd Dollar Weizen importieren; das entspricht mehr als 1/4 des Gesamtverbrauchs).

Bislang wurden die Löhne und Gehälter jedes halbe Jahr automatisch dem INPC-Verbraucherpreisindex angepaßt. Für Verdiener von bis zu drei Monatslöhnen lag die Anpassung sogar 10% über dem Preisindex. Im Rahmen der vom IMF aufgezwungenen Politik begrenzte die Regierung für den Zeitraum vom 1. August 1983 bis 31. Juli 1985 die Anpassung auf 80% des INPC-Indexes.

Um diese bittere Pille etwas zu versüßen, wurden Lohnsteuerreduzierungen verfügt, die für die unteren Lohnstufen bis zu 30% Steuereinsparung bedeuten. Da 64,4% der wirtschaftlich aktiven Brasilianer lediglich bis zu zwei Mindestgehältern verdienen und sowie — so sehr wenig Steuern bezahlen, dürfte diese Steuersenkung kaum ins Gewicht fallen.⁵ Aber dadurch wurde genau die Bevölkerungsmehrheit am meisten getroffen, die auch in anderer Hinsicht schlecht dasteht: Nach neuesten offiziellen Statistiken erreichen diese ärmsten 64,4% der Brasilianer ein Durchschnittsalter von unter 58 Jahren. Pensioniert wird man in Brasilien aber erst mit 60 Jahren. Das bedeutet: Die Mehrheit der Bevölkerung muß arbeiten bis zum Umfallen.⁶

Eine weitere Regierungsmaßnahme wird ebenfalls Arbeitsplätze kosten. Für 339 Staatsbetriebe wurden die Haushaltsmittel um insgesamt 5,6% gekürzt. Besonders betroffen sind der Straßenbau, das Fernsprechnetz und die Atomenergie. Hauptziel ist die Senkung des Defizits der öffentlichen Hand, das zur Zeit bei 17% des Bruttoinlandprodukts liegt. Es ist jedoch sehr fraglich, ob die Regierung mit ihrem Maßnahmenpaket wirklich eine Reduzierung des Staatsdefizits erreichen kann.



Beide pleite: Bettler vor einer brasilianischen Bank

Durch den Abbau der Subventionen und die Steuererhöhungen ist bis jetzt nur die Inflation angeheizt worden, die im Juli 1983 schon bei 90% lag. Die Deutsch-Südamerikanische Bank rechnet für 1983 insgesamt mit einer Inflationsrate zwischen 150 und 180%. Dieses hohe Inflationstempo beschleunigt wiederum die Cruzeiro-Entwertung. Bereits am 18. August 1983 war der Cruzeiro das 34. Mal in diesem Jahr gegenüber dem Dollar abgewertet worden. Der gesamte Wertverlust für den Zeitraum 1.1.-18.8.1983 lag bei 61,5%, was einer Verteuerung des Dollars um 160% entsprach. Die verschlechterte Wechselkursrelation schließlich hat zur Folge, daß sich das Defizit der öffentlichen Hand erhöht, da ein Großteil der Staatsschuldverschreibung der Wechselkursanpassung unterliegt.⁷

Massenproteste gegen die IMF-Therapie

Wie man aus diesem Teufelskreis von Auslandsverschuldung, Staatsdefizit, Preissteigerungen, Arbeitslosigkeit und Inflation bei Beibehaltung der derzeitigen Wirtschaftsordnung herauskommen kann, weiß in Brasilien niemand. Trotzdem wurde Brasiliens Regierung im August 1983 vom IMF dazu gebracht, sich in einem „Letter of Intent“ (etwa: Absichtsbrief) zur Senkung der öffentlichen Verschuldung auf die Hälfte des Gesamtwertes von 1983 und der Inflation auf monatlich 5% zu verpflichten.⁸

Eines ist allerdings klar, nämlich wer die Zeche zu zahlen hat. Gegen IMF-Auflagen, Verteuerung und Arbeitslosigkeit traten denn auch bereits die Beschäftigten der Erdöl-, Chemie- und Bauindustrie in den Ausstand. An Warnstreiks in der metallverarbeitenden Industrie um São Paulo beteiligten sich 70.000 Arbeiter. Ebenso streikten die Bankangestellten und die Busfahrer. In Rio de Janeiro gingen am 21.7.1983 über 50.000 Menschen auf die Straße, um gegen die Auswirkungen des IMF-Diktats zu protestieren.

Noch ist die Beteiligung an den Streiks und Demonstrationen nicht zu einer wirklichen Massenbewegung geworden. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung meinte dazu: „Der entscheidende Grund für das Zögern der Arbeiter dürfte ... die Angst sein, in der Rezession den Arbeitsplatz zu verlieren.“ Bereits jetzt sind 40% der Brasilianer im arbeitsfähigen Alter entweder arbeitslos oder unterbeschäftigt. Trotz explosiver Bevölkerungszunahme gibt es im Großraum São Paulo heute als Ergebnis der Entlassungen in den letzten 2 Jahren nicht mehr Beschäftigte als 1973. Allein Mercedes Benz do Brasil reduzierte 1981-82 den Personalbestand von 21.000 auf 11.784 (und erzielte, nebenbei gesagt, 1982 einen Gewinn von 840 Mio Dollar)!

Die IMF-Auflagen werden die Arbeitslosenschlangen auf jeden Fall weiter anschwellen lassen.⁹ So überrascht es kaum, daß sich die Brasilianer immer häufiger fragen: „Wäre es für Brasilien nicht langsam besser, bankrott zu sein?“¹⁰

Anmerkungen:

- 1) Time, New York, 13.6.1983 und Vereinigte Wirtschaftsdienste, 15.6.1983
- 2) Cadernos do Terceiro Mundo, Lissabon, Nr. 2-3/1983 und Cadernos do CEAS, Bahia, Nr. 1-3/1983
- 3) Cadernos do Terceiro Mundo, Nr. 2-3/1983
- 4) Cadernos do CEAS, Nr. 3-4/1983
- 5) Bundesstelle für Außenhandels(BfA)-Information, 14.6.1983 und Information der Deutsch-Südamerikanischen Bank, 15.7.1983
- 6) Cadernos do CEAS, Nr. 3-4/1983
- 7) BfA-Information, 14.6.1983 und Informationen der Deutsch-Südamerikanischen Bank, 24.6., 15.7. und 19.8.1983
- 8) BfA-Information, 18.8.1983
- 9) Latin American Weekly Report, London, 1.7.1983; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. und 23.7.1983; Time, 25.7.1983
- 10) Cadernos do CEAS, Nr. 3-4/1983

Peter Garcia

Präsident Betancour im Kreuzfeuer



Präsident Betancour und „seine“ in Straßenschlachten erprobte Polizei – zweifelhafte Loyalität

Hafenarbeiterausstand in Buenaventura an der Pazifikküste Kolumbiens. Die Streikenden versammeln sich vor der Zentrale ihrer Gewerkschaft in der Cundinamarca-Straße. Viele haben die Familie dabei.

Es ist Nachmittag. Vom Meer her weht ein kühler Wind, der die Hitze erträglicher macht. Ein Gewerkschaftsvertreter gibt Bericht über den Stand der Verhandlungen mit dem Hafenerunternehmen Colpuertos. Am Rande der Menge spielen Kinder.

Aber die Ruhe trügt. In Sichtweite stellen sich schwerbewaffnete Polizei- und Militäreinheiten auf. Und dann geschieht das Unfassbare: Nach kurzer Vorwarnung durch Lautsprecher schießen die Uniformierten kaltblütig in die Menge. Der Saldo des kombinierten Polizei- und Armeeeinsatzes: drei Tote, darunter der 12jährige Fabio García, 22 Verletzte, 400 Festgenommene.

Das Gewerkschaftsbüro wird gestürmt und verwüstet. Anschließend behaupten die verantwortlichen Offiziere, dort Marihuana und Sprengstoff gefunden zu haben.

Vorausgegangen waren dem feigen Überfall andere Gewaltakte. Polizisten in Zivil hatten Zelte der Streikleitung niedergerissen und Schlägereien provoziert. Angehörige der Marine, des Heeres und der Polizei betätigten sich als Streikbrecher zum Be- und Entladen von Schiffen.

Wie Buenaventura wurden auch die kolumbianischen Atlantikhäfen militarisiert. Während Colpuertos auf der einen Seite nicht bereit war, angemessen auf die Lohnforderungen der acht Hafengewerkschaften einzugehen, zahlte das Unternehmen alleine in Santa Marta täglich umgerechnet 10.000 Dollar als Aufwandsentschädigung an die Streitkräfte. Zu diesen hat der Geschäftsführer des Unternehmens, Tito García Motta, übrigens ein ganz besonders enges Verhältnis: Er ist Vize-Admiral der kolumbianischen Marine.

Für die rechten Militärs sind die Schüsse von Buenaventura nur eine Provokation unter vielen, um die Politik der vor-

sichtigen demokratischen Öffnung unter Präsident Belisario Betancour zum Scheitern zu bringen. Wiederholt hatte z.B. der Oberkommandierende des Heeres entgegen den Bestrebungen der Regierung in aller Öffentlichkeit erklärt, daß es „keinen Waffenstillstand mit den Guerilleros geben würde“. Wegen dieser Sabotage der Politik des Präsidenten Betancour trat am 31.5.1983 der Vorsitzende der von der Regierung ins Leben gerufenen Friedenskommission, Otto Morales Benítez, von seinem Posten zurück. Somit ist der Versuch eines Dialogs zwischen Streitkräften und Guerilleros vorerst gescheitert.

Dialog Streitkräfte-Guerilla gescheitert

Ein weiterer Vorfall verdeutlicht das Maß des Mißtrauens der Rechtskräfte gegenüber dem derzeitigen Präsidenten, der immerhin Mitglied der konservativen Partei ist. Im Mai 1983 wurde entdeckt, daß alle Telefone Belisario Betancours angezapft waren.

Der Generalsekretär des Präsidentenamtes wies daraufhin die wichtigsten Regierungsfunktionäre in einem Rundschreiben an, von ihren Privatwohnungen oder Dienstwagen aus alle Telefongespräche über vertrauliche Regierungsangelegenheiten oder Fragen von großer Wichtigkeit zu vermeiden. In der Presse wurde vermutet, daß entweder die Streitkräfte oder Angehörige der US-Militärmission für diesen Abhörskandal verantwortlich waren.

In die Kampagne gegen die Gewerkschaften, die demokratischen Organisationen, die Guerilleros und die Außenpolitik der Regierung haben sich auch die kolumbianischen Massenmedien eingeschaltet. Am 25. Mai d.J. veröffentlichte die dortige Bildzeitung El Bogotano ein Farbfoto in Großformat mit zahlreichen aufeinandergestapelten Leichen. Im Begleitartikel dazu stand: „Die Zahl der von den FARC

(Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) ermordeten Bauern ist auf 25 gestiegen."

Allerdings kam die Redaktion von El Bogotano mit dieser Lüge nicht weit. Das gleiche Foto war schon einmal, am 4.10.1982, in der Newsweek erschienen und zeigte in Wirklichkeit die Leichen der ermordeten Palästinenser von Sabra und Shatila.

Mit der gleichen Unverfrorenheit ließ man auch Guerilleros sterben und auferstehen: Nach dem tragischen Flugzeugunglück, das M-19-Guerillaführer Jaime Bateman das Leben gekostet hatte, behauptete die Presse, Bateman sei in Wirklichkeit mit den Geldern der Bewegung ins Ausland geflüchtet. Dafür wurde der Oberkommandierende der FARC, Marulanda Vélez, entgegen den Tatsachen von den Medien für tot erklärt.

Den kapitalsten Propaganda-Bock schossen Massenmedien und Streitkräfte dann gemeinsam im April d.J.

In Brasilien waren vier libysche Flugzeuge vorübergehend festgehalten worden, die Medikamente und Militärmaterial für Nicaragua transportierten. Am 21.4.1983 verbreiteten Presse, Rundfunk und Fernsehen ein Kommuniké der kolumbianischen Streitkräfte, wonach eines dieser libyschen Transportflugzeuge mit Waffen für die M-19 in Südkolumbien gelandet und dort vom „wachsamen Heer aufgebracht“ worden sei.

Am gleichen Tag noch ersetzten die Oberkommandierenden der Streitkräfte diese Lüge durch eine andere: Daß eines der vier in Brasilien festgehaltenen Flugzeuge Waffen für die M-19 geladen hätte. Zur gleichen Zeit veröffentlichte das



Kolumbianische Armeeeinheit im panamesischen US-Trainingslager

kolumbianische Fernsehen gefälschte Bilder von dem angeblich in Südkolumbien gelandeten libyschen Flugzeug – dessen Existenz offiziell dementiert worden war!

Die Stoßrichtung dieser Kampagne war klar gegen die Außenpolitik der Regierung Betancour gerichtet: gegen den 1 Monat zuvor erfolgten Beitritt zur – angeblich von Ghaddafi beherrschten – Bewegung der Nichtpaktgebundenen, gegen die Unterstützung Argentiniens in der Malwinenfrage und gegen die Mitarbeit Kolumbiens in der Contadora-Gruppe, die eine friedliche Lösung des Mittelamerika-Konflikts anstrebt.

Den USA ist diese Politik längst ein Dorn im Auge, zumal der Stellenwert Kolumbiens im strategischen Konzept Washingtons für Lateinamerika sehr hoch ist. Das geht aus dem „Security Assistance Program“ (Sicherheitshilfe) für 1984 hervor, das dem Senat vom Pentagon unterbreitet wurde.

Auf Seite 330 heißt es dort: „Kolumbien ist für die US-amerikanischen Interessen in Lateinamerika besonders wichtig... (es) ist in starkem Maße mit der Bekämpfung der Guerilla-Gruppen beschäftigt... (das) Programm wird es Kolumbien erlauben, sich mit der ernsthaften Bedrohung durch örtliche Aufstände auseinanderzusetzen. Durch den ... Erwerb von Flugzeugen..., Hubschraubern, gepanzerten Fahrzeugen, Luftverteidigungssystemen, Anti-Panzer-Waffen, Kriegsschiffen (und) Kleinwaffen werden die legitimen Verteidigungserfordernisse Kolumbiens erfüllt und ein Beitrag zur Stabilität in der Region geleistet...“

Desweiteren sollen 850 kolumbianische Militärs in den USA oder Panama geschult werden. Die Durchführung ist von der US-Militärmission in Bogotá zu überwachen.

Zur Zeit setzen die USA besonders auf die reaktionären kolumbianischen Militärs, um ein Umschwenken der Außenpolitik auf einen Reagan-genehmen Kurs zu erreichen. Auch der Besuch des US-Admirals Wesley McDonald Ende Juli d.J. in Bogotá verfolgte dieses Ziel. McDonald ist nicht nur Oberkommandierender der Marine-Einheiten der NATO. Bereits in der Vergangenheit hatte er Sondermissionen erfolgreich zu Ende geführt: z.B. den ersten Angriff auf Nordvietnam im Zusammenhang mit dem 1964 selbstinszenierten „Zwischenfall“ im Golf von Tonking.

Nach dem obligatorischen Gespräch mit dem Präsidenten Kolumbiens setzte er sich mit Verteidigungsminister Landazábal und anderen Generälen hinter geschlossener Tür zusammen. Ein Woche später führten die Streitkräfte der USA und Kolumbiens auf der kolumbianischen Insel Providencia vor Nicaragua gemeinsame Landemanöver durch. Dazu die Zeitung El Mundo vom 7.8.1983: „Die linke Hand wirft in Providencia um, was die rechte Hand in Contadora aufgebaut hat.“

Andere kriminelle Aktivitäten der Militärs hatte ein paar Monate vorher der Generalstaatsanwalt der Nation aufgedeckt. In einem umfassenden Bericht wurde ihre Verantwortung für die Terrorbande MAS eindeutig bewiesen.

Allein 59 Militärangehörige, darunter drei Bataillonskommandeure, wurden mit vollem Namen als Mitglieder genannt. In der Zwischenzeit hat der MAS (Tod den Entführern) Ableger bekommen: MAC (Tod den Kommunisten), Falange, Escuadrón de la Muerte (Todesschwadron), Aguilas Negras (Schwarze Adler), Grillos (Grillen) und Tiznados. Mehr als 400 Morde gehen auf das Konto dieser Banden.

Das Geheimdokument des Heers „Eje-3-10 RESERVADO – No. 1689“ gibt genaue Anweisungen zur Gründung und Anleitung paramilitärischer Gruppierungen. Als Verantwort-



Demonstrierende Arbeiter in Bogotá

licher wird ein Offizier oder mindestens Unteroffizier beauftragt. Das Militär sucht außerdem die Mitglieder der Mordbanden aus, trainiert sie, liefert die Waffen und befiehlt die Einsätze.

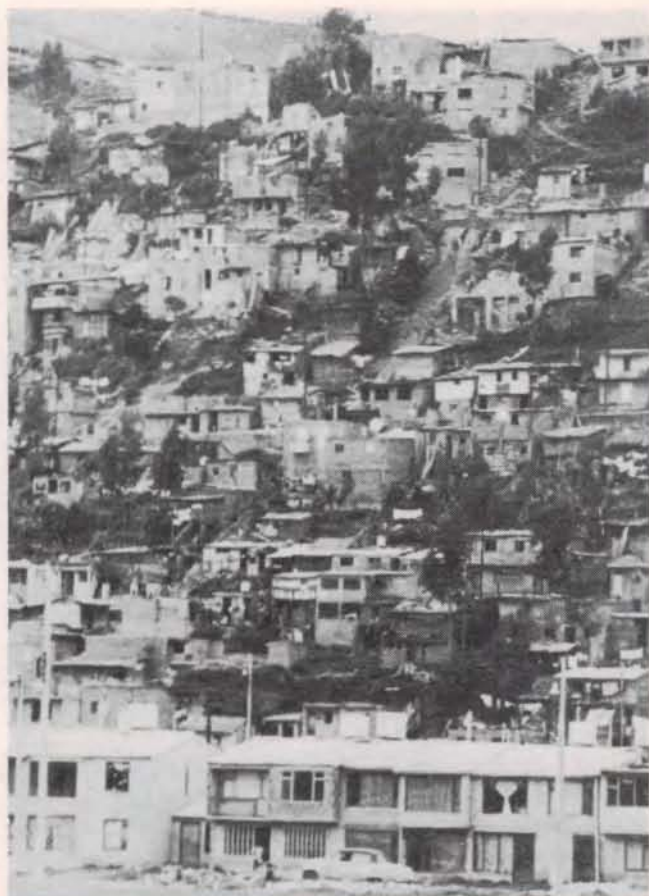
Finanzhilfe und Unterstützung kommt auch von Unternehmern aus dem Bereich der Landwirtschaft, denen die Angst vor einer demokratischen Bodenreform in den Gliedern sitzt. Denn 65% des Agrarlandes befinden sich noch immer in der Hand von nur 3% der Grundbesitzer. Die Mitglieder der Grillos und Tisnados sind in der Regel Vertrauensleute und Angestellte der Viehzüchter und Großfarmer. Drei der landwirtschaftlichen Unternehmerverbände haben sich bei der Verteidigung von Streitkräften, Polizei und MAS gegen den Generalstaatsanwalt besonders hervorgetan: Kolumbianischer Viehzüchterverband (FEDEGAN), Viehzüchterverband der Provinz Antioquia (FADEGAN) und Nationaler Verband der Milchproduzenten (ANALAC).

Auch andere Wirtschaftskreise sind mit der Politik der Regierung Betancour unzufrieden. Dazu gehört inzwischen der Multimillionär Ardila Lulle, der den Wahlkampf des derzeitigen Präsidenten finanziert hatte.

Am 5.5.1983 gab er einen Empfang für Verteidigungsminister Landazábal und andere hohe Generäle. Der Verteidigungsminister prangerte den seiner Meinung nach „zu großen Edelmüt“ der Regierung an, konstatierte das „Scheitern der Amnestie“ und stellte zum Schluß seiner Rede die Forderung nach „hartem Durchgreifen gegenüber der Subversion“ auf. Ardila Lulle dankte ihm dafür mit einer herzlichen Umarmung.



Kaffee, der nach Drogen wichtigste Exportartikel, verliert an Wert



Die Slums um die Hauptstadt Bogota wachsen

Hinter diesem Verhalten Ardila Lulles und anderer führender kolumbianischer Unternehmer steht nicht allein die Angst vor den Guerilleros – auch wenn es nach jahrzehntelanger Bekämpfung nicht gelungen ist, die Guerilla auszulöschen. Im Gegenteil: Ein Korrespondent der Zeitung El Pueblo konnte sich laut Bericht vom 25.5.1983 persönlich davon überzeugen, daß eine einzige Frente (Kampfeinheit) der FARC 520 Mitglieder hat. Mittlerweile gibt es 23 solcher Frontes.

Der Wunsch nach einer „starken Hand“ wird jedoch mindestens ebenso sehr durch die prekäre Lage der kolumbianischen Wirtschaft motiviert. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie beträgt derzeit ganze 71%. Die Industrieproduktion sank von April 1982 bis April 1983 um 10% – eine Tendenz, die andauert. Während für 1 Pfund Kaffee 1977 2,94 Dollar erzielt werden konnten, waren es 1982 nur noch 1,71 Dollar. Mengenmäßig ging der Kaffee-Export ebenfalls zurück, so daß auch in dieser Hinsicht kein Ausgleich zu erreichen war: Von 11,5 Mio Sack im Jahr 1979/80 auf 9 Mio Sack im Jahr 1981/82. Auch diese Tendenz setzt sich weiter fort.

Es ist zu befürchten, daß die Regierung des konservativen Präsidenten Belisario Betancour dem zunehmenden Druck der Front aus reaktionären Militärs, Unternehmerverbänden und US-Außenministerium nicht standhalten kann. In dieser Situation haben die Oberkommandos der beiden größten Guerillaorganisationen FARC und M-19 eine gemeinsame Erklärung abgegeben, die Anfang Juni d.J. von allen großen kolumbianischen Zeitungen veröffentlicht wurde. Darin heißt es u.a.: „Während wir gleichzeitig unser Streben nach einem Dialog erneut bestätigen, erklären wir unserem Volk, daß man zum Frieden nur über den Weg der Gerechtigkeit, des Kampfes, der Organisation und der Einheit gelangt...“ Das Dokument schließt mit dem Aufruf an alle politischen Parteien, demokratische und revolutionäre Bewegungen, „den Prozeß der Einheit voranzutreiben“.

Konrad Ege

Die Intervention von außen

„Ihr kämpft nicht allein. Meine Botschaft von den Vereinigten Staaten ist einfach: Wir sind mit Euch.“ Originalton George Shultz, Außenminister der USA zu Hunderten von Afghanen in einem ihrer Lager in Pakistan.

G. Shultz war Anfang Juli 1983 in Pakistan, nur mehrere Wochen nachdem die Regierung Reagan hatte durchsickern lassen, daß die ihre Unterstützung für die „Freiheitskämpfer“ beträchtlich erhöht hat. Vor allem qualitativ, ließ das Weiße Haus die New York Times wissen, wolle man mehr für die „Mujahidin“ tun. Im Klartext bedeutet das wohl, daß die Rebellen mit mehr Panzerfäusten und Luftabwehrgeschossen ausgerüstet werden; dazu kommen noch Mörser und Plastiklandminen, die mit Suchgeräten nur schwer zu finden sind.

Die vom CIA geleitete Operation, die Rebellen in Pakistan zu unterstützen – sie wird in Zusammenarbeit mit China, Ägypten, Pakistan und Saudi Arabien ausgeführt –, dürfte wohl die größte und teuerste paramilitärische Kampagne des CIA seit dem Angolakrieg Mitte der 70er Jahre sein. An die 200 Mio Dollar – vorsichtig geschätzt – sind in den letzten 5 Jahren für den Krieg gegen Afghanistan ausgegeben worden.

Teuerste CIA-Operation seit dem Angolakrieg

Präsident Reagan begründet, wie auch Jimmy Carter vor ihm, die CIA-Operation mit der Notwendigkeit, gegen die „russische Invasion“ vorgehen und den „freiheitsliebenden Afghanen“ helfen zu müssen. In Wirklichkeit hat die Kampagne zur Unterstützung der „Mujahidin“ schon lange vor dem Dezember 1979 – dem Monat, in dem Sowjettruppen zu Zehntausenden nach Afghanistan kamen – begonnen. Feroz Ahmad, Herausgeber des Pakistan Forum und derzeit im Exil wegen seines Widerstandes gegen die pakistanische Diktatur, gibt an, daß die ersten Lager der Rebellen in Pakistan nur Wochen nach der Revolution vom 27. April 1978 eingerichtet wurden.

Die ersten „Flüchtlinge“ aus Afghanistan waren reiche Geschäftsleute und Großgrundbesitzer, die realisierten, daß die Landreform und andere Maßnahmen der neuen afghanischen Regierung ihre Einkommen verringern würde. Diese Männer hatten enge Verbindungen zur Monarchie und zur Regierung unter Mohammed Daud (1973-78) unterhalten. Der pakistanische Staatschef Zia ul-Haq und andere „interessierte Parteien“ – beunruhigt über die regionalen Auswirkungen der afghanischen Revolution – brauchten nicht lange darauf zu warten, geeignete und kampfbereite Rebellenführer zu finden. Männer der ersten Stunde waren Gulbuddin Hekmatyar und Burhanuddin Rabbani, heute die Führer der Islamischen Partei und der Islamischen Gesellschaft Afghanistans.

Die beiden hatten Erfahrung mit Operationen gegen Afghanistan: Nach dem Putsch gegen die afghanische Monarchie im Jahr 1973 war die pakistanische Regierung besorgt gewesen, daß Mohammed Daud, der neue afghanische Präsi-

dent, einen Grenzkonflikt (Paschtunistanfrage; d. Red.) wiederbeleben würde. Um sich darauf vorzubereiten, trainierte Pakistan an die 5.000 Afghanen unter Führung Hekmatyars und Rabbanis, die dann im Jahr 1975 nach Afghanistan infiltriert wurden und den Kampf gegen Daud aufnahmen.

Schon damals riefen Hekmatyar und Rabbani ihre Landsleute dazu auf, gegen die neue „gottlose“ Regierung zu kämpfen. Beide hatten enge Verbindungen zur Moslembruderschaft. Hekmatyar kann besonders gute Qualifikationen für einen „heiligen“ Krieg vorweisen: Anfang der 70er Jahre ermordete er in Kabul einen Studenten, der ihm politisch zu links stand. Hekmatyar wurde rechtskräftig verurteilt, mußte aber nur mehrere Monate seiner Gefängnisstrafe absitzen und ging dann nach Pakistan.



Den Rebellen abgenommene Waffen chinesischer und US-amerikanischer Herkunft

Von daher rührt seine Freundschaft mit der pakistanischen Regierung. An dieser Freundschaft änderte auch die Hinrichtung des ehemaligen Präsidenten Zulfikar Ali Bhutto durch den jetzigen Diktator Zia ul-Haq nichts. Hekmatyar war nach seiner von Bhutto finanzierten Operation gegen Daud im Jahr 1975 (sie wurde von der afghanischen Armee zerschlagen) drei Jahre später wieder bereit, diesmal mit Zia ul-Haqs Unterstützung, gegen Afghanistan zu kämpfen.

Der CIA hatte schon einmal zuvor Pläne geschmiedet, durch „Stammesrebellionen“ eine afghanische Regierung zu Fall zu bringen. Leon Poullada, ein ehemaliger US-Botschafter in Kabul, schreibt in dem Fachblatt Middle East Journal, daß die amerikanische Botschaft in Kabul Anfang der 50er Jahre mit pakistanischen Regierungsleuten und konservativen Afghanen konspirierte, den von König Zahir Shah ernannten

Ministerpräsidenten Mohammed Daud (derselbe Mann, der dann 1973 gegen den König putschte) aus dem Amt zu entfernen.

Die Begründung: Botschafter Angus Ward und der CIA-Chef in Kabul waren über Dauds Politik der engen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion beunruhigt.

Daud wurde von seinem Geheimdienst über diese Vorgänge unterrichtet, und das State Department (US-Außenministerium; d. Red.) zog Ward und seinen CIA-Boß kurz darauf aus Kabul ab.

Die CIA-Pläne der 70er und 80er Jahre, „Stammesrebellionen“ gegen die afghanische Regierung zu unterstützen, blieben allerdings nicht wie die der 50er Jahre im Anfangsstadium stecken. Erste Berichte über CIA-Unterstützung für die Rebellen kamen schon Anfang 1979 an die Öffentlichkeit, vor allem in der indischen Presse. Auch China war zu der Zeit schon aktiv: chinesische Spezialisten bildeten die „Freiheitskämpfer“ in Lagern in Pakistan aus.

Imagepflege für „islamische Krieger“

Die US-Regierung bestreitet immer noch, daß sie schon zu dieser Zeit die afghanische Konterrevolution unterstützte. Auch die Führer der Rebellen beschwerten sich immer noch über fehlende Auslandshilfe. Dies trotz zahlreicher Berichte von Journalisten, die Sympathien gegenüber den „Mujahidin“ hegen, daß diese über ein gutes und ausreichendes Waffenarsenal verfügen.

Ein Grund für diese Zurückhaltung ist politisch. Jimmy Carter (1977-81) schärfte seinem Kabinett ein, nichts über seine Hilfe an die Rebellen an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Der Kampf der Afghanen sollte ein „islamischer Kampf“ bleiben, und Unterstützung aus dem Ausland sollte diesen Eindruck nicht verwischen. Das Image des „islamischen“ Krieges, der um Unabhängigkeit kämpft, ist lange von der amerikanischen Regierung und auch den übrigen Freunden der „Mujahidin“ im Ausland gepflegt worden. Es wird behauptet, daß die Rebellen ihre Waffen von Überläufern aus der Armee erhalten, daß sie sie erbeuten oder selbst herstellen.

Erst unter Ronald Reagan hat sich das etwas geändert. Schon während des Wahlkampfes (1980; d. Red.) sagte Reagan in Interviews, daß die US-Regierung die „Freiheitskämpfer“ unterstützen solle. Als Präsident hat Reagan persönlich afghanische Rebellenführer empfangen; seine Regierung ist in engem Kontakt mit den „Mujahidin“-Führern. Vertreter der Nationalen Befreiungsfront Afghanistans, einer von dem ultrakonservativen Subgatullah Mujaddedi geleiteten Rebellorganisation, haben sogar in Alexandria, einer Vorstadt Washingtons, ihr Büro eingerichtet.

Aussagen Malangs, eines ehemaligen Kommandanten der Islamischen Partei in der Provinz Kabul zufolge, bilden Amerikaner nun in Pakistan Afghanen im Gebrauch moderner Waffen aus. Der Besuch von George Shultz in Peschawar und seine Beteuerungen – „Wir sind mit Euch“ – sind ein weiteres Anzeichen, daß die Regierung Reagan ihre Unterstützung für die Rebellen auch in Zukunft weiterführen will. Für Reagan, der in den USA unter Beschuß von Seiten einiger Vertreter des extrem rechten Flügels der Republikanischen Partei steht, dient seine Afghanistankampagne auch dazu, diesen Kritikern, die ihm vorwerfen, „nicht konservativ genug“ (!) zu sein, den Wind aus den Segeln zu nehmen.

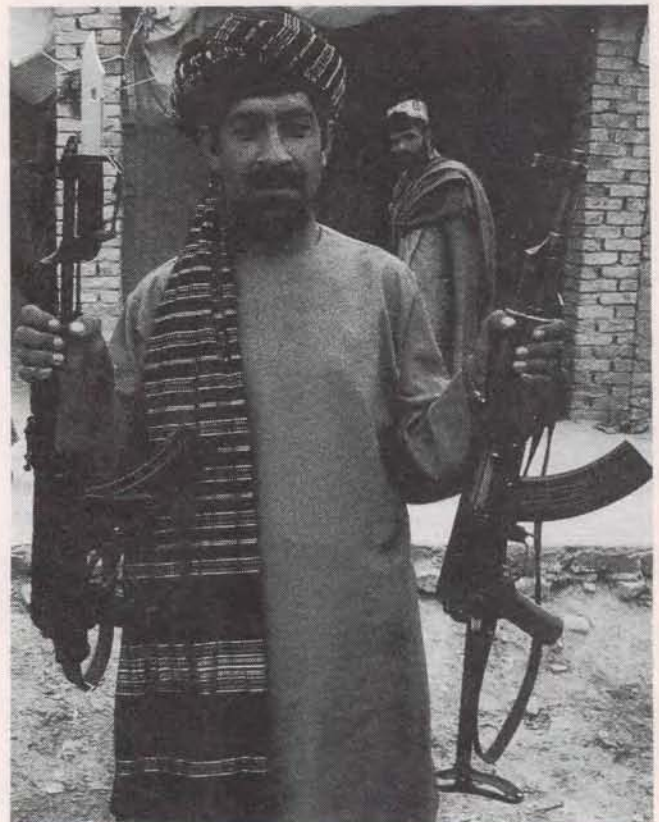
Die Rebellen sind mit Waffen gut versorgt. Und, wie Malang berichtet, sie sind auch im Gebrauch von Waffen ausgebildet worden, zu denen sie, bevor die Auslandshilfe einsetzte, keinen Zugang hatten, wie zum Beispiel an Luftabwehrgeschossen.

Gäbe es die Auslandshilfe nicht, hätten die Rebellen derzeit wohl Schwierigkeiten, sich auszurüsten. Die Tage, in denen Hunderte und Tausende von afghanischen Soldaten zu den Rebellen überliefen, sind vorüber. (Defektionen fanden hauptsächlich von Mitte 1979 bis Anfang 1980 statt.) Vorbei sind auch die Tage, in denen die Rebellen in der Lage waren, durch Angriffe auf Kasernen und Armeeposten große Mengen von Waffen zu erbeuten.

Desweiteren sind die Operationen der sowjetischen Truppen in Afghanistan effektiver geworden. Die sowjetischen Kommandeure haben sich, anscheinend nach anfänglichen Schwierigkeiten, dem Terrain in Afghanistan angepaßt. Ohne ihr Hinterland in Pakistan sähe es für viele Rebellverbände wohl schlecht aus; die afghanischen und sowjetischen Truppen haben es vermieden, die Gefechte nach Pakistan hineinzutragen.

Die amerikanischen, ägyptischen und chinesischen Waffenlieferungen an die Führer der Konterrevolution in Peschawar haben auch politische Auswirkungen innerhalb der Rebellverbände. Kommandeure der Rebellen, die in Afghanistan kämpfen, sind wegen deren Waffenlieferungen auf die Führer in Pakistan angewiesen; nur in sehr wenigen Gegenden des Landes scheinen die Rebellen stark genug zu sein, unabhängig von Pakistan operieren zu können.

Die CIA-Unterstützung und die Hilfe aus anderen Ländern dient also dazu, die verschiedenen miteinander zerstrittenen Rebellorganisationen zusammenzuhalten. Ihre ausländischen Förderer, vor allem der verstorbene ägyptische Präsident Anwar al-Sadat, haben mehrmals versucht, die Führer der Konterrevolution zu einem formellen Zusammenschluß zu bringen. Mit der Ausnahme einiger „Allianzen“, die unmittelbar nach ihrer Gründung auseinanderbrachen, ist durchaus nichts geworden – die Abhängigkeit der konterrevolutionären Führer von ausländischen Geld- und Waffenlieferungen ist zweifellos der wichtigste Faktor, der sie davon abhält, sich untereinander noch mehr zu bekämpfen, als sie das ohnehin schon tun.



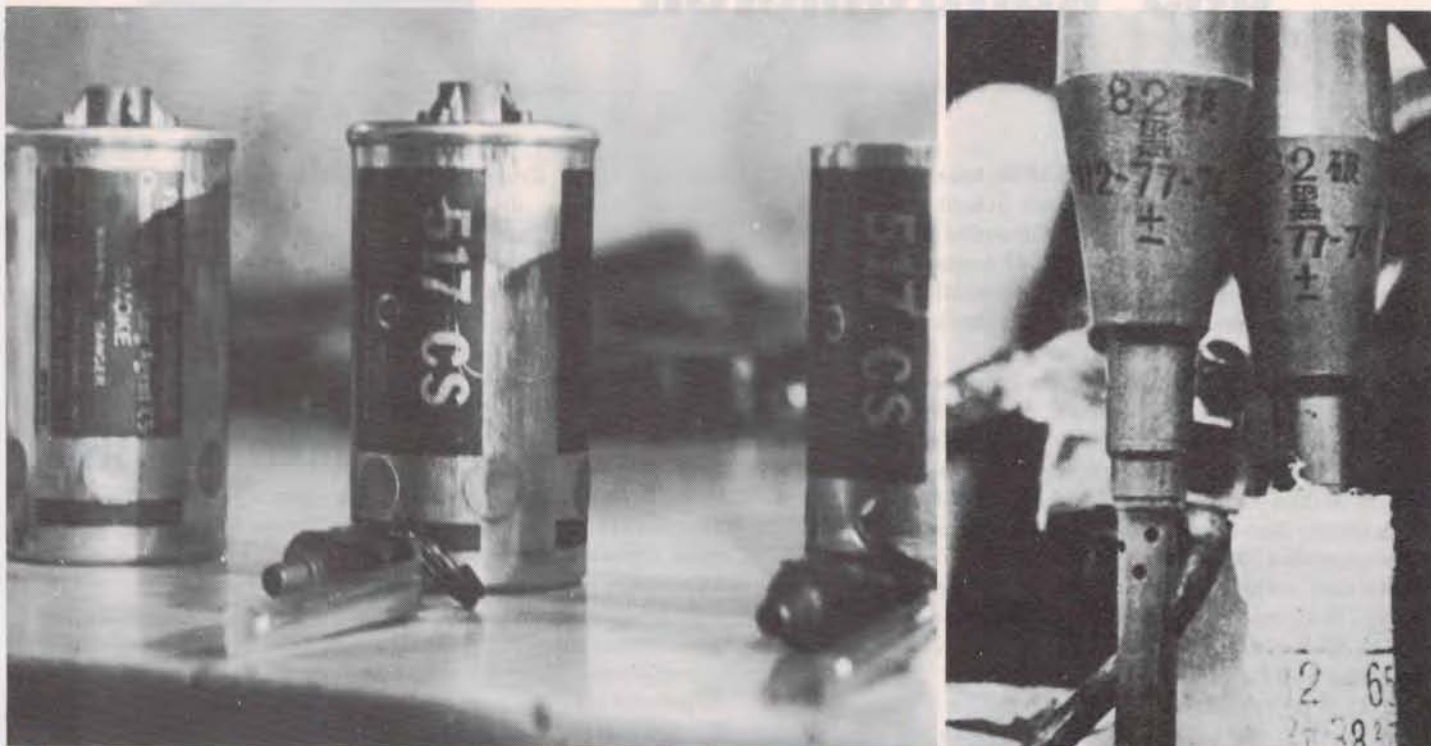
Keineswegs erbeutet. Fabrikneue Kalaschnikows liefert vornehmlich Ägypten

Ein bedeutender Teil der ausländischen Unterstützung verschwindet auf den Bankkonten der konterrevolutionären Führer. Afghanische „Flüchtlinge“, berichtet The Middle East im Mai 1983, haben nun in vielen Geschäften in Pakistan einen Anteil. Die Preise auf dem Häusermarkt in Peschawar und Islamabad seien beträchtlich gestiegen, da einige der „Flüchtlinge“ viel Geld mit sich brachten und von den USA und anderen Ländern großzügig unterstützt werden. (Die Rede ist hier von den „Flüchtlingen“, die unmittelbar nach der Revolution nach Pakistan kamen – den Großgrundbesitzern und den Geschäftsleuten – und nicht von den Afghanen, die vor dem Krieg nach Pakistan flohen.) Die Regierung Reagan wird, wie Shultz' Besuch in Peschawar

über Reagans Taiwan-Politik könnte die chinesische Regierung zu einer Reduzierung oder Einstellung ihrer Hilfeleistungen bewegen.

Der pakistanische Diktator Zia ul-Haq hat andere Probleme: Anfangs erschien es für ihn opportun, den Rebellen zu helfen, um die afghanische Revolution, die von vielen in Pakistan positiv aufgenommen wurde, zu Fall zu bringen. Die andauernde Präsenz der Rebellen und der Flüchtlinge in Pakistan macht ihm nun aber zu schaffen. Oft verkaufen die Rebellen Waffen auf dem schwarzen Markt ohne Rücksicht darauf, wer ihre Kunden sind. Und zu den Käufern gehören auch Gegner Zias.

Zudem kommt es mehr und mehr zu Spannungen zwischen



Die Ausrüstung der Rebellen wird moderner: Regierungstruppen erbeuteten Gasgranaten aus den USA und chinesische Panzerfäuste

deutlich machte, ihr Unterstützungsprogramm für die Konterrevolution weiterführen. Sprecher der Administration behaupten zwar, daß sie die Verhandlungen zwischen Afghanistan und Pakistan, in denen u.a. über eine Beendigung dieser Operation gesprochen wird, unterstützen – ihre Handlungen sagen jedoch etwas anderes.

Für die US-Regierung ist die Unterstützung der Rebellen eine billige Sache (bei einem Militärhaushalt von ca. 240 Mrd Dollar im Jahr), und der Propagandaeffekt ist bedeutend. Reagan hofft offensichtlich, daß die sowjetischen Truppen noch so lange wie möglich in Afghanistan bleiben müssen. Und ohne Auslandhilfe für die Konterrevolution würden die Rebellenverbände in Afghanistan sicher sehr bald an Kraft verlieren, was einen teilweisen oder vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen ermöglichen würde.

Ägypten, aus dessen Lagern viele der Waffen sowjetischer Bauart kommen, die die Rebellen haben, ist der Regierung Reagan ein williger Partner. Ägypten wird für Waffen bezahlt, die für das ägyptische Militär nutzlos sind, und kann sich als verlässlicher Bundesgenosse der USA profilieren. Außerdem ist Ägypten nun so von amerikanischer Militär- und Wirtschaftshilfe abhängig, daß es für Präsident Hosni Mubarak schlecht möglich wäre, nicht mit dem CIA zusammenzuarbeiten.

Wie es künftig mit der chinesischen Unterstützung für die Rebellen aussieht, bleibt noch abzuwarten. Sowjetisch-chinesische Verhandlungen und Chinas Nervosität und Ärger

den Pakistanis und den Afghanen. Oft verdienen die Pakistanis weniger Geld, als die Flüchtlinge von den Vereinten Nationen und anderen Hilfsorganisationen erhalten. Viele der geflohenen Feudalherren und auch Bauern haben ihre Herden mit nach Pakistan gebracht. Streitereien über Weiderechte, Wasser und Brennholz sind an der Tagesordnung. Zudem hat die pakistanische Regierung Schwierigkeiten, zu erklären, warum die afghanischen Exilparteien offen tätig sein dürfen, während alle pakistanischen Parteien verboten sind.

Es scheint, daß Zia ul-Haq genug hat. Gleichzeitig ist er aber auch auf die Finanzhilfe aus den USA angewiesen (über 3 Mrd Dollar in 5 Jahren). Auch will er auf die Militärhilfe nicht verzichten, um gegen Indien aufrüsten zu können. Zia ist in der Klemme.

Die Verhandlungen Afghanistan-Pakistan haben zweifellos Fortschritte gemacht. Auch mehrere Gespräche des pakistanischen Außenministers in Moskau signalisieren eine gewisse pakistanische Verhandlungsbereitschaft.

Allerdings: Nur Tage bevor die Verhandlungen Afghanistan-Pakistan in Genf im Juni d.J. in die dritte Runde gingen, wurde vom Weißen Haus bekanntgegeben, daß man dort die Unterstützung für die „Freiheitskämpfer“ verstärkt habe. Diese Unterstützung kann natürlich nur über Pakistan laufen – ein deutlicher Hinweis für Zia ul-Haq, daß er sich am Riemen reißen soll: Ronald Reagan ist an einer politischen Lösung nicht interessiert.

Interview mit
Thomas Sankara

Das Volk soll und kann uns kontrollieren



Seit ihrer Machtübernahme am 4.8.1983 haben die linken Militärs um Thomas Sankara die ersten Schritte zur Errichtung revolutionärer Institutionen in Obervolta getan (siehe: AIB 9/1983, S. 10-12). Bereits am 24. August d.J. wurde eine neue Regierung gebildet. Ihr gehören Mitglieder aller progressiven Organisationen, darunter der Patriotischen Liga für die Entwicklung (LIPAD) an.

Bei der Festigung des revolutionären Prozesses stützt sich die Regierung Sankara vor allem auf die Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR). Ihre Aufgabe besteht darin, auf wirtschaftlichem, politischem, sozialem und kulturellem Gebiet eine Anleitungs- und Kontrollfunktion zu übernehmen. Zur Verteidigung der Revolution ist jedoch auch vorgesehen, Mitglieder der CDR an der Waffe auszubilden. In dem nachstehenden Interview äußert sich der Präsident des Nationalen Revolutionsrats Obervoltas, T. Sankara, zu den Zielen der Revolution und den Beziehungen zu Frankreich und Libyen.

FRAGE: Was ist das Ziel der obervoltaischen Revolution?

T. SANKARA: Sie ist zunächst die angemessene Antwort auf eine Reihe von Fragen, die sich das obervoltaische Volk im Lauf seiner Geschichte gestellt hat.

Wir versuchen eben, das Glück eines Volkes zu verwirklichen. Dies ist verschiedentlich versucht worden. Der Kampf gegen die Kolonialisten wurde von einer ganzen Reihe von Parteien geführt, damals mit dem Verdienst, die Menschen gegen einen gemeinsamen und leicht identifizierbaren Feind mobilisiert zu haben: die Kolonialisten. Ein Nationalgefühl entwickelte sich zugunsten dieses Kampfes, der aber sehr schnell vom Gegner vereinnahmt wurde.

Obwohl die Unabhängigkeit erklärt wurde (im August 1960; d. Red.), hatte das obervoltaische Volk nicht den Eindruck, als seien seine Probleme in angemessener Weise gelöst worden, obwohl die Unabhängigkeit vorher genau als die Lösung dieser Probleme erschienen war.

Die Unabhängigkeit in den afrikanischen Staaten war nicht die Antwort, auf die wir gewartet hatten, und dies erklärt auch die ersten Erschütterungen, die ersten Zusammenstöße nach Beginn der 60er Jahre. Dies hat bei uns zur Entstehung oder Entwicklung politischer Organisationen geführt, die damals noch in der Illegalität waren. Auch sie verkörperten eine Hoffnung des Volkes.

Der 3. Januar 1966 brachte dann die offene Konfrontation mit dem Regime und den Fall des damaligen Präsidenten Maurice Yaméogo.

Dies war ein Anfangspunkt: Die Obervoltaer hatten begriffen, daß weder die Kämpfe der Kolonialzeit noch die der nachkolonialen Periode die Fähigkeit des Volkes zur Verteidigung seiner Interessen wirklich entfalten konnten.

Die politischen Gruppierungen festigten sich dann. Und so begann man zu dieser Zeit von einer „Obervoltaischen Demokratie“ zu sprechen. Aber diese Parteien bewiesen klar, daß auch sie unfähig waren, die Probleme des Landes zu benennen und zu lösen. Tatsächlich wollten sie das auch gar nicht. (...)

FRAGE: Schließen Sie daraus, daß das Mehrparteienprinzip für Obervolta nicht gut ist?

T. SANKARA: Nein, das Mehrparteienprinzip ist nicht an sich schlecht, weil einander entgegengesetzte Kräfte ja schöpferisches Denken, geistige Konkurrenz und Ansporn hervorbringen können. Wir meinen jedoch, es war diesen Parteien aufgrund ihrer politischen Perspektive, aufgrund ihres Charakters unmöglich, mehr als die Interessen einer Minderheit zu vertreten. (...)

FRAGE: Einer der Vorwürfe, die Sie gegen die Führer der jetzt verbotenen Parteien erhoben haben, ist, sich dem Imperialismus unterworfen zu haben. Was ist das für ein Imperialismus?

T. SANKARA: Unter Imperialismus verstehe ich nicht Länder im geographischen Sinn. Als die Amerikaner um ihre Unabhängigkeit kämpften und „Amerika den Amerikanern“ riefen, schufen sie damit eine Losung, die wir heute stolz aufnehmen, indem wir sagen „Afrika den Afrikanern“, denn dies ist eine allgemeingültige Wahrheit.

Herbe Kritik an Frankreich

FRAGE: Aber dieser Imperialismus, war das nicht auch Frankreich?

R. SANKARA: Sicher, wenn ein Land Truppen schickt, um Massaker anzurichten, um einem anderen Land eine Ordnung aufzuzwingen, nennen wir das Imperialismus. Alle Länder und Regimes, die so etwas tun, betreiben imperialistische Politik.

Dasselbe gilt, wenn man wirtschaftliche Beherrschung zwar sehr subtil, aber doch letztendlich wahrnehmbar organisiert, um dieses oder jenes Land auszuplündern. Imperialismus, das ist der Kapitalismus, wenn er Grenzen überschreitet, andere Länder besetzt, der sich in seinen ursprünglichen Grenzen nicht mehr entwickeln kann und gezwungen ist, sich andere, schwächere Länder zu unterwerfen.

Was Frankreich betrifft, so haben wir Beziehungen zu Franzosen, die wohl sagen, daß sie selbst gegen den Imperialismus sind. Man muß aber doch feststellen, daß Obervolta im Jahr 1983 trotz seines nationalen Revolutionsrats und trotz einer linken Regierung für Frankreich ein Land ist und bleibt, das einem System der Ausbeutung ausgeliefert ist, was wir Imperialismus nennen.

FRAGE: Bedeutet nicht die Tatsache, daß Frankreich Obervolta eine bedeutende Finanzhilfe gewährt, notwendigerweise ein Abhängigkeitsverhältnis, also Imperialismus?

T. SANKARA: Die Hilfe, die Frankreich Obervolta gewährt, ist nicht zwangsläufig vom Willen zur Ausbeutung und einem Paternalismus geprägt, der dem Neokolonialismus ähnelt. Es kommt aber darauf an festzustellen, ob die wahren Interessen des Volkes berücksichtigt werden.

Statistisch läßt sich nachweisen, daß Frankreich uns in bedeutendem Maß unterstützt. Diese Hilfe erfolgte jedoch im allgemeinen zugunsten dieses oder jenes Regimes, von dem bekannt war, daß es von den Volksmassen Obervoltas abgelehnt wurde. (...)

Wird solche Hilfe dagegen dem Volk gewährt, kann dies zur Aufnahme von Beziehungen gegenseitiger Achtung zwischen dem französischen Volk und dem Volk von Obervolta führen. (...)

FRAGE: Glauben Sie, daß Frankreich sich am 4. August (1983; d. Red.) in die inneren Angelegenheiten Obervoltas eingemischt hat?

T. SANKARA: Wir wissen, daß Frankreich vor dem 4. August dem Präsidenten Jean-Baptiste Ouédraogo bedeutende Mengen an Waffen geliefert hat. Die Zahl der Telefongespräche hat sich vervielfacht, es gab Pläne. Wir wissen vor allem, daß Frankreich in Obervolta als Haupturheber des Staatsstreichs vom 17. Mai gilt (am 17. Mai d.J. kam es zu einem Rechtsputsch gegen linke Mitglieder in der Regierung Ouédraogo, siehe AIB 9/1983, S. 10-12; d. Red.). (...)

FRAGE: Könnte solch ein Verdacht künftig die Beziehungen zwischen Frankreich und Obervolta beeinträchtigen?

T. SANKARA: Nein. Wir möchten aber, daß Frankreich eine vielleicht harte, aber objektive Kritik akzeptiert.

Wir werden zu denen in Afrika gehören, die es gewagt haben, Frankreich zu sagen, was man bei uns von ihm hält. Nicht um Frankreich und die Franzosen zu verdammen, sondern um klarzumachen, was wir ertragen und was wir nicht ertragen können.

FRAGE: Sie haben den Komitees zur Verteidigung der Revolution die Aufgabe erteilt, dem Volk von Obervolta Bewußtsein zu vermitteln. Wie weit kann man einem ganzen Volk ein Bewußtsein einprägen, das es bis dahin nicht gehabt hat?

T. SANKARA: Offen gesagt, das halte ich für unmöglich. Dagegen ist es möglich, bei einem Volk ein politisches Bewußtsein zu entwickeln, das in Ansätzen bereits vorhanden ist. Unsere Aufgabe ist also erfüllbar. Wenn man in Obervolta das Konzept des Imperialismus erörtert, so wissen die Obervoltaer, was das bedeutet, wenn auch nicht so genau, wie man es sich wünschen würde. Wenn man von „Volksfeinden“ spricht, können sie Namen nennen, Leute nennen, die zu Reichtum gekommen sind, indem sie sich über die

Rechte anderer hinweggesetzt haben.

FRAGE: Was ist der Unterschied zwischen Denunziation und dem Rat an die Bevölkerung, „Volksfeinde zu entlarven“...

T. SANKARA: Die Denunziation hat etwas von übler Nachrede, will verletzen, ist oft Verleumdung. Wir ermutigen nicht dazu.

Aber die Tugend von jemandem, der Verantwortung trägt, ist, sich durchschauen zu lassen, ist, das Volk als schlechtes Gewissen zu akzeptieren. Für uns ist es heute unmöglich, selbst wenn wir es wollten, uns das Geld des Volkes anzueignen, denn durch die Verpflichtungen die wir eingegangen sind, ist es dem Volk möglich, uns zu kontrollieren. (...)

Ghaddafi hat beachtliches geleistet

FRAGE: In der internationalen Presse, besonders der französischen, war viel davon die Rede, daß am 4. August ein „Pro-Libyer“ an die Macht gekommen sind. Welche Art von Beziehungen gedenken Sie zu Libyen zu unterhalten?

T. SANKARA: Libyen ist ein afrikanisches Land. Oberst Ghaddafi ist ein afrikanischer Staatschef. Wir wollen zu allen afrikanischen Ländern hervorragende Beziehungen unterhalten, auch zu Libyen. Wir unterhalten zu diesem Land Beziehungen, indem wir seine Souveränität, seine Unabhängigkeit und seine Ziele respektieren.

Andererseits verlangen wir von ihm die Garantie, den gewählten Weg der Obervoltaer unbedingt zu respektieren. Wir meinen, es gibt diese Garantie. Darum beunruhigen wir uns nicht.

Es steht mir nicht zu, die internationale Politik von Oberst Ghaddafi zu beurteilen. Doch dieselbe Presse, die ihn als Schreckgespenst darstellt, vergißt, daß dieser Mann sein Land sprunghaft qualitativ verändert hat. Was er auf der Grundlage seiner politischen und ideologischen Überzeugungen geleistet hat, ist vom Ergebnis her beachtlich. Die Libyer haben heute Straßen, Schulen, Krankenhäuser, Universitäten...

FRAGE: Ist das ein mögliches Vorbild für Obervolta?

T. SANKARA: Es ist eine Hoffnung für alle Länder. Gewiß verfügte Libyen mit dem Erdöl, diesem wichtigen Werkzeug, über eine ökonomische Basis. Aber das Erdöl hat nicht Oberst Ghaddafi entdeckt. Andere Länder sind auch reich. Glauben Sie, Südafrika ist nicht reich? Aber kann das Volk von Südafrika über seinen Reichtum verfügen? Unter diesen Umständen können wir dieses übertriebene Streben nach sozialer Gerechtigkeit nur unterstützen. Manche Länder fürchten das Beispiel des Obersten Ghaddafi, weil er ihren Völkern ganz einfach zeigt, daß man Reichtum auch zum Nutzen des Volkes verwenden kann.

(Quelle: Le Monde, Paris, 29.9.1983)



Brennpunkt International

Wolfgang Albrecht
Barbara Hoffmann
Kalter Wind am Bosphorus
Reise in eine unbekannte Türkei
Sachbuch, 200 Seiten, illust.,
9,80 DM

Conrad Schuhler
Breeze!
Die Geschichte des anderen
Amerika, Sachbuch, 224 Seiten,
12,80 DM



W. Brönnner/H.E. Gross (Hg.)
**El Salvador —
die unsichtbare Front**
Sachbuch,
ca. 176 S., ca. 9,80 DM

NEU

Im Buchhandel
erhältlich

Postfach 789
46 Dortmund

WELTKREIS

Bernard Moije

Wahlen als Augenwischerei

In einer Ansprache an seine Mitbürger am 28.7.1983, kurz vor der Präsidentschaftswahl vom 6. August d.J., wies der nigerianische Staatschef Alhadji Shehu Shagari – der eine Erneuerung seines Mandats anstrebte – auf diese „Besonderheit“ des politischen Lebens des Landes hin: „Nigeria ist das einzige afrikanische Land, das keinen politischen Gefangenen, keinen politischen Exilierten hat. Dies sind einige Beispiele für den Kurs dieser Regierung und die Art und Weise, wie sie versucht hat, den Dialog und die Harmonie, die Versöhnung und den Fortschritt in unserer offenen Demokratie zu fördern.

In der Tat ist in der im September 1978 verabschiedeten und am 1. Oktober 1979 in Kraft getretenen nigerianischen Verfassung ein für Afrika seltener politischer Pluralismus sowie ein föderatives System festgeschrieben, das die Macht dezentralisiert und auf 19 Staaten verteilt.

Ihre Grenzen berücksichtigen die Notwendigkeit, die ethnischen, religiösen und lokalen Besonderheiten zu respektieren, ebenso wie sie die Bildung von regionalen Gebilden zu vermeiden suchen, welche die nationale Einheit gefährden könnten. Die Erinnerung an die Sezession Biafras (1967; d. Red.) ist noch sehr gegenwärtig...

Nach einem knappen Wahlsieg bei den letzten Wahlen im Jahre 1979 – den ersten „zivilen“ nach dem ersten Militärputsch 1966 – sah sich Präsident Shagari erneut mit seinen damaligen Hauptgegnern konfrontiert, die an der Spitze derselben politischen Gruppierungen standen. Denn die nigerianische Demokratie ist eine „begrenzte“ Demokratie.

Die Bundeswahlkommission (Fedeco), die auch den Ablauf des Wahlkampfes sowie die Wahlvorgänge überwacht, beschränkt die Zahl der zugelassenen Parteien auf sechs. Der 57 Jahre alte Präsident Shagari ist ein Mann aus dem mohammedanischen Norden, dessen politische Laufbahn im Schatten des Premierministers Sir Abubakar Tafawa Belawa begann, der während des Staatsstreichs von 1966 ermordet wurde. Er kam aus derselben Region und stand den feudalen Klassen der Hausa-Stämme nahe.

Shagaris „offene Demokratie“

Ebenso hat die Partei Shagaris, die Nationale Partei Nigerias (NPN), hauptsächlich das Erbe des ehemaligen Nördlichen Volkskongresses von Balewa angetreten, wobei sie ihre Anhängerschaft allerdings durch die Gewinnung einer neuen Klientel, darunter zuletzt der ehemalige Anführer der Biafra-Sezession, Ojukwu, vergrößert hat.

Tatsächlich ist die NPN unter verschiedenen Bezeichnungen schon länger als 20 Jahre an der Macht. Mit den multinationalen Unternehmen und dem nigerianischen Kapital verbunden, hat die NPN alle Schalthebel der Wirtschaft und des Staates besetzt. Während sie sich offiziell zu einer Politik des „Weder Ost noch West“, „Weder Kapitalismus noch Sozialismus“ bekennt, hat sie sich zum Vorreiter der Öffnung für das Auslandskapital gemacht.

Am 21. Juli d.J. präzierte der Kandidat Shagari seine Poli-



In einem nigerianischen Wahllokal

tik folgendermaßen, als er Fragen eines Journalisten der Bundesrundfunkgesellschaft Nigerias (FRCN) beantwortete: „Wir haben sowohl den ausländischen als auch den einheimischen Unternehmen jede erdenkliche Hilfe zukommen lassen.“ Bei den Wahlen von 1979 konnte die NPN außer ihrem Haupterfolg, nämlich die Wahl ihres Führers zum Staatschef, 7 von 19 Staatsgouverneursposten, 36 von 95 Senatorenposten und 168 von 449 Abgeordnetensitzen gewinnen.

Um sich eine Regierungsmehrheit zu sichern, war Shagari gezwungen, sich über einen längeren Zeitraum mit Nnamdi Azikiwe, einem seiner größten Rivalen und Führer der Volkspartei Nigerias (NPP), zu arrangieren. Der 78jährige „Zik“ war 1963 der erste Präsident des unabhängigen Nigeria. Seine Doktrin der „Neuen Prosperität“, die als eine „Mischung von Kapitalismus, Sozialismus und ... Prosperität“ dargestellt wird, verdeckt nur schlecht die Tatsache, daß sich die NPP aufgeschlossen zeigt für Maßnahmen zur Senkung der Unternehmenssteuern, zur Zurücknahme der Nationalisierung der Bergwerke und der Elektrizitätswirtschaft sowie zur Förderung ausländischer Investitionen. (...) Bei den Wahlen von 1979 errang die NPP 3 Gouverneursitze, 16 Senatorenposten und 78 Abgeordnetensitze.

Obafemi Awolowo, Führer der Einheitspartei Nigerias (UPN), der bei den Präsidentschaftswahlen von 1979 von den 16 Mio abgegebenen Stimmen 800.000 Stimmen weniger als Shagari erhielt, ist mit seinen 74 Jahren ein Veteran des Kampfes gegen den britischen Kolonialismus seit den 30er Jahren.

An der Spitze einer sozial heterogenen Partei – sie umfaßt Kapitalisten und traditionelle Stammesführer –, die in den südöstlichen Staaten mit Yoruba-Bevölkerung einflußreich ist, hat Awolowo in seinem Buch „Die Volksrepublik“ die

„Kapitalisten (gegeißelt), die sich der Kontrolle über den Staatsapparat bedienen, um ihren Geschäften Auftrieb zu geben und ihre Profite zu vergrößern.“

Obleich die UPN für viele nigerianische Wähler als die Alternative zur korrupten und bankrotten Politik der NPN erscheint, hat sie es nicht geschafft, in den von ihr verwalteten Staaten ihre Fähigkeit zur Lösung der Probleme des Landes unter Beweis zu stellen. Trotz einer „sozialistischen“ Phraseologie hat die UPN nicht klar und deutlich die Notwendigkeit der nationalen Kontrolle über das transnationale Kapital hervorgehoben. Bei den Wahlen von 1979 erhielt die UPN 5 Gouverneurs-, 116 Abgeordneten- und 28 Senatensitze.

Die bei den letzten Wahlen von 1983 von Hassan Yusufu geführte Volksbefreiungspartei (PRP) war durch das kürzliche Ableben ihres historischen Führers Aminu Kano den Wählern gegenüber im Nachteil. Die PRP, deren Programm auf dem „wissenschaftlichen Sozialismus“ basiert, und die strenge Maßnahmen gegen die Spekulation und unerschwingliche Mieten fordert, einen verstärkten Kampf gegen den Zionismus, die Apartheid und den Imperialismus befürwortet, hatte bei den Wahlen von 1979 2 Gouverneursposten, 7 Senatoren- und 49 Abgeordnetensitze erhalten.

Nach den Wahlen von 1979 spaltete sich die PRP jedoch in zwei Flügel, wobei der eine für die Aktionseinheit mit der UPN von Awolowo und der andere mit der NPN von Shagari eintrat!

Die Großnigerianische Volkspartei (GNPP), die wie im Jahr 1979 von Alhadji Waziri Ibrahim geführt wird – ein ehemaliger leitender Angestellter bei Unilever –, ist geschwächt durch ihre Spaltungen und die Ähnlichkeit ihrer Hauptforderungen (so das freie Unternehmertum) mit denen der



Shagari-Anhänger auf dem Lande

NPN von Shagari. 1979 hatte die GNPP 2 Staatsgouverneursposten, 8 Senatoren- und 43 Abgeordnetensitze gewonnen.

1983 ist schließlich eine sechste Partei auf den Plan getreten, die nach den Wahlen von 1979 von der Fedeco registriert wurde: die Nigerianische Fortschrittspartei (NAP), die von Tunji Braithwaite, einem jungen Rechtsanwalt, der sozialistische Ideen vertritt, geführt wird.

Während des oben erwähnten Radiointerviews, das Präsident Shagari der FRCN gewährte, hatte er gewissermaßen das Scheitern der Wirtschaftspolitik zugegeben und seine defensive Argumentation mit folgenden Worten umrissen:

„Meine Gegner scheinen den Eindruck erwecken zu wollen, daß ich der einzige bin, der eine Sparpolitik verfolgt. Dabei verstärkt sich diese aufgrund einer Situation, die nicht nur

für Nigeria typisch ist. Es gibt eine weltweite Rezession, die alle Teile der Welt trifft und uns noch stärker berührt, einfach weil wir von einem einzigen Produktionszweig abhängig sind, dem Erdöl. Nun sieht es so aus, als gäbe es in dieser Rezession Erdöl im Überfluß. Dies wirkt sich auf unsere Situation in Nigeria und unser ehrgeiziges Programm aus. Die wirtschaftliche Rezession kommt in einem Augenblick, der für uns zu den schwierigsten gehört.“

Als größter afrikanischer Erdölproduzent – 1982 wurden 65 Mio t Rohöl gefördert – erlebte Nigeria einen Rückgang seiner Erdölproduktion von 11% gegenüber 1981 und von 45% gegenüber 1979. Dabei machen die Einnahmen aus dem Erdöl 90% der Exporterlöse und 88% seines Haushalts aus. Die von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen haben zu einem Rückgang der Importe und folglich der industriellen und kommerziellen Aktivitäten beigetragen. Im Januar 1983 hat die brutale Vertreibung von hunderttausenden ausländischen Arbeitsimmigranten, von Beninern, Ghanesen, Nigerianern (siehe AIB 4/1983, S. 36-37; d. Red.) Afrika schockiert und die Aufmerksamkeit auf die Arbeitslosigkeit und das Elend in den Städten Nigerias gelenkt.

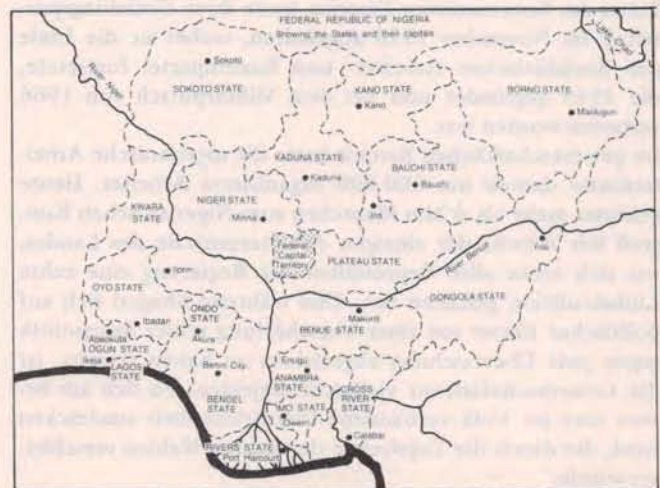
Die wachsende Korruption ist ebenfalls der Preis für eine derartige Krisensituation. Was die „grüne Revolution“ auf dem Land betrifft, so fehlten ihr die Mittel, hat sie keine wirkliche Modernisierung der Landwirtschaft erreicht und durch die Landflucht zur Überbevölkerung der Städte beigetragen.

Was die im letzten Mai aufgenommenen Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) betrifft, bei denen es um die Gewährung eines 2-Mrd-Dollar-Kredits mit dreijähriger Laufzeit geht, mit dem die Auslandsschulden bezahlt werden sollen (deren Zinsen 1983 1/4 der Erdöl-exporterlöse ausmachen), so hängt deren Ausgang „von einer strafferen Leitung der nigerianischen Wirtschaft“ ab; d.h. im Klartext von einer Zunahme der Arbeitslosigkeit und von Maßnahmen des Sozialabbaus...

Der IMF soll in erster Linie eine Abwertung des Naira, der nigerianischen Währung (1 DM = 0,3 Naira, Stand August 1983; d. Red.), verlangen.

Der Wahlkampf war auch durch das permanente Wiederaufleben eines mitunter ausgeprägten Regionalismus gekennzeichnet. So läßt sich das Wahlergebnis des Kandidaten der UPN, der sich im Staat Congo um das Amt des Gouverneurs bewarb, Reverend Wilson Sabiya, mit 32,42% der Stimmen als eine „Anti-Fulani“-Abstimmung der ethnischen Minderheiten dieses Staates deuten.

Die Beziehungen zwischen Ijaws, Igbos und Ogonis haben eine Rolle bei den Wahlen im Rivers State gespielt. Was den Präsidenten Shagari betrifft, so hatte sich dieser im Wahlkampf für die Schaffung eines vom Staat Kadura abtrenn-



Die 19 Staaten Nigerias und ihre Hauptstädte

ten Staates Katsina ausgesprochen. Wie hat sich unter diesen Bedingungen die nigerianische Wählerschaft entschieden?

Zunächst einmal, indem sie sich der Stimme enthielt: Von den 65.304.818 registrierten Wählern sind fast 40 Mio bei den Präsidentschaftswahlen vom 6. August d.J. zuhause geblieben. Das bedeutet eine Wahlbeteiligung von nur 39%. Sie sind in etwas größerer Zahl bei den Gouverneurswahlen vom 13. August zu den Wahlurnen gegangen (54%).

Bei den Präsidentschaftswahlen vom 6. August ist schließlich Präsident Shagari wiedergewählt worden, wobei er 12.081.471 Stimmen erhielt (das sind 47,46% gegenüber 33,8% im Jahre 1979). Awolowo erhielt 7.907.209 Stimmen, d.h. 31,06% (29,2% 1979); Azikiwe 3.557.113 Stimmen, d.h. 13,97% (16,7% 1979); Yusufu 1.778.974 Stimmen, d.h. 6,98% (10,1% 1979); Waziri 652.805 Stimmen, d.h. 2,56% (10,2% 1979); und Braithwaite 284.509 Stimmen, d.h. 1,11%.

Mit einer deutlichen Verbesserung seines Wahlergebnisses gegenüber den vorhergehenden Präsidentschaftswahlen wurde demnach Shagari — der, wie es die Verfassung verlangt, mehr als 25% der Stimmen in Zweidrittel der 19 Staaten erhielt — erneut zum Präsidenten Nigerias gewählt; ohne allerdings die Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu erhalten, und mit den Stimmen von lediglich 18,5% der eingetragenen Wähler.

Die Ergebnisse der Senatswahlen (55 von 85 Sitzen für die NPN) und der Gouverneurswahlen (13 für die NPD, 2 für die NPP, 1 für die PRP, 3 für die UPN) stärken jedoch die Position Shagaris, dessen Partei große Einbrüche in die Wählerschaft der anderen reaktionären Parteien (GNPP und NPP) sowie der PRP erzielt hat, die durch den Tod ihres Führers desorientiert war.

Die Gewerkschaftsfront

Das verbesserte Wahlergebnis von Obafemi Awolowo — dem man das von Braithwaite hinzufügen könnten — ist freilich ein Zeichen dafür, daß sich trotz des begrenzten Charakters ihrer Kritik an der Regierung in immer stärkerem Maße eine Opposition gegen die von Shagari betriebene Politik herausbildet.

Es sei noch hinzugefügt, daß zahlreiche Betrügereien das Abschneiden der verschiedenen anderen Parteien außer der NPN von Shagari verschlechtert haben...

Die Protestdemonstrationen, die darauf folgten, kosteten Dutzende von Opfern! So bemerkenswert im übrigen die nigerianische „Demokratie“ auf dem Kontinent ist, sie ist doch weit davon entfernt, wirklich frei zu sein.

So weigerte sich 1979 die Fedeco, die Sozialistische Partei der Werktätigen Nigerias (SWPP) zu registrieren, obwohl sie in 13 verschiedenen Staaten verankert ist. Die SWPP, die Partei der Kommunisten Nigerias, hatte ihren Gründungsparteitag im November 1978 abgehalten, wobei sie die Linie der Sozialistischen Arbeiter- und Bauernpartei fortsetzte, die 1963 gegründet und bei dem Militärputsch von 1966 verboten worden war.

Im gewerkschaftlichen Bereich hatte die nigerianische Arbeiterklasse damals nur 100.000 organisierte Arbeiter. Heute gehören mehr als 4 Mio Menschen zum Nigerianischen Kongreß der Arbeit, der einzigen Arbeiterzentrale des Landes, wo sich trotz aller Repressalien der Regierung eine echte Linkstradition gehalten hat. Und während Shagari sich auf politischer Ebene vor einer Verschärfung seiner Sparpolitik gegen jede Überraschung abgesichert zu haben scheint, ist die Gewerkschaftsfront vielleicht diejenige, wo sich am besten eine im Volk vorhandene Unzufriedenheit ausdrücken wird, die durch die Ergebnisse der letzten Wahlen verschleiert wurde.

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 305/26.9.1983, S. 21-23)

AIB-Sonderhefte



1/83: Bundesrepublik und 3. Welt

Mit folgenden Beiträgen:

Bilanz der Entwicklungspolitik der sozialliberalen Koalition • Neokolonialistische Weltmacht BRD — eine Datenübersicht • Die Dritte-Welt-Konzeption der Rechtskoalition Kohl/Genscher • Dokumente zur Dritte-Welt-Politik der CDU/CSU • Vormarsch der bundesdeutschen Multis in der Dritten Welt • Die stetige Ausweitung der BRD-Rüstungsexporte

36 Seiten

DM 2,-



2/83: Chile

Mit folgenden Beiträgen:

Einschätzung der aktuellen Lage • Stimmen der Linksoption: Statements von C. Almeyda (PS), G. Dias (MIR), L. Corvalan (PCC) und A. Sule (PR) • H. Cuevas (CNT) zur Rolle der Gewerkschaften • Bundesrepublik und Chile: Beiträge von G. Stuby und H. O. Vetter, Faktenübersicht • Materialien des Chile-Kongresses von Münster

24 Seiten

2,- DM

3/82: El Salvador

Mit folgenden Beiträgen:

El Salvador — kein neues Vietnam • Soziale Veränderungen im Griff der Oligarchie • Von der „Reform“junta zum Krieg gegen das Volk • Der Befreiungskampf der FMLN/FDR

40 Seiten

DM 2,50

Rainer Falk

Zur Washingtoner Jahrestagung von IMF und Weltbank

Im vielbeschworenen „Nord-Süd-Dialog“ ist für die Entwicklungsländer gegenwärtig so gut wie nichts zu holen. UNCTAD VI im Juni 1983 und mehr noch die gemeinsame Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank vom 27.-30. September 1983 demonstrierten: Die zur Zeit bestehenden Kräfteverhältnisse bieten keinen Raum für eine grundlegende Reform des internationalen Währungssystems, für neue Fonds zur internationalen Entwicklungsfinanzierung oder für ambitionöse Programme zur Stabilisierung der Rohstoffpreise, wie sie die Entwicklungsländer seit langem fordern.

Die Elemente des neuen, mehr und mehr von den führenden kapitalistischen Industrieländern bestimmten Schemas im „Nord-Süd-Dialog“ sind: Schuldenmanagement, „Freihandel“ zum Nutzen der Starken und „Freiheit“ des internationalen Kapitalverkehrs zum Schaden der Schwachen. Die Schlüsselrolle bei der Durchsetzung dieser Ordnung fällt ironischerweise jener Institution zu, die die Entwicklungsländer im Rahmen einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung von Grund auf demokratisieren wollten, dem Internationalen Währungsfonds.

Dabei werden von den Vertretern der herrschenden Meinung durchaus die Gefahren wahrgenommen, die von dem enormen Schuldenberg der Dritten Welt (siehe dazu auch: AIB 6/1983, S. 32-34) ausgehen.

IMF-Direktor Jacques de Larosière warnte in Washington vor unkalkulierbaren Folgen für die wirtschaftliche und finanzielle Stabilität der Welt, wenn die bereits im Frühjahr des Jahres 1983 beschlossene Mittelaufstockung für den Fonds um knapp 50% wegen der ablehnenden Haltung des US-Kongresses nicht rasch zustandekomme.¹ Und die Wirtschaftswoche sah in der Tatsache, daß die Dritte Welt in Washington bei den wichtigsten Entscheidungen mit „Nein“ stimmte, gar den „Beginn des Aufstands“.²

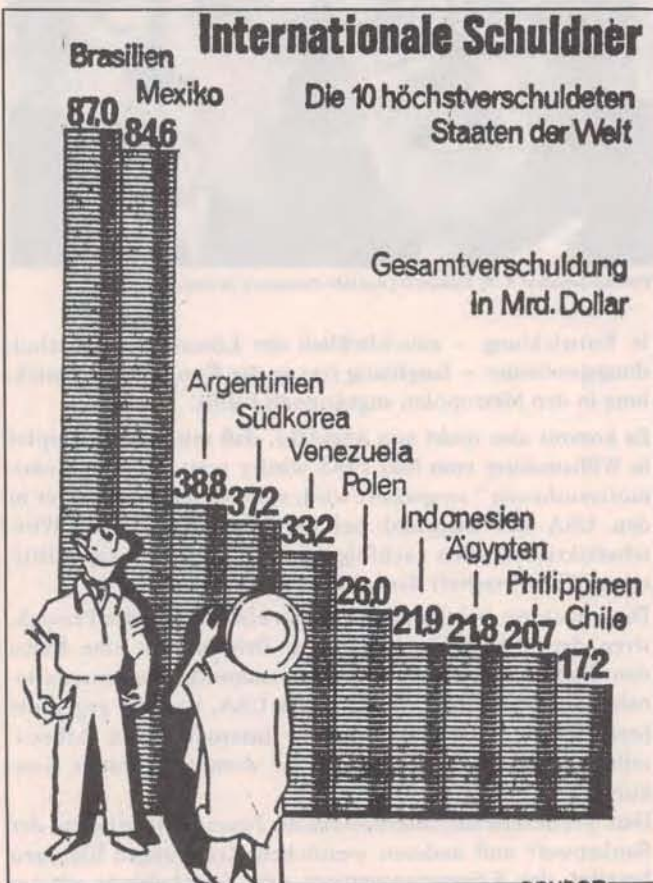
Der „Beginn des Aufstands“

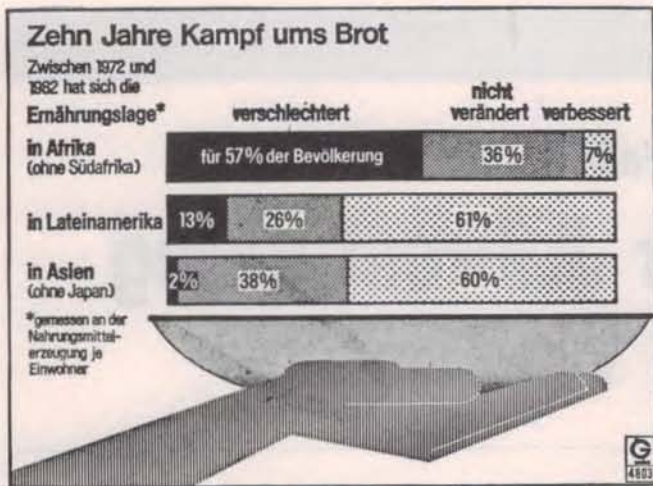
Doch die „Aufständischen“, um im Bilde zu bleiben, verfügen im IMF, wo sich der Einfluß nach den Kapitaleinlagen („Quoten“) bemißt, lediglich über 11,7% der Stimmen. Die unangefochtene Position der kapitalistischen Industrieländer im IMF macht diesen zu einem idealen Instrument zur Durchsetzung ihrer Interessen.

Die Washingtoner Ergebnisse im einzelnen:

- Konnten die Mitgliedsländer bislang im Falle von Zahlungsbilanzschwierigkeiten in drei aufeinanderfolgenden Jahren je 150% ihrer Kapitaleinlage als Kredit in Anspruch nehmen, so wurde diese Kreditobergrenze jetzt auf 102% pro Jahr gekürzt; in besonders krassen Zahlungsbilanzengpässen können Entwicklungsländer bis zu 125% ihrer Kapitaleinlagen als Kredit erhalten. Ob diese drastische Einschränkung der Kreditmöglichkeiten durch die im Frühjahr beschlossene Quotenerhöhung um 47,5% ausgeglichen werden kann, ist bislang fragwürdig: Bis Ende September hatten erst 48 von 146 IMF-Mitgliedern die Erhöhung ratifiziert, was einem Quotenanteil von etwa 26% entspricht. Damit die Maßnahme jedoch in Kraft tritt, müssen mindestens 70% der Neueinlagen zusammengekommen sein. Die künftige Funktionsfähigkeit des Fonds hängt deshalb davon ab, ob die Reagan-Administration den amerikanischen Kongreß doch noch zur Bewilligung jener 8,4 Mrd Dollar bewegen kann, die den Anteil der USA ausmachen.

- Auch die IMF-Schwesterorganisation Weltbank wird in Zukunft mit weniger Geld auskommen müssen, als manche gehofft hatten. Die Weltbank-Unterorganisation IDA (International Development Association), die Niedrigzinskredite an Entwicklungsländer vergibt, soll nach den Vorstellungen von Weltbank-Präsident A.W. Clausen im Jahr 1984 16 Mrd Dollar erhalten, während die meisten kapitalistischen Industrieländer lediglich 12 Mrd und die USA gar nur 9 Mrd Dollar bewilligen wollen. Die Verhandlungen um die Aufstockung der IDA-Mittel gelten daher als vorläufig gescheitert. Unter dem Druck der Reagan-Administration dürfte die Weltbank jetzt vor allem den Privatinvestitionen eine größere Bedeutung beimessen. Dieser Trend zeigte sich schon im Geschäftsjahr 1983, in dem die für die Förderung privater Wirtschaftsunternehmen in Entwicklungsländern zuständige Weltbank-Filiale IFC (International Finance Corporation) ihre Kreditvergabe um 38% steigern konnte (Weltbankkredite 16%).³





Die für die Entwicklungsländer schmerzlichsten Beschlüsse der Washingtoner Jahrestagung hatten die fünf größten kapitalistischen Industrieländer (USA, BRD, Großbritannien, Japan, Frankreich) schon zwei Tage vor dem offiziellen Konferenzbeginn gefaßt. Danach soll der IMF, was die Mitteleinschränkungen verständlich macht, wieder auf seine ursprüngliche Rolle als Finanzier zeitweiliger Überbrückungshilfen bei Zahlungsbilanzdefiziten zurückgeführt werden, also künftig keine dauerhaften Defizite mehr finanzieren. Die umstrittenen wirtschaftspolitischen Auflagen, die der IMF an die Vergabe von Krediten knüpft, sollen künftig noch weiter verschärft werden.⁴

Was bedeutet dies alles? Zunächst muß man sich vergegenwärtigen, daß von den rund 40 Staaten der Dritten Welt, die sich in der Vergangenheit gegenüber dem IMF – im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Krediten – zu detaillierten wirtschaftspolitischen „Sanierungsmaßnahmen“ verpflichtet hatten, etwa die Hälfte nicht in der Lage war, diese Auflagen einzuhalten. Dies führt in der Regel dazu, daß der Fonds die Auszahlung weiterer Mittel stoppt, wie im Fall Brasiliens geschehen (siehe Beitrag von J. Kühnert).

In den letzten 2 Jahren mußten fast ebenso viele Entwicklungsländer ihre zu Marktbedingungen aufgenommenen Kredite umschulden wie in den vorausgegangenen 25 Jahren zusammengenommen. Das insgesamt zur Umschuldung anstehende Kreditvolumen, aus dem die Verpflichtungen durch die Empfängerländer nicht mehr beglichen werden können, dürfte 1983 die Rekordhöhe von 37 Mrd Dollar erreichen; noch 1980 hatte es bei 3,7 Mrd, 1982 bei 10 Mrd Dollar gelegen.⁵

Umschuldungsabkommen, die stets unter der Regie des IMF durchgeführt werden, bescheren den in Finanznot geratenen Ländern in der Regel verschärfte Auflagen für die nationale Wirtschaftspolitik. Zudem laufen sie darauf hinaus, daß die Rückzahlungslast in die Zukunft verlagert und die Zinszahlungen insgesamt höher werden.

Das heißt, daß die Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer, die heute schon bei über 700 Mrd Dollar liegt, mit dem damit verbundenen Abhängigkeiten, weiter anwächst. Und schon heute ist das Schuldenvolumen der Dritten Welt durch die Exporte dieser Länder nicht mehr gedeckt; allein die mittel- und langfristige Verschuldung stieg von 76% der Exporte im Jahre 1980 auf 104% im Jahre 1982.

Die daraus folgenden „Liquiditätsschwierigkeiten“, Zahlungseingänge und sonstigen Konsequenzen für die Entwicklungsländer führen ihrerseits das gesamte kreditfinanzierte Wachstums-, Entwicklungs- und Industrialisierungsmodell in die Sackgasse, und zwar aus folgenden Gründen:

Die Auflagenpakete des IMF umfassen bekanntlich Maßnahmen, die sich vordergründig auf die Wiederherstellung der Zahlungsbilanzgleichgewichte richten. Dies soll dadurch geschehen, daß u.a. Haushaltsdefizite verringert, die staat-

lichen Sozialausgaben und Subventionen (z.B. für Grundnahrungsmittel) gestrichen, die Löhne begrenzt oder gesenkt und die Importe reduziert werden. Das neoliberale Sanierungskonzept à la Friedman vermag zwar kurzfristig Zahlungsbilanzdefizite zu verringern; die dadurch herbeigeführten Schäden für die Produktionsstrukturen und die sozialen Verhältnisse übertreffen diesen „Vorteil“ jedoch bei weitem: Während die sozialen Einschränkungen vor allem die verarmte Masse der Bevölkerung trifft und den sozialen Sprengstoff noch weiter erhöht, bringt die verordnete Importdrosselung die industrielle Entwicklung zum Stillstand. Notwendige Vorprodukte können nicht mehr eingeführt, Kapazitäten müssen stillgelegt und der industrielle Produktionsausstoß gesenkt werden.

Da die Binnenmärkte infolge der kaufkraftbeschränkenden Maßnahmen und die industriellen Exportkapazitäten infolge der Importeinschränkungen schrumpfen, werden gerade diejenigen Länder, die in den letzten Jahren als „Schwellenländer“ der Dritten Welt Industrialisierungserfolge aufzuweisen hatten, künftig wieder verstärkt auf ihre traditionelle Rolle als Rohstoffexporteure zurückverwiesen werden. Denn dies ist die einzige Domäne, wo Exporterfolge ohne große Vorleistungen erzielt werden können, vorausgesetzt freilich, die Weltmarktnachfrage ist entsprechend günstig.

An dieser Überlegung wird zweierlei deutlich: Zum einen laufen die Ergebnisse der IMF-Therapie ihrer Grundüberlegung zuwider, wonach die Aufnahme von Auslandsschulden eine exportorientiertes Industrialisierungsprogramm ermöglichen. Zum anderen bedeutet die absehbare Rückverwandlung selbst der „Schwellenländer“ in bloße Rohstoffabhängiger der kapitalistischen Metropolen, daß deren konjunkturel-



Weltbankpräsident A. W. Clausen (l.) und IMF-Präsident J. de Larosière

le Entwicklung – einschließlich der Lösung der Verschuldungsprobleme – langfristig fest an die Konjunkturerwicklung in den Metropolen ange koppelt bleibt.

Es kommt also nicht von ungefähr, daß seit dem Westgipfel in Williamsburg vom Mai 1983 wieder verstärkt die „Lokomotiventheorie“ strapaziert wird, wonach die Konjunktur in den USA das Zugpferd bei der Überwindung der Wirtschaftskrise in allen nachfolgenden Gliedern der kapitalistischen Weltwirtschaft darstelle.

Diese Doktrin beinhaltet allerdings hinsichtlich der Perspektiven der Verschuldungskrise der Dritten Welt eine Reihe von Fußangeln. Vom Interessenstandpunkt des internationalen Großkapitals, besonders der USA, ist zwar gegen die beschriebene Reorganisation der internationalen Arbeitsteilung wenig einzuwenden, da sie womöglich lästige Konkurrenz vom Halse schafft.

Den Vertretern der internationalen Finanzinstitutionen, der Bankenwelt und anderen westlichen Regierungen hingegen bereitet das Krisenmanagement der Verschuldung ernstes

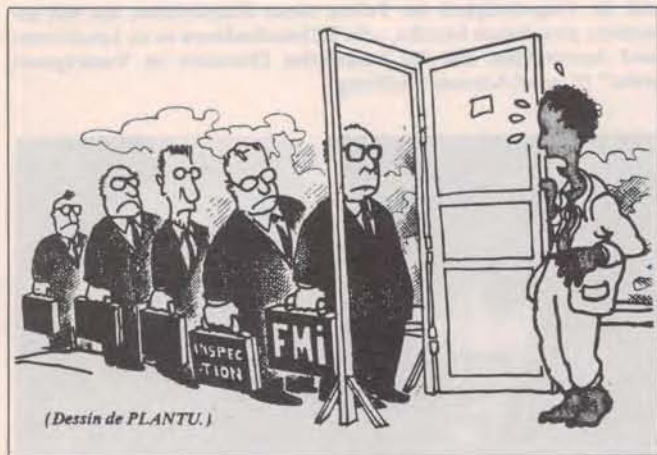
Kopfzerbrechen. Beispielsweise gesteht der Präsident der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Fritz Leutwiler, ein, daß eine grundlegende Überwindung der Schuldenprobleme mittelfristig nicht in Sicht sei.⁶

Im Widerspruch dazu bleibt der auf der Washingtoner Jahrestagung zur Schau gestellte Optimismus auf diesem Feld an einige fragwürdige Voraussetzungen geknüpft. Das Management der internationalen Verschuldungskrise könne erfolgreich sein, so sagt eines dieser favorisierten Szenarios, wenn folgende Bedingungen eintreten: ein Wirtschaftswachstum der westlichen Hauptländer (OECD) von 2,5-3% in den Jahren 1984-86; eine kräftige Ausweitung der Exporte der Entwicklungsländer; ein Rückgang des Protektionismus (Schutzzölle u.ä.) der kapitalistischen Industriestaaten; eine weitere Absenkung des gegenwärtig für die Entwicklungsländer unerträglich hohen Zinsniveaus auf dem internationalen Kapitalmarkt; und schließlich ein wieder steigender Fluß bilateraler und multilateraler öffentlicher Kredite zu günstigen Bedingungen.⁷

Die herbeigesehnte Erholung der kapitalistischen Weltwirtschaft von ihrer tiefsten Krise seit den 30er Jahren dürfte jedoch – nach allen vorliegenden Prognosen – brüchig, ungleichgewichtig und niedriger als erwartet bleiben.

Die augenblicklichen Wachstumsprognosen für die OECD-Länder schwanken für 1984-86 zwischen jahresdurchschnittlich 2 und 3%. Es scheint jedoch so, als ob die USA – im Vergleich zu ihren Konkurrenten in Westeuropa – mit überdurchschnittlich starken Wachstumsraten aus der Krise hervorgehen würden.

Für die Dritte Welt dürfte demgegenüber im Jahr 1983 das Pro-Kopf-Einkommen zum dritten Mal in Folge fallen. Für



Lateinamerika ist ein im Jahr 1984 weiterer Abfall des Nationaleinkommens vorhergesagt, während Afrika und Asien nach einigen Prognosen mit einer zaghaften Erholung ihrer Wachstumsraten rechnen können. Dennoch sagt die Weltbank für Afrika voraus, daß dieser Kontinent bis 1995 nicht das Pro-Kopf-Einkommen von 1970 erreicht haben wird.⁸

Während einem kräftigen Exportwachstum der Dritten Welt die stärker werdende Zuflucht der Westmächte zum Protektionismus entgegensteht, sehen alle Prognosen einen weiteren Rückgang des Leihkapitalflusses in die Entwicklungsländer voraus.

Insgesamt ergibt sich so ein Bild, in dem die Entwicklungsländer immer stärker an den Rand der Weltwirtschaft gedrängt werden. Da sie immer weniger zu verlieren haben, so argumentieren einige, könnten sie früher oder später zu dem Schluß gelangen, daß es besser sei, von sich aus die Regeln dieses Systems aufzukündigen und z.B. einseitig ein Moratorium ihrer Schulden zu verfügen.

Die Schuldnerkonferenz von Caracas Anfang September

1983 hat jedoch eher gezeigt, daß die Schwachen in Zeiten der Krise selbst nach dem geringsten individuellen Vorteil greifen und die kollektive Solidarität brüchig wird. Das Schicksal der meisten herrschenden Klassen der Entwicklungsländer ist schließlich auf Gedeih und Verderb mit dem Fortgang des internationalen Finanzflusses verknüpft.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Handelsblatt, 28.9.1983
- 2) Wirtschaftswoche, Nr. 40/30.9.1983
- 3) Daten nach: Newsweek, New York, 10.10.1983; Weltbank-Jahresbericht 1983, Washington 1983
- 4) Vgl. Wirtschaftswoche, Nr. 40/30.9.1983
- 5) Daten nach: Weltbank-Jahresbericht, a.a.O.; Finanzierung und Entwicklung, September 1983
- 6) Vgl. Handelsblatt, 28.9.1983
- 7) Vgl. International Herald Tribune, Paris/Zürich, 22.9.1983
- 8) Laut: South, London, Oktober 1983

Zeitschriftenschau

ila-info, Nr. 70/Oktober 1983

Schwerpunktthema: Europäischer Frieden und Dritte Welt: Die fliegenden Feldherrenhügel: AWACS – Symbol für eine neue interventionistische Außenpolitik der USA • Aufbruch zur Blockade des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit • Im permanenten Kriegszustand – Überlegungen zur BMZ-Blockade • Ich bin glücklich in der Opposition zu sein – Interview mit Nobelpreisträger Prof. G. Wald • Berichte und Hintergründe: UN-Beauftragter: „Die Flüchtlingspolitik wird weiter nördlich von Honduras entschieden“ • Mal schauen, ob Gott seine Hände ausstreckt – Ein 63jähriger Bauer berichtet über seine Flucht nach Honduras • „Denn WIR sterben und nicht die Amerikaner“ – Interview mit Efraim Diaz Arrivillaga, honduranischer Kongreßabgeordneter • Alles andere ist billige Literatur – Pressekonzferenz mit Nicaraguas Außenminister Borge in Bonn • Die Einigungsbewegung im peruanischen Agrarsektor • Staatlicher Mord in Peru • Ländernachrichten: El Salvador, Panama • Solidaritätsbewegung: „Er hatte die Möglichkeit zu helfen“ – Deutscher Rechtsanwalt erhebt Klage gegen Minister Genscher wegen unterlassener Hilfeleistung bei Deutschen in Argentinien • Internationalisten protestieren gegen US-Aggression gegen Nicaragua • Uruguay: Furchtbare Haftbedingungen für staatliche Geiseln • Notizen aus der Bewegung • Leserbrief • Buchbesprechungen • Zeitschriftenschau • Materialliste (Ergänzung)
Einzelpreis 2,50; Abo 25, 30 bzw. 35 DM
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Brasilien-Nachrichten, Nr. 79/1983

Schwerpunkt: Armut in Brasilien • Zur sozialen Situation des brasilianischen Volkes: Überwiegend im Elend, Teil I • Unterrichtsvorschlag • Schuldenlast erdrückt brasilianisches Volk • Kinder und Jugendliche • Kleine Hände – Kleine Fäuste • Sklavenarbeit und Folter auf VW-Farm? • BN-Interview mit Pater Rezende • Streit Hax – VW • Dürre im Nordosten • Indianer bringen FUNAI-Oberste zu Fall • Zeitschriften- und Bücherschau • Karten für den Unterricht • Kurzmeldungen
Einzelpreis 7 DM; Abo 28 DM
Bezug: Brasilien-Nachrichten, Postfach 1110, 4532 Mettingen

blätter des iz3w, Nr. 112/September 1983

Nachrichten und Berichte: Osttimor, Sri Lanka, Pazifik, Türkei, Babynahrung • Chile: „Die Saat, die wir gesät haben, kann nicht herausgerissen werden.“ Die Vermarktung der Gesundheit • Plasmahandel: Weltweiter Plasmahandel am Beispiel Mexiko • Palästinenser: Ein Jahr nach Beirut in der Klemme • Peru: Interview mit Sendero Luminoso • Rezensionen: Wohltätigkeit ohne Politik? (Ein biblischer Zyankali) • „Weekend in Guatemala“/Großtechnologie-Entwicklungsprojekte in Brasilien
Einzelpreis 5 DM; Abo 30 bzw. 40 DM
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg i.B.

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 9/1983

Apartheid in der Fläche verteidigen • Frauen und Militär in Südafrika • Computerisierung der Apartheid • Neue Gesetze gegen Kriegsdienstverweigerer • Schwarze an die Front • BRD verweigert Auskunftsüber Waffeneinsatz • Angola: Krieg und Wiederaufbau • BUKO-Aufruf • Neue Oppositionsbündnisse in Südafrika • Gewerkschaftsvereinigung • Minengewerkschaft • Weltkirchenrat zu Südafrika • Namibia-Freiheits-Tag • Friedenskonferenz in Prag • O Kurznachrichten
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 71/72

BUKO-Protokolle: Eröffnungsplenum, Rechenschaftsbericht • Plenum Freitag • Friedensdiskussion • Plenum Sonntag • AG-Protokolle: AG 1: Agro; AG 3: Ausländer/Asylanträge; AG 4: Tourismus; AG 6: US-Globalstrategie; AG 8: Rüstung; AG 9: IWF; AG Pharma • Verkehrsformen-Diskussion • Auswertung des Fragebogens • Resolutionen • Nestlé-Kampagne • Herbstaktionen/Aufruf • Freire-Brief • Materialien, Zeitschriften, Termine
Einzelpreis 3 DM; Abo 36 bzw. 50 DM
Bezug: FEA-Verlag, Broicherstr. 12, 4040 Neuss 1

epd-Entwicklungspolitik, Nr. 19/1983

Informationen: BMZ-Blockierer betonen Gewaltfreiheit • Geschäfte mit Irak-Iran-Krieg • „DU“: DED nicht Regierungsinstrument • Mainzer Arbeitskreis zu Reise • US-Regierung/Putsch in Guatemala • EKD-ORK/Reaktion auf Nestlé • Vorbereitung für Angriffskrieg in der Dritten Welt? • Bericht/Analyse: Renate von Gizycki, Friedensbewegung im Pazifik • Jens Naumann, Die UNO im weltweiten Meinungsvergleich • Werner Olle, Lomé III – Wendepunkt oder Rückschritt? • Dokumentation: Uganda: Beispielhafte Entwicklung? • Zehn Jahre Vollmitgliedschaft der beiden deutschen Staaten in den Vereinten Nationen (Wilhelm Bruns) • Schlußklärung der 6. Konferenz der Ökumenischen Vereinigung von Dritte-Welt-Theologen (EATWOT) • Fission Technology and Development (Dhirendra Sharma) • Hinweis: AV-Medien: Auseinandersetzung um den Frieden (Henrick de Boer) • Literatur, Fernsehen/Hörfunk, Bewußtseinsbildung
Einzelheft 3 DM; Abo 52,20 DM
Bezug: epd, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 1

Solidarität, Nr. 79/80

Ethnopsychanalyse: Neokolonialismus oder Befreiung? • Impressionen und Gespräche mit Frauen in Neuguinea • Psychoanalyse in Afrika • Kulturschock – Eine Reise nach drinnen und nach draußen • Bürgerkrieg im Tschad • Holderbank in Costa Rica • Protesttage in Chile • Kritische Solidarität mit Vietnam: Vortrag von Erich Wulf anläßlich des SKAAL-Seminars vom 6.2.1982 • Verschuldung der Dritten Welt und die Schweiz • Dossier Schweiz-Trikont/Entwicklungspolitischer Kommentar/Buchbesprechungen/Veranstaltungshinweise
Einzelpreis 3,50 sFr; Abo 25 sFr
Bezug: SKAAL, Postfach 2009, CH-4001 Basel

Herbstaktionen und Dritte Welt

Bonn, 18. Oktober 1983. Tag des Antimilitarismus und der internationalen Solidarität im Rahmen der bundesweiten Aktionswoche für den Frieden. Vor dem Büro der Waffenfirma Heckler & Koch in der Gorch-Fock-Str. 1 wird eine Gruppe von Menschen mit verbundenen Augen vorgeführt. Ein Trupp Soldaten stellt sich auf, legt das Gewehr an und feuert.

Die Szene ist gestellt, die Gewehre sind Attrappen. Doch das bundesdeutsche G-3-Gewehr, das eben diese Firma herstellt und vertreibt, ist heute in über 40 Ländern, vor allem der Dritten Welt, im Einsatz, meist in der Hand von Diktaturen reaktionärer Art.

Szenenwechsel: 21. Oktober 1983, Karl-Marx-Allee, Bonn. Über 1.000 Mitglieder von Friedens- und Solidaritätskomitees blockieren für drei Stunden das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, BMZ. Werner Rätz vom Koordinationskreis Dritte Welt zum Verlauf der Aktion: „Die Aktion hat ihr Ziel, eine ganztägige Blockade des BMZ, nicht erreicht. Das hat manche Teilnehmer enttäuscht und die bürgerlichen Politiker und Medien von einem Scheitern sprechen lassen. Ich kann diese Einschätzung nicht teilen. Es war unser politisches Anliegen, die Diskussion um die Entwicklungspolitik der Bundesregierung zu forcieren. Das ist uns voll gelungen.“

Aufstehn auch für Nikaraguas Frieden!

Die Blockierer erheben Protest gegen die Einordnung der Bonner Dritte-Welt-Politik in die Globalstrategie der Reagan-Administration, die von BMZ-Chef Jürgen Warnke (CSU) propagiert wird. Sie hat beispielsweise seit dem 1.1.1983 zum Auszahlungsstopp der Entwicklungshilfe an Nicaragua geführt und soll ab 1984 ihren Niederschlag in Hilfszahlungen an das Völkermord-Regime El Salvadors finden.

Deutlich gemacht wurden diese Ziele in einer sich an die Blockade anschließenden Demonstration durch die Bonner Innenstadt, vorbei an Einrichtungen, an denen sich die Dritte-Welt-Politik der Bundesregierung und die Politik reaktionärer Regimes exemplarisch festmachen läßt.

Erster Zielpunkt war die Deutsche Bank, die zu den größten Geschäftemachern mit dem südafrikanischen Rassistenregime zählt. Bei der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft warfen die Demonstranten südafrikanische Werbeprospekte aus dem Fenster. Abschließend holten die Demonstranten an der philippinischen Botschaft die Nationalflagge ein und verbrannten sie.

Die beiden Aktionen stehen beispielhaft dafür, wie sich die Solidaritätsbewegung mit ihren Anliegen eigenständig in den „heißen Herbst“, die Aktionstage vom 15.-22.10.1983 der Friedensbewegung, eingeschaltet hat. „Eine wachsende Zahl von Menschen“, betont Jürgen Jakoby, der die Dritte-Welt-Bewegung im Koordinationsausschuß der Friedensbewegung vertritt, „zeigt heute auch, daß sie die direkte und indirekte Unterstützung der US-amerikanischen Politik gegenüber den Ländern der Dritten Welt durch die Bundesregierung ablehnen. Sie verurteilen die Ausrüstung von Regimes, die Menschenrechte verachten und mit Blut und Terror regieren, mit Waffen aus der Bundesrepublik. Sie sehen nicht 'unsere Ölinteressen verteidigt', wenn die Bundesregierung mit der NATO-Arbeitsteilung Entlastung für militärische Abenteuer der USA in sog. Krisengebieten schafft. Das Nein gegen die Politik der Bundesregierung gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles wird heute verbunden mit dem Ja zur friedlichen Zusammenarbeit, der Gleichberechtigung und Gewaltlosigkeit zwischen den Völkern und der Solidarität mit unseren ausländischen Mitbürgern.“

Für den 18. Oktober hatte der Koordinationskreis 3. Welt (KK3W), der die Aktivitäten der Solidaritätsbewegung mit der Friedensbewegung bundesweit koordiniert (in ihm arbeiten mit: AAB, Antimperialistisches Solidaritätskomitee, Arbeitsgemeinschaft der Dritte-Welt-Läden, Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Informationsstellen El Salvador und Guatemala, Informationsbüro Nicaragua und Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba), zu einem **Diskussionsforum über „Frieden und Dritte Welt“** nach Bonn eingeladen.

Vertreter von Befreiungsbewegungen, Aktivisten aus Solidaritäts- und Dritte-Welt-Gruppen, Politiker und Journalisten informierten und diskutierten hier noch einmal über die vielfältigen inhaltlichen Verknüpfungen zwischen der wachsenden Kriegsgefahr in Europa und den Dauerkrisen in der Dritten Welt.

Allen diesen Kriegen, so meinte u.a. Prof. Walter Kreck, der das Einleitungsstatement hielt, lägen auch strukturelle Gewaltursachen

zugrunde. Solange diese fortbeständen, dürfe die Friedensbewegung hierzulande nicht in einen „prinzipiellen Pazifismus“ verfallen, wenn gleich solchen Auffassungen angesichts der langen Tradition des deutschen Militarismus unser Respekt gebühre. Aber gerade hier zeige sich, wie die Friedensbewegung von der Solidaritätsbewegung lernen könne. Kampf für den Frieden und bewaffneter Befreiungskampf, der Gewalt als letztes Mittel zur Erreichung seiner legitimen Ziele einsetzt, seien eben kein Gegensatz.

Die unmittelbarste gemeinsame Betroffenheit von Friedens- und Solidaritätsbewegung, das zeigte das Diskussionsforum, – geht heute von der aggressiven Globalstrategie der Reagan-Administration aus. Die Raketenstationierung als konzentriertester Ausdruck dieser Strategie in Europa wird auch von der Dritten Welt als Bedrohung empfunden, sei es, daß die neuen Raketen sich (siehe Stationierung in Sizilien) auch unmittelbar gegen den Nahen Osten und Nordafrika (Libyen!) richten, sei es, daß sie in Ländern der Dritten Welt selbst stationiert werden sollen (Südkorea!), sei es, daß sie als Erstschlags- und Enthaltungswaffen die sozialistischen Länder bei ihrer Solidarität mit Befreiungsbewegungen in Schach halten sollen, oder sei es, daß sie den weltpolitischen Spielraum Westeuropas einengen, indem sie es zur „Geisel“ in der Atomstrategie der USA machen.

Es gab also für die Dritte-Welt-Szene genug Gründe, sich an den Herbstaktionen der Friedensbewegung zu beteiligen (mehr als in diesem kurzen Bericht genannt werden konnten!). Eine vorläufige Bilanz dieser Beteiligung fällt positiv aus:

- Über 15.000 Friedensinitiativen und Solidaritätskomitees beteiligten sich bundesweit am Tag des Antimilitarismus und der internationalen Solidarität unter dem Motto „Unser NEIN zu den Raketen heißt: JA zum Widerstand gegen Militarismus – JA zur internationalen Solidarität“.
- Die BMZ-Blockade lenkte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Fragwürdigkeit der Politik dieses Ministeriums, das sich ansonsten gern darum bemüht, „die Hilfsmaßnahmen so zu kanalisieren und darzustellen, daß der humanitäre Charakter im Vordergrund steht“ (Konrad-Adenauer-Stiftung).



- Der gewaltige Menschenstern zu den Bonner Botschaften der Atomkräfte am 22. Oktober führte auch zu den Vertretungen Südafrikas und Israels, die Zielscheibe spezieller Aktionen von Südafrika- und Palästina-Solidaritätsgruppen waren.

- Bei allen Volksversammlungen für den Frieden, die am 22. Oktober mit einer Gesamtbeteiligung von 1,2 Mio Menschen den Abschluß und Höhepunkt der bundesweiten Aktionswoche bildeten, war das Thema Dritte Welt durch Redner aus den am meisten von der Kriegspolitik der USA und der NATO betroffenen Ländern präsent.

Und: Obwohl dies die gewaltigsten Massenproteste für den Frieden in der Geschichte der Bundesrepublik waren, wird es, so versichern Vertreter der Friedensbewegung, nach diesen Aktionshöhepunkten kein „Loch“ geben. Die Bewegung orientiert jetzt für den 21. November 1983 erneut auf Bonn, den „politischen Stationierungsort“. Der Bundestag soll an diesem Tag, geht es nach dem Willen der Stationierungsfans, die Aufstellung von Pershing II und Cruise Missiles absegnen, ganz demokratisch, versteht sich.

Saigon 1963: Das Ende des Ngo Dinh Diem

LIFE beschrieb eine Art klammheimlicher Freude: „Obwohl die USA an dem Coup, der Ngo Dinh Diem stürzte, unbeteiligt waren“, schrieb das US-Magazin im Januar 1964, „waren die meisten Amerikaner am Ort ebenso erleichtert wie das Volk von Saigon, als die Junta unter General Duong Van Minh die Macht übernahm.“ Ein Marionettenschicksal.

Fast ein Jahrzehnt war der 1901 geborene Diem Südvietnams „starker Mann“ gewesen. Dann paßte er nicht mehr in Washingtons Konzept. Am 1. November 1963 ließ man seine Generäle gegen ihn putzen und ihn sowie seinen Bruder Ngo Dinh Nhu bei dieser Gelegenheit liquidieren. Dabei hatten die USA Diem erst an die Macht gebracht.

1954: Frankreich war von den Viet-minh, den Unabhängigkeitskämpfern des seit 1946 formal unabhängigen Vietnam, geschlagen – obwohl die USA mit zuletzt 785 Mio Dollar „praktisch die gesamten Kosten der französischen militärischen Operationen“ übernommen hatten (Eisenhower-Berater Sherman Adams). Sogar zur Intervention waren die USA bereit – falls Briten, Thailand und andere den internationalen Anstrich geliefert und Frankreich weitergewollt hätte. Die USA, „die offenbar bis zum letzten Franzosen kämpfen wollten, schlugen eine gemeinsame Offensive vor, die den Einsatz nuklearer Waffen vorsah“ (Richard Morrock).

Die Einmischung der USA war bereits massiv, als auf der Genfer Indochina-Konferenz am 21. Juli 1954 gegen den Willen des Volkes die vorläufige Teilung Vietnams erzwungen wurde. Ihre Ziele: Verdrängung Frankreichs aus der Region; Liquidierung der Befreiungsbewegung und des Kommunismus in Vietnam; „Rückgewinnung“ Nordvietnams (Demokratische Republik Vietnam – DRV).

Ngo Dinh Diem, Sproß einer alten Mandarin-Sippe, gleichwohl Angehöriger der katholischen Minderheit, antifranzösischer Nationalist und fanatischer Antikommunist, sollte Washingtons Mann in Saigon werden.

Noch vor Unterzeichnung des Genfer Abkommens setzten die USA die Ministerpräsidentschaft Diems durch. Ebenso wie sie lehnte er dann die Unterzeichnung ab, die u.a. die Wiedervereinigung nach freien Wahlen für 1956 vorsah. Im Oktober 1955 ließ Diem sich die Absetzung Bao Dais in einer offenbar gefälschten Volksabstimmung bestätigen. An die Stelle der abgezogenen Franzosen traten US-Militärberater.

Der „Churchill Asiens“

Diem funktionierte weiter im Sinn der US-Strategie. Unter Bruch des Genfer Abkommens lehnte er die Durchführung von Wahlen rundheraus ab. Das Eintreten für das Abkommen galt im Süden bald als Verbrechen, im Süden verbliebene Viet-minh wurden (gleichfalls unter Bruch des Abkommens) verfolgt.

Die USA modellierten indessen an ihrem Schaustück „freies Südvietnam“ – u.a. mit jährlich 250 Mio Dollar Wirtschaftshilfe, die eine Scheinblüte erzeugten, letztlich aber den Ruin der einheimischen Wirtschaft durch die eingedrungene US-Konkurrenz mitbewirkten. Der „freien Welt“ wurde Diem als „Churchill Asiens“ vorgeführt. Der Heros der „Prinzipien einer demokratischen Welt“ etablierte eine korrupte Sippendiktatur um sich und seinen Bruder.

Stützen des Regimes waren Militärs, Großgrundbesitzer, neureiche Geschäftemacher sowie der Großteil der Katholiken, zu denen im Laufe einer von den USA aufwendig finanzierten Fluchtkampagne aus der DRV weitere 800.000 gekommen waren.

Mit einer Terrorwelle ging das Regime ab 1956 gegen jegliche Opposition vor. Ihre ersten Opfer wurden die starken Sekten, die sich im Vorjahr gegen Diems Machtansprüche gewandt hatten. Dann wurde sie gegen jene gelenkt, die für die Durchführung des Genfer Abkommens eintraten oder aus anderen Gründen gegen das Regime waren. So wurde 1956 mit besonderer Grausamkeit eine Kampagne der „Denunziation von Kommunisten“ namentlich in den alten Kerngebieten des Viet-minh durchgeführt. Ausnahme Gesetze (z.B. Einkerkelung ohne Verfahren) boten Nhu die Handhabe, Zehntausende einsperren, foltern und ermorden zu lassen. Schätzungsweise 75.000 Menschen kosteten Diems „Säuberungen“ zwischen 1955 und 1959 das Leben. Die 1956/57 neu formierte Opposition konnte der Terror dennoch nicht unterdrücken. So wuchs unter den Bauern der Widerstand, da sie Opfer einer „Landreform“ wurden, die vor allem die Rückkehr der alten Großgrundbesitzer zum Ziel hatte. Diems Antwort: Massen-



Panzer umstellen den Saigoner Präsidentenpalast

deportationen in sog. „Agrostädte“ zur besseren Kontrollausübung. Die Widerstandsbewegung ihrerseits ging erneut zur bewaffneten Gegenwehr über (auf die Diem mit dem Standrecht reagierte). Im Dezember 1960 wurde die Nationale Befreiungsfront (FNL) gegründet. Auf die raschen Erfolge der FNL reagierten die USA mit der Doktrin des „Spezialkrieges“ (special war), um zumal nach dem „Verlust“ Kubas (Revolutionssieg 1959; d. Red.) in der Dritten Welt ein Exempel zu statuieren. Diesen „Spezialkrieg“ umriß der „Staley-Taylor-Plan“: Die Zusammenpferchung der Landbevölkerung in „Wehrdörfer“, um im so „ausgetrockneten“ Umland mit raschen Schlägen mobiler Einheiten die Guerilleros auszuradieren.

Das Diem-Regime rettete weder dies noch das schnell eskalierende Engagement der US-„Berater“ (20.000 bereits 1962). Eine schwere Niederlage seiner Truppen im Januar 1963 analysierten US-Experten zutreffend damit, daß eine niedrige Kampfmoral dafür verantwortlich war – ein Zeichen mangelnden Rückhalts des Diktators in der Bevölkerung. Daß dieser auf die auch offen zunehmende Opposition mit verschärftem Terror antwortete, beschleunigte seinen Niedergang. Im Juni 1963 zwang die Selbstverbrennung des Buddhistenmönchs Thich Quang-Duc die getäuschte „freie Welt“ zu einem näheren Blick hinter die Propagandakulissen. Diems Regime war zu einem Hindernis für die Strategie der USA geworden, den Feldzug letztlich gen Norden zu führen. Der Sturz Diems kam den USA mithin äußerst gelegen.

Zu gelegen, um die Behauptung von der Nichtbeteiligung glaubhaft bleiben zu lassen.

Dem wahrhaft nicht „antiamerikanischen“ Journalisten Hans-Walter Berg fiel vor Ort auf, daß z.B. die gesamte Informationsarbeit über den Putschverlauf in den Händen von US-Militärs lag. Für Berg „konnte nicht der geringste Zweifel“ an einer Beteiligung von US-Botschaft, CIA und „Beratern“ bestehen. 1971 publizierte die New York Times die internen „Pentagon-Papiere“: „Wie offizielle Dokumente enthüllen, arbeitete der CIA so eng mit den Generälen zusammen, daß er sie sogar mit hochwichtigen Erkenntnissen über die Bewaffnung und Stationierung der pro-Diem-Truppen versorgte, nachdem (Botschafter) Lodge der CIA-Teilnahme an der taktischen Vorbereitung des Coups zugestimmt hatte.“

Die abschließende Pentagon-Wertung: „Von August 1963 an haben wir verschiedentlich die Putschversuche der vietnamesischen Generäle autorisiert, gebilligt und ermutigt, und einer Nachfolgeregierung volle Unterstützung zugesichert. Im Oktober haben wir in brücker Zurückweisung die Hilfe für Diem eingestellt und den Generälen so grünes Licht gegeben. Während der Planung und Durchführung des Coups haben wir heimliche Kontakte zu ihnen unterhalten und uns bemüht, auf ihre Operationsplanung und die vorgesehene Regierungszusammensetzung Einfluß zu nehmen.“

Der Austausch der Saigoner Marionetten erwies sich als nutzlos. Das vietnamesische Volk war danach keineswegs bereitwilliger, Washingtons Krieg zu führen. Im August 1964 wurde er nach einem provozierten „Zwischenfall“ mit Patrouillenbooten der DRV auch formell vollends der Krieg der USA.

J. Ostrowsky

Reportagen über Chile und Lateinamerika

Jahrestage sind auch willkommene Anlässe für die Herausgabe von Büchern. Zum 10. Jahrestag des Putsches gegen die Regierung Salvador Allende im vergangenen September sind gleich drei Buchpublikationen auf den bundesdeutschen Markt gekommen, die eines gemeinsam haben: Sie gehen im Reportagenstil der Frage nach, welchen Stand der politische Prozeß in Chile – und darüber hinaus in ganz Lateinamerika – nach einem Jahrzehnt erreicht hat, das gekennzeichnet war durch eine Abfolge militärischer Staatsstreichs, die die Demokratie in immer mehr Ländern im Blut ertränkten, aber auch durch hoffnungsvolle Zeichen des Widerstandes:

- Wilfried Huismann, *Dieser Augenblick rückt näher. Reportagen aus Chile*, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1983, 190 S., 14,80 DM
- Ruth Körner, *Chile. Nach 10 Jahren Pinochet*, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1983, 333 S., 12,80 DM
- Romeo Rey, *Zehn Jahre Grausamkeit oder die Erdrosselung Lateinamerikas*, rororo-aktuell 5252, Reinbek 1983, 306 S., 10,80 DM

Was diese drei Veröffentlichungen unterscheidet, können man in kurzen Worten so zusammenfassen: Romeo Reys „Zehn Jahre Grausamkeit“ weist sicherlich die größte thematische Breite auf. Ruth Körners Buch ist demgegenüber auf Chile beschränkt, greift aber bis in die Zeit der Unidad-Popular-Regierung zurück und gibt einen detaillierten, im Stil eines Tagebuchs verfaßten Überblick der Entwicklung bis zum heutigen Tag. Wilfried Huismann schließlich erreicht – ohne das Genre der Reportage zu sprengen – die größte analytische Tiefe und bietet vor allem zur Situation und den Perspektiven des Widerstands das meiste Material an.

Romeo Rey ist vielen aus seiner Arbeit als Korrespondent für die Frankfurter Rundschau und den Züricher Tages-Anzeiger bekannt. Die wichtigsten seiner dort veröffentlichten Reportagen, Essays und Analysen aus den letzten 10 Jahren hat er jetzt zu einem Buch zusammengefügt.

Neu hinzugefügt hat der Autor sein politisches Credo: „Lateinamerika“, so Rey, „kann einen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise finden, sofern es sich auf seine eigenen Kräfte besinnt und diese summiert anstatt dividiert... Was ihm nach meiner Beobachtung noch teilweise fehlt, ist Motivation und Disziplin.“ (Ebenda)

Eine in sich geschlossene Gesamtdarstellung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung des Kontinents läßt sich durch das von Romeo Rey gewählte Verfahren sicherlich nicht erreichen, wohl aber ein facettenreiches Mosaik lateinamerikanischer Wirklichkeit.

brechen... Die Diktatur der Streitkräfte ist daher weniger einer Militärdiktatur als vielmehr eine Klassendiktatur, die dem arbeitenden Volk schwere Opfer aufzwingt und der (häufig mit dem Fremdkapital liierten) Großbourgeoisie zu weiteren Privilegien verhilft.“ (S.20) Wenngleich am Ende des Buches auch Alternativen zu diesem Hord der Reaktion sichtbar gemacht werden (z.B. in der nikaraguanischen Revolution, während Kuba in dem Buch nicht vorkommt!), bleibt als beherrschender Eindruck das Agieren der Militärs allzu übergewichtig. Demokratische Gegentendenzen, aber auch die Rolle der USA, bleiben zwar nicht außen vor, erscheinen aber dennoch von untergeordneter Bedeutung für die politische Gesamtentwicklung.

Ruth Körner hat entscheidende Phasen der chilenischen Entwicklung vor Ort miterlebt: die Vorbereitung und Durchführung des Putsches gegen Allende, die Zerschlagung der Errungenschaften der Unidad Popular durch die Pinochet-Junta, die Zeit der fast völligen politischen Friedhofsruhe Mitte der 70er Jahre sowie die jüngste Phase des sich reorganisierenden Widerstands und der offenen Krise der Diktatur. Diese Stationen bilden den Rahmen ihrer tagebuchartigen Aufzeichnungen, die getragen sind von Sympathie für die Ideale und Errungenschaften der Unidad Popular und von einer tiefen Zuneigung zu den Menschen Chiles, die in den Jahren gewachsen ist.

Während R. Körners Situationsschilderungen weitgehend deskriptiv bleiben und ihr Buch ganz von der Wiedergabe persönlicher Eindrücke lebt, gelingt es Wilfried Huismann, die reportagenhafte Darstellung des chilenischen Alltags und des chilenischen Widerstands mit analytischen Schlußfolgerungen zu verknüpfen. Den Hintergrund seines Buches bilden die Erfahrung in der Chile-Solidaritätsbewegung und einer fünfmonatigen Chile-Reise im Jahre 1981, „in der ich Schritt für Schritt von der Oberfläche mit ihren vielen Trugbildern zur sozialen Bewegung vordrinke. Eine Reise von resignativer Melancholie zur Hoffnung und zur Rebellion. Der Leser soll diese Reise von außen nach innen nachvollziehen, die Widersprüche miterleben. Vieles wird auf seinen Widerspruch stoßen, weil es sorgsam gepflegte Vorstellungen in Frage stellen könnte.“ (S.8)

„Resignative Melancholie“ steht für eine Haltung, die angesichts der zerschlagenen Errungenschaften der Unidad Popular und des perfektionierten Terrors von seiten des Regimes Hoffnung nur noch aus der Rückbesinnung auf die Glanzzeiten der Regierung Allende zu beziehen vermag. „Rebellion“ dagegen ist das Stichwort für die neue Widerstandsstrategie der chilenischen Linken, die angesichts zahlreicher Rückschläge und unter Auswertung auch anderer lateinamerikanischer Erfahrungen, vor allem der nikaraguanischen Revolution, in den letzten Jahren entwickelt wurde.

Die ersten Kapitel des Buches von W. Huismann sind Alltagsschilderungen: Vom Alltag der Menschen in den Elendquartieren, von der alltäglichen Folter, aber auch vom Streikalltag der chilenischen Kohlearbeiter und von einer neuen alternativen Kultur erfährt der Leser. Daran schließt sich eine Darstellung der objektiven Krisenfaktoren der Diktatur, das Scheitern ihres Wirtschaftsmodells und die Suche nach Auswegen aus der aktuellen Krise an.

Wohin und wie der Weg zum Sieg über die Diktatur führen soll, sind die eigentlichen Streitfragen, die heute sowohl im bürgerlichen Lager als auch unter der Linken lebhaft diskutiert werden. W. Huismann vermittelt einen plastischen Einblick in diese Diskussion. Er läßt Vertreter der einheimischen Bourgeoisie, der verschiedenen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien und Bewegungen sowie der Kommunistischen Partei und der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) zu Wort kommen.

Im Hintergrund steht die Leitfrage, welche Chancen ein bürgerlich-demokratischer oder ein sozialdemokratischer Ausweg nach 10 Jahren Faschismus unter chilenischen Bedingungen heute haben kann. Und: Welche Voraussetzungen für einen revolutionären Ausweg, wie er durch die Strategie der Rebellion vorgezeichnet ist, noch geschaffen werden müssen.

Beides liegt für W. Huismann im Bereich des möglicherweise schon bald zu erwartenden. Doch eine bürgerlich-demokratische Lösung, so Huismann, könne in jedem Falle nur eine des Übergangs sein. „Denn das 'chilenische Modell' hat die sozial-ökonomische Basis eines nationalen Kapitalismus zerstört... Der Spielraum für eine Klassenharmonie hat sich radikal verkleinert. Die soziale Frage schreit nach Revolution...“ (S.184) Auf der anderen Seite jedoch müsse die revolutionäre Linke, um den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden, noch eine Reihe von Hindernissen überwinden, vor allem: „Sie muß bald ein eigenes alternatives Projekt vorlegen, ein einheitliches Programm, eine gemeinsame Führung der Massenkämpfe bilden, oder sie wird von den Ereignissen überrollt werden.“ (S.181) Rudi Funk



Romeo Rey erweist sich als der so ziemlich einzige Auslandskorrespondent im Spektrum der bürgerlichen Tagespresse hierzulande, dessen Reportagen und Berichte deutlich ein Engagement für die Unterdrückten Lateinamerikas spüren lassen. In 14 Kapiteln werden die unterschiedlichsten Aspekte der Innenentwicklung lateinamerikanischer Länder behandelt. Ausgangspunkt ist der Putsch Pinochets im Jahre 1973, wobei Chile lediglich als krasser Fall einer allgemeinen politischen Rückentwicklung des Kontinents bis in die zweite Hälfte der 70er Jahre erscheint.

Der Autor setzt sich u.a. mit der Wirtschaftspolitik der Chicago-Boys à la Friedman auseinander, untersucht und schildert Charakter und Merkmale der diversen Militärdiktaturen, die „sozialen Kosten“ ihrer Herrschaft, die Auswirkungen des Sanierungskonzepts des Internationalen Währungsfonds und die wachsende soziale und politische Gärung in den lateinamerikanischen Gesellschaften.

„Um das kapitalistische System zu bewahren“, so R. Reys eindeutige Charakterisierung der Funktion der Militärdiktaturen auf dem Kontinent, „scheute sich das Bürgertum nicht, seine eigenen Gesetze zu

Libanon/Palästina-Solidarität

Ein Treffen der Libanon- und Palästina-Solidaritätskomitees der Bundesrepublik fand am 24./25. September d.J. in Stuttgart statt. In einer gemeinsamen Erklärung wurde das Eingreifen von NATO-Truppen im Libanon und die Absichtserklärung Washingtons, US-Truppen auf Dauer dort zu stationieren, verurteilt. Sie betonten zugleich, daß mit dem US-Interventionismus in Nahost und der Raketenstationierung in Westeuropa die internationale Eskalationsgefahr wachse, die direkte Gefahr eines Atomkrieges anstehe.

Die Teilnehmer forderten den sofortigen Abzug aller US- und NATO-Verbände aus dem Nahen Osten sowie der Besatzungstruppen Israels aus dem Libanon. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, auf den Kohl-Besuch in Israel zu verzichten, endlich die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) anzuerkennen und sich gegen die Raketenstationierung zu wenden.



Eine Foto-Ausstellung „Perspektiven in Palästina“, die seit Mitte 1982 in verschiedenen bundesdeutschen Städten gezeigt wurde, kann bei der IKA ausgeliehen werden. Sie umfaßt etwa 250 Fotos, die der holländische Fotograf Oscar von Alpen von einer Reise durch Israel, die besetzten Gebiete und den Libanon mitbrachte. Vom 2.-25. November d.J. wird die Ausstellung im Karman-Foyer in Aachen gezeigt.

Anfragen zur Ausstellung an: IKA, z.Hd. J. Stempel, Gretchenstr. 25, 3000 Hannover 1, Tel. 0511 - 319310.

Kulturabkommen RSA – BRD kündigen!

Gegen das Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik und Südafrika richtet sich ein Brief des Komitees für die Kündigung des Kulturabkommens zwischen der BRD und Südafrika an Außenminister Genscher.

Das Komitee, dem u.a. H. Böll, A. Domdey, B. Engelmann, H. Gollwitzer, U. Lindenberg, Dr. U. Ranke-Heinemann, E. Runge, D. Sölle, M. v. Trotta und E. Wulff angehören, bezieht sich auf die internationale Ächtung des Apartheidregimes und leitet aus den Erfahrungen der deutschen Geschichte, der kulturfeindlichen Politik des Faschismus, eine besondere Verpflichtung für die BRD ab, sich an der vergleichbaren Apartheidpolitik nicht zu beteiligen.

Türkei – Bundesrepublik

Die massiven Proteste gegen die Ausländerpolitik der Bundesregierung und die vielfältigen Solidaritätsaktionen mit den in Auslieferungshaft sich befindenden Asylbewerbern – in Köln demonstrierten anlässlich des 3. Jahrestages des Militärputsches in der Türkei am 10. September d.J. 11.000 Menschen – zeigten einen ersten Erfolg:

Der seit 20 Monaten in Abschiebehaft gehaltene Türke Z. Aydinoglu wurde als Asylbewerber anerkannt und auf freien Fuß gesetzt. Ziel des gemeinsamen Vorgehens aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte bleibt aber weiterhin, die Rechtsunsicherheit für Asylbewerber zu beseitigen.

In seinem jüngst verabschiedeten ausländerpolitischen Grundsatzpapier fordert der DGB u.a. eine Versachlichung der Ausländerpolitik und eine Reform des Ausländergesetzes.

Film – und Lesetips zu El Salvador

W. Brönnner/H.E. Gross (Hg.), El Salvador – die unsichtbare Front, Weltkreis-Verlag, Dortmund 1983, 174 S., 9,80 DM

In diesem Buch kommen vor allem Führer der salvadorianischen Befreiungsbewegung FMLN/FDR, darunter die fünf FMLN-Oberkommandierenden, zu Wort. Die Beiträge, die großteils erstmals in deutscher Sprache veröffentlicht werden, analysieren die historische Entwicklung des Befreiungskampfes und den Vereinigungsprozeß der FMLN. Mehrere Einschätzungen befassen sich mit den Verhandlungsbemühungen der FMLN/FDR, der Strategie des Befreiungskrieges und dem Aufbau der Volksmachtorgane in den befreiten Gebieten. Ein Einleitungsbeitrag der Herausgeber erläutert die aktuelle Situation in El Salvador.

Revolutionäres Filminstitut El Salvadors (ICSR), Der Weg der Freiheit, 16 mm, Farbe, 50 Min., deutsche Untertitel, Verleih: CON, Postfach 106545, 2800 Bremen

Dieser zweite Film des ICSR informiert vor allem über die gesellschaftlichen Veränderungen in den kontrollierten Gebieten. Er untersucht die Funktion der Volksmachtorgane und legt einen Schwerpunkt auf die Beteiligung der salvadorianischen Frau am revolutionären Prozeß.

Empfehlenswert sind auch die folgenden Broschüren:

Informationsstelle El Salvador (Hg.), 150 Jahre Kampf – Die Gewerkschaftsbewegung in El Salvador, Mittelamerika-Heft 3, 1983, 80 S., 5 DM

U. Niebling/E. Richter, El Salvador 1983 – Kämpfen und Verhandeln?, Mittelamerika-Heft 4, 1983, 64 S., 4 DM

Frauenvereinigung von El Salvador (AMES), Frauen in El Salvador, Mittelamerika-Heft 6, 80 S., 5 DM

Alle drei Broschüren können beim Magazin-Verlag (Königsweg 7, 2300 Kiel 1) bezogen werden. Die Broschüre El Salvador 1983 analysiert am umfassendsten die Entstehungsbedingungen des revolutionären Prozesses in El Salvador und die Regionalisierung des Konflikts. Sie zeigt die Zusammenhänge auf zwischen dem bewaffneten Kampf, den Verhandlungsbemühungen der FMLN/FDR, der politischen Arbeit der Befreiungsbewegung und der internationalen Solidarität.

UNO contra Zimmermann

Bundesinnenminister Zimmermann sagte die für den 15. September d.J. geplanten Gespräche mit dem UN-Flüchtlingskommissar Poul Hartling über die Asylpolitik und Auslieferungspraxis Bonns kurzentschlossen ab und ließ mitteilen, er sei erst zu einem Gespräch bereit, wenn „vorher (eine) angemessene Gesprächsgrundlage“ geschaffen worden sei.

Grund für das bruske Verhalten Friedrich Zimmermanns war ein interner Bericht des UNO-Flüchtlingskommissariats, der von zwei Mitarbeiterinnen nach dem Besuch von sechs bundesdeutschen Asylagern erstellt worden war. Darin wird ein schlechter Zustand der Sammelunterkünfte konstatiert sowie die Zwangsinternierung von Asylbewerbern, ihre eingeschränkte Freizügigkeit und das Arbeitsverbot dargestellt. Viele Asylbewerber litten an Depressionen, bei vielen sei wachsende Verzweiflung spürbar.

F. Zimmermann warf dem Bericht „grobe sachliche Unrichtigkeiten und Unstimmigkeiten“ vor und forderte P. Hartling auf, sich von dem Bericht zu distanzieren. Dieser sah dazu keinerlei Anlaß, zumal das Fazit der Berichterstatterinnen, nämlich die Einführung „in Europa einmalige(r) Abschreckungsmaßnahmen gegen Asylsuchende“, durch Fakten nur bestätigt wird.



NEUERSCHEINUNG

Texte zur Unterdrückung und zum sozialen Widerstand in Südafrika

36 Seiten, DM 3,— gegen Vorausüberweisung zu bestellen bei:

medico international

Hanauer Landstraße 147-149
6000 Frankfurt/Main 1

Stadtparkasse Frankfurt
Konto-Nr. 182

Irak – Iran

Mitte Oktober d.J. wurden fünf französische Super-Etendard-Kampfflugzeuge an den Irak geliefert. Bestückt mit Exocet-Raketen, könnten sie zu einem Angriff auf den größten Ölhafen des Iran auf der Insel Kharg benutzt werden.

Insgesamt werden die französischen Waffenlieferungen an den Irak während des nunmehr dreijährigen Golfkrieges auf etwa 4-5 Mrd DM geschätzt.

Als Vergeltungsmaßnahme für die französische Flugzeuglieferung hat der Iran mehrfach mit der Verminung und Blockade der Straße von Hormuz gedroht. Durch diese Wasserstraße fließt der Großteil des Ölbedarfs der westlichen Welt (USA: 30%, Westeuropa: 60%, Japan: 75%). Dieses Gebiet war bisher

wegen seiner Entfernung zur eigentlichen Front verschont geblieben.

Die Ausweitung des irakisch-iranischen Konflikts haben die USA Anfang Oktober d.J. genutzt, um einen weiteren Flottenverband in den Persischen Golf zu schicken. Der Koordinationsrat der sechs arabischen Golfmonarchien (vgl. AIB 1/1983, S. 35-38) hat vor wenigen Wochen eine eigene, regional operierende Schnelle Eingreiftruppe gebildet

Tschad

Die Lage im Tschad (siehe auch: AIB 10/1983, S. 14-21) war das Hauptthema des 10. französisch-afrikanischen Gipfels, der am 3. und 4. Oktober d.J. in Vittel stattfand. An ihm nahmen 20 afrikanische Staatsoberhäupter und 16 Delegationen als Beobachter teil.

Die Mehrzahl der afrikanischen Delegationen, die meist eng mit Frankreich verbunden sind, sowie der französische Präsident Mitterrand forderten die Respektierung der territorialen Integrität des Tschad. Diese Formulierung richtete sich gegen Libyen, das angeblich die nördliche Hälfte des Tschad besetzt hält. Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und „alle Söhne des Tschad“ wurden aufgefordert, sich um eine friedliche Beilegung des Konflikts zu bemühen.

Der Staatschef des Tschad, Hissène Habré, lehnt jedoch weiterhin jeden Kontakt zur Übergangsregierung der Nationalen Einheit (GUNT), die den Norden des Landes kontrolliert, ab und will nur mit Libyen verhandeln. Der Präsident der GUNT, Goukouni Oueddei, hatte bereits am 21. September d.J. seine Bereitschaft bekundet, mit H. Habré zu verhandeln, und seine Forderung nach einem sofortigen Abzug der französischen Truppen als Vorbedingung aufgegeben.

China – USA

Während eines Besuches in der VR China Ende September d.J. machte US-Verteidigungsminister C. Weinberger an Peking weitreichende Angebote auf dem Gebiet der militärischen Zusammenarbeit. So sollen der Technologietransfer aus den USA auf moderne Computerelektronik erweitert und rüstungstechnologisch hochentwickelte Waffen u.a. zur Flugzeug- und Panzerbekämpfung geliefert werden.

Zudem einigten sich China und die USA, den vor 2 Jahren unterbrochenen Militäraustausch ab 1984 wiederaufzunehmen. Darüber hinaus soll Ministerpräsident Tschao Tsi-jiang im Januar 1984 den USA einen Besuch abstatten und US-Präsident Reagan im April 1984 nach China kommen. Außerdem erhielt der chinesische Verteidigungsminister Tschang Ai-ping eine Einladung in die USA. In der Taiwanfrage bestehen auch nach den Gesprächen die Meinungsunterschiede zwischen beiden Staaten unverändert fort.

Argentinien

Der Abtritt der Militärs von der politischen Bühne des Landes vollzieht sich vor dem Hintergrund währungs- und finanzpolitischer Unruhen und wachsender sozialer Auseinandersetzungen.

Im Vorfeld der Wahlen am 30. Oktober d.J. wurde Anfang des Monats bekannt, daß der drittgrößte Schuldner Lateinamerikas am Rande der Zahlungsunfähigkeit steht. Während der Internationale Währungsfonds als Reaktion auf Zahlungsrückstände bei den Zinsen auf Auslandskrediten die Auszahlung neuer Darlehen stoppte, griff die Regierung zum Mittel der Devisenkontrolle und sperrte alle privaten Dollarkonten.

dg DEMOKRATISCHES GESUNDHEITSWESEN

dg — die kritische Monatszeitschrift im Gesundheitswesen

* dg-Report Heft 6/83: **Privatisierung im Krankenhaus**
Nach den Wäschereien, dem Putzdienst und der Gerätewartung reißen sich Krankenhauskonzerne mehr und mehr komplette Betriebe unter den Nagel.

unsere Reportagen 1984

- „Ärztenschwemme“
- Ärger mit dem Arbeitgeber Kirche
- Ausländer im Gesundheitswesen
- Kind im Krankenhaus
- Gesundheit im sterbenden Wald
- § 218
- Alternative Krankenhäuser
- Gentechnologie
- Sportmedizin

Ich abonniere von Januar 1984 an die Monatszeitschrift DEMOKRATISCHES GESUNDHEITSWESEN zum Preise von 3,50 Mark zuzüglich Porto gegen Rechnung.
Das Abonnement verlängert sich um ein weiteres Kalenderjahr, wenn es nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres gekündigt wird.

Ich möchte ein kostenloses Probeheft zugeschickt bekommen.

Name _____
Vorname _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Beruf _____
Unterschrift _____

Bitte ausschneiden und senden an:
Pahl-Rugenstein Verlag GmbH
Gottesweg 54
5000 Köln 51

alg

Abschied von Wilfred Burchett

Am 26. September 1983 verstarb in einem Sofioter Krankenhaus der australische Journalist Wilfred Burchett. Geboren 1911 in Melbourne, lebte Burchett seit 1936 in Europa, wo er als Ostasien-Kenner und Korrespondent u.a. des Londoner Daily Express, des Guardian, der Pariser Le Monde und der Afrique Asie von sich reden machte. Wegen seines Engagements gegen den US-Vietnamkrieg und dessen Unterstützung durch Australien verweigerten ihm 1970 die australischen Behörden die Einreise in sein Heimatland. In den USA wurde seine Bewegungsfreiheit auf den 25-Meilen-Radius der Vereinten Nationen in New York beschnitten.

W. Burchett verfaßte zahlreiche Bücher zu Korea, China, Indochina, dem Angolakrieg und zuletzt die bislang einzigartige Untersuchung über den Widerstand und Volkssieg gegen das Pol-Pot-Regime in Kampuchea (siehe AIB 6-9/1982). Das AIB hat in den letzten Jahren viele seiner Veröffentlichungen ins Deutsche übersetzt.

Mit Wilfred Burchett verlieren wir einen der brilliantesten Autoren und einen der Engagiertesten für die Sache der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt.



Ein von den peronistisch beeinflussten Gewerkschaften proklamierter Generalstreik gegen unzureichende Lohnerhöhungen legte am 4.10.1983 das nationale Leben nahezu völlig lahm. Die Peronisten, die die Diktat-Politik des IMF gegenüber Argentinien scharf angreifen, und die Radikalen gelten als aussichtsreichste Bewerber bei den Wahlen zum Nationalkongreß, zu den Provinzparlamenten und Gemeinderäten sowie für die Gouverneurs- und Bürgermeisterwahlen.

Pakistan

Einen neuen Höhepunkt erreichten die Protestaktionen der Bewegung zur Wiederherstellung der Demokratie (MRD; siehe auch AIB 10/1983, S.49) im September/Oktober d.J. Ein zweitägiger Generalstreik und ein Boykott der Kommunalwahlen in den Provinzen Sind und Punjab wurden von der Bevölkerung weitestgehend befolgt. Der Einsatz von Polizei- und Militäreinheiten gegen die Bevölkerung, um die Wahlbeteiligung zu erzwingen, kostete über 100 Menschenleben; über 10.000 wurden verhaftet.

Der immer stärker werdende Druck der Opposition zwang das Zia-ul-Haq-Regime inzwischen zum Dialog mit Teilen der seit 4 Jahren verbotenen Oppositionsparteien. Ungeachtet der zunehmenden Proteste gegen die Diktatur, die sich auch gegen die Bevormundung durch die USA richten, warf US-Verteidigungsminister C. Weinberger zum Abschluß seines Pakistans-Besuches Anfang Oktober d.J. der Opposition vor, sie würde die UdSSR unterstützen. Zugleich sicherte er dem Regime in Islamabad weitere Militärhilfe zu.

EG – AKP-Staaten

Am 6. Oktober 1983 haben in Brüssel die Neuverhandlungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und 63 AKP (Afrika, Karibik, Pazifik)-Staaten über das 3. Lomé-Abkommen begonnen.

Obwohl Lomé II erst im Februar 1985 ausläuft, steht heute schon fest, daß das einst als „Modell“ der Zusammenarbeit im „Nord-Süd-Dialog“ gefeierte Vertragswerk die Erwartungen der Entwicklungsländer bei weitem nicht erfüllt hat. Diese Enttäuschung betrifft erstens das System zur Stabilisierung der Exporterlöse (Stabex), mit dem ein weiterer Verfall der Rohstoffpreise nicht aufgehalten und lediglich 46% (1980) bzw. 42% (1981) der Ansprüche der AKP-Staaten finanziert werden konnten; zweitens die Handelspolitik der EG, die sogar zu einem relativen Rückgang der AKP-Fertigwarenimporte in die EG führte; drittens den finanziellen Gesamtrahmen des Abkommens, der inflationsbereinigt noch um 20% hinter den Mitteln von Lomé I zurückblieb.

Die AKP-Staaten fordern für Lomé III u.a. eine Ausweitung des Finanzierungsrahmens, die Einrichtung von speziellen Sonderziehungsrechten zur Erleichterung des Schuldenproblems, eine grundlegende Revision des Stabex-Systems, einen konsequenten Abbau des EG-Protektionismus und eine EG-Agrarpolitik, die den Bedürfnissen der Entwicklungsländer Rechnung trägt.



Kundgebung der pakistanischen MRD in Karachi

Philippinen

US-Präsident Ronald Reagan hat am 3. Oktober d.J. seinen für November geplanten Philippinen-Besuch abgesagt. Die Reagan-Administration befürchtete offenbar, daß die Massenaktionen gegen das Regime von Ferdinand Marcos, die nach dem Mord an Oppositionspolitiker Benigno Aquino am 21. August d.J. begonnen hatten, sich stärker gegen die USA richten könnten (siehe AIB 10/83, S. 42-43). Seit dem Tode B. Aquino war es zu einer Kampagne des zivilen Ungehorsams gekommen, an der sich Millionen von Menschen beteiligten. Sie wurde von der neuen Koalition „Gerechtigkeit für Aquino – Gerechtigkeit für alle“ (JA-JA) organisiert, um den Rücktritt von F. Marcos zu erreichen.

Nachdem dieser erst angedroht hatte, den Ausnahmezustand erneut auszurufen, kündigte er am 14. Oktober d.J. einige Zugeständnisse an. So soll eine neue Untersuchungskommission gegründet werden, nachdem die erste Kommission aufgrund ihrer Einseitigkeit von der Opposition abgelehnt worden und schließlich zurückgetreten war. Außerdem kündigte er eine Veränderung des Wahlsystems an, um doch noch eine Beteiligung der Opposition an den für nächstes Jahr geplanten Parlamentswahlen zu ermöglichen.

Gemeinsam gegen Giftgas!



NEUE
DOKUMENTATION

No. 2

Gemeinsam gegen Giftgas

- Erstinformation zum Selbstkostenpreis von 5,00 DM
- Dokumentation Nr. 2 zum Preis von 10,00 DM. (Bei Bestellungen von mindestens 20 Exemplaren 25% Rabatt.)

Lieferung erfolgt nach Eingang des Betrages auf das Postscheckkonto Nr. 1402 42-679 bei der Postscheckamt Ludwigshafen.

Bestellungen an:

Initiative gegen Giftgas
– Bundesweit –
c/o Waldemar Stadtherr
Gärtnerstr. 10
Postfach 2704
6780 Pirmasens
Tel.: 06331 - 65933

Adressenänderungen bitte rechtzeitig bekanntgeben

Kommentar: Helmut Kohl auf Nahost-Trip

Zwischen dem Druck der Israel-Lobby, den Exportinteressen der Rüstungsindustrie und dem Drängen der Saudis, Bonn solle endlich grünes Licht für die Lieferung von 300 Leopard-II-Panzern geben, sah sich der Bundeskanzler in einer echten Zwickmühle. Im Monatsabstand wollte Helmut Kohl gleich zweimal in den Nahen Osten reisen (Anfang September d.J. nach Israel, Anfang Oktober nach Jordanien, Ägypten und Saudi Arabien), um auf diese Weise die „Ausgewogenheit“ der Bonner Politik im Nahostkonflikt unter Beweis zu stellen.

Doch mindestens in der Reisediplomatie ließ sich der Sowohl-als-auch-Kurs (die Pflege „besonderer Beziehungen“ zu Israel bei gleichzeitiger „traditioneller Freundschaft“ zu den arabischen Staaten) nicht durchhalten: Der Israel-Besuch wurde wegen des Begin-Rücktritts abgesagt.

Und wenn die zweite Reise programmatische Ausgewogenheit in Sachen Nahost demonstrierte, dann bestenfalls in dem Sinne, daß auch die Nahostpolitik der Rechtskoalition Kohl/Genscher aus einer in sich widersprüchlichen Interessenlage heraus einem permanenten Balanceakt gleicht. Einerseits will die Koalition im Fahrwasser der Reagan'schen Nahostpolitik noch mehr Israel-Freundlichkeit als ihre Vorgängerin an den Tag legen. Andererseits ist sie aus wirtschaftlichen, aber auch aus politisch-strategischen Überlegungen an guten Beziehungen zum „gemäßigten“, prowestlichen arabischen Lager und an seiner Stärkung interessiert.

Die von Bundeskanzler Kohl in Amman, Kairo und Dschidda immer wieder strapazierte Standardfloskel überdeckt das hierin begründete Dilemma nur mühsam: Man wolle, so Kohl, auf einen Zustand des Friedens im Nahen Osten hinwirken, in dem das palästinensische Selbstbestimmungsrecht verwirklicht und das Existenzrecht Israels in gesicherten Grenzen anerkannt werde.

Diese Formel läßt zwar die Anerkennung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) ebenso außen vor wie jede Kritik an der israelischen Besatzungspolitik auf dem Westjordanufer und im Libanon, und fällt weit hinter bereits erreichte EG-Positionen zurück.

Statt des Leo II die ganze Waffenpalette

Aber dem Regime der Saudis waren Kohls Lippenbekenntnisse zum Palästina-Problem vollkommen ausreichend, um sich sofort dem entscheidenden Tagesordnungspunkt, der gewünschten Lieferung des Leo II, zuzuwenden.

Der Bundeskanzler, der die israelischen „Freunde“ beruhigen und gleichzeitig der Rüstungslobby einen neuen Brocken bescheren wollte, schlug mit seiner vorher getroffenen Entscheidung, den begehrten Panzer (vorerst?) nicht zu liefern, gleich zwei Fliegen mit einer Klappe. Er verband damit das Angebot, Saudi Arabien könne mit Bonn über den Einkauf der gesamten Palette der bundesdeutschen Rüstungsproduktion, bis auf den Leo, verhandeln.



Gastgeber Fahd (m.), Gast Kohl

So findet sich im Kommuniqué von Dschidda der entscheidende Satz, beide Seiten seien übereingekommen, „auch Fragen des Verteidigungsbereiches in die Zusammenarbeit einzubeziehen“. Die Tragweite dieser Entscheidung läßt sich nicht nur daran ermessen, daß Bonn – wie SPD-Vize Hans-Jürgen Wischniewski kritisierte – hier erstmals „eine Verantwortung im Verteidigungsbereich außerhalb unserer Bündnisse“ übernommen habe.

CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Alfred Dregger begrüßte, daß Kohl die Lieferung bundesdeutscher Rüstungsgüter an Saudi Arabien nicht zum Tabu erklärt habe. Für Dregger schreibe man heute 1983 und lebe in „einer ganz anderen Zeit“ als früher, als man bei der Lieferung von Waffen in Spannungsgebiete noch „Zurückhaltung“ geübt habe. Bei der Definition von Spannungsgebieten seien immer auch „deutsche Interessen“ zu bedenken – „in jedem nur denkbaren Sinne“.

So könnte denn die Vereinbarung von Dschidda in der Tat zum praktischen Auftakt für eine völlige Öffnung der Schleusen auf dem Gebiet des bundesdeutschen Waffenexports werden, die die Rechtskoalition ironischerweise im Rückgriff auf die noch von ihrer sozialliberalen Vorgängerin beschlossenen neuen Bestimmungen für den Waffenexport vollzieht.

Worüber in Bonn jetzt Ende d.J. mit einer saudischen Expertenkommission Näheres besprochen werden soll, ist u.a. die Lieferung des Flakpanzers Gepard, des Flugabwehrraketenspanzers Roland und des Schützenpanzers Marder. Und auch die begehrte 120-mm-Glattrohrkanone des Leo wird dabei sein. Die nämlich produziert man in den USA in Lizenz für ihren M-1-Panzer, den die Saudis nun anstelle des Leo ordern dürften.